

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

THEODOR ESCHENBURG

Hindenburg Brüning Groener Schleicher

MARTIN BROSZAT

Das Sudetendeutsche Freikorps

GÜNTER PLUM

Widerstand und Antifaschismus

DOKUMENTATION

Der nationalsozialistische Führungsoffizier

BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,  
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>Theodor Eschenburg</i> . . . . .	Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik: Hin- denburg, Brüning, Groener, Schlei- cher . . . . .	1
<i>Martin Broszat</i> . . . . .	Das Sudetendeutsche Freikorps . . .	30
<i>Günter Plum</i> . . . . .	Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Ge- schichtsauffassung . . . . .	50

### MISZELLE

<i>Helmut Heiber</i> . . . . .	Joseph Goebbels und seine Redak- teure . . . . .	66
--------------------------------	---	----

### DOKUMENTATION

Zur Geschichte des nationalsozialistischen Führungsoffiziers ( <i>Waldemar Besson</i> ) . . . . .	76
---	----

BIBLIOGRAPHIE . . . . .	1
-------------------------	---

*Das Verzeichnis der Mitarbeiter dieses Heftes befindet sich auf Seite 75.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 4 36 51.  
Preis des Einzelheftes DM 7.— = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-  
ment (4 Hefte) DM 24.— = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im  
Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrück-  
licher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer  
10-Pf.-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,  
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-  
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der  
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser  
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen  
zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei: „Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg“ des Verlages  
Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen | „Schriften zum Zeitgeschehen“ des Verlages Ferdinand  
Schöningh, Paderborn

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

9. Jahrgang 1961

1. Heft/Januar

THEODOR ESCHENBURG

## DIE ROLLE DER PERSÖNLICHKEIT IN DER KRISE DER WEIMARER REPUBLIK HINDENBURG, BRÜNING, GROENER, SCHLEICHER\*

Das Schwergewicht der in den letzten Jahren erschienenen Publikationen über die Krise der Weimarer Republik und deren Zusammenbruch liegt in der Erforschung und Beschreibung des tatsächlichen Ablaufs der politischen Ideologien und sozialen Kräfte. Durch das Interesse an diesen scheint das an den Persönlichkeiten jener Zeit, an ihren individuellen Einwirkungen auf das Geschehen, überschattet zu sein. Die Frage, wie weit der Umbruch von 1933 auf die politisch maßgeblichen Persönlichkeiten, deren Eigenheiten und die Eigenart ihrer Entscheidungen zurückzuführen ist, bleibt dennoch von historischem Interesse.

Wie sehr die politische Entwicklung durch Persönlichkeiten bestimmt werden kann, zeigt eindrucksvoll der preußische Verfassungskonflikt in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Entwicklung Preußens und Deutschlands hätte einen ganz anderen Weg nehmen können, wenn im entscheidenden Augenblick König Wilhelm I. und Bismarck, oder auch nur einer von ihnen, persönlich resigniert hätte und damit von der politischen Bühne abgetreten wäre. Die Weichenstellung lag damals in den Händen dieser beiden Persönlichkeiten. Gewiß läßt sie sich nicht allein aus den Eigenarten beider Figuren, aber auch nicht ohne sie erklären.

Es geht hier nicht darum, den Wert der gesellschaftlichen und persönlichkeitsbezogenen Betrachtungsweisen gegeneinander abzuwägen oder gar der einseitig personalistisch orientierten Betrachtungsweise das Wort zu reden. Die respektable Leistung, wie sie vor allem in Brachers Werk „Die Auflösung der Weimarer Republik“ liegt, wird in keiner Weise verkannt. Mir kommt es lediglich darauf an, die Aufmerksamkeit stärker auf den persönlichen Faktor zu lenken, als es bisher geschehen ist, und zwar auf die Hauptakteure in ihren individuellen Eigenheiten und ihren persönlichen Beziehungen. Ich beschränke mich auf Hindenburg, Brüning, Groener und Schleicher. Die Reichsleitung lag während der Ära Brüning, also in dem Zeitraum zwischen März 1930 und Mai 1932, faktisch in den Händen dieser Vier. Schleicher war zunächst Groeners Gehilfe, formal sogar dessen Untergebener, und wurde erst im Laufe der Zeit zu einem der Hauptakteure.

\* Dem folgenden Artikel liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser anlässlich des Internationalen Kongresses zur Zeitgeschichte in München am 25. Nov. 1959 gehalten hat.

Man mag mich für befangen halten, weil ich z. T. die Politiker, die ich hier zu skizzieren suche, und noch mehr deren engere Umgebung gekannt habe. Aber gerade die Erinnerung an diese Erlebnisse hat mich zu einer kritischen Personenbeschreibung angeregt.

Gewiß stehen individuelle und gesellschaftliche Kräfte miteinander in Wechselwirkung. Aber in diesem Rahmen müssen die Nachteile einer gewissen Isolierung der Betrachtungsweise, der Beschränkung auf das Persönliche als solches, in Kauf genommen werden.

## I

Ein halbes Jahr vor Brünnings Ernennung zum Reichskanzler, im Oktober 1929, war Stresemann gestorben. Er war seit August 1923 der Konstrukteur aller Regierungskoalitionen gewesen. Daß trotz häufiger Kabinettskrisen, -neu- und -umbildungen die Kontinuität des Regierens gewahrt worden war, vor allem in der Außenpolitik, ist weithin Stresemanns persönliches Verdienst gewesen. Der Rücktritt der Reichsregierung unter Hermann Müller im März 1930 ist sicherlich auf strukturelle Ursachen, vor allem auf schwer überbrückbare soziale Gegensätze zwischen den Regierungsparteien, zurückzuführen; aber es fehlte auch die Hand Stresemanns, die virtuos und phantasie reich den parlamentarischen Mechanismus zu handhaben verstanden hatte. Sein Tod bedeutete gerade in der verfassungspolitischen Entwicklung der Weimarer Republik eine Zäsur.

Brünning regierte seit den Herbstwahlen von 1930 überwiegend mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten, die eine heterogene, aus den Mittelparteien und der SPD bestehende Majorität duldete. Diese, nunmehr durch die neue Parteienkonstellation bestimmte Art des Regierens erinnert an das Regierungsverfahren der konstitutionellen Monarchie, und doch bestand ein wesentlicher Unterschied. Die Regierung in der konstitutionellen Monarchie konnte immer noch gegenüber dem Monarchen mit der Haltung der Parlamente operieren. Diese wirkte gleichsam als Widerlager der Regierung. Das Widerlager fehlte aber jetzt. Die Sozialdemokraten mußten die Brünningschen Notverordnungen, gleichgültig wie sie sachlich zu ihnen standen, dulden, um eine Rechtsdiktatur zu verhindern. Die Nationalsozialisten unter Hitler und die Deutschnationalen unter Hugenberg verwarfen die Notverordnungen, um die Voraussetzungen für eine Diktatur zu schaffen. Die Existenz der Regierung Brüning hing daher allein von der Entscheidung des Reichspräsidenten ab. Insofern ähnelte diese Regierung sehr viel mehr den Kabinetten unter Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. Entweder vermochte sich das Kabinett dank starker Führung und gegebenenfalls innerer Einheit gegenüber dem Monarchen zu behaupten, wie es Hardenberg versucht und vielfach durchgesetzt hat, oder aber das Kabinett war nur Vorbereitungs- und Ausführungsinstanz der königlichen Entscheidung. Die dritte Möglichkeit bestand darin, daß Monarch und Kabinett sich nur von Fall zu Fall verständigten, was zu Kabinetts- und -neubildungen führen konnte. Hindenburg hatte insofern mit Friedrich Wilhelm III. eine gewisse Ähnlichkeit, als er einerseits zu einer wirklichen politischen Führung

nicht bereit und auch nicht in der Lage war, aber auch andererseits sich nicht beliebig führen ließ.

## II

Für die Zeitgenossen galt Hindenburg zumindest bis zur Entlassung Brünings nicht so sehr als legendäre Figur, als die er jetzt vielfach historisch erscheint. Mir ist in jenen Jahren immer wieder aufgefallen, mit welchem ehrlichem Respekt von Hindenburg, selbst bei großer Indiskretion im diskreten Gespräch, allgemein gesprochen wurde, und zwar auch von Personen, die Hindenburgs Richtungsvorstellungen mit starkem Mißtrauen begegneten. Man scheute damals nicht die ironisierende oder gar diffamierende Anekdote über politische Persönlichkeiten, aber man mied sie über Hindenburg, wenn man von den Nationalsozialisten und von Kreisen linksradikaler Intellektueller absieht.

Ich habe Stresemann gut gekannt und oft gesehen. Er hat mir mehrfach erzählt, daß es zu seinen zeitraubendsten und mühsamsten Aufgaben gehört habe, sich auf die Unterredungen mit Hindenburg zu präparieren. Stresemann hat vor Abschluß des Locarno-Paktes, auch vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, mit Hindenburg hart ringen müssen. Hindenburg hatte, wie Stresemann erzählte, eine schnelle Auffassungsgabe und paßte scharf auf. Er stellte kritische Fragen und achtete genau auf die Antworten. Die Probleme mußten ihm aber mit einfachen, leicht verständlichen Worten langsam und deutlich vorgetragen werden, nur dann vermochte er sie in ihrem elementaren Wesensgehalt zu erfassen. Wenn er eine Sache, die ihm vorgetragen wurde, nicht verstand, konnte er sehr ungehalten werden. Sein Gedächtnis soll erstaunlich gut gewesen sein. Wich jemand beim Vortrag oder schriftlichen Bericht von seinen früheren Informationen und Argumenten ohne besonders überzeugende Begründung ab, so vermochte er diesen durch peinliche Fragen in Verlegenheit zu bringen.

Ähnliches wie Stresemann berichtet Zechlin in seinen Erinnerungen, der als Chef der Presseabteilung der Reichsregierung viele Jahre hindurch täglich Hindenburg über Pressemeldungen und -kommentare Vortrag zu halten hatte und ihn daher aus zahllosen Gesprächen kannte. Noch aus den dreißiger Jahren weiß ich von manchen, die nicht gerade schüchtern waren oder leicht in Verlegenheit gerieten, daß sie gleichsam Lampenfieber hatten, ein Gefühl starker Unsicherheit spürten, wenn sie Hindenburg gegenübertraten. Hier wirkte nicht nur die Autorität des Amtes, noch weniger die des militärischen Ranges oder Ruhmes oder gar des Alters, sondern es muß doch ein persönliches Fluidum von ihm ausgegangen sein, dem sich die wenigsten zu entziehen vermochten. Hindenburg wußte um das Geheimnis seiner Wirkung, nicht in der Weise eines Schauspielers, der Gesten, Ton und Ausdrucksweisen je nach Rollen und Situationen bewußt wählt, präpariert und pflegt, aber er spürte, daß er zu dieser Wirkung von oben nur fähig oder nur dann besonders fähig war, wenn er in Form war, „Haltung annahm“. Über sein Gebaren im engsten Familienkreis ist wenig bekannt, aber den außerhalb dieses Kreises Stehenden trat er stets in Form, seiner Würde bewußt, selbst bei aller

Jovialität immer angespannt gegenüber. Dieses „in Form sein“ war für ihn auch eine Pflicht, die er ernst nahm. Was er sagte, mochte vielfach primitiv sein; er sprach es aber mit Würde aus. Diese Würde vermochte den anderen am Widersprechen zu hindern, ihn selbst bewahrte sie vielfach vor einer Auseinandersetzung, die er im Grunde scheute. Ohne die persönliche Substanz würde von dieser Verhaltensweise aber nicht diese starke Wirkung auf Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und Vorstellungen ausgegangen sein, wie sie vielfach bezeugt worden ist.

Gewiß verstand Hindenburg vom Politischen wenig, aber er hatte doch während des Krieges, zumindest seit 1916, dem Jahr seiner Ernennung zum Chef der Obersten Heeresleitung und seit 1925 eine oberste Führungsposition als Reichspräsident innegehabt. Er verfügte jedenfalls in der formalen Führung über erhebliche Erfahrungen. Im ersten Weltkrieg waren die Generalquartiermeister, Ludendorff und Groener, der Stellung nach seine Gehilfen, aber sie waren ideenreicher und schöpferischer als er. Ihre Vorschläge erhielten jedoch erst dadurch ihr Gewicht, daß Hindenburg sie bestätigte. Er stattete den Rat des Gehilfen, indem er ihn zu seiner Entscheidung erhob, gleichsam mit Autorität aus. Das war keineswegs nur ein formaler Akt. Hindenburg verfügte über ein ausreichendes Maß an Klugheit, um die Pläne und Vorschläge zu verstehen und beurteilen zu können, obwohl er sie nicht immer in ihrer Wirkung bis ins letzte durchschaute. Er war weder ein Instrument in den Händen seiner Gehilfen, noch deren Mentor. Ähnliches galt später auch für sein Verhältnis zu Brüning, obwohl dessen Stellung rechtlich eine wesentlich selbständigere war als die der Generalquartiermeister. Daß Hindenburg als auctoritas, über die die Gehilfen selbst nicht oder nicht in ausreichendem Maße verfügen, zu wirken vermochte, war seine besondere Fähigkeit. Ihrer war er sich bewußt, und er pflegte sie.

Seine Gehilfen scheuten den äußeren Glanz der Macht. Er fing gleichsam das Licht der Gehilfen auf und strahlte es verstärkt aus. Fehlte Hindenburg die Leuchtkraft der fremden Konzeption, dann versagte er auch selbst, wie die Beispiele Papens und Schleichers zeigen.

Hindenburg suchte im allgemeinen die Gehilfen nicht selbst aus, sondern sie wurden ihm gestellt oder vorgeschlagen. Als er 1914 zum Oberbefehlshaber der achten Armee ernannt wurde, wurde ohne sein Zutun Ludendorff zu seinem Generalstabschef bestellt. Groener wurde ihm als Ludendorffs Nachfolger 1918 vorgeschlagen. Er kannte ihn und entschied sich für ihn, nachdem der zunächst für diesen Posten ausersehene General von Kuhl abgelehnt hatte. Hindenburg hatte Brüning vor der Ernennung zweimal kurz gesehen. Papen kannte er nur flüchtig, als er ihn zum Kanzler bestellte. Eine Ausnahme bildete Schleicher. Zwischen Hindenburg und ihm bestanden seit Jahren dienstliche und auch persönliche Beziehungen.

Hindenburg vertraute den Gehilfen weitgehend, solange sie selber nicht zu heftig umstrittene Figuren geworden waren, gab ihnen aber nicht Blankovollmacht. Sie mußten ihn immer wieder unterrichten und überzeugen. Er ließ ihnen weitgehend freie Hand, aber er wollte die Vollmacht ständig von neuem erteilen. Die ihm zur Seite standen und auf seine letzte Entscheidung angewiesen waren, mußten schon

mit ihm ringen, ihn immer wieder für sich zu gewinnen trachten und feindliche Einflüsse abwehren. Stresemann, obwohl sehr überlastet, suchte geradezu die Gelegenheit, Hindenburg zu sprechen. Er wollte ihn, wie er mir sagte, gegen fremde Einflüsse abschirmen. Stresemann und Geßler betonten beide, daß Hindenburg verläßlich sei, er stehe zu seinen Entscheidungen, aber man müsse auch den Boden vorbereiten, um ihn für die künftigen zu gewinnen. Man dürfe nicht nur dann zu ihm gehen, wenn man etwas von ihm wolle.

Brüning war zu scheu, um einen engen Kontakt mit ihm zu halten. Brüning lebte noch in den strengen Etikettevorstellungen der monarchischen Zeit, wonach man zum Staatsoberhaupt nur dann ging, wenn man gerufen wurde oder ein dringender Anlaß vorlag. Schleicher vernachlässigte als Reichswehrminister und Kanzler den Kontakt mit Hindenburg und verließ sich ganz auf die Vermittlung durch dessen Sohn und durch Meißner. Papens ganzer Veranlagung entsprach die ständige enge Kontaktpflege.

Hindenburg deckte die Gehilfen mit seiner Autorität, war aber vielfach nicht in der Lage, deren Pläne und Argumente im einzelnen gegenüber anderen zu verteidigen. Wurde deren Haltung und Leistung von Hindenburg Nahestehenden anhaltend und stark angezweifelt oder gar verworfen, so war er zur kritischen Auseinandersetzung meist nicht imstande, sondern er entzog ihnen im ernststen Konfliktfall die geliehene Autorität. Gewiß hat Ludendorff seine Demission, die damals unerläßlich war und auch schon zu spät erfolgte, selber provoziert, aber Hindenburg ließ ihn dann auch sofort fallen. Groener und Brüning zwang er zum Rücktritt, als er sich selbst nicht mehr imstande fühlte, sie Dritten gegenüber zu verteidigen. Als Schleicher das Opfer seiner eigenen Taktik geworden war, ließ Hindenburg ihn gehen. Papen war der einzige, dessen Haltung und Politik von Hindenburgs Umgebung kaum ernsthaft angezweifelt worden war.

Hindenburg hatte strenge, aber auch sehr formale Vorstellungen von Zuverlässigkeit, von „Treue“, wie er es nannte. Er stand zu seiner Entscheidung. Er deckte die, die sie ihm vorgeschlagen hatten, aber er war vorsichtig im Eingehen neuer Bindungen und in der Bestätigung bestehender. Lageveränderungen verstand er zur Lösung von Bindungen auszunutzen. Groener ließ er nicht wegen des SA- und SS-Verbots, sondern wegen dessen parlamentarischer Niederlage fallen. Brüning hatte er nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten keine Zusicherung über sein Verbleiben im Kanzleramt gegeben. Er achtete aber auf die Zuverlässigkeit der anderen. Durch Alter und Stellung in der Beweglichkeit beschränkt, konnte er sich nicht beliebig Informationen verschaffen; er war daher mißtrauisch, wachte mit Hilfe eines guten Gedächtnisses über die Redlichkeit von Auskünften und Argumenten. Unkorrektheiten dieser Art vergaß er nicht. Hindenburg reagierte sehr empfindlich auf Anzweifelungen seiner Führungsstellung, vor allem wenn sie von Personen ausgingen, auf deren Respekt er Wert legte. Dazu gehörten in erster Linie die hohen Militärs und seine Standesgenossen. Bei aller äußerlichen Bescheidenheit, seiner geradezu hoheitsvollen Bescheidenheit – der Hochgestellte kann leichter bescheiden sein – pflegte er insgeheim, aber mit großer Wachsamkeit und

peinlicher Sorgfalt sein Prestige, seinen Ruhm vom ersten Tage an, da er eingesetzt hatte. Ihm kam es sehr auf die Anerkennung durch die Schichten an, aus denen er selbst hervorgegangen war.

Hindenburg war so verfassungskorrekt, wie es notwendig war. Traditionellen Standes- und Berufsvorstellungen entsprach er soweit wie möglich. Die wuchtige Gestalt, das beherrschte, gewichtige Auftreten verdeckte eine innere Furchtsamkeit. Er wollte Ruhm und Standesehre nicht riskieren, wenn er auch in seinen Standes- und Traditionsvorstellungen weitherziger war als viele seiner Kameraden, Standes- und Altersgenossen. Er spürte die innere Dissonanz zur republikanischen Verfassung, aber er wich dem inneren Konflikt zwischen traditionellen Vorstellungen und Verfassungstreue aus, weil er sich ihm nicht gewachsen fühlte. Seinen Eid nahm er sehr ernst, aber er verstand die Verfassung nur in formalem Sinne. Sicher hat er sie in seinem Pflichtbewußtsein genau gelesen, aber doch nur wie ein Feldwebel sein Exerzierreglement gelesen hat. Wie dieser formal korrekt sein Exerzierreglement angewandt hatte, so hatte Hindenburg die Verfassung beobachtet. Stresemann nahm für sich in Anspruch, daß er Hindenburg mit großen Anstrengungen überredet hatte, den Schwarzen Adler-Orden anzulegen, wogegen dieser zunächst aus verfassungspolitischen Bedenken sich sehr gewehrt hätte. Den Sinn der Verfassung hat Hindenburg nie verstanden. In seiner patriarchalischen, autoritären Vorstellungswelt fehlte ihm das Verständnis für die politische Dynamik demokratischer Ordnung, für das politische Kräftegefüge und -spiel, obwohl er schon ein Gespür für Machtverhältnisse hatte. Wäre er mehr Demokrat, mehr Politiker gewesen, so hätte er einen Staatsstreich, um die verfassungsmäßige Ordnung zu retten, gewagt und hätte nicht aus formaler Verfassungskorrektheit die demokratische Republik ihren Gegnern ausgeliefert.

Hindenburgs Gehilfe in der ersten großen Staatskrise, in die er hineingestellt wurde, war Groener gewesen. Dessen klugem, nüchternem Rat verdankte Hindenburg in hohem Maße, daß er in den Wirren der Revolution sich und seine Stellung behauptet hatte. Die zweite Staatskrise wurde ausgelöst, als er Groener und Brüning aufgab. Hindenburgs Tragik war, daß ihn auf dem Höhepunkt der zweiten Staatskrise ein Mann, Franz von Papen, beriet, der ihm nach seiner politischen und Standesvorstellung zwar am ehesten entsprach und ihm vielleicht menschlich am nächsten gestanden hat, aber dem er so viel persönliche Sympathien entgegenbrachte, daß er dessen funktionelle Unzulänglichkeit nicht mehr sah. Vielleicht war Hindenburg zu alt geworden, um überhaupt Papens politische Impotenz zu spüren. Hindenburg erlag Papens Charme, der ihn zu nehmen verstand wie kein anderer; aber Hindenburg hatte wohl auf Papen auch die Hoffnung gesetzt, dieser vermöchte ihn von seinem Schuldgefühl, das er aus den Novembertagen von 1918 gegenüber dem Monarchen und der Monarchie empfand, durch eine verfassungsmäßig korrekte „Wiedergutmachung“, durch die Wiederherstellung der Monarchie, zu befreien.

Ausgesprochene Menschenkenntnis hatte Hindenburg nicht, aber doch einen gewissen Blick für persönliche Qualität und Funktionseignung. Dieser Auffassung war auch Stresemann, der ja nicht nur die Besetzung freier Botschafterposten mit



ihm zu besprechen, sondern manchmal mit ihm um diese hart zu ringen hatte. Hindenburg schätzte Brockdorff-Rantzau große diplomatische Begabung im Unterschied zu der anderer Diplomaten. Stresemann war ihm persönlich unheimlich, aber er respektierte seine Leistung. Hermann Müller stand zu Hindenburg in ausgesprochenem Richtungsgegensatz, aber dieser hatte starke Sympathie für ihn. Oldenburg-Januschau war sein Gutsnachbar, und er hatte ihn persönlich gern. Aber er mißtraute seiner Gewalttätigkeit.

Daß Hindenburg zu Papen hielt, solange dieser Kanzler war, ist wenig erstaunlich. Daß er ihn halten wollte, als er nicht mehr zu halten war, daß er ihn heimlich als Gehilfen nach Schleichers Ernennung hielt und gegen Schleicher wirken ließ, ist wohl aus Hindenburgs vorgeschrittener Senilität zu erklären und aus seiner tiefen Neigung zu dessen Restaurationskonzeption, deren reale Gefahren er nicht mehr zu erkennen vermochte. Hindenburg war kein Höfling, aber er wußte höfische Umgangsformen zu schätzen. Papen war der einzige unter den „Gehilfen“, der sie als Page am Kaiserhof gelernt hatte. Er war für Hindenburg der Repräsentant der alten großen Zeiten und daher für ihn so schätzenswert und vertrauenswürdig.

### III

Ein völlig anderer Typ als Papen war Groener. So groß der Unterschied zwischen dem altpreußischen Offizier Hindenburg und dem schwäbischen Kleinbürger Groener nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit und Herkunft, nach Vorstellungsweise und Auftreten war, so müssen doch zwischen beiden ein sehr gutes Arbeitsverhältnis und enge persönliche Beziehungen bestanden haben. Groener hätte nicht unbedingt 1928 der Nachfolger Geßlers zu werden brauchen. Gegen ihn sprach, daß er im inaktiven, aber z. T. auch im aktiven hohen Offizierskorps wegen seines angeblichen Verhaltens gegenüber dem Kaiser in den kritischen Novembertagen von 1918 als eine sehr umstrittene Figur galt. Daß er von 1920 bis 1923 den zum Teil links orientierten Kabinetten, wenn auch als Fachminister, angehört hatte, hatte bei seinen Kameraden, aber auch bei manchen höheren Offizieren der Reichswehr das Unbehagen verstärkt. Geßler hatte bei seinem Rücktritt Hindenburg, wie er mir persönlich erzählt hat, vor Groener gewarnt und nach seiner mündlichen Darstellung sehr viel nachdrücklicher, als in seinen Erinnerungen zu lesen ist, den General von Winterfeldt vorgeschlagen. Für Geßlers Warnung sind politische Überlegungen weniger maßgebend gewesen; er meinte vielmehr, der wortkarge Groener in seiner steifen, ungelenkten Art des Auftretens und in seiner Kontaktarmut wäre weder in der Lage, sich innerhalb der Reichswehr eine wirkliche Autorität zu verschaffen, noch Regierung und Parlament für die Wehrmacht nachhaltig zu „erwärmen“. Zwar brächten die Mittel- und Linksparteien Groener politisches Vertrauen entgegen, aber er wäre wohl kaum imstande, dieses wirklich im Interesse der Reichswehr auszunutzen. Groener sei ein sehr kluger, gebildeter Mann, er könne aber eine politische Situation nur rational richtig erfassen, es fehle ihm an Fluidum und politischem Instinkt. Daß Hindenburg ihn trotzdem zum Reichswehrminister ernannte, war ein ausgesprochener Vertrauensbeweis.

Groener sprach von Hindenburg stets mit großem menschlichen, keineswegs nur konventionellem Respekt, und man hatte den Eindruck, daß es aufrichtig gemeint war. Groener konnte wohl manches verschweigen, aber sich schwer verstellen. Obwohl er ein sehr kluger und scharfer kritischer Denker war, dem die Schwächen Hindenburgs nicht entgangen waren, so brauchte er wohl doch, gerade weil er unter seiner Isolierung vor allem im alten Offizierskorps schwer litt, für sein Selbstgefühl das Vertrauen Hindenburgs, auf das er sich immer wieder berief. Groener war ein harter Soldat, aber ihm fehlte die strenge traditionelle Standesauffassung des Offiziers, wie sie vor allem der norddeutsche Offizier besaß und der süddeutsche vielfach von diesem gelernt hatte. Er war sehr gewissenhaft, durchdachte Vorstellungen, Pläne und Situationen immer von neuem und gründlich. Er war ein großer Organisator, ein organisatorischer Stratege, der mit wissenschaftlicher Akribie arbeitete. Dieser Organisationsbegabung entsprang ein strenges Ordnungsdenken.

Ein begeisterter Demokrat war Groener nicht; er respektierte aber aus Einsicht ehrlich die verfassungsmäßige Ordnung. Wenn er das Vertrauen der verfassungstreuen Parteien genoß, so weniger wegen seiner politischen Einstellung als wegen seiner sehr zivilen süddeutschen Umgangsformen und seiner unbedingten Zuverlässigkeit. Groener interessierte entsprechend seiner Herkunft, vor allem als früherer Chef des Feldeisenbahnwesens, die Hebung der technischen Ausrüstung und Ausbildung der Reichswehr sehr viel mehr als die Wahrung ihrer militärischen und politischen Tradition. Auch er wollte die Autonomie der Wehrmacht aufrechterhalten, aber er wollte im Gegensatz zu Seeckt, daß aus ihr die Institution eines demokratischen Staates würde.

Im schriftlichen Ausdruck war Groener formgewandt; aber spröde, ganz unbeholfen war er im mündlichen. In der Unterhaltung, aber auch in der mehr oder minder freien Rede verfügte er nur über ein sehr bescheidenes Vokabular und bediente sich primitiver Satzbildungen. Bei der Reichstagsfeier aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Verfassung hatte er als Dienstältester in Berlin anwesender Reichsminister die Schlußansprache auf den Reichspräsidenten zu halten. Diese Rede anzuhören, war für die meisten Beteiligten geradezu peinlich. Ein Unteroffizier hätte es bei der Kaisergeburtstagsfeier kaum schlechter machen können.

Groener scheute daher auch Verhandlungen und mied die Kabinettsitzungen. Er war taktisch ausgesprochen unbeholfen. So unscheinbar er in seinem äußeren Auftreten war, so war er in dem, was er sagte, sehr bestimmt. So elastisch er geistig war, so spröde war er in seiner Haltung und seinem Gebaren. Er kalkulierte bei seinen eigenen Überlegungen die Vorstellungen und Pläne der anderen ein, bemühte sich auch, sie nach Möglichkeit zu berücksichtigen, aber er kannte genau die Grenzen seiner eigenen Konzessionsbereitschaft und hielt manchmal geradezu stur an der Grenze fest, die er sich selbst gesteckt hatte. Er gehörte zu jenem unter den Schwaben nicht seltenen Typus, dem man die Intelligenz und Entschlossenheit äußerlich zunächst kaum anmerkt; um so mehr wird man von diesen Eigenschaften im Laufe der Unterhaltung beeindruckt. Groener war ein überzeugter Anhänger

der deutschen Aufrüstung, aber er sah dieses Problem nicht isoliert, sondern ordnete es in die Gesamtpolitik ein. Stresemann hat mir mehrfach gesagt, Groener zeige sehr viel mehr Verständnis für seine Außenpolitik als Geßler, der im Grunde Angst vor den Offizieren gehabt habe.

Groener wirkte durch die Qualität seiner Argumentation. Hindenburg schätzte wahrscheinlich dessen zwar einsilbigen, aber sehr scharf durchdachten, präzisen Rat ebenso wie dessen strenge Zuverlässigkeit.

#### IV

Der Gehilfe Groeners war Schleicher, den er von Geßler übernommen hatte, aber schon seit langem kannte. Als Groener bei Ausbruch des Weltkrieges Chef der Feld-eisenbahn war, brachte er Schleicher, „einen seiner besten jungen Offiziere“, wie er selbst sagte, als Vertrauensmann in den Stab des Generalquartiermeisters. „Schleicher übte“, so sagt Groener in seinen Erinnerungen, „vermöge seiner großen Begabung und geschäftlichen Gewandtheit bald einen maßgeblichen Einfluß beim Generalquartiermeister aus.“ Schleicher soll einer der wenigen Offiziere oder gar der einzige Offizier der Reichswehr gewesen sein, der zum General befördert wurde, obwohl er nicht Bataillons- und Regimentskommandeur gewesen war, was sonst als unerläßliche Voraussetzung für diese Beförderung galt. Schleicher war vor dem Krieg zum letzten Mal Truppenoffizier gewesen – abgesehen von einem kurzen Frontkommando –, seitdem hatte er ausschließlich, abgesehen von seiner Generalstabsausbildung, Dienststellungen in Stäben, dann im Reichswehrministerium, innegehabt. So war er dem eigentlichen militärischen Dienst seit 15 Jahren entwachsen, als er Chef des Ministeramts wurde.

Ein Mann, der sich im politischen Kräftegefüge zu bewegen vermochte, außerordentliches Verhandlungsgeschick besaß, als ein gewiegener Taktiker gegenüber der Bürokratie und dem Parlament sich erwies, war eine seltene Erscheinung im preußisch-deutschen Offizierskorps. Sein besonderer Stellenwert lag darin, daß er die parlamentarisch-demokratische Operationstechnik, die im allgemeinen dem höheren Offizier nicht lag, beherrschte, ohne daß er deswegen die spezifische Offiziersgesinnung aufgeben zu haben schien. Auf dieser Verbindung von militärischer Standortgebundenheit und Beherrschung parlamentarisch-demokratischer Methoden beruhte seine monopolähnliche Position.

Schleicher war ein sehr begabter Agent und Lobbyist. Ihm erteilte Instruktionen suchte er unter Ausschöpfung aller taktischen Möglichkeiten auszuführen, durch seine einfallsreichen Anregungen konnte er seinen Vorgesetzten von großem Nutzen sein. Er dachte und handelte für das Militär politisch. Ausgangspunkt aller seiner Vorstellungen und Pläne waren trotz seiner ungewöhnlichen Beweglichkeit die Interessen der Wehrmacht. An diesen Interessen orientierte er seine Pläne und sein Handeln. Sie waren in seiner Wertigkeitsskala immer das Wesentliche, dem er alles andere unterordnete. Stresemann erzählte mir – nach meiner Erinnerung zu Anfang des Jahres 1929 – als er gegen 9 Uhr abends ganz erschöpft aus einer Kabinettsitzung kam, Schleicher habe zwei geschlagene Stunden auf das Kabinett

(obwohl andere sehr wichtige und dringende Fragen zu entscheiden gewesen wären) eingeredet, Stresemann solle direkt von Briand erwirken, daß die Reichswehroffiziere beim Aachener internationalen Reitturnier (Aachen gehörte zur entmilitarisierten Zone) Uniform tragen dürften. Stresemann mißbilligte die Engherzigkeit des französischen Militärs in dieser Frage, regte sich aber vor allem über die „Unverfrorenheit“ Schleichers auf, wegen einer „Bagatelle“ das Kabinett zwei Stunden aufzuhalten. Er wollte mit Groener reden, aber die Wirkung würde nicht lang vorhalten. Groener sehe Schleicher in Fragen von Bedeutung schon auf die Finger, lasse ihm aber in Angelegenheiten minderen Ranges immer wieder freie Hand.

Solange Schleicher lediglich Chef des Ministeramts war, störte diese Einseitigkeit, dieses Fehlen einer programmatischen Weite, nicht allzusehr. Für einen Kanzler oder Minister eines modernen Staates aber war die Orientierungsbasis und der Programmhorizont, wie Schleicher sie hatte, zu eng. Groener hatte einen schärferen Blick für das politisch Wesentliche und eine weitere Sicht als Schleicher. Groener verfügte über sehr viel weniger Kenntnisse in politischen Details als Schleicher, aber er hatte den weiteren Horizont. Vor allem hatte Groener Geduld, die Schleicher fehlte. Solange Schleicher Gehilfe Groeners war, konnte dieser den manchmal mit der Hemmungslosigkeit des Pragmatikers Drängenden bremsen. Dagegen besaß Schleicher Geschäftsgewandtheit, die Groener fehlte, in hohem Maße. Er konnte mit jedermann umgehen, er hatte die psychologische Begabung, sich auf Gefühlsregungen sehr verschiedener Typen einzustellen. Er hatte eine schnelle, allerdings nicht sehr tief dringende Auffassungsgabe auch für Gebiete, die ihm fremd waren, war einfallsreich im Taktischen und ein virtuoser Improvisator. Bei aller Burschikosität war er im Grunde sensibel. Auf seinem eigentlichen Gebiet war er ein Realist, aber Impressionen, vor allem auf ihm fremden Bereichen, konnten stark auf ihn wirken, seine Einfälle beeinflussen. Diese kamen ihm so reich und so schnell, daß die Gründlichkeit, sie im Durchdenken zu prüfen, darunter litt. Seine sozialromantischen Vorstellungen, die er vor allem als Kanzler vertreten hat, mögen auf diesen Impressionen und seinem unscharfen Denken, aber auch seinen einseitig taktisch orientierten Überlegungen beruht haben. Um ein Argument oder eine Lösung war er nie verlegen und hatte keine Skrupel, einen Fehler durch einen neuen zu korrigieren. Er neigte zu einer unpräzisen Ausdrucksweise, teils aus Verhandlungstechnik, teils weil er die Frage, über die er sprach, nicht genügend scharf durchdacht hatte oder durchdenken wollte. Seine Auskünfte, Abreden und Argumente schillerten häufig. Der Oberregierungsrat Planck aus der Reichskanzlei, der Schleicher sehr nahe stand, und unter Papen und ihm Chef der Reichskanzlei war, beklagte sich, als Schleicher noch Chef des Ministeramts war, mir gegenüber darüber, daß Schleicher es sich bei Hindenburg mit seinen Vorträgen zu leicht mache. Dieser habe ihn mehrfach bei „kleinen Unsauberkeiten“ in der Berichterstattung und Argumentation ertappt. Hindenburg habe darauf überhaupt nicht oder nur mit einer scherzhaften Bemerkung reagiert, aber er vergesse so etwas nicht. Planck fürchtete daher, Schleicher werde es bei dieser Unsitte nie gelingen, das volle Vertrauen Hindenburgs zu erwerben.

Groener pflegte zu sagen „Schleicher macht meine Politik“. Er meinte damit im Grunde nichts anderes, als daß Schleicher die taktische Operation nach seinen eigenen strategischen Plänen in der Politik durchführe. Groener nannte Schleicher seinen „Kardinal in politicis“. In diesen Worten kam auch die Begrenzung der Schleicherschen Funktion zum Ausdruck. Groener hat mir gegenüber Schleicher mehrfach sehr gelobt, seine Findigkeit, seine Intelligenz, aber auch seine unbedingte Zuverlässigkeit, ließ aber durchblicken, daß er manche seiner „taktischen Finessen“ nicht ernst nehme. Er hat Schleicher niemals als einen großen Politiker charakterisiert, sondern immer nur als einen politisch ungewöhnlich versierten und gewandten Offizier. Schleicher schlage manchmal über die Stränge, meinte Groener, aber er kriege ihn immer wieder an die Kandare.

Der Dienststellung nach war Schleicher seit 1929 Chef des Ministeramts, der politischen Zentrale des Reichswehrministeriums. Das Ministeramt hatte Fragen zu bearbeiten, die Heer und Marine gemeinsam betrafen, und stand gleichgeordnet neben der Heeres- und Marineleitung. Der Chef des Ministeramts war im Rang eines Staatssekretärs, aber nicht Stellvertreter des Ministers in der Befehlsgewalt gegenüber den Chefs der Heeres- und Marineleitung.

Tatsächlich war Schleicher der vertraute politische Ratgeber Groeners, der in den meisten politischen Fragen auf ihn angewiesen war. Groener war nicht nur Chef eines Ministeriums, sondern war auch gleichzeitig Ratsherr im Regierungskollegium, hatte also in vielen Fragen, die über sein Ressort hinausgingen oder es gar nicht betrafen, im Kabinett mitzureden und mitzuentcheiden. Groener hat mir einmal erzählt, daß er alle Ressortfragen, die im Kabinett behandelt würden, zwar mit Schleicher berate, sie aber selber gründlich durcharbeite und letztlich auch über sie entscheide. In allen Fragen, die in die Zuständigkeit des Reichsernährungsministeriums gehörten, hole er die Instruktionen des Reichspräsidenten ein (was geradezu ein institutionswidriges Verhalten darstellte); davon verstehe Schleicher nichts. In allen übrigen Angelegenheiten überlasse er Schleicher die Vorbereitung und Ausarbeitung des Entscheidungsvorschlags weithin, denn davon verstehe dieser mehr als er selber, und er könne ihm menschlich wie politisch absolut vertrauen. Sie besprächen aber alles miteinander täglich, manchmal mehrmals am Tage; Schleicher informiere ihn ständig genau; was Groener interessiere, erörterten sie miteinander; die übrigen Angelegenheiten überlasse er ihm. So sehr aber Groener auf Schleichers taktische Virtuosität und auf dessen Wendigkeit angewiesen war, so scheint Groener doch die politischen Grundlinien bestimmt zu haben, an denen sich Schleicher zunächst orientierte, an die er sich wohl auch hielt. Der Strategie und der Taktiker ergänzten sich gegenseitig, solange die Arbeitsteilung, vor allem von dem Aktiveren, nämlich Schleicher, streng eingehalten wurde. Dieses einander ergänzende Zusammenwirken hatte zur Voraussetzung, daß ein sehr enger persönlicher Kontakt zwischen beiden nicht nur hinsichtlich der Intensität, sondern auch der Häufigkeit der Begegnungen bestand.

Der sonst so verschlossene Groener vertraute Schleicher uneingeschränkt. Er nannte ihn „seinen Wahlsohn, seinen Adoptivsohn“. Selten ist auf dieser Ebene

das Verhältnis zwischen Vorgesetztem und Untergebenem so eng gewesen wie das zwischen Groener und Schleicher.

## V

Im Unterschied zu Hindenburg, Groener und Schleicher war Brüning nicht Berufsoffizier, aber das Militärische war ihm doch nicht ganz fremd. Er hatte sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet, war zunächst wegen körperlicher Schwäche abgewiesen und erst bei der zweiten Meldung angenommen worden. Bei Kriegsende war er Leutnant der Reserve. Für Brüning ist der militärische Dienst eine echte Bewährungsprobe gewesen. Trotz seiner zarten Konstitution hatte er mit großer Energie die Strapazen des Feldzuges überstanden. Neben rationalen Erwägungen und neben dem durch seine ganze politische Haltung bestimmten Vorstellungen hat dieses Erlebnis wahrscheinlich sehr stark seine positive Einstellung zur Reichswehr bewirkt.

Außer Stresemann war Brüning der einzige Kanzler der Weimarer Zeit, der sein Kabinett wirklich geführt hat. Diese überragende Position hat er sich sehr schnell erwerben können. Souverän beherrschte er die gesamte Materie der Regierungsarbeit. Kein Minister, auch kein Parlamentarier in den Parteien, die Brünings Regierungspolitik stützten oder duldeten, war gewillt und in der Lage, ihm diese Stellung streitig zu machen. Er hatte eine realpolitische Gesamtkonzeption, der innerhalb der Regierung und der ihn stützenden oder tolerierenden Parteien eine andere kaum entgegengehalten werden konnte. Er war kein geschickter Verhandler, ihm fehlte die Agilität, die Verschlagenheit, aber auch die Skrupellosigkeit und die dämonische Note, wie Stresemann sie hatte. Er wirkte durch seine geistige Überlegenheit und durch seine unbestrittene Lauterkeit. So war er im Grunde eine von ethischen Vorstellungen beherrschte administrative, aber keine politische Potenz. Nur in dieser besonderen Konstellation konnte ein Mann seiner Art als Leiter der Regierungspolitik wirken. Für die verfassungstreuen Parteien galt er als unersetzlich, zugleich genoß er zunächst das Vertrauen der beiden maßgebenden Kräfte, die der Verfassungsordnung zumindest skeptisch gegenüberstanden, des Reichspräsidenten und der Reichswehrführung.

Brüning war ein Mann, der ständig mit sich selbst verhandelte. Er rang tage- oder wochenlang um seine Entschlüsse. Er wich den Entscheidungen nicht aus, aber er brauchte lange Zeit, um sie zu treffen. Vielleicht glaubte er übergewissenhaft, daß er die Verhandlungen im Plenum und in den Ausschüssen des Parlaments, die kaum mehr stattfanden, dadurch ersetzen müsse, daß er nun bei sich selbst all die Überlegungen anstellen und gegeneinander abwägen müsse. Wenn er aber einmal die Grundsatzentscheidung gefunden hatte, hielt er an ihr fest und verfügte daher über keinen oder nur einen ganz geringen Verhandlungsspielraum. Sein Zaudern, die Langsamkeit, mit der er Entscheidungen traf, und die wiederum seiner Gründlichkeit entsprachen, konnte selbst seine Anhänger und Freunde zur Verzweiflung bringen. Auf ihn drückte schwer die Verantwortung seines Amtes. In einer Rede über den Staatsmann vor den Studenten der Universi-

tät Chicago hat er 1947 gesagt: „... daß ein Mann mit empfindsamer Phantasie, der hervorragende Persönlichkeiten auf der Weltbühne ebenso wie aktuelle soziale und wirtschaftliche Probleme genau kennt, vielleicht in der Lage ist, die Handlungen einzelner Personen und die Entwicklung der Gesellschaft für Jahre richtig vorauszusagen. Wenn aber derselbe Mann vor verantwortliche Entscheidungen gestellt wird, ist er vielleicht ebenso ratlos, den richtigen Weg zu finden wie irgendein anderer. Während meiner Amtstätigkeit habe ich selbst eine solche Ratlosigkeit erlebt und unglücklicherweise im Exil eine solche genaue Voraussicht.“

Hindenburg respektierte zunächst Brüning persönlich und auch dessen Leistung, obwohl dieser nicht richtig mit ihm umzugehen vermochte. Vielfach konnte Hindenburg Brünings Gedankengängen, die dieser in einer schwer verständlichen wissenschaftlichen Terminologie vortrug, kaum folgen. Für Hindenburg war jeder Besuch Brünings eine große Anstrengung, weil dieser bei seinem Vortrag zu viel voraussetzte. Er versuchte, den alten Reichspräsidenten sachlich zu überzeugen, aber es wäre vielmehr darauf angekommen, ihn persönlich zu gewinnen. Das aber lag Brüning nicht. So verschieden Ludendorff, Groener und Brüning waren, in ihrer sachlichen Unerbittlichkeit hatten sie eine gewisse Ähnlichkeit. Hindenburg vertraute ihnen, solange er an ihre Sache glaubte oder man ihn glauben ließ. Der wendige Schleicher war hier ein ganz anderer Typ.

Solange es in der Brüning'schen Politik um Fragen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ging, die das Interesse Hindenburgs nicht tangierten, störten diesen die Verhaltensweisen des Kanzlers wenig. Groener hatte durch seinen Hang zur Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit Verständnis für Brünings umständliches Verfahren, Schleicher hingegen mit seiner Neigung zu rascher Improvisation weniger.

## VI

So beruhte das Funktionieren der Reichsleitung zunächst in beachtlichem Ausmaß auf einem gegenseitigen Ergänzen, auf einem menschlich guten Verhältnis und persönlichen Vertrauen der Vier zueinander einerseits und andererseits auf zwar nicht gerade übereinstimmenden, aber doch verwandten Vorstellungen über die Situation und die wesentlichen politischen Aufgaben. Der führende Kopf war Brüning, aber er war auf die Autorität Hindenburgs und die Stützung der Reichswehr angewiesen. Groener war zunächst gleichsam der Fürsprecher Brünings bei Hindenburg. Die Betriebsamkeit Schleichers konnte durch die Zwischenschaltung Groeners nach Bedarf gedrosselt werden.

Zwischen den Vier bestand um so mehr die Möglichkeit der Pflege unmittelbarer enger Beziehungen, als Hindenburg und Groener Witwer, Brüning und Schleicher unverheiratet waren. Das Alleinstehen verstärkte die gegenseitige Bindung. Familiäre Hemmungen, die ein gegenseitiges Treffen behindern konnten, bestanden nicht. Keiner von ihnen stand einem Außenstehenden so nahe, daß dieser aus persönlichen Motiven auf ihre Beziehungen zueinander einzuwirken vermocht hätte. Man weiß, welche Anstrengungen – wenn auch erfolglos – die Königin Augusta gemacht hat, um Wilhelm I. und Bismarck einander zu entfremden.

Im Herbst 1930 heiratete der 62jährige Groener wieder. Die persönlich engsten Beziehungen innerhalb der Vier bestanden wohl zwischen ihm und Schleicher. Daß sich das Verhältnis zwischen ledigen Freunden unversehens ändern kann, wenn einer von beiden heiratet, ist keine seltene Erscheinung. Dadurch, daß Frau Groener zwischen beide trat, setzte eine Entfremdung zwischen ihnen ein. Wer an dieser Entfremdung eigentlich schuld war, ist umstritten, aber auch unerheblich; wesentlich allein ist die Tatsache der persönlichen gegenseitigen Distanzierung. Groener und Schleicher sahen sich jetzt weniger, die Intensität des Gedankenaustausches, aber auch das Vertrauensverhältnis ließen nach. Durch die Abkühlung der persönlichen Beziehungen büßten beide die Ergänzung durch den anderen ein. Schleicher wurde in die Selbständigkeit gedrängt, mußte den weisen Instrukteur und den freundschaftlichen, aber strengen Kontrolleur entbehren. Groener fehlte der taktisch sehr versierte Berater und Helfer.

Die Ehe Groeners führte aber auch zur Entfremdung zwischen ihm und Hindenburg. Groeners Frau brachte reichlich vorzeitig ein Kind zur Welt. Hindenburg hat in seiner strengen, altpreußischen Pflicht- und Moralauffassung dem Reichswehrminister diese Entgleisung nicht verziehen. Damals gab es noch in der Reichswehr die Vorschrift, daß die Offiziere den Ehekonsens einholen mußten. Für Hindenburg hatte Groener durch sein Verhalten den ihm unterstellten Offizieren ein schlechtes Vorbild gegeben. Die Anschuldigungen gegen Groener wegen seines Verhaltens im November 1918, die im Laufe der Zeit nachgelassen hatten, fanden neuen Auftrieb. Für die altpreußischen Konservativen waren Republik und Demokratie eine Verfallserscheinung, in der man eine Auflösung der politischen Werte sah, die auch die sittlichen Bindungen traf. Diesem unmoralischen Zeitgeist sei auch Groener erlegen. Er sei eben doch kein echter Offizier. Dieses Ereignis hatte der Autorität Groeners auch im Offizierskorps einen Stoß versetzt. Hindenburg wurde für historische, aber auch aktuelle Anschuldigungen und Verdächtigungen Groeners empfänglicher. Es kam zwar nicht zum offenen Bruch, aber das persönliche Vertrauensverhältnis war so gestört, daß nunmehr etwaige politische Differenzen sehr leicht zu einem ernsthaften Konflikt führen konnten.

Groener wurde durch die Entfremdung von Hindenburg und Schleicher wahrscheinlich viel stärker getroffen als diese. Sie waren von Natur aus robuster als er. Groener wurde unsicher. Er litt unter der Einsamkeit, litt darunter, daß er mit dem einfallsreichen politischen Rat Schleichers und der schützenden Autorität Hindenburgs nicht mehr in dem Maße rechnen konnte wie bisher. In den Beziehungen zwischen Brüning und Groener änderte sich nichts, aber die Frage war, ob Schleicher die Rolle Groeners als Fürsprecher Brünings bei Hindenburg übernehmen würde.

In das Vakuum, das in Hindenburgs engerer politischer Umgebung entstanden war, drang Schleicher teils aktiv ein, teils wurde er hineingezogen. Indem er mehr und mehr Hindenburg, auch ohne vorherige Abstimmung mit Groener, beriet, stieg er zunächst unmerklich vom Gehilfen der Reichsleitung zu deren selbständigem Mitglied auf. Daß Schleicher durch Bemerkungen über Groeners Heirat, sei



es aus Sarkasmus, sei es, um sich dadurch das Wohlwollen Hindenburgs zu erwerben, dessen Abneigung gegen Groener noch genährt hat, ist damals oft behauptet worden.

Schleicher heiratete ein Jahr später, im Juli 1931, die Frau eines Generals, die sich kurz vorher um seinetwillen hatte scheiden lassen. Auch das hat Hindenburg wahrscheinlich nicht gern gesehen, es hat ihn aber nicht so getroffen wie die Eheschließung Groeners.

Auf die Wandlung im System der persönlichen Beziehungen folgte sehr schnell eine institutionelle Veränderung, nämlich die, daß Groener im Herbst 1931 gleichzeitig das Reichsinnenministerium übernahm. Das bedeutete zunächst faktisch eine weitere Etappe im Aufstieg Schleichers und verstärkte dessen Selbständigkeit. Auf den Gedanken, beide Ministerien durch Personalunion zu vereinen, soll Schleicher oder der Oberregierungsrat Planck gekommen sein. Beide verständigten sich über alle Fragen laufend und zogen in dieser Zeit am gleichen Strang. Nun haben Personalunionen, vor allem auf einer Ebene, wie der der Regierung, wo es keine Vorgesetzten mehr gibt, häufig institutionspolitische Folgen. Entweder bewirkt die Personalunion, daß das eine Amt dem anderen untergeordnet wird, oder aber es tritt insofern eine Führungsverlagerung ein, als sich der Träger der Personalunion auf die Leitung des einen Amtes beschränkt, während die des anderen von einer anderen Person, beispielsweise dem in diesem tätigen Stellvertreter, tatsächlich ausgeübt wird. Aus welchen Motiven Schleicher die Personalunion in diesem Fall vorgeschlagen hat, läßt sich schwer eindeutig erkennen. Dachte er an die faktische Unterstellung des Reichsinnenministeriums unter das Reichswehrministerium, oder wollte er seinem alten Chef eine neue Aufgabe zuspiesen, um damit selbst möglichst unbehindert das Reichswehrministerium zu leiten oder gar um es selbst eines Tages zu übernehmen? Groener sollte durch die Personalunion in eine zwiespältige Position geraten. Das war einmal durch die Heterogenität der Aufgabenstellung beider Ministerien bedingt. Die Aufgaben der innerstaatlichen Ordnung und Sicherung boten in einer so gespannten Lage mehr Angriffsflächen als die des Reichswehrministeriums. Zum anderen bestanden zwischen der weitgehend von Severing und Wirth übernommenen verfassungstreuen Bürokratie des Innenministeriums und den autoritär eingestellten Offizieren des Wehrministeriums mit ihren militärisch bedingten Interessen an den Wehrverbänden der Rechten starke Gegensätze.

## VII

Im Winter 1931 scheint die politische Solidarität in der Reichsleitung nachgelassen zu haben. Bei Hindenburg und Schleicher stellten sich Zweifel ein, ob Brüning wirklich der geeignete Kanzler sei, während Groener nach wie vor fest zu diesem hielt. Aber die im März 1932 fälligen Reichspräsidentenwahlen und ihre Vorbereitungen ließen die Austragung eines Konflikts zunächst nicht zu.

Nach den Ergebnissen der vorausgegangenen Landtagswahlen mußte als so gut wie sicher angenommen werden, daß nur Hindenburgs Kandidatur die Wahl Hitlers zu hindern vermöchte. Brüning hatte zunächst versucht, die plebiszitäre Entscheidung in der Hochkrise durch eine Verlängerung der Wahlperiode im Wege

der Verfassungsänderung, wie sie Stresemann für Ebert 1922 erreicht hatte, zu vermeiden. Schleicher hatte sich bemüht, die gemäßigte Rechte, vor allem den Stahlhelm, für eine Wiederaufstellung Hindenburgs zu gewinnen. Beide Versuche waren gescheitert. Der Preis, den Hitler und Hugenberg und unter dessen Einfluß auch Seldte, der Führer des Stahlhelm, verlangten, war die Entlassung Brünings. Zu dieser Wahlkapitulation war Hindenburg nicht bereit. Eine derartige Unterwerfung unter Parteibedingungen hätte seinen Vorstellungen von persönlichem Prestige und von der Würde seines Amtes schlechthin widersprochen. So lag die Entscheidung bei den Parteien, die 1925 Gegner der Wahl Hindenburgs gewesen waren, dem Zentrum, den Demokraten und Sozialisten. Sie stellten keine Bedingungen. Ihnen kam es nur auf das Ziel an, eine Rechtsdiktatur zu verhindern. Im zweiten Wahlgang, am 10. April, obsiegte Hindenburg. Die Wahlziffern zeigten, daß er den Sieg im wesentlichen dem Zentrum und der Linken zu verdanken hatte.

Hindenburg wußte, daß er die zweite Kandidatur nicht hätte ablehnen können. Das Pflichtbewußtsein wirkte trotz des hohen Alters stark in ihm, aber er dachte wohl auch an seinen Ruhm. Seine historische Rolle würde in Frage gestellt sein, wenn er kampfflos dem verachteten „böhmischen Gefreiten“ den Platz räumte. Aber dadurch, daß die Rechte als Preis für die Wiederbestellung Hindenburgs, gleichgültig ob sie durch eine verfassungsändernde Amtsverlängerung oder durch eine Wiederwahl erfolgte, den Rücktritt Brünings verlangte, wurde Hindenburg in die Vorstellung gedrängt, in diesem das eigentliche Hindernis seiner reibungslosen Amtsverlängerung oder Wiederwahl zu sehen. Hindenburg glaubte Brüning durch die Annahme der Kandidatur ein Opfer gebracht und daher einen Anspruch auf dessen dankbares Verhalten nach der Wiederwahl zu haben.

Andererseits konnte Brüning für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen, wenn nicht sogar den entscheidenden Beitrag zu dem Wahlsieg Hindenburgs geleistet zu haben. Den Wahlkampf hatte in erster Linie er, und zwar unter Aufbietung seiner letzten Kräfte, bestritten. Es ist zweifelhaft, ob ohne diesen starken Einsatz Brünings Hindenburg gewählt worden wäre. Er hatte ihn vor der plebiszitären Niederlage bewahrt, die der Alte hätte wohl kaum verwinden können. Die gegenseitigen subjektiven Aspekte sind, wenn auch objektiv anfechtbar, menschlich begreiflich. So entstehen bei beiden, vielleicht nur im Unterbewußtsein, Ansprüche gegen den anderen; und keiner bemerkt recht den Anspruch des anderen oder ist bereit, ihn anzuerkennen.

Brüning konnte in der Wahl eine plebiszitäre Bestätigung seiner eigenen Politik, ja ein Vertrauensvotum für sich selbst erblicken, was auch in der Presse damals stark zum Ausdruck kam. Vor den Wahlen waren in einigen Regierungsparteien deutliche Anzeichen einer Krise um ihn aufgetreten, am stärksten in der Deutschen Volkspartei, die sich von ihm abgekehrt hatte; aber auch in der Staatspartei war man sehr unruhig geworden. Selbst im Zentrum wurden Stimmen gegen die Kanzlerschaft Brünings laut. Im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentenwahlen hatten diese Mißtrauensregungen zunächst keine reale Bedeutung. Durch den Wahlkampf mußten sie Brüning als widerlegt erscheinen. Nachdem er in erster

Linie den Wahlkampf für Hindenburg geführt hatte, war die Vorstellung nicht unberechtigt, daß der Sieg Hindenburgs auch als sein Sieg gelten mußte.

Aber gerade Hindenburg sah die Koppelung seines Namens mit dem Brüning in diesem Zusammenhang mit Unbehagen. So ganz ohne Eindruck wird selbst für diesen nüchternen Mann, der durch das Übermaß an Ehrungen sich eine gewisse Unempfindlichkeit angewöhnt hatte, nicht geblieben sein, daß seine Gestalt während des Wahlkampfes ins Mythische erhoben worden war. Man hatte ihn einen „Führer der deutschen Nation“ genannt. Brüning selbst hatte von dem „gottgesandten Mann“ gesprochen. Dadurch mochte das Bewußtsein von seiner herrschaftlichen Position auch gegenüber Brüning Auftrieb erfahren haben. Lag nicht in der Gleichstellung Brünings mit ihm, gar in der Vermutung, er sei um Brüning willen gewählt worden, eine Mißachtung seiner Person und seines Amtes?

Für ihn unterschied sich die Stellung des Reichskanzlers vor allem in einer Notverordnungssituation wie der damaligen nicht allzusehr von der eines Chefs des Generalstabes. Nach der Verfassung ernannte und entließ der Reichspräsident den Kanzler und hatte über die Entlassungsandrohung oder die Verweigerung der Unterzeichnung von Notverordnungen die Möglichkeit, auf die Politik des Regierungschefs und der Regierung einzuwirken. In diesen durch die Verfassung bestätigten Vorstellungen wurde er vor allem von denjenigen in seiner engeren und weiteren Umgebung bestärkt, die Gegner Brünings waren. Viele von diesen, die sich über alle institutionellen Prinzipien erhaben fühlten, hatten vor nicht allzu langer Zeit die Vermehrung der Rechte des Reichspräsidenten gefordert, dann hatten sie Hindenburgs Wiederaufstellung von der Preisgabe Brünings abhängig gemacht, also die Unterwerfung Hindenburgs unter ein Parteidiktat verlangt; nach der Wahl sollte er seine Entscheidungssouveränität unter Beweis stellen, indem er Brüning entließ. Hindenburg, dessen Kräfte im letzten Halbjahr nachgelassen hatten, war zu alt, um diesen Ratgebern ihre Prinzipienlosigkeit vorzuhalten.

Es entsprach der Übung, daß der Regierungschef dem neu-, also auch dem wiedergewählten Präsidenten die Demission seines Kabinetts anbot. Sollte Hindenburg diese Gelegenheit nicht benutzen, um seine potestas, die angezweifelt wurde, zu demonstrieren, sei es, daß er Brüning zu einer grundlegenden Schwenkung zwang, sei es, daß er ihn sogar entließ? Ebenso wie er eine Wahlkapitulation gegenüber der Rechten durch Entlassung Brünings vor der Wahl verweigert hätte, so bestände für ihn nach der Wahl keine Verpflichtung, Brüning unbedingt im Amt zu belassen oder die Fortsetzung von dessen bisheriger Politik zu dulden.

Brüning verehrte Hindenburg zwar, aber es war die Verehrung des Enkels für den Großvater, dessen Würde er aufrichtig respektierte, dessen Einsicht und Willen er aber nicht die entsprechende Bedeutung beimaß. Brüning fühlte sich nicht als Leutnant oder Hauptmann des Marschalls, dem er zu gehorchen verpflichtet war, wie häufig behauptet worden ist. Vielmehr hatte er wohl die Vorstellung, daß seine Position der des Regierungschefs einer konstitutionellen Monarchie entspreche.

Bismarck hatte zu König Wilhelm I. in Babelsberg 1862 bei seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gesagt und 1863 schriftlich wiederholt, daß „ich meine

Stellung nicht als konstitutioneller Minister in der üblichen Bedeutung des Wortes, sondern als Ew. Majestät Diener auffasse und allerhöchste Befehle in letzter Instanz auch dann befolge, wenn dieselben meinen persönlichen Auffassungen nicht entsprechen“. Solche Worte wären nie über Brünings Lippen gekommen, denn für ihn bedeutete die Kanzlerschaft einen Auftrag des Reichspräsidenten, die Regierungspolitik zu führen. Die letztinstanzlichen Befugnisse Hindenburgs beschränkten sich darauf, ihm diesen Auftrag wieder zu entziehen. Solange es zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Hindenburg und Brüning nicht kam, trat dieser Auffassungsgegensatz bezüglich ihrer Positionen nicht in Erscheinung. Die Situation änderte sich jedoch in dem Augenblick, als das Wahlergebnis Anlaß zu kontroversen Interpretationen gab, die auch zum Streitobjekt der verschiedenen politischen Richtungen wurden. So war nach den Wahlen das persönliche Verhältnis zwischen Hindenburg und Brüning durch gegensätzliche Ansprüche und Vorstellungen gespannter geworden.

Hindenburg litt aber auch darunter, daß er seine Wiederwahl in starkem Ausmaß seinen Gegnern von 1925 verdankte. Es ging ihm schon um seine Autorität- und seinen Ruhm, aber es kam ihm sehr auf das Ansehen bei den „richtigen Leuten“ an. Er wollte nicht als ein Mann des Zentrums und der Linken gelten. Er hatte Angst vor einem Bruch am Ende seiner großen Karriere. Als der Schuldige an solchem Pyrrhussieg mochte ihm Brüning erscheinen. Er mag es diesem zugeschrieben haben, daß er nicht von den „richtigen Leuten“ gewählt wurde.

Hindenburg hatte in seinen formalen Gerechtigkeitsvorstellungen, als er 1925 von der Rechten gewählt worden war, sich äußerlich leicht nach links geneigt und beispielsweise trotz aller Einwirkungen von Deutschnationalen und Stahlhelm nicht einen der Ihren zu seinem Staatssekretär bestellt, sondern in Meißner den seines sozialdemokratischen Vorgängers übernommen. Jetzt mochte er sich verpflichtet gefühlt haben, da er vorwiegend von der Linken gewählt war, eine sichtbare Rechtswendung zu vollziehen, die auch seinen traditionellen Vorstellungen entsprach. Gerade jetzt wollte er als ein von den Parteien Unabhängiger erscheinen, und ihn bewegte der Gedanke, wie er dieser Unabhängigkeit sichtbaren Ausdruck verleihen könnte. Brüning hingegen sah zunächst durch das Wahlergebnis die Krise um seine Person und seine Politik als erledigt an; ihm ging es darum, seine bisherige Politik ungestört fortzusetzen.

## VIII

Durch das Verbot von SA und SS vom 13. April 1932, also drei Tage nach der Reichspräsidentenwahl erlassen, wurde Hindenburg nicht nur die Gelegenheit zu einer sichtbaren Rechtsschwenkung genommen, sondern der Anschein einer Konzession an die Linke erweckt. Anlaß zu einem solchen Verbot hatten die beiden Wehrverbände der NSDAP überreichlich geboten. Über die sachliche Berechtigung bestanden kaum Zweifel, wohl aber über die politische Zweckmäßigkeit. Die Vorgänge, die zum Verbot geführt hatten, sind sehr verwickelt. Obwohl es gelungen ist, manches historisch zu rekonstruieren, bleibt noch vieles unaufgeklärt.

Von Groener als dem zuständigen Ressortminister war der Plan ausgegangen, nachdem vor allem Preußen und Bayern Groener vor die Alternative gestellt hatten, entweder das Reich erlasse sofort das Verbot, oder aber sie würden selbständig vorgehen. Mit dem gerade von der Wahlkampagne zurückkehrenden Brüning war der Plan wohl nicht besprochen worden. Er hielt den Schritt Groeners für voreilig, war aber gewillt, nachdem die Dinge so weit vorgeschritten waren, das Verbot durchzusetzen. Hindenburg stimmte stark widerstrebend zu, nachdem Brüning und Groener mit Rücktritt gedroht hatten. Er war nicht überzeugt worden, sondern hatte dem Druck Brünings und Groeners entsprochen. Unvorbereitet wollte Hindenburg es zu einer Kabinettskrise nicht kommen lassen. Aber da er gerade in diesen Tagen nach der Wahl sehr empfindlich war, wird er es nicht so schnell vergessen haben, daß er von Brüning und Groener unter Druck gesetzt wurde.

Schleichers Verhalten in dieser Situation und Frage ist weithin undurchsichtig. Er hatte gegen den Erlaß des Verbots Bedenken gehabt, aber sich nicht mit äußerster Entschiedenheit dagegen gewehrt. So hatte er für den Fall des Verbots nicht mit Rücktritt gedroht, wie es Brüning und Groener getan hatten, sofern Hindenburg die Unterzeichnung verweigern würde. Den Erlaß des Verbots verhindern wollte aber der Oberst Oskar von Hindenburg, der Adjutant des Reichspräsidenten, und zwar nicht aus politischen Gründen, sondern lediglich mit Rücksicht auf seinen Vater. Man könne diesem die Notverordnung nicht zumuten, da sie ihn bei der Rechten noch mißliebiger machen würde. Oskar von Hindenburg und Schleicher waren gleichaltrige Regimentkameraden und standen damals noch in nahen Beziehungen zueinander, so daß Schleicher über die Auffassungen im Präsidentenpalais genau informiert war.

Daß der Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein, und ein Divisionskommandeur, Generalleutnant von Bock, Hindenburg ihre Bedenken gegen das Verbot unter Umgehung ihres Ministers vortragen konnten, stellte einen ungewöhnlichen Vorgang dar. Wahrscheinlich hatte Oskar von Hindenburg den Besuch arrangiert. Aber daß der sonst in der Beachtung der militärhierarchischen Etikette so korrekte Hindenburg ihn zugelassen hat, ist immerhin erstaunlich. Hammerstein wird in dieser Frage nicht ohne Zutun Schleichers, mit dem er sich in politischen Angelegenheiten meist abstimmte, zu Hindenburg gegangen sein. Diese Vermutung wird noch dadurch bekräftigt, daß Schleicher auch den Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, und dessen Mitarbeiter gedrängt hatte, beim Reichspräsidenten gegen das Verbot vorstellig zu werden. Raeder hatte jedoch ein solches Ansinnen abgelehnt.

Außerdem hatte das Ministeramt angeblich auf Veranlassung Hindenburgs Materialien zusammengestellt, die dieser in einem sehr unfreundlich gehaltenen Schreiben an Groener vom gleichen Tage verwandt hatte, um ein Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu verlangen. Das Schreiben wurde sogar veröffentlicht. Aus ihm ging hervor, daß es auf Unterlagen aus dem Reichswehrministerium beruhte. Ohne oder gar gegen den Willen Hindenburgs konnte dieser Brief, der ja die Spaltung in der Reichsleitung offenkundig machte und Groener in seiner Eigen-

schaft als Reichswehrminister desavouierte, nicht an die Presse gegeben worden sein. Wahrscheinlich wird auch Schleicher, der in engstem Kontakt mit Oskar von Hindenburg stand, diese Publikation geduldet haben. Daß Schleicher von der Materialzusammenstellung für den Hindenburgbrief nichts gewußt habe, wie er es Groener gegenüber behauptet hat, ist bei diesem Mann, der so fest seinen Apparat in der Hand hatte, kaum anzunehmen. Noch am 17. April markierte er in einem Gespräch mit Groener den Unbeteiligten. Einen Befehl Groeners, ihm den Entwurf einer Verfügung an die Wehrkreiskommandeure vorzulegen, um allen falschen Gerüchten ein Ende zu bereiten, führte Schleicher nicht aus.

Es besteht auch kaum Zweifel, daß Schleicher sehr bald nach dem Verbot mit der NSDAP und deren Beauftragten ohne Wissen seines Ministers und des Kanzlers Fühlung aufgenommen und daß er sie von seiner eigenen Einstellung, vielleicht auch der Hindenburgs, unterrichtet hat.

## IX

Aus den Vorgängen, die zum Verbot führten und die unmittelbar auf das Verbot folgten, ersieht man, daß die Reichsleitung nicht mehr intakt war. Geschäftsordnungsmäßig hatte Groener das Verbot sorgfältig vorbereitet, aber es handelte sich ja nicht nur um eine administrative, sondern in erster Linie um eine politische Maßnahme von beachtlichem Rang. Bei der Einleitung dieser Maßnahmen zeigte Groener Mangel an politischem Fingerspitzengefühl. Ihm fehlte Schleichers taktische Hilfe. Brüning wurde überrascht, Hindenburg unter Druck gesetzt. Für Schleichers offenkundige Schwenkung gibt es viele Vermutungen. Er muß sich sehr sicher gefühlt haben, sonst hätte er den dreifachen Affront gegen seinen unmittelbaren Vorgesetzten kaum wagen können: die Übermittlung des Materials an Hindenburg hinter dem Rücken Groeners, die Bitte an Raeder, gegen Groener bei Hindenburg vorstellig zu werden und die Duldung der Veröffentlichung des Briefes von Hindenburg. Schleicher konnte sein Verhalten gegen Groener nicht mit einem Auftrag Hindenburgs rechtfertigen, denn er wußte, daß der Reichspräsident auch in militärischen Angelegenheiten nicht unter Umgehung des Reichswehrministers eingreifen konnte. Wenn ein Beamter oder Offizier dieses Ranges die Politik seiner Vorgesetzten oder seiner Regierung nicht mehr vertreten zu können glaubt, so muß er um seine Entlassung bitten. Wenn dieses Verfahren nicht streng eingehalten wird, müssen schwere Funktionsstörungen in der Regierung eintreten. Es wird behauptet, Schleicher habe sich mit Rücktrittsgedanken getragen. Nachdem er sich aber für das Verbleiben im Amt entschieden hatte, mußte er sich diszipliniert in die Ordnung einfügen. Statt dessen trieb er nunmehr auf eigene Faust Politik. Er verhielt sich so, als ob die Reichswehr eine Partei wäre und er deren Führer. Schleichers Charakter und Offizierseinstellung erscheinen hier in einem trüben Licht. Auch das Verhalten Hammersteins, der am 9. April dem Plan Groeners noch zugestimmt haben soll, zeigt im Gegensatz zu dem Raeders, daß die militärische Moral und Disziplin in der Armeeführung damals nicht mehr so

intakt waren wie bei der Marine. Raeder hatte ja dem Ansinnen Schleichers auf Intervention beim Reichspräsidenten widerstanden.

Aber war nicht Schleicher lediglich formal ein Untergebener? Nahm er nicht faktisch die Stellung des Reichswehrministers ein? Konkret hatte Schleicher sicherlich eine Position von besonderer Art inne. Brüning und noch mehr Groener hatten das Ihre dazu beigetragen, daß er in diese Stellung geraten oder sie sich selbst schaffen konnte. Die Doppelstellung Groeners als Innen- und Wehrminister hatte die Selbständigkeit Schleichers noch gesteigert. Brüning und Groener hatten Schleicher Aufträge, so vor allem zu persönlichen und politischen Verhandlungen mit der Rechten, auch den Nationalsozialisten, erteilt. Diese Aufträge boten ihm Gelegenheit, sich so zu verhalten, als ob er Minister wäre. Institutionell hatte sich die Position Schleichers nicht gewandelt; er war nur Chef des Ministeramtes. Seine Stellung hatte sich aber faktisch dadurch wesentlich geändert, daß sich seine Beziehungen zu Hindenburg sehr intensiviert hatten und die bisher positiven zu Brüning und Groener in negative umgeschlagen waren. Schleicher war so sehr Politiker geworden, hatte in jahrelanger politischer Praxis so sehr die auf hierarchischer Ordnung und strenger Disziplin gegründeten Offiziersvorstellungen verloren, daß er selbst wahrscheinlich nicht immer merkte, wie sehr er die Grenzen seiner Amtsfunktionen überschritten hatte. Es fehlte ihm jetzt die seiner Wirksamkeit Schranken ziehende Kontrolle des Vorgesetzten.

Groener verhielt sich so, als ob er Schleicher schon seinen Platz im Reichswehrministerium eingeräumt hätte. Schleichers institutionswidriger Affront gegen Groener hätte diesem berechtigten Anlaß gegeben, dessen Entlassung von Hindenburg zu verlangen. Aber Groener glaubte bei Abwägung seiner und Schleichers Position in der gegenwärtigen Lage, daß er ein solches Verlangen beim Reichspräsidenten nicht würde durchsetzen können. Er hätte Hindenburg vor die Alternative stellen müssen, sich zwischen ihm und Schleicher zu entscheiden. Das hätte jedoch eine Kabinettskrise auslösen können. Wenn es aber nicht gelingen konnte, Schleicher zu bändigen, so hätte der Versuch unternommen werden müssen, ihn für die Zukunft in Schranken zu halten. Aber Groener scheint sich jetzt dem wendigen Mann gegenüber, der aus dem Gehilfen zum Widersacher geworden war, hilflos gefühlt zu haben. Groener machte nicht einmal den Versuch, durch eine persönliche Aussprache die Generalität von der Notwendigkeit seiner Maßnahmen zu überzeugen, schon um seiner durch das Verhalten Schleichers angeschlagenen Autorität im Reichswehrministerium wieder Geltung zu verschaffen.

Brüning und Groener unternahmen auch nichts, um nur das dienstliche Vertrauensverhältnis zu Hindenburg wiederherzustellen. Gewiß war mit Hindenburg nicht leicht zu reden, vor allem nicht nach dem, was vorangegangen war. Es mußte auch damit gerechnet werden, daß über eine Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten Schleicher durch Oskar von Hindenburg genau informiert werden würde. Menschliche Hemmungen mögen bei Groener und Brüning, die beide zurückhaltende Naturen waren, hinzugekommen sein. Beide hätte es schon erhebliche Überwindung gekostet, sich zu einem Wiederannäherungsversuch aufzuraffen.

Bei dem SA-Verbot handelte es sich nicht nur um eine administrative Maßnahme, die, nachdem sie erlassen war, die Regierung nicht mehr zu beschäftigen brauchte, sondern es mußte auch mit politischen Konsequenzen gerechnet werden, die der vorbereitenden Erörterung mit Hindenburg bedurften, um ihn auf etwa folgende Maßnahmen vorzubereiten. Brüning und Groener überließen Schleicher das Feld, von dessen Aktionen ihnen einzelnes bekannt war, teils aus Indolenz, weil sie erwarteten, es würde Gras über die leidige Angelegenheit wachsen, teils aus Sorge, daß durch ihre Initiative bei Hindenburg eine Kabinettskrise ausgelöst werden könnte. Vielleicht aber wollten sie, in erster Linie Brüning, auch Zeit gewinnen in der Erwartung, daß die von Ende April auf Mitte Juni vertagte Reparationskonferenz einen außenpolitischen Erfolg brächte, der der Regierung neuen Halt geben würde. In jedem Fall fehlte es ihnen an Führungsaktivität; sie warteten auf die Entscheidung Hindenburgs über das Schicksal des Kabinetts. Es war eine Umkehrung der Funktionen erfolgt; Brüning und Groener verhielten sich, als ob sie Beamte wären, Schleicher gebärdete sich als Politiker.

Aber selbst wenn Schleicher damals als de facto-Minister gegolten hätte, so hätte er gegen die elementarsten Ministerpflichten dadurch gröblich verstoßen, daß er heimlich hinter dem Rücken des Kanzlers, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen hatte, und des zuständigen Ressortministers mit den Chefs der verbotenen Organisationen und ihren Beauftragten verhandelte, die Wiederaufhebung des Verbots besprach und Amtsgeheimnisse preisgab. Hier grenzte Schleichers Verhalten an Hochverrat. Wenn Papen, Schleichers Beispiel folgend, im Januar heimlich hinter dessen Rücken mit Hitler verhandelte, so war das insofern weniger anrühlich, als Papen damals weder Beamter noch amtierender Minister war.

## X

Schleicher hatte im Laufe der Zeit dank der Vertrauensseligkeit Groeners ein neues System persönlicher Verbindungen geschaffen, mit dessen Hilfe er das Verhältnis der Institutionen zueinander veränderte. Zu Oskar von Hindenburg stand Schleicher seit vielen Jahren in engen Beziehungen. Er war diesem zwar geistig turmhoch überlegen, kannte aber dessen momentanen Stellenwert. Zwar erfüllte der Oberst von Hindenburg nur die Funktion eines gehobenen Kammerdieners bei seinem Vater und war auch zu mehr nicht in der Lage -- ohne den Vater wäre er schon als Hauptmann pensioniert worden. Aber er beherrschte den Zugang zum Reichspräsidenten; keiner kannte besser die Gewohnheiten, jeweiligen Stimmungen und Interessen des alten Hindenburg, keiner hatte stärkeren Einfluß auf den Zeitplan, hatte größere Möglichkeiten, ihm Informationen zugänglich zu machen und andere über dessen Auffassung zu informieren, als dieser Sohn. Er mußte mit einem baldigen Ableben des greisen Vaters rechnen und wußte wohl, daß er nach dessen Tod keinerlei berufliche Chance mehr haben würde. Daher dachte er in erster Linie an seine künftige, gesellschaftlich günstige Placierung und wollte sich für



diesen Fall die Unterstützung Schleichers nicht verscherzen. Er war ein reiner Opportunist, was sich vor allem zeigte, als er zu Beginn des Jahres 1933 umschwenkte, um mit Papen zusammen gegen Schleicher zu intrigieren.

Der eigentliche zuständige Beamte beim Reichspräsidenten für den Verkehr mit der Reichsregierung war der Staatssekretär Meißner. Aber je älter Hindenburg wurde, desto mehr gingen Meißners Einflußmöglichkeiten zurück und stiegen die des Obersten von Hindenburg. Der Reichspräsident mußte geschont werden, und diese Sorge übernahm in erster Linie der Sohn. Abgesehen davon hatten Brüning und Groener an Meißner keine wahre Stütze mehr, weil dieser ähnlich opportunistisch dachte wie Oskar von Hindenburg. Er führte vor allem auf Betreiben seiner Frau ein gesellschaftlich sehr anspruchsvolles Leben und versuchte, in der Sorge um seine Karriere nach dem Ableben Hindenburgs, sich mit den jeweils künftig Mächtigen gut zu stellen.

In der Reichskanzlei war der Oberregierungsrat Planck Schleichers zuverlässiger Vertrauensmann. Dieser war vor Jahren zunächst als Rittmeister in die Reichskanzlei abgeordnet, um hier als Verbindungsmann zum Reichswehrministerium zu wirken. Er war aber sehr bald aus dem aktiven Offiziersdienst ausgeschieden und zum Oberregierungsrat ernannt worden. Planck war gebildet, geschickt und sehr gewandt. Er galt als der bestunterrichtete Beamte in der Reichskanzlei. Obwohl er in dieser keineswegs nur Wehrmachtsfragen, sondern im wesentlichen allgemeinpolitische Fragen bearbeitete, obwohl er von verschiedenen Kanzlern, auch von Brüning, zu Rate gezogen worden war, fühlte er sich in der Reichskanzlei als Beauftragter Schleichers. Von ihm empfing er direkt Instruktionen und übermittelte ihm auf gleichem Wege Informationen. So war Schleicher ständig auf dem laufenden, was in der Reichskanzlei geplant und entschieden wurde, während Brüning nur so viel vom Tun und Lassen Schleichers erfuhr, als dieser es für richtig befand. Planck kam gar nicht auf den Gedanken, daß er durch dieses Verhalten seine Amtspflichten, vor allem die Verpflichtung zur Verschwiegenheit, verletzen könnte. Und selbst wenn ihm das bewußt geworden sein sollte, so rechtfertigte er sich selbst damit, daß der Reichswehr der Vorrang gebühre.

Die Spitzenapparatur des Reiches war in dieser äußerst kritischen Situation an zentralen Stellen nicht mehr intakt, und zwar weil einige Beamte in Schlüsselpositionen ihre institutionellen Pflichten nicht mehr beachteten. Die institutionelle Ordnung wurde in ihrer Wirkung durch ein in mehrere oberste Reichsorgane hineinragendes persönliches Beziehungssystem, durch eine Kamarilla, stark beeinträchtigt, wenn nicht sogar außer Kraft gesetzt. Schleicher versuchte, über Oskar von Hindenburg unmittelbar auf den Reichspräsidenten einzuwirken, dessen Politik zu überwachen und ihn gegenüber Brüning und Groener zu isolieren, sowie gleichzeitig Brüning über Planck zu kontrollieren. Er selbst zog sein Ministerium mehr und mehr aus dem Bereich der Reichsregierung heraus. Das war das Ende der Reichsleitung. Zu diesem Vorgehen, bei dem man von einem kalten Staatsstreich sprechen kann, war Schleicher nur durch die Duldung Hindenburgs fähig, der infolge seines Alters nicht mehr übersah, was um ihn und mit ihm geschah.

## XI

Die latente Krise, die im wesentlichen Schleicher hervorgerufen hatte, trat durch die Rede Groeners zum SS- und SA-Verbot, die er am 10. Mai im Reichstag hielt, in ein akutes Stadium. Die Rede wurde als eine psychologische Niederlage und als schwerer Mißerfolg Groeners bezeichnet. Wenn man die Rede einmal im Wortlaut nachliest und dabei berücksichtigt, daß Groener als schlechter Redner bekannt war und daß ein erheblicher Teil seiner Ausführungen im Tumult der Nationalsozialisten unterging, so versteht man kaum das Ausmaß der Entrüstung. Wegen dieser Rede eröffnete Schleicher Groener zugleich im Namen Hammersteins, den er zu diesem Zweck von einer Reise zurückgerufen hatte, dienstlich die Notwendigkeit des Rücktritts. Er hatte damit in die Befugnisse Hindenburgs und Brünings eingegriffen. Hindenburg, der zumindest sofort nach der Intervention Schleichers von dieser unterrichtet wurde, wenn er nicht schon vorher von ihr gewußt hatte, duldet sie, was unter menschlichen und institutionellen Aspekten sehr gegen ihn spricht. Brüning war zwar gewillt, sich beim Reichspräsidenten für Groener einzusetzen, aber dieser hat ihn davon abgehalten, um keinen Anlaß zur Kabinettskrise zu geben. Aus dem gleichen Grund demissionierte Groener als Reichswehrminister, blieb aber Reichsinnenminister.

Auch wenn Groener als Wehrminister nicht mehr zu halten war, so wäre es nunmehr für einen Versuch an der Zeit gewesen, dem Treiben Schleichers ein Ende zu setzen. Aber vielleicht hatte gerade Schleicher Groener zum Rücktritt gedrängt, um Brüning seinerseits zur Demission zu provozieren. Und vielleicht verzichtete Brüning auf eine Intervention, weil er die Motive Schleichers ahnte.

Hammerstein hat 11 Tage später, am 21. Mai, auf einer Befehlshaberbesprechung, zweifellos gestützt auf Informationen Schleichers, den Rücktritt Groeners begründet. Er argumentierte dabei wie ein Verbandssyndikus. Groener hätte seinerzeit mit Unterstützung der Heeresleitung das Innen- und Wehrministerium übernommen, um die paramilitärischen Verbände in überparteiliche Sportorganisationen zu überführen. Statt die suspekten Leute im Innenministerium zu entlassen, wäre er von ihnen „eingewickelt worden“. Deswegen sei die Förderung der militärischen Belange nicht zustande gekommen. Durch das „unglückliche SA-Verbot“ hatte sich der Zweck der Vereinigung beider Ministerien als verfehlt erwiesen. Daher habe die Verkoppelung des hochpolitischen mit dem überparteilichen Ministerium gelöst werden müssen.

## XII

Hindenburg fuhr am 12. Mai nach Neudeck und blieb dort bis zum 28. Mai. Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Brüning und ihm war es bis dahin nicht gekommen. Als Brüning aber nunmehr den Wunsch äußerte, den Reichspräsidenten in Neudeck aufzusuchen, winkte dieser ab, und Brüning fügte sich ohne Widerspruch. Schleicher hingegen stand in dieser Zeit zumindest in ständiger telefonischer Verbindung mit Neudeck. Hier zeigt sich die Bedeutung

etwaiger Schlüsselpositionen von Kammerdienern. Brüning erhielt von Meißner telefonisch nur wortkarge Auskünfte, die sich auf die allernotwendigsten dienstlichen Angelegenheiten beschränkten. Oskar von Hindenburg aber war für Schleichers Informationen sehr empfänglich, gab sie bereitwillig weiter und unterrichtete diesen laufend über die Stimmung des alten Herrn.

Es ist relativ uninteressant, wer die einzelnen Personen waren, die damals Hindenburg auf seinem Gut besucht haben. Daß sie aus Kreisen der Standesgenossen und alten hohen Militärs stammten, ergibt sich schon aus dem Milieu. Im übrigen wird Oskar von Hindenburg alles getan haben, um die Auffassungen der weiteren und engeren Nachbarn dem Vater nahezubringen. Der Rechten ging es um die Ausschaltung Brünings. Es war ihr nicht gelungen, Brüning durch eine Wahlkapitulation Hindenburgs oder durch die Nichtwiederwahl zu stürzen. Ihre letzte Chance war, Hindenburg unter Druck zu setzen, damit er Brüning aufgebe. Das ist sicherlich mit der Großagrariern und alten Offizieren eigenen Massivität ohne Rücksicht auf Redlichkeit und Prinzipientreue der Argumentation geschehen. Hindenburg wollte sich verfassungsmäßig korrekt verhalten, aber nicht in den Verdacht eines „Demokraten“ geraten. Er hatte Angst vor einem Boykott der Rechten, vor allem seiner Standesgenossen und alten Kameraden. Von ihnen wußte er, wie sehr sie dank ihrer gesellschaftlichen Tradition und Integrationsdichte zusammenhalten konnten, daß sie einen Widerstrebenden gesellschaftlich isolieren und damit erledigen konnten. Die Wahl durch Linke und Katholiken, die Hindenburg ständig in privatem Kreis vorgehalten wurde, lastete wie ein Makel auf ihm, von dem er sich vor dem Tode, der jeden Tag eintreten konnte, noch reinigen wollte.

### XIII

Von Schleichers Aktionen in dieser Zeit ist nur bekannt, daß er während der Abwesenheit Hindenburgs mit Hitler, obwohl Brüning noch im Amt war, ein neues Regierungsprogramm vereinbarte, nämlich Wiedezulassung von SA und SS und Auflösung des Reichstages als Gegenleistung für eine vorübergehende Duldung der neuen Regierung durch die NSDAP, und daß er am 26. Mai telegrafisch Papen zu sich gebeten und am 28. Mai gesprochen hat. Schleicher verfuhr so, als ob er vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten habe, die Bildung einer neuen Regierung vorzubereiten. Allenfalls wird Schleicher aus Neudeck erfahren haben, daß Hindenburg zur Preisgabe Brünings neigte oder zu ihr bereit sei; er wird aber wohl kaum einen direkten Auftrag erhalten haben. Schleicher rechnete jedoch wohl damit, daß Hindenburg erst dann geneigt sein würde, Brüning zu entlassen, wenn ein Nachfolger bereit stände. Diesen galt es zu finden, und zwar schnell, damit der in Neudeck auf den Sturz Brünings sorgfältig vorbereitete Hindenburg nach seiner Rückkehr durch Berliner Eindrücke nicht wieder schwankend würde. Außerdem mußte Brüning überrascht werden.

Das Ziel war eine Erweiterung der Regierung nach rechts, wobei das Zentrum in der Regierung bleiben sollte. Daher verfiel Schleicher spontan auf eine Person, die, wenn auch nur formal, dem Zentrum angehörte. Er wußte, daß Papen in

Beziehungen zu dem Vorsitzenden der Zentrumsparlei, Kaas, stand, dessen Rolle in dieser Situation noch ungeklärt ist, aber er überschätzte den politischen Wert dieser Beziehungen völlig. Ein weiterer Vorzug war Papens einwandfreie antidemokratische Einstellung, die der deutschnationalen entsprach. Schleicher kannte Papen aus einem gemeinsamen Generalstabskurs; er paßte also in sein System der persönlichen Beziehungen. Wenn François Poncet in seinen Memoiren sagt, daß Papen weder seine Freunde noch seine Feinde ganz ernst nahmen, so gibt er damit die Auffassung der Zeitgenossen richtig wieder, soweit sie Papen vor dessen Ernennung überhaupt kannten. Ob Schleicher Papens politische Qualifikation für den ausersehenen Posten eines Reichskanzlers völlig überschätzt oder ob er dessen Unzulänglichkeiten von vornherein gesehen, aber ihn gerade deswegen präsentiert hatte, weil es ihm lediglich auf einen ihm genehmen Strohhalm ankam – die Auswahl zeugt von einem infantilen Leichtsinn. Selbst die engere militärische Umgebung Schleichers, die sich nach 1945 um dessen Verteidigung die größte Mühe gegeben hat, findet für die Präsentation Papens kein Wort der Rechtfertigung.

Technisch aber hatte Schleicher wieder einmal gute Arbeit geleistet – aber auch nur technisch. Da ein Ersatz für Brüning schnell herbeigeschafft und auch akzeptabel sein mußte, wechselte Schleicher kurzerhand den goldenen Brillantring, der nicht mehr genehm war, gegen eine minderwertige Imitation aus Glas und Blech aus, die aber zu passen schien. Diesem Taschenspielerkunststück war der alte Hindenburg, der trotz seines Urlaubs gerade in diesen Tagen apathische Züge aufwies, nicht gewachsen.

Nicht minder leichtsinnig war der heimliche Pakt mit Hitler. Schleicher konzedierte diesem nicht nur die Aufhebung des Verbots von SA und SS, sondern außerdem die sofortige Reichstagsauflösung. Indem er den Nationalsozialisten Möglichkeiten zu Neuwahlen gab, spielte er ihnen das Instrument der Wahlpropaganda wieder in die Hand, in der sie allen Parteien überlegen waren, und bot ihnen damit neue Chancen zu dynamischer Wirkung. Wahrscheinlich ist die Vereinbarung mit Hitler für Schleicher ebenso ein Behelf gewesen wie die Bestellung Papens. Es kam ihm nur darauf an, zunächst die Voraussetzung für Brünings Entlassung zu schaffen und Hindenburg diese aufzuzwingen.

Schleicher wünschte eine starke Orientierung der Regierung nach rechts; was er aber damit über das Taktische hinaus erreichen wollte, weiß man nicht. Er hatte die Regierungsbildung technisch einwandfrei vorbereitet, so daß Papen kaum mehr etwas zu tun übrig blieb. Aber in den beiden Unterredungen mit Papen am 28. und 30. Mai sprach Schleicher von einem Regierungsprogramm oder -plan so gut wie überhaupt nicht. Er hatte keine Gesamtkonzeption. Ihn interessierte die Reichswehr, er wollte die NSDAP zähmen. Zunächst hatte er die Vorstellung, Hitler die SA und SS zu entführen, indem er sie zusammen mit den anderen paramilitärischen Verbänden (Stahlhelm und Reichsbanner) zu einer parteipolitisch neutralisierten Miliz unter der Reichswehr zusammenschließen wollte. Aber er machte sich keine Gedanken darüber, welche Wirkungen diese Milizbildung auf das gesamt-

militärische Gefüge haben würde. Später als Kanzler wollte er die NSDAP durch Beteiligung Strassers an seiner Regierung spalten, aber über den Inhalt der Politik einer so zusammengesetzten Regierung hatte er sich keine Gedanken gemacht. Er beherrschte wohl die politische Technik, aber ihm fehlte die politische Substanz.

Schleichers Fähigkeiten reichten zu einem Führungsgehilfen aus. Als Adjutant „in politicis“ hatte er sich solange als brauchbar erwiesen, als er nach Auftrag und unter Kontrolle gehandelt hatte. Durch den Bruch mit Brüning und Groener hatte er sich auch selbst isoliert und versagte vollständig, als er begann, Politik auf eigene Faust zu machen. Seine Intrigen, seine institutionswidrigen, autoritätszersetzenden Verhaltensweisen, seine gewissenlose Ausnutzung des altersschwachen Hindenburg, seine Tricks und Taschenspielerkunststücke standen nicht im Dienste einer Gesamtschau. Es fehlten die großen und durchdachten Pläne und Ziele, um derentwillen seine Techniken und Taktiken verzeihlich gewesen wären.

Schleichers einfallsreiche, aber ideenlose Technik nutzte sich bald ab; Papen, der ihm taktisch gewachsen, im Umgang mit Hindenburg überlegen war, wandte ähnliche Mittel gegen ihn an. Papen wirkte in Schleichers System der politischen Beziehungen als trojanisches Pferd. Schleicher wurde am Ende seiner Karriere durch seine ehemaligen Helfershelfer Meißner und Oskar von Hindenburg ebenso isoliert, wie er Brüning und Groener isoliert hatte.

Als Schleicher Kanzler geworden war und seine Verhandlungen über eine neue politische Basis gescheitert waren, blieb ihm kein anderer Weg als der des Staatsstreiches. Wahrscheinlich wäre er der einzige gewesen, der, wenn Hindenburg ihm freie Hand gelassen hätte, die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können. Aber er hatte sich durch seine geschäftigen taktischen Manipulationen um jeden persönlichen Kredit gebracht, sowohl bei Hindenburg als auch beim Zentrum und der Sozialdemokratie. Diejenigen, deren er sich zum Sturz Brünings bedient hatte, stürzten jetzt ihn. Er hatte seine Fehler durch neue Fehler so lange korrigiert, bis er selbst ihr Opfer wurde.

#### XIV

Während Schleicher saubere Generalstabsarbeit geleistet hatte, die Festung Brüning sturmreif zu machen, unternahm dieser nichts zu seiner Verteidigung. Man hatte später Brüning vorgeworfen, daß er nicht an das Parlament appelliert habe. Verfassungsrechtlich hätte ein solcher Appell wohl keine Möglichkeiten geboten, zumal ihn Hindenburg formell gar nicht entlassen, sondern ihn nur durch unzumutbare Bedingungen zur Demission gezwungen hatte. Seit der Wiederwahl Hindenburgs hatte er anscheinend nicht den ernstesten Versuch gemacht, eine Erörterung über die politischen Grundsatzfragen herbeizuführen. Er war überzeugt, daß seine Politik im wesentlichen den Grundprinzipien des Präsidenten entspräche – Einstellung der Reparationen, Gleichberechtigung des Reiches in der Rüstungsfreiheit –, und erwartete, daß die von ihm sorgfältig geplanten Einzelmaßnahmen, die der Realisierung der Hauptziele dienten, vom Präsidenten geduldet und, soweit es notwendig war, gebilligt werden würden. Brünings Politik hatte sich nach den Wahlen

gegenüber der vorhergehenden nicht geändert, wohl aber die Haltung Hindenburgs unter dem Eindruck der Wahlen. Hindenburg wartete auf politische Konzessionen seines Kanzlers. Dieser hatte im wesentlichen nur das eine Ziel des Gelingens der auf Juni 1932 festgelegten Reparationskonferenz vor Augen. Sie hatte er umfassend und durchdacht in allen Einzelheiten vorbereitet, und er wollte daher alle zweitrangigen Maßnahmen, auch wenn sie der Reichspräsident wünschte, vermeiden, sofern sie dazu angetan wären, den großen Plan zu stören.

Brüning, von Arbeit verzehrt, stand ganz im Banne seines strategischen Plans; Hindenburg war von der Sorge um die Reputation seiner Amts- und Standesposition bedrückt. Ob Brüning diese Spannung nicht sah? Er tat jedenfalls nichts, um sie zu lösen oder zu mindern. Er nahm auch still den Bruch hin, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, ihn abzuwenden. Er, der zu jener Zeit über ein Ansehen im Ausland verfügte, wie es nur Stresemann gehabt hatte, machte es seinen Gegnern unendlich leicht. Als Hindenburg ihm am 29. Mai unzumutbare Bedingungen stellte, die bewußt so gefaßt waren, daß sie seine Demission provozieren mußten, antwortete er lediglich mit der Ankündigung seines Rücktritts und übermittelte am nächsten Tag die Gesamtdemission des Kabinetts in einer Audienz von dreieinhalb Minuten.

Brüning will nach seiner eigenen Darstellung am Morgen des gleichen Tages vom amerikanischen Botschafter unmittelbar eine für die Interessen des Reichs sehr gewichtige und günstige Information über die Abrüstungsverhandlungen erhalten haben, deren Bedeutung allerdings historisch umstritten ist. Er wollte sie dem Reichspräsidenten vortragen und hatte wohl auch einige Hoffnung auf deren Wirkung gesetzt. Die Umgebung Hindenburgs soll aber in Kenntnis dieser Information den Empfang Brünings, der zunächst für 10.30 Uhr vorgesehen war, auf kurz vor 12 Uhr verschoben haben, damit die Unterredung nur unter äußerstem Zeitdruck stattfinden könnte. Brüning nahm die für ihn unwillkommene Verschiebung hin und bat nicht um Verlegung auf den Nachmittag.

Bismarck hatte in den kritischen Jahren von 1862 und 1863 mit Wilhelm I. gerungen, um den gegen ihn gerichteten Einfluß der Königin und des Kronprinzenpaares zu bekämpfen. Im Oktober 1862 war er dem König, der in Baden-Baden seine Frau und den Großherzog von Baden, ebenfalls ein Gegner der Ernennung Bismarcks, gesehen hatte, auf dessen Rückreise nach Jüterbog entgegengefahren und hatte ihn, den Niedergedrückten, von Revolutionssorgen beschwerten, wieder aufgerichtet; er hatte ihm am Portepeee gefaßt. Er hatte den König vor dem Frankfurter Fürstentag nach Karlsbad und Gastein begleitet, damit er nicht allein dem Einfluß des Kaisers Franz Joseph ausgesetzt war. Hart und voller Leidenschaft hatte er nach dem Krieg von 1866 mit Wilhelm in Nikolsburg um die Friedensbedingungen gekämpft. Solche Auseinandersetzungen hat es zwischen Hindenburg und Brüning nicht gegeben. Gewiß soll man sie nicht mit Wilhelm I. und Bismarck vergleichen, so gern sich auch Brüning der Parallele zwischen den beiden alten deutschen Staatsoberhäuptern bedient hat. Brüning fehlte im Gegensatz zu Bismarck die Leidenschaft zur Macht.

Brüning war nicht eitel, er war nicht sehr ehrgeizig, aber von einer gewissen inneren Arroganz, was seine eigenen Einsichten anlangte, und diese verband sich mit altjüngferlicher Sprödigkeit. Er erwartete von Hindenburg Verständnis für seine Pläne, um die er mit sich selbst so hart gerungen hatte, Vertrauen zu seiner Politik. Seine eigene moralische und intellektuelle Zuverlässigkeit waren so stark, daß er die Zuverlässigkeit Hindenburgs, den er verehrte, als feststehende Größe einkalkulierte. Insofern war er auch fatalistisch bereit, dessen Mißtrauen hinzunehmen. Brüning war eine ausgesprochen asketische Erscheinung – nur im Zigarrenkonsum war er unasketisch –, er tat nichts für sich und mied daher jede Werbung für die eigene Politik. Ihm fehlte aber auch der psychologische Sinn für die Gefühlsregungen des anderen; sie existierten nicht in seiner Kalkulation. Er dachte in Maßnahmen, nicht in Menschen. Er hatte vielleicht auch aus Respekt vor Hindenburg Hemmungen, mit ihm – auch nur dem Sinn nach – so zu sprechen, wie er am 12. Mai zum Parlament geredet hatte. – „Nur nicht in den letzten fünf Minuten weich werden – nicht die Ruhe innenpolitisch verlieren, die ‚in den letzten hundert Metern vor dem Ziel das absolut wichtigste ist.‘“ Es lag ihm fern, die Altersschwäche Hindenburgs auszunutzen, aber er schützte ihn und sich nicht vor denjenigen, die sie ausnutzten.

Brüning war – man mag über seine Richtung und seine Maßnahmen geteilter Meinung sein – im Denken und Handeln ein politischer Stratege, aber es fehlte ihm sowohl die psychologische Fähigkeit, das Staatsoberhaupt einerseits, das Volk andererseits für seine Politik zu gewinnen, als auch die taktische Begabung, seine politische Position zu sichern. Er ahnte wahrscheinlich die Intrigen Schleichers, aber unternahm nichts gegen sie. Er ließ gleichsam unvereidigt Hindenburg nach Neudeck fahren und mochte sich nicht dazu durchringen, ihn von sich aus trotz der Abweisung in Neudeck aufzusuchen, auch auf die Gefahr hin, nicht vorge lassen zu werden. Brüning kümmerte sich nicht um die Bewahrung seiner Machtbasis, ohne die er strategisch nicht zu wirken vermochte. Er lotete nicht jeden Tag seine Position, peilte nicht die Lage seines Standorts im politischen Kräftegefüge, und er tat nichts, diese Position zurechtzurücken, wenn sie sich nachteilig für ihn verändert hatte, sie zu verteidigen, wenn sie angegriffen wurde. Er stand ganz im Banne der Sachgerechtigkeit. Wenn der gegensätzliche Begriff zu sachgerecht machtgerecht im politischen Sinne ist, so war dieses machtgerechte Denken und Handeln bei ihm nur schwach entwickelt. Er war ein unpolitischer Politiker, er stand über Parteien, Gruppen und Richtungen, ganz von dem Willen durchdrungen, die Krise sachgerecht zu meistern. Daß es diesen unpolitischen Politiker nicht gibt, selbst auf noch so hohem geistigem Niveau und bei einer noch so strengen ethischen Haltung, zeigt die tragische Figur Brünings.

MARTIN BROSZAT

## DAS SUDETENDEUTSCHE FREIKORPS

**E**ntstehung, Aufgabe und Tätigkeit des „Sudetendeutschen Freikorps“ fallen in die Endphase der „tschechischen Krise“ vom September 1938. Im Hinblick auf ihre wenig belangvolle tatsächliche Wirksamkeit verdiente die kurzlebige Bildung dieses sogenannten Freikorps kaum der Erwähnung, wenn sie nicht, vom Episodischen her, besonders einprägsam Ziel und Methode der Hitlerschen Politik in jenen Wochen vor München beleuchten würde: das mutwillige Spiel mit Provokationen und „Zwischenfällen“, um bis zuletzt freie Hand für den Krieg zu behalten, und – im Zusammenhang damit – die Benutzung, dann Umbiegung und schließlich gänzliche Verkehrung völkisch-nationaler sudetendeutscher Belange zu Hilfsmitteln einer schieren Raum-Eroberungspolitik.

\*

Seit der Angliederung Österreichs im März 1938 und der dadurch im Sudetenland hervorgerufenen Welle ungeduldiger Anschlußfreudigkeit datieren die eindeutigen Indizien, daß die Führung der Sudetendeutschen Partei (SdP), insbesondere Konrad Henlein selbst, den bisher noch einigermaßen eingehaltenen schmalen Pfad einer zwar radikal nationalen, aber immerhin noch eigenständigen sudetendeutschen Politik verließ und sich statt dessen zum Werkzeug der von Hitler Ende Mai 1938 endgültig beschlossenen Zersetzung und „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei<sup>1</sup> hergab. Anfachung und Schürung der Krise durch methodische Ausweitung an sich nicht ungerechtfertigter sudetendeutscher Ansprüche bis hin zu Forderungen, „die für die tschechische Regierung unannehmbar sind“<sup>2</sup> – darauf lief seitdem das zwischen Hitler und Henlein bzw. seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank vereinbarte Konzept hinaus. Die Proklamation der „Karlsbader acht Punkte“ durch Henlein am 24. 4. 1938, welche neben sudetendeutscher territorialer Autonomie u. a. auch die „volle Freiheit“ des Sudetendeutschums zum „Bekanntnis der deutschen Weltanschauung“ (d. h. des Nationalsozialismus) verlangten, boten dafür zunächst die Grundlage<sup>3</sup>. In den deutschen Akten ist mehrfach be-

<sup>1</sup> Akten zur Dt. Ausw. Politik 1918–1945 (künftig zitiert als ADAP), Serie D, Bd. II, Nr. 221, insbes. S. 282.

<sup>2</sup> Niederschrift über Besprechung zwischen Hitler, Henlein u. K. H. Frank am 28. 3. 1938 in Berlin, ADAP, Serie D, II, Nr. 107.

<sup>3</sup> In offener Unkenntnis der von Hitler angestrebten letzten Ziele und seiner Verabredungen mit Henlein schrieb der deutsche Gesandte in Prag am 18. März 1938, „ein Festbeißen auf bisherige agitatorische Forderungen der SdP, also auf Volksschutzgesetz und territoriale Autonomie“, sei gefährlich, da diese Forderungen „praktisch undurchführbar und für jede tschechoslowakische Regierung unannehmbar“ seien (ADAP, Serie D, II, Nr. 95). Als dann Anfang September 1938 Benesch unter dem Druck der Westmächte dennoch der Sudetendeutschen Partei ein Angebot machte, das auf eine weitgehende Erfüllung der Karlsbader 8 Punkte hinauslief, erklärte der Verhandlungsführer der SdP Kundt in einem für die Reichs-



zeugt, daß dabei nicht die Einigung zwischen Prag und der SdP, sondern im Gegenteil die Verhinderung jeder Einigung, notfalls durch die Erfindung neuer Forderungen, beabsichtigt war<sup>4</sup>. Mochte den Mitgliedern des SdP-Stabes, der im Sommer 1938 die Verhandlungen mit der tschechischen Regierung führte, diese Leitlinie des von Berlin an Henlein gegebenen Auftrages auch lange nicht in vollem Ausmaß bekannt sein und ihren Intentionen gar zuwiderlaufen, so wirkte sich doch die zu dieser Zeit noch vorhandene Gutgläubigkeit innerhalb der Führungskräfte der SdP – z. B. bei den Verhandlungen mit dem britischen Vermittler Lord Runciman – für Hitler letzten Endes vor allem als Tarnschirm aus. Indessen blieb den aufmerksamen Beobachtern der wahre Kurs der von Hitler und Henlein gesteuerten Politik nicht verborgen. Der ungarische Außenminister Kánya teilte bereits am 5. April 1938 dem Gesandten Budapests in Warschau mit:

„Laut unserer Prager Information hat Hodža den Führern der Henlein-Partei weitgehende Versprechungen gemacht. Henlein hat jedoch erklärt, was immer auch die tschechische Regierung anbiete, er werde immer noch höhere Forderungen stellen (z. B. die Forderung, die Autonomie gesetzlich zu verankern). Henlein erklärte, er wolle die Verständigung unter allen Umständen sabotieren, denn dies sei das einzige Mittel, die Tschechoslowakei rasch zu sprengen<sup>5</sup>.“

Allerdings war mit dieser Methode allein, dies zeigte sich im Sommer 1938, nicht auszukommen, wenn Hitler an seinem Kriegsplan festhielt. Da die ersten Oktobertage 1938 als spätestmöglicher Termin für ein militärisches Vorgehen gegen die Tschechoslowakei vorgesehen waren, andererseits aber der tschechische Staatspräsident Benesch unter dem Druck der Westmächte (Mission Runciman), durch schriftliche Angebote vom 30. 8. und 7. 9. 1938 den Karlsbader Forderungen der SdP in so starkem Maße entgegenkam, daß eine Ablehnung seiner Vorschläge, wollte man sich nicht öffentlich ins Unrecht setzen, nicht mehr recht möglich war, entstand nach dem 7. 9. 38 eine Lage, in welcher die bisher von der SdP verfolgte Taktik von Verhandlungen und neuen Forderungen dem Zeitplan Hitlers nicht mehr gerecht werden konnte. Die schon seit Juli/August 1938 nach und nach syste-

regierung bestimmten Memorandum selbst unumwunden, daß der tschechoslowakische Staat bei einem auf dieser Grundlage geschlossenen Übereinkommen, wenn es von der tschechischen Regierung wirklich eingehalten werde, „formell zwar als souveräner . . . Staat bestehen bleibt, praktisch aber in kürzester Frist in nicht nur wirtschaftliche und geistige, sondern auch außenpolitische und militärische Oberhoheit“ des Reiches geraten würde (ADAP, Serie D, II, Nr. 440, S. 571).

<sup>4</sup> Besonders deutlich: die Aufzeichnung des Leiters der Volksdt. Mittelstelle SS-Obergruppenführer Lorenz über eine Besprechung mit Henlein am 3. 6. 1938, der zufolge Henlein für den Fall der Erfüllung der Karlsbader Forderungen ankündigte, er werde dann die Änderung der tschechoslowakischen Außenpolitik verlangen. „Das würden die Tschechen nie zugeben“ (ADAP, Serie D, II, Nr. 237). Ferner: Ribbentrops Instruktion v. 17. 7. 1938 an Gesandtschaftsrat Hencke in Prag mit der für die SdP bestimmten Devise: „Immer zu verhandeln und nicht den Faden abreißen zu lassen, dagegen immer mehr zu fordern, als von der Gegenseite gegeben werden könne“ (ADAP, Serie D, II, Nr. 369, S. 468).

<sup>5</sup> Nationalarchiv Budapest, Außenmin. Res. Pol. 1938, Pos. 17, Nr. 354; zit. nach L. Zsigmond: Ungarn und das Münchener Abkommen. In: Acta Historica. Zeitschrift der ungar. Akad. d. Wissenschaften; Bd. VI, Nr. 3/4 (Budapest 1959), S. 267, Anm. 53.

matisch verstärkte Agitation der reichsdeutschen Presse gegen die Tschechoslowakei<sup>6</sup> wurde nun im September zu einem selbst für die Verhältnisse im Dritten Reich beispiellosen Propagandatrommelfeuer gesteigert, welches bewußt das beachtliche tschechische Verhandlungsangebot fast gänzlich totschwieg und sich statt dessen vornehmlich auf den „tschechischen Terror“ konzentrierte, um einen Abbruch der SdP-Verhandlungen mit Prag stimmungsmäßig zu motivieren. Hitlers drohende und überaus scharfe Rede vom 12. September auf dem Nürnberger Parteitag, die den Auftakt für diese vor allem auch auf die sudetendeutsche Bevölkerung abzielende öffentliche Aufputschung darstellte, hatte zunächst ganz den erwünschten Erfolg. Die vielfach von der SdP-Anhängerschaft im Sudetenland im „Gemeinschaftsempfang“ angehörte Führer-Rede mündete am 12. und 13. September in umfangreiche Demonstrationen der SdP, die teilweise „aufstandsartigen Charakter“ annahmen<sup>7</sup> und bei denen es verschiedentlich auch zu blutigen Zusammenstößen mit tschechischen Staatsorganen kam<sup>8</sup>. Gleichviel, ob es sich hierbei um spontane Ereignisse auf Grund des weitgehend künstlich geschaffenen Erregungszustandes oder – wie offenbar in einigen Fällen – bereits um bewußte Regie handelte, Aktionen und Reaktionen trieben jetzt innerhalb weniger Tage zu jener Zuspitzung der Krise hin, die Hitler als Voraussetzung für ein militärisches Eingreifen brauchte: Das wegen der gewaltsamen Zwischenfälle von der tschechischen Regierung am 13. September in mehreren sudetendeutschen Bezirken angeordnete Standrecht beantwortete Henlein am 14. 9. trotz Einlenken Prags<sup>9</sup> mit dem demonstrativen Abbruch jeglicher Verhandlungen (Auflösung des Verhandlungsstabes der SdP), am 15. 9. mit der Aufkündigung des Autonomieprinzips der Karlsbader 8 Punkte und der Forderung der Abtretung des Sudetengebietes, worauf Prag seinerseits am 16. 9. mit dem Verbot der jetzt offen gegen den territorialen Bestand des Staates aufgetretenen und mithin „staatsfeindlichen“ SdP reagierte.

Henlein, der sich schon seit dem Nürnberger Parteitag die meiste Zeit in Deutschland aufhielt<sup>10</sup>, aber in ständigem Kontakt mit der inzwischen nach dem sudetendeutschen Grenzort Asch verlegten Hauptleitung der SdP stand, veranlaßte am 15. 9. den Grenzübertritt der SdP-Führung nach dem bayerischen Grenzort Selb und ließ am Nachmittag des gleichen Tages über den Deutschland-Sender eine Proklamation „an das Sudetendeutschtum, an das deutsche Volk und die gesamte Welt“<sup>11</sup> verbreiten, welche die tschechischen Unterdrückungsmaßnahmen anpran-

<sup>6</sup> Vgl. Walter Hagemann: Publizistik im Dritten Reich. – Hamburg 1948, S. 348 ff.

<sup>7</sup> Meldung einer italienischen Agentur vom 13. 9., vgl. ADAP, Serie D, II, Nr. 466.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. ADAP, Serie D, II, Nr. 464. – Vom Prager Innenministerium wurde die Gesamtzahl der zwischen dem 12. und 17. September bei örtlichen Schießereien getöteten Personen mit insgesamt 27, davon 11 Sudetendeutschen, angegeben (ADAP, Serie D, II, Nr. 502).

<sup>9</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 473.

<sup>10</sup> Der britische Gesandte Newton in Prag berichtete dem britischen Außenminister Halifax am 16. 9.: „Herr Henlein left this country for Germany on Tuesday (September 13) and I have not yet heard of his return“, Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Serie III, Bd. II, S. 357.

<sup>11</sup> Vgl. Völkischer Beobachter (VB) v. 16. 9. 1938.

gerte, die Schuld für das Scheitern aller Verhandlungsversuche allein Prag zuschob und mit den Worten schloß: „Wir wollen heim ins Reich!“

Durch den Grenzübertritt Henleins und seines engeren Stabes, der zwar von der reichsdeutschen Presse verschwiegen wurde, sich aber im Sudetenland rasch herumsprach, und durch Henleins Aufruf vom 15. 9. mit seiner unmißverständlichen Sprache war eine bisher von der Weltöffentlichkeit immer noch für möglich gehaltene Lösung der Sudetenfrage zwischen der SdP und der Prager Regierung praktisch verschüttet. Der Zeitpunkt dieser neugeschaffenen Lage traf sich sehr gut, denn am 15. 9. kam Chamberlain zu seiner ersten Besprechung mit Hitler nach Berchtesgaden. Der von Henlein provozierte offene Konflikt zwischen SdP und tschechischer Regierung, die in den Vortagen geschehenen Zwischenfälle und die seit der Verhängung des Standrechts und infolge von Reservisten-Einberufungen im Sudetenland beginnende Flucht von Tausenden Sudetendeutscher (vor allem SdP-Funktionären und männlichen Wehrpflichtigen) nach Deutschland<sup>12</sup>, begleitet von einer entsprechend dramatischen Aufmachung dieser Ereignisse in der deutschen Presse, gestatteten es Hitler, dem britischen Premier gegenüber in überzeugend gespielter Entrüstung und maßloser Übertreibung (Hitler sprach z. B. von 300 Toten unter den Sudetendeutschen) zu erklären, daß nun die Zeit zum Eingreifen für Deutschland gekommen sei, und daß er (Hitler) für die Rückführung der Sudetendeutschen in das Reich auch das Risiko eines Weltkrieges nicht mehr scheuen würde<sup>13</sup>. Die technisch perfekte Krisen-Inszenierung hatte insofern vollen Erfolg, als Chamberlain in Berchtesgaden nicht mehr zögerte, die Abtretung der Sudetengebiete im Prinzip zuzugestehen<sup>14</sup>. Doch Hitler, der mit dieser raschen Nachgiebigkeit des britischen Premiers nicht gerechnet hatte und dem nun – um das Gesicht zu wahren – nichts anderes übrig blieb, als sich auf das von Chamberlain vorgeschlagene Verfahren weiterer Verhandlungen über die Prozedur der Abtretung (Bad Godesberg) einzulassen, war zugleich grimmig enttäuscht, daß dadurch seine weitergehenden, eigentlichen Absichten vereitelt zu werden drohten. Er war deshalb nach Berchtesgaden auch nicht, wie vernünftigerweise zu erwarten gewesen wäre, an einer Beruhigung der Lage, sondern im Gegenteil an Möglichkeiten ihrer Verschärfung interessiert, die ihm doch noch die Handhabe für eine militärische Aktion geben könnten<sup>15</sup>. Sehr beziehungsweise war schon, daß Hitler es Chamberlain

<sup>12</sup> Die SdP-Führung hatte die Parteifunktionäre über den Deutschlandsender aufgefordert, sich etwa drohender Verhaftung durch die Flucht zu entziehen (W. Hagemann, a. a. O., S. 365).

<sup>13</sup> ADAP, Serie D, II, S. 620.

<sup>14</sup> Hitler hat rückblickend in einer nicht öffentlichen Rede vor Vertretern der Presse am 10. Nov. 1938 rückhaltlos bekannt, daß es weitgehend den perfekt eingesetzten Mitteln der Propaganda gelungen sei, die Nerven der tschechischen Regierung und der Westmächte mattzusetzen, und dadurch einen „traumhaften“ Erfolg zu erzielen; vgl. die Veröffentlichung der Rede in dieser Zeitschrift VI (1958), insbes. S. 184.

<sup>15</sup> Bezeichnend hierfür war Hitlers Unterredung vom 20. 9. mit dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem ungarischen Außenminister, denen er erklärte, „die einzig befriedigende Lösung“ sei „ein militärisches Vorgehen“. Er (Hitler) wolle zwar in Godesberg die deutschen Forderungen „auf das brutalste“ vertreten. Es „bestände aber die Gefahr, daß die

gegenüber in Berchtesgaden kategorisch ablehnte, einen Beruhigungs-Aufruf an die Sudetendeutschen zu richten und statt dessen den Vorbehalt machte, „größere Zwischenfälle, Grenzverletzungen und dergleichen“ könnten jederzeit eine Lage eintreten lassen, die ihn dennoch zum militärischen Eingreifen zwingen würde<sup>16</sup>.

Henleins Aufruf vom 15. 9., der Hitler vor der Veröffentlichung vorgelegen hatte, sollte, abgesehen von der beabsichtigten Wirkung auf das Ausland, die im Sudetenland verbliebene SdP-Anhängerschaft aktivieren, die Aufsässigkeit der sudetendeutschen Bevölkerung steigern, um für Hitler die gewünschten Vorwände zu schaffen. Jedoch erfüllte sich diese Erwartung nicht. Die diplomatischen Berichte aus den folgenden Tagen (16./17. Sept.) bestätigen, daß die Flucht Henleins und seines Stabes unter den im Lande verbliebenen Sudetendeutschen, einschließlich der örtlichen Funktionäre der SdP, allgemein mißbilligt wurde<sup>17</sup> und seine Proklamation kaum die beabsichtigte Resonanz fand. Der SdP angehörende Bürgermeister in verschiedenen sudetendeutschen Orten riefen statt dessen die Bevölkerung zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung auf, was in der Hauptleitung der SdP geradezu als „Auflehnung gegen Henleins Revolutionsaufruf“ angesehen wurde<sup>18</sup>. Auch die Tatsache, daß die jetzt maßlos dramatisierten Meldungen des reichsdeutschen Rundfunks und der deutschen Presse über Zwischenfälle und tschechische Übergriffe, die von der sudetendeutschen Bevölkerung an Ort und Stelle nachprüfbar waren, sich als dramatische Übertreibungen und z. T. freie Erfindungen herausstellten<sup>19</sup>, bestärkte die in diesen Tagen bemerkbare kritische Haltung der SdP-Anhängerschaft, die sich von Henlein im Stich gelassen fühlte. Man begann zu spüren, daß Henlein und Frank allein Hitlers Spiel betrieben ohne

---

Tschechen alles annehmen“, und es sei besser, wenn ein Vorwand für militärisches Eingreifen von tschechischer Seite geliefert würde (ADAP, Serie D, II, Nr. 554).

<sup>16</sup> ADAP, Serie D, II, S. 695 f.

<sup>17</sup> Ebenda, Nr. 513, 515, 518.

<sup>18</sup> Ebenda, Nr. 513.

<sup>19</sup> Der dt. Geschäftsträger in Prag telegraphierte dem Ausw. Amt am 17. 9. 38: „Bei Deutschen entsteht vielfach Meinung, daß (reichsdeutscher) Rundfunk stark übertreibt. Dadurch Glaube in seine Zuverlässigkeit erschüttert, besonders da im Einzelfall durch unmittelbare Verständigung seine Ungenauigkeit festgestellt“ (ADAP, Serie D, II, Nr. 516). Am gleichen Tage berichtete der britische Gesandte Newton in Prag an Lord Halifax (Brit. Doc. on For. Pol., Ser. III, Bd. II, Nr. 916), daß die dt. Rundfunkmeldungen, welche den Anschein erwecken, als herrsche in den Sudetengebieten der Terror, nachweisbar keine Beziehungen zu den Tatsachen („no relation to the facts“) hätten, und daß der deutschen Regierung empfohlen werden sollte, diese Kampagne zu lassen, wenn sie wirklich den Frieden wünsche. – Nach 1945 hat Hans Fritzsche in Nürnberg über diese Methode der deutschen Nachrichtenpolitik, die vom damaligen Leiter der Abt. Deutsche Presse im Reichspropagandaministerium, Alfred Ingemar Berndt, geleitet wurde, ausgesagt: „... Jedesmal während einer Konferenz oder Besprechung – Berchtesgaden, Godesberg, München – wurden der Presse, mit der Weisung sensationeller Aufmachung, Berichte über Unterdrückung oder Entrechtung von Sudetendeutschen zugeleitet, sowie Meldungen über alle Zwischenfälle. Diese letzteren waren ein sehr heikles Kapitel. Sie wurden von Berndt persönlich gemacht und dem Deutschen Nachrichtenbüro gegeben. Er baute geringe Vorkommnisse sehr stark auf, verwendete mitunter alte Ereignisse als neue, ja es kamen Klagen aus dem Sudetenland selbst, daß manche

Rücksicht auf die Folgen für ihre Landsleute. Es gelang in diesen Tagen insbesondere auch der sudetendeutschen Sozialdemokratie, welche vor Henleins Politik im Schlepptau Hitlers stets gewarnt hatte, auf die sudetendeutsche Bevölkerung wieder stärkeren Einfluß zu gewinnen<sup>20</sup>. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch das sorgenvolle Telegramm, welches der deutsche Geschäftsträger Hencke aus Prag am Nachmittag des 17. 9. nach Berlin kabelte:

„Nach Auffassung Tschechen ist Aufstandsversuch SdP durch Versagen Führung zusammengebrochen und ernste Spaltung in sudetendeutsche Bewegung hineingetragen<sup>21</sup>.“

In dieser Situation wurde von Hitler im Einvernehmen mit Henlein am 17. 9. die Aufstellung eines sogenannten Sudetendeutschen Freikorps beschlossen, um nunmehr von außen her einen Unruhefaktor ins Spiel zu bringen.

\*

Die kritische Zuspitzung der Ereignisse seit dem 12./13. September, mehr noch aber die künstlich, mit unablässig hämmernden reichsdeutschen Propagandamitteln erzeugte Panikstimmung, veranlaßten einzelne Gruppen insbesondere der grenznahen sudetendeutschen Bevölkerung zur Flucht nach Deutschland<sup>22</sup>. Unter ihnen waren vor allem zahlreiche Angehörige des schon am 15. 9. vom tschechischen Innenministerium aufgelösten Freiwilligen deutschen Schutzdienstes (FS), der SdP mit ihren Familienangehörigen, ferner Amtswalter der SdP und ähnlich exponierte Personen, die sich nach dem Verbot der SdP und den Verhaftungen einzelner SdP-Mitglieder nicht mehr sicher fühlten<sup>23</sup>. Jenseits der Grenze, auf

in der deutschen Presse erschienenen Meldungen unwahr seien . . .“ (Nürnberg. Dok. NG-5635). – Ähnlich bestätigte der ehem. Redaktor des Berliner Tageblattes und der Deutschen Allgemeinen Zeitung am 24. 10. 1947: „Der damalige Leiter der Presseabteilung Alfred Ingemar Berndt forderte geradezu auf, Nachrichten über Terrorakte zu erfinden, um im deutschen Volk die gewünschte Stimmung auszulösen. Diese Methode wurde kurz vor dem Polenfeldzug abermals angewendet.“ (Nürnberg. Dok. NG-5115).

<sup>20</sup> Wenzel Jaksch: Europas Weg nach Potsdam. – Stuttgart 1958, S. 311 ff. – In der Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums v. 17. 9. 38 wurde der Presse u. a. die Anweisung gegeben: „Dem Versuch der deutschen Sozialdemokratie, auf die führerlos gewordene sudetendeutsche Bevölkerung Einfluß zu gewinnen, muß in der deutschen Presse begegnet werden!“ (W. Hagemann, a. a. O., S. 365).

<sup>21</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 518. – Dem entsprach auch das Telegramm des tschechischen Außenministers vom 16. 9. 38 an die tschechischen Vertreter in England und Frankreich, wonach der bewußt für die Ankunft Chamberlains vorbereitete Aufruf Henleins „völlig fehlgeschlagen“ sei, er würde sowohl vom gemäßigten Teil der SdP-Abgeordneten wie von den demokratischen sudetendeutschen Kräften abgelehnt (Nové Dokumenty k Historii Mnichova; gemeinsam herausgegeben von den Außenministerien der CSR und UdSSR 1958, Dok. Nr. 52).

<sup>22</sup> DNB berichtete am 15. 9. von 5000, am 16. 9. von 23 000 und am 17. 9. von 103 000 sudetendeutschen Flüchtlingen (W. Hagemann, a. a. O., S. 364 ff.). Diese Flucht-Meldungen, die selbst einen wesentlichen Bestandteil der allg. Presse-Panikmache darstellten, dürften allerdings weit übertrieben gewesen sein.

<sup>23</sup> Nur in wenigen Bezirken blieb der Stamm der Amtswalter und Mitglieder der Partei im Lande, vgl. u. a. ADAP, Serie D, II, Nr. 228, betr. den Bezirk Marienbad.

reichsdeutschem Gebiet, wurde die große Zahl der Flüchtlinge in Sammellagern untergebracht, die von den örtlichen Behörden sowie von der SA und NSV betreut wurden. Der Anteil der Männer wehrfähigen Alters unter den geflüchteten SdP-Angehörigen, den „Ordnern“ des FS oder denen, die geflüchtet waren, um sich den tschechischen Rekrutierungsmaßnahmen zu entziehen, war naturgemäß sehr groß. Infolgedessen stellte man bei der Wehrmacht Überlegungen an, wie diese geflüchteten (von den Tschechen z. T. als Deserteure betrachteten) Sudetendeutschen zur Stärkung der Truppe zu verwenden seien. Wie aus Tagebuchnotizen der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres (Oberst Stapf)<sup>24</sup> ersichtlich ist, erging am 14. 9. 38 eine Weisung des OKW an die einzelnen Wehrkreiskommandos in Österreich, Bayern, Sachsen und Schlesien, „die in den Flüchtlingslagern eintreffenden Sudetendeutschen zu sichten und die Tauglichen 20–35jährigen, soweit sie militärisch ausgebildet sind, in Ergänzungseinheiten überplanmäßig einzustellen“. Dabei sollte offenbar nur die Erfassung der betreffenden Flüchtlinge durch die Wehrkreise in den Grenzgebieten, die Stationierung der aus sudetendeutschen Flüchtlingen gebildeten Ergänzungseinheiten aber in anderen Wehrkreisen vorgenommen werden; vermutlich in der Absicht, völkerrechtlichen, versorgungsrechtlichen o. a. Komplikationen vorzubeugen, die im Falle von Kampfhandlungen entstehen konnten, da die betr. Sudetendeutschen tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen. Wohl aus dem gleichen Grunde wurde auch „die Zuweisung besonderer Waffen für die Ausbildung der für die Ergänzungseinheiten in Frage kommenden Flüchtlinge“ lt. Tagebucheintragung des GenStdH (Abt. II) vom 17. 9. 38 „vorläufig zurückgestellt“. Einen bewaffneten Einsatz sudetendeutscher Wehrpflichtiger zum Grenzschutz oder zur Absicherung weiterer Fluchtbewegungen (was später nach außen hin offiziell als Aufgabe des Sudetendeutschen Freikorps deklariert wurde) hat man seitens der Wehrmacht nicht erwogen. Dies erübrigte sich wohl auch dadurch, daß in Anbetracht der Fluchtbewegung bereits am 14. 9. mit Zustimmung Hitlers die Einberufung des Verstärkten Grenz-Aufsichts-Dienstes (VGAD) durch das OKW veranlaßt worden war<sup>25</sup>. Es kam deshalb der Wehrmacht überraschend und stieß sowohl im OKH wie bei den einzelnen Generalkommandos zunächst auf einen gewissen Widerstand, als Hitler am 17. September die Zusammenfassung der wehrtauglichen sudetendeutschen Flüchtlinge zu gesonderten, allein Henlein unterstehenden bewaffneten Einheiten befahl. Hitlers Entschluß zur Bildung eines sogen. Sudetendeutschen Freikorps stand offenbar im Zusammenhang mit dem Besuch, den Henleins Stellvertreter K. H. Frank Hitler am 16. 9. abstattete und der lt. Mitteilung des Pressereferenten der SdP Sebekowsky vom 17. 9. den „Zweck verfolgt habe, bei Führer und Reichskanzler Genehmigung zur Aufstellung sudetendeutscher Legion zu erwirken“<sup>26</sup>. Die Absicht Henleins und der SdP-Führung, durch eine solche vom Reiche aus organisierte Truppe und ihre

<sup>24</sup> Auszugsweise in Nürnberg. Dok. EC-566-2.

<sup>25</sup> Dienstagebuch Jodl, Eintragung v. 14. 9. 38; IMG, XXVIII, PS-1780 (künftig zit. als „Jodl-Tgb.“).

<sup>26</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 520.

Aktionen die „Stimmung der deutschen Bevölkerung innerhalb der Tschechoslowakei zu heben“<sup>27</sup>, deckte sich dabei voll mit Hitlers Bestreben, durch eine als „Freikorps“ getarnte halb-militärische Einheit jene Unruhe im Grenzgebiet methodisch aufrechtzuerhalten, welche er sowohl als Vorwand für etwaiges militärisches Eingreifen wie als Druckmittel bei den weiteren außenpolitischen Verhandlungen gebrauchen konnte. Am Vormittag des 17. 9. erhielten das OKW und der Generalstab des Heeres die Nachricht von Hitlers Befehl zur Aufstellung des Sudetendeutschen Freikorps unter der Leitung Konrad Henleins. Das OKW ernannte daraufhin den bisherigen Sonderbeauftragten der Wehrmacht beim Reichsjugendführer Oberstleutnant Köchlin zum Verbindungsoffizier und militärischen Berater bei Henlein, der noch am Abend des 17. 9. zu Hitler auf den Obersalzberg befohlen wurde<sup>28</sup>. Ehe Köchlin sich bei Hitler einfand, meldete er sich beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, und beim Leiter der Organisationsabteilung des GenStdH, Oberst Stapf. Beide instruierten Köchlin, es sei nach Ansicht des Heeres nicht zweckmäßig, die wehrfähigen sudetendeutschen Flüchtlinge in einem geschlossenen Verband einzusetzen, sondern zu empfehlen, sie der Truppe zur Einweisung in Ergänzungseinheiten zu überlassen<sup>29</sup>. In der nur sieben Minuten dauernden Unterredung mit Köchlin am Abend des 17. 9. wies Hitler jedoch diese Vorschläge zurück und blieb bei dem Entschluß zur Bildung eines Sudetendeutschen Freikorps. Über den Inhalt dieser wichtigen Besprechung liegen drei unmittelbar nachher entstandene Aufzeichnungen vor, aus denen hinreichend klar ersichtlich ist, welche Anweisungen Hitler betr. Unterstellung, Organisation und Aufgabe des Sudetendeutschen Freikorps gab. Das erste kurze Fernschreiben hierüber, welches Hitlers Heeres-Adjutant Major Schmundt am Vormittag des 18. 9. an das OKH nach Berlin sandte<sup>30</sup>, besagte, daß Köchlin als dem OKW unterstellter militärischer Berater Henleins fungieren und in dieser Hinsicht weitgehende Vollmachten haben solle, daß das Sudetendeutsche Freikorps jedoch „Konrad Henlein allein“ unterstellt bleiben sollte. Laut diesem Fernschreiben hatte Hitler als Zweck des Freikorps angegeben: „Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße“. Ferner habe er angeordnet, daß die Aufstellung des Freikorps in Deutschland, seine Bewaffnung (wohl aus Gründen der Tarnung) „nur mit österreichischen Waffen“ zu geschehen habe und<sup>31</sup> es seine Tätigkeit „so schnell wie möglich“ beginnen solle. Der Leiter der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres, dem Köchlin am 19. 9. persönlich über seinen Besuch bei Hitler berichtete, nachdem er (Köchlin) inzwischen (am 18. 9.) auch mit Henlein persönlich Rücksprache genommen hatte, hielt in dem bereits genannten Tagebuch noch ergänzende Mitteilungen zu diesen Anweisungen Hitlers fest. Es heißt dort:

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Vgl. Jodl-Tgb. und Tagebucheintragung GenStdH, Abt. II: (Nürnberg. Dok. EC-366-2; künftig zit. als Tgb.-GenStdH).

<sup>29</sup> Vgl. Tgb. GenStdH und die Eidesstattl. Erkl. Köchlins v. 1. 8. 1948 (Nürnberg. Dok. NO-5812).

<sup>30</sup> In: IMG, XXV, PS-388, S. 475.

„Durch die sudetendeutsche Leitung (Henlein-Hermann Frank) ist ein Sudetendeutsches Freikorps im Anschluß an die SA aufzustellen. Aus politischen Gründen darf keinerlei Mitwirkung des Heeres in Erscheinung treten. Es dürfen nur Sudetendeutsche geworben werden. Eintritt von Reichsdeutschen ist verboten. Die Versorgung des Freikorps ist Aufgabe der SA. Das Heer stellt Waffen zur Verfügung, jedoch nur österr. Herkunft<sup>81</sup>.“

Im weiteren wird die beabsichtigte Gliederung des Freikorps in vier Gruppen (später auf sechs erweitert) mit jeweiligen Kommandos in Wien, Bayreuth, Dresden und Breslau, mit je mindestens vier Abschnitten (Bataillonen) dargelegt. Die Aufgabe des Freikorps ist folgendermaßen umrissen:

„In den Untereinheiten des Freikorps sind Terrorgruppen zu bilden, die ständige Beunruhigung im sudetendeutschen Grenzgebiete hervorrufen. Größere Aktionen ordnet der Führer selbst über OKW an. Die Aktionen sind im Einvernehmen mit den Gen.Kdos., später mit den A.O.K.s festzulegen. Notwendigen Forderungen des Heeres hat das Freikorps nachzukommen. Die Verwendung des Freikorps beim Einmarsch behält sich der Führer vor...“

Eine Bestätigung der bereits gekennzeichneten Aufgabenstellung des Sudetendeutschen Freikorps findet sich ferner in dem abschließenden dienstlichen Bericht, welchen Oberstleutnant Köchlin am 11. 10. 1938 nach Auflösung des Freikorps dem Generalstab des Heeres erstattete<sup>82</sup>. Er beginnt mit der Feststellung:

„Am 17. 9. erhielt ich in Obersalzberg vom Führer für das Sudetendeutsche Freikorps folgende Weisungen: Dauerndes Beunruhigen längs der gesamten Front durch das Freikorps. Durchführung in Form von kleinen Unternehmungen gegen tschechische Postierungen, Wachhäuser usw. Auftreten in Form von Terrorgruppen; Gliederung des Freikorps nach landsmännischen Gesichtspunkten gegenüber den jeweiligen Heimatbezirken.“

Ein offensichtlich für die einzelnen zuständigen Dienststellen des Heeres bestimmtes Rundschreiben des Generalstabs des Heeres betr. das Sudetendeutsche Freikorps vom 22. 9. 1938<sup>83</sup> faßte dessen Befehlsverhältnisse und Aufgaben schon einmal mit folgenden Worten zusammen:

1. Die Bildung eines Sudetendeutschen Freikorps unter Führung Konrad Henleins ist angeordnet. Die Aufstellung erfolgt in Anlehnung an die SA.
2. Leitung Konrad Henlein in Bayreuth . . .
3. Die Aufgaben des Freikorps sind politischer Art, sie werden dem Führer des Freikorps unmittelbar übermittelt.

Die zitierten Zeugnisse verdeutlichen, daß die dem Sudetendeutschen Freikorps von Hitler gestellte Aufgabe primär politisch-terroristischer, nicht militärischer Natur war. Dieser unbezweifelbare Sachverhalt komplizierte sich freilich dadurch, daß die dem Freikorps von Hitler zugedachte Funktion des Unruhestiftens nach außen hin verschwiegen und statt dessen sudetendeutsche Selbstschutzaufgaben vorgeschützt wurden, die sicherlich der Intention der beteiligten Sudetendeutschen

<sup>81</sup> Tgb. GenStdH.

<sup>82</sup> Nürnberg. Dok. EC-366-1.

<sup>83</sup> Nürnberg. Dok. NOKW-116.



mehr entsprachen und von ihnen z. T. zunächst wohl auch in gutem Glauben hingenommen worden sein dürften. Schon der Name „Sudetendeutsches Freikorps“ sollte den Anschein einer aus dem Schutzbedürfnis der Sudetendeutschen entstandenen, eigenständigen sudetendeutschen Truppe erwecken. Entgegen den tatsächlichen Verhältnissen und den geheimen Anordnungen waren auch die öffentlichen Verlautbarungen über das Sudetendeutsche Freikorps darauf abgestimmt, diese Vorstellung zu befestigen. Obwohl Henlein spätestens seit dem 15. 9. ständig im Reichsgebiet weilte, und seit dem 17. 9. in Donndorf bei Bayreuth ein festes Hauptquartier für den Stab des Sudetendeutschen Freikorps bestand<sup>34</sup>, dem seinerseits Gruppenstäbe in Wien, Linz, Dresden und Breslau unterstanden, streuten sowohl die reichsdeutsche Presse wie der Rundfunk zur Irreführung der öffentlichen Meinung noch am 18. 9. die Meldung aus, daß sich „fast die gesamte Führung der SdP auch weiterhin auf sudetendeutschem Gebiet befindet“ und daß sowohl Henlein als auch K. H. Frank von verborgenen Aufenthaltsorten aus im Sudetenland die Leitung der inzwischen verbotenen SdP ausübten<sup>35</sup>. Auch ein am 18. 9. vom Rundfunk und am 19. 9. von der Presse verbreiteter Aufruf der Sudetendeutschen Partei über die Bildung des Sudetendeutschen Freikorps hielt an dieser Fiktion fest<sup>36</sup>. Er gab als Datum „Asch, 18. September“ an und verkündete, Henlein habe angeordnet, „daß entlang der Grenze der Heimat das Sudetendeutsche Freikorps aufgestellt wird“. Diese wohlweislich unklare Formulierung ließ unausgesprochen, auf welcher Seite der Grenze das Freikorps aufgestellt wurde, und die Nennung des Ortes Asch im Sudetenland war im Gegenteil geeignet, den Eindruck hervorzurufen, als vollziehe sich die Bildung des Freikorps im Sudetenland. Auch der sonstige Tenor des Aufrufes war ganz darauf abgestellt, die Bildung des Freikorps als eine sudetendeutsche Not- und Selbstschutzmaßnahme gegenüber tschechischer Willkür und Unterdrückung erscheinen zu lassen. Er schloß mit den Worten:

„Der äußerste Notstand ist gegeben. Wir nehmen daher das zu allen Zeiten geübte Notrecht der Völker für uns in Anspruch, wenn wir zu den Waffen greifen und das Sudetendeutsche Freikorps errichten.“

Sicherlich geschah die mit dieser Verschleierung beabsichtigte Irreführung in erster Linie im Hinblick auf das Ausland und weniger auf die Sudetendeutschen, die die Verhältnisse an Ort und Stelle kannten. Daß das Sudetendeutsche Frei-

<sup>34</sup> Vgl. hierzu auch A. I. Berndt: *Der Marsch ins Großdeutsche Reich. Meilensteine des Dritten Reiches*, 2. Band (Zentralverlag der NSDAP, München 1942), S. 169, wo nachträglich keinerlei Hehl mehr daraus gemacht wird, daß die Organisation des Sudetend. Freikorps von reichsdt. Boden aus geschah.

<sup>35</sup> Vgl. VB v. 18. 9. 38, S. 2 u. v. 19. 9. 38, S. 9. Ergänzend hierzu ist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des dt. Geschäftsträgers Hencke in Prag an Legationsrat Altenburg im Ausw. Amt vom 20. 9. 38 hinzuweisen (ADAP, Serie D, II, Nr. 545). Hencke berichtete darin über die „Vertrauenskrise“, die zwischen der im Lande gebliebenen sudetendeutschen Bevölkerung und der ins Reich geflohenen Führung der SdP ausgebrochen sei, und hob hervor, daß „kein einziger Mensch den deutschen Rundfunkmeldungen glaubt, die Henlein als Harun al Raschid im sudetendeutschen Gebiet auftreten lassen“.

<sup>36</sup> Vgl. VB v. 19. 9. 38, S. 5.

korps jenseits der Grenze auf reichsdeutschem Boden errichtet wurde, ließ sich jedoch – bei der Größenordnung dieses Verbandes – nicht wirklich mit Aussicht auf Erfolg verborgen halten, und bald wurde daraus auch in der reichsdeutschen Presse kein Hehl mehr gemacht. So z. B. durch die weitere Proklamation, die am 18. 9. vom Kommando des Sudetendeutschen Freikorps herausgegeben wurde und die offen zum Widerstand gegen die tschechische Staatsgewalt und zum Eintritt in das Sudetendeutsche Freikorps (d. h. praktisch zur Flucht über die Grenze) aufforderte<sup>37</sup>.

Während die reichsdeutsche Presse bereits am 19. 9. von 40 000 Angehörigen des Sudetendeutschen Freikorps sprach<sup>38</sup>, belief sich deren Gesamtzahl in dieser Zeit, wie aus den Angaben Köchlings hervorgeht<sup>39</sup>, auf etwa 10 000–15 000 Mann, „die nur zum geringsten Teil bewaffnet waren“. Bis zum 23. 9., dem Tage der tschechischen Generalmobilmachung, vermehrte sich diese Zahl trotz der täglich bis zur Hysterie gesteigerten Panikmache des reichsdeutschen Rundfunks und der Presse nicht erheblich, wobei allerdings auch die Schwierigkeiten, die bei der Versorgung und Ausrüstung entstanden, sich einer kontinuierlichen Vergrößerung des Freikorps in den Weg stellten.

Wie aus den bereits angeführten Zeugnissen ersichtlich ist, sollte die Aufstellung des Freikorps in „Anlehnung an die SA“ geschehen. Damit war sicherlich nicht nur die maßgebliche Mitwirkung der SA bei der Betreuung und Organisation des Freikorps gemeint<sup>40</sup>, es sollte wohl auch zum Ausdruck kommen, daß für das Freikorps der Status eines Wehrverbandes als Modell zu dienen habe, wie ihn die SA früher repräsentierte und dessen Funktion sie bei der Vorbereitung des geplanten Feldzuges gegen die Tschechoslowakei (z. B. als Grenzschutz) auch im Sommer und Herbst 1938 bis zu einem gewissen Grade wieder übernahm. Die SA hat z. T., ebenso das NSKK, über die Ausrüstung der Freikorps hinaus auch bei dessen Organisation und Führung eine wesentliche Rolle gespielt. Obwohl eine Rekrutierung von Reichsdeutschen durch das Freikorps von Hitler untersagt worden war, erwies es sich als notwendig, eine Reihe von SA- und NSKK-Führern in das Freikorps zu entsenden, um die große Zahl der vorgesehenen Führungsstellen und Kommandos überhaupt besetzen

<sup>37</sup> VB v. 19. 9. 38, S. 2.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Nürnberg. Dok. EC-366-1.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu die Darstellung von Willi Körbel: Das Sudetendeutsche Freikorps 1938 (abgedruckt als Anhang zu F. W. Oertzen: Die deutschen Freikorps 1918–1923, 6. Auflage, München, Juli 1939), wo es auf S. 509 heißt: „Als die ersten Männer aus dem Sudetenland über die Grenze kamen, da waren es die Sturmsoldaten Adolf Hitlers, die sich in vorbildlicher Kameradschaft der Freiheitskämpfer annahmen. Die SA hat sich sofort mit ihnen solidarisch erklärt und durch Wort und Tat die ersten Möglichkeiten des Einsatzes des Freikorps geschaffen . . . Unterstützt von NSV und NSKK haben die Sturmabteilungen des Führers die Männer aus dem Sudetenland betreut. In allen Lagern dampften die Feldküchen der SA. Bestände der SA an Schuhen, Decken, Zelten, Feldflaschen, Mänteln wurden zu Zehntausenden verteilt . . . Viele Tage und Nächte hindurch haben SA-Führer in der vordersten Linie als Männer des Selbstschutzes gekämpft und so eine unlösliche Kampf- und Erlebnisgemeinschaft zwischen SA und Freikorps geschaffen.“

zu können<sup>41</sup>. Im übrigen lassen die auf das Freikorps übertragenen Gliederungsbezeichnungen („Gruppen“, „Abschnitte“) die Analogie zu den Organisationsverhältnissen der SA bzw. der SS erkennen. Auch das äußere Bild der Freikorpsangehörigen, die, sofern sie überhaupt uniformiert waren, Uniformen oder Uniform-Stücke der SA trugen, in der Mehrzahl aber nur durch eine Hakenkreuzbinde kenntlich waren<sup>42</sup>, entsprach dem einer NS-Gliederung, nicht einer militärischen Truppe.

Im Hinblick auf den delikaten Auftrag des Freikorps wollte Hitler das Heer, das, wie er wohl argwöhnte, für solche Aktionsmethoden nicht das nötige „Verständnis“ aufbrachte, von der Mitwirkung bei der Organisation und dem Einsatz des Freikorps möglichst ausschalten, zumindest aber nicht in Erscheinung treten lassen. Ganz vermeiden ließ sich dies allerdings schon wegen der notwendigen Waffenbeschaffung nicht, wenngleich in dieser Frage auch die SS, die durch den damaligen SS-Oberführer Berger im Stabe Henleins vertreten war, einige Unterstützung leistete<sup>43</sup>. Sowohl bei der Abteilung Abwehr des OKW (Canaris), welche am 19. 9. durch Anordnung des OKW zusammen mit dem Allgemeinen Heeresamt für die erste Waffenausstattung des Freikorps zu sorgen hatte<sup>44</sup>, wie später im Generalstab des Heeres (Organisationsabt.) und auch bei den einzelnen AOKs im Grenzgebiet sträubte man sich zunächst gegen eine Bewaffnung des Freikorps aus Heeresmitteln, auch wenn es sich nur um Waffen österreichischer Herkunft handelte. Die militärischer Befehlsbefugnis nicht unterstehenden Aktionen des Freikorps in tschechisches Gebiet hinein, welche seit dem 18. 9. oft ohne genügende Absprache mit den zuständigen Generalkommandos stattfanden und deshalb der militärischen Führung Sorge zu machen begannen<sup>45</sup>, verminderten zweifellos noch deren Bereitschaft zur Bewaffnung des Freikorps. Erst nach mehreren Beschwerden Henleins in Berlin über ungenügende Waffenbelieferungen<sup>46</sup> und trotz der weiterbestehenden Antipathie zwischen den Armeeoberkommandos und den Einheiten der Freikorps<sup>47</sup> kam allmählich seitens der Organisationsabteilung des GenStdH eine kontinuierlichere Ausrüstung sowie auch die finanzielle Versorgung des Freikorps in Gang<sup>48</sup>. Dennoch blieben bis zum Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet am 1. 10. 1938 noch immer fast 50 Prozent der Angehörigen des Freikorps ohne Waffen<sup>49</sup>. Auch in anderen Einzelfragen dokumentierte sich die Reserviert-

<sup>41</sup> Vgl. Abschlußbericht Köchlings (Nürnberg. Dok. EC-366-1) sowie die eidesstattliche Erklärung des ehem. SA-Obergruppenführers Max Jüttner (Nürnberg. Dok. NO-5715), der dem Freikorps Henlein als Verbindungsführer der SA zugeteilt war.

<sup>42</sup> Vgl. die Bildberichte im VB v. 21. u. 25. 9. 38.

<sup>43</sup> Eidesstattl. Erkl. Max Jüttners (Nürnberg. Dok. NO-5715).

<sup>44</sup> Tgb. GenStdH (Abt. II), Eintr. v. 19. 9.

<sup>45</sup> Am 20. 9. 38 notierte Oberst Jodl vom OKW in sein Tagebuch: „Die Aktionen des Freikorps fangen an einen Umfang anzunehmen, der für die späteren Absichten des Heeres bedenkliche Folgen zeitigen kann und schon gezeitigt hat“ (IMG, XXXVIII, S. 381).

<sup>46</sup> Vgl. eidesstattl. Erkl. Naujocks (Nürnberg. Dok. NO-3029).

<sup>47</sup> Vgl. Jodl-Tgb., Eintr. v. 23. 9. 38.

<sup>48</sup> Vgl. eidesstattl. Erkl. Köchlings (Nürnberg. Dok. NO-5812).

<sup>49</sup> Nürnberg. Dok. EC-366-1.

heit der Wehrmacht gegenüber dem Sudetendeutschen Freikorps, so u. a. dadurch, daß der GenStdH am 22. 9. 38 den örtlichen Generalkommandos ausdrücklich verbot, dem Freikorps Uniformen der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen, und ferner anordnete, diejenigen Sudetendeutschen, die bereits in Ergänzungseinheiten des Heeres eingestellt worden waren, nicht an das Freikorps abzugeben<sup>50</sup>. Anschließend haben sich auch sowohl Oberstleutnant Köchlin als Verbindungsoffizier des OKW beim Kommando des Sudetendeutschen Freikorps wie die fünf anderen Verbindungsoffiziere der Wehrmacht, die den einzelnen Gruppenstäben des Freikorps zugeweiht wurden, von einer Mitwirkung bei der eigentlichen Kampfführung des Freikorps weitgehend zurückgehalten und sich im wesentlichen auf organisatorische Beratung beschränkt. Die „kampftechnische Führung“, so erklärte Köchlin rückblickend, sei „allein Angelegenheit Konrad Henleins und seines Führungsstabes“ gewesen<sup>51</sup>. Abgesehen von der aktiven, wenn auch widerwilligen Mitwirkung bei der Organisation, Bewaffung und Versorgung des Freikorps haben die Führungsstellen des Heeres auf die Tätigkeit des Freikorps eher einen restriktiven Einfluß ausgeübt. Insbesondere gelang es dem OKW und OKH, bei Hitler nach den ersten Tagen eine Begrenzung des Umfanges der durch das Freikorps begonnenen Störungsaktionen durchzusetzen.

Im Hinblick auf die politische Lage (bevorstehende Godesberger Unterredung mit Chamberlain), hatte Hitler bei der Aufstellung des Freikorps zunächst gefordert, daß dieses möglichst sofort eine intensive Stör- und Kampftätigkeit im Grenzgebiet beginnen solle. Henleins Kommandostab ordnete daraufhin an, jede Gruppe des Freikorps habe in jeder Nacht in ihrem Bezirk mindestens 10 Stoßtruppunternehmungen durchzuführen<sup>52</sup>. Einheiten des Freikorps begannen infolgedessen zahlreiche Überfälle auf tschechische Wachämter, Patrouillen und militärische Einrichtungen, sowie Stoßtruppunternehmungen, die zur gewaltsamen Gefangennahme tschechischer Soldaten und Zollbeamten und auch zu größeren Gefechten auf tschechoslowakischem Gebiet führten<sup>53</sup>. Sowohl auf seiten des Freikorps wie auf tschechischer Seite gab es dabei eine ganze Anzahl Tote und Verwundete<sup>54</sup>. Besonders an der sächsisch-tschechischen Grenze hatte das Freikorps in den ersten Tagen nach seiner Aufstellung mit umfangreichen Unternehmungen begonnen und weitere Aktionen ähnlicher Art geplant. Als das zuständige AOK IV hiervon erfuhr und dem GenStdH Meldung machte, erhob dieser am 20. 9. beim OKW Einspruch, da solcherlei weitgesteckte Unternehmungen des Freikorps den Anordnun-

<sup>50</sup> Nürnberg. Dok. NOKW-116.

<sup>51</sup> Eidesstattl. Erkl. Köchlins (Nürnberg. Dok. NO-5812).

<sup>52</sup> Vgl. abschließender dienstl. Bericht Köchlins (Nürnberg. Dok. EC-366-1), S. 3.

<sup>53</sup> Vgl. hierzu auch B. Bilek: *Fifth Column at Work* (London 1945), insbes. die dort wiedergegebenen Berichte des tschechischen Innenministeriums aus der 2. Septemberhälfte 1938 (z. B. Dokument Nr. 115, 116, 117, 118, 152).

<sup>54</sup> Eine statistische Gesamtübersicht über die Aktionen des Freikorps bis zum 1. 10. 38 enthält Köchlins Abschlußbericht (Nürnberg. Dok. EC-366-1). Demzufolge wurden insges. 164 gelungene Einzelunternehmungen durchgeführt, bei denen 52 Angehörige des Freikorps und 110 Tschechen ums Leben kamen und 2029 Tschechen gefangenengenommen wurden.

gen des Führers widersprächen, außerdem die militärischen Absichten störten und zu Reibungen mit dem Verstärkten Grenzaufwachtsdienst (VGAD) führten<sup>55</sup>. Der damalige Leiter der Abt. Landesverteidigung im Wehrmachtsführungsamt/OKW Oberst Jodl nahm daraufhin mit Oberstleutnant Köchlin Rücksprache, um „die Unternehmungen des Freikorps in geregelte Bahnen zu leiten“<sup>56</sup>. Nachdem auch Hitler von der aus militärischen Gründen bedenklichen Verselbständigung und Ausweitung der Freikorps-Einsätze erfahren hatte, griff er am Nachmittag des 20. 9. ein und verbot dem Freikorps „jede Aktion größeren Ausmaßes“. Lediglich Stoßtruppunternehmungen bis zu 12 Mann auf beschränkte Objekte und nach vorheriger Billigung durch die zuständigen Generalkommandos seien künftig dem Freikorps erlaubt<sup>57</sup>. Durch eine entsprechende Weisung des GenStdH vom 22. 9. 38 wurde diese neue Direktive auch den örtlichen Generalkommandos bekannt gemacht, die bereits bisher manche beabsichtigten Aktionen des Freikorps verhindert hatten<sup>58</sup>. Es mochte dabei auch der Gesichtspunkt eine Rolle spielen, durch die Begrenzung der Tätigkeit des Freikorps auf Klein-Aktionen die Hintergrunds-Regie der „Zwischenfälle“ zu verbergen und den Anschein sudetendeutscher Eigenmächtigkeit besser zu wahren<sup>59</sup>.

Sowohl bei Henlein wie im Kommando des Sudetendeutschen Freikorps und bei seinen Angehörigen war naturgemäß das Bestreben vorhanden, über die bloßen Stoßtruppunternehmungen und Störaktionen hinaus, die das Freikorps praktisch weitgehend zu einer Terrororganisation machten<sup>60</sup>, direkten Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse in den Sudetengebieten zu gewinnen und dort als eine Art sudetendeutscher Schutztruppe aufzutreten. Als am 21./22. 9. tschechische Truppen sich aus dem in reichsdeutsches Gebiet hineinragenden Zipfel von Asch zurückgezogen hatten, bot sich für das Freikorps die Möglichkeit, eine solche Aufgabe

<sup>55</sup> Tgb. GenStdH, Abt. II.

<sup>56</sup> Jodl-Tgb., Eintr. v. 20. 9. 38 (vgl. auch oben, Anm. 45).

<sup>57</sup> Ebenda, sowie Tgb. GenStdH, Abt. II.

<sup>58</sup> Ein Zeugnis hierfür, das sich zweifellos auf das namentlich nicht genannte Sudetendeutsche Freikorps bezieht, ist die am 21. 9. 38 an das Auswärtige Amt gelangte Meldung über den schlesischen Bereich, worin es heißt: „In der Nacht vom 20. zum 21. 9. 38 wurde die Masarykbaude, die als tschechische Nachrichtenstation ausgebaut war, angegriffen und teilweise eingeeäschert, trotz starken MG-Feuers. Neuendorf: Tschechisches Zollhaus wurde durch Feuer gänzlich zerstört. 2 tschech. Tote, 2 tschech. Gefangene. Die übrigen Aktionen wurden vom Generalkommando der Wehrmacht abgestoppt.“ (ADAP, Serie D, II, Nr. 550).

<sup>59</sup> Dies gelang z. B. gegenüber dem auch hier recht gutgläubigen britischen Botschafter Henderson in Berlin, der auf entsprechende, vom britischen Gesandten in Prag ausgehende Anregung (Doc. on Brit. For. Policy Serie III, Bd. II, Nr. 959) am Vormittag des 20. 9. Lord Halifax mitteilte, er werde den vom Sudetendeutschen Freikorps durchgeführten Überfall auf den tschechischen Zollposten in Neuhausen bei Asch gegenüber der deutschen Regierung zur Sprache bringen und sie ernstlich auf ihre Verantwortung aufmerksam machen, die „Sudetendeutschen Flüchtlinge in Ordnung zu halten“ (Doc. on Brit. For. Policy, Serie III, Bd. II, Nr. 980).

<sup>60</sup> Auf tschechischer Seite sprach man vom Freikorps als von einem „Mordkorps“ (vgl. Bilek, a. a. O., S. 179, Dok. Nr. 181).

wenigstens in diesem Gebiet zu verwirklichen. Da außerdem Hitler, der am Vormittag des 21. 9. erfuhr, daß die Tschechen die ihnen von den Westmächten zu-diktierten Bedingungen der Abtretung des Sudetengebietes angenommen hätten<sup>61</sup>, es jetzt wohl für angebracht hielt, im Hinblick auf die bevorstehende Godesberger Besprechung mit Chamberlain (22. 9.) bereits ein gewisses *fait accompli* in Richtung auf seine beabsichtigten Vorschläge (Besetzung der Sudetengebiete vor Regelung des Modus' der Abtretung) sowie auch ein neues Moment der Irritierung und einen Anlaß etwaiger Zwischenfälle ins Spiel zu bringen, ordnete er am 21. 9. bzw. in der Nacht zum 22. 9. an, daß das mit reichsdeutschen Waffen zu versehende Freikorps die „Besetzung des von den Tschechen verlassenen Gebietes durchzuführen“ habe. „Kampfhandlungen großen Stils sollten jedoch erst nach ausdrücklicher Genehmigung des Führers stattfinden“<sup>62</sup>. Ohne daß die Wehrmachtsbefehlsstellen zureichend informiert wurden<sup>63</sup>, drangen daraufhin in der Nacht zum 22. 9. Einheiten des Freikorps in den Gebietszipfel von Asch ein<sup>64</sup>, während die deutsche Presse am 21. 9. die strikte Anweisung erhielt:

„Es dürfen keinerlei Berichte gebracht werden, daß Freikorpsverbände die Grenze überschritten hätten, sondern nur, daß die Sudetendeutschen jenseits der Grenze nach Abzug des Militärs den Ordnungsdienst übernommen hätten. Jede Erwähnung des Freikorps jenseits der Grenze ist strengstens untersagt, auch für die Bildberichterstatter“<sup>65</sup>.

Nachdem schließlich Einheiten des Freikorps und z. T. auch der sächsischen SA am 22. 9. auch außerhalb des Gebietes von Asch nach Eger und benachbarten Gebieten vorgedrungen waren und dabei u. a. tschechische Polizeikommandos gewaltsam entwaffnet hatten<sup>66</sup>, kamen diese Ereignisse, die inzwischen Chamberlain berichtet worden waren<sup>67</sup>, auch in Godesberg am Nachmittag des 22. 9. zur

<sup>61</sup> Jodl-Tgb., Eintr. v. 21. 9., 11.20 Uhr.

<sup>62</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 566 u. 567.

<sup>63</sup> Wie aus dem Jodl-Tgb. ersichtlich ist, erfuhr das OKW hiervon erst am Nachmittag des 22. 9. durch die Generalkommandos an der deutsch-tschech. Grenze.

<sup>64</sup> Während aus den deutschen Dokumenten (vgl. auch Jodl-Tgb., Eintr. v. 22. 9. 1938) über den Zeitpunkt der Besetzung des Zipfels von Asch durch das Freikorps nichts Genaueres zu entnehmen ist, enthält eine telegraphische Meldung, die der brit. Gesandte Newton am 22. 9. morgens 7.45 nach London übermittelte, die konkrete Angabe, der polit. Direktor des tschechosl. Außenministeriums habe ihn (Newton) in den frühen Morgenstunden telephonisch benachrichtigt, daß das „Sudetendeutsche Freikorps die Grenze von Deutschland während der Nacht überschritten und Asch besetzt“ habe, mit der Bitte, diese Nachricht an Chamberlain weiterzugeben, ehe dieser zur Besprechung nach Godesberg abreise. – Am 22. 9., vormittags 9.00, erhielt daraufhin der brit. Botschafter Henderson in Berlin von London aus die Anweisung, bei der deutschen Regierung darauf zu dringen, daß ein weiteres Eindringen in die Sudetengebiete verhindert wird (Doc. on Brit. For. Policy, Serie III, Bd. II, Nr. 1013).

<sup>65</sup> W. Hagemann, a. a. O., S. 568.

<sup>66</sup> Vgl. Jodl-Tgb., Eintr. v. 22. 9., ferner: ADAP, Serie D, II, Nr. 568; sowie: Doc. on Brit. For. Policy, Serie III, Bd. II, Nr. 1019.

<sup>67</sup> Diesbezügl. Telefonanrufe des brit. Botschafters Newton in Prag ergingen an das Foreign Office am 22. 9. um 7.45 Uhr, 13.50 Uhr und 17.45 Uhr (Doc. on Brit. For. Policy, Serie III,

Sprache<sup>68</sup>. Hitler suchte die maßgeblich von ihm selbst veranlaßten Aktionen als katastrophale Zuspitzung der durch die Massenflucht von Sudetendeutschen entstandenen Lage darzustellen, die schnellstes Eingreifen erforderlich mache („Schüsse auf Flüchtlinge würden natürlicherweise Hilfsaktionen von der deutschen Seite der Grenze auslösen . . . Innerhalb von drei bis vier Tagen würden sich diese Dinge zu einem regelrechten Grenzkrieg auswachsen“). Chamberlain zeigte sich demgegenüber jedoch ziemlich unbeeindruckt. Er erklärte, Zwischenfälle auf beiden Seiten seien unvermeidlich und machte Hitler statt dessen auf eine ihm zugegangene Meldung aufmerksam, wonach sudetendeutsche Einheiten („Sudetenbands“) mit militärischer Unterstützung nach Eger eingedrungen seien. Hitler, der bei dieser Gelegenheit eingesehen haben dürfte, daß die britische Diplomatie wohlinformiert und von den deutschen propagandistischen Zweckmeldungen wenig einzuschüchtern war, konnte daraufhin nur mit der zweideutigen „kategorischen Erklärung“ antworten, „deutsche Truppen hätten die Grenze nicht überschritten“<sup>69</sup>. Zur selben Stunde übertraf der Leiter der Politischen Abteilung des Berliner Auswärtigen Amtes UStS. Woermann Hitler noch, indem er auf die gleiche Anfrage der britischen Botschaft mit einer glatten, ihm zweifellos auch bewußten Ablehnung reagierte: das Auswärtige Amt habe trotz „sorgfältiger Erkundungen“ keinerlei Bestätigung, „daß das Freikorps die Grenze überschritten hätte und nach Asch eingerückt sei“, es habe im Gegenteil Nachricht, „daß das Freikorps an keiner Stelle die Grenze überschritten habe und dies auch nicht beabsichtige“<sup>70</sup>.

Zu diesen peinlichen diplomatischen Konsequenzen der Freikorps-Betätigung jenseits der Grenze kamen Bedenken der Wehrmacht, welche Nachricht von tschechischen Truppenverstärkungen erhielt, vor allem aber auch eine reservierte Aufnahme des Freikorps in den Sudetengebieten selbst, wo u. a. der deutsche Vizekonsul in Eger am Vormittag des 22. 9. dringend von einem Einmarsch des Freikorps nach Eger abriet, da die Sudetendeutschen auch ohne das Freikorps „in Eger, Franzensbad und Asch die tatsächliche Gewalt in den Händen“ hätten und sonst nur unnötiges Blutvergießen entstehe<sup>71</sup>. Tatsächlich war das Sudetendeutsche Freikorps, indem es sich in den Dienst Hitlerscher Katastrophenpolitik hatte stellen lassen, im Sudetenland als Selbstschutzorganisation unglaubwürdig und zu einer

---

Bd. II, Nr. 1015, 1019 und 1021). In letzterem erklärte Newton: „Der Premierminister wird zweifellos wissen, daß auf diejenigen Informationen, die ihn in Godesberg aus deutscher Quelle erreichen, kein Verlaß ist und daß die Berichte über die Tschechoslowakei allein im Interesse der deutschen Politik in Umlauf gesetzt werden . . . Die Deutschen scheinen die Situation u. a. durch den Gebrauch des Freikorps ausnutzen zu wollen, das sie gebildet und bewaffnet haben.“

<sup>68</sup> Vgl. die Aufzeichnungen von Dolmetscher Paul Schmidt (ADAP, Serie D, II, Nr. 562, insbes. S. 698f.) und des brit. Botschaftsrates Kirkpatrick (Doc. on Brit. For. Policy, Serie III, Bd. II, Nr. 1033, insbes. S. 467ff.) über die Nachmittagskonferenz in Godesberg.

<sup>69</sup> Bei der Wiedergabe dieses Gesprächspunktes interessante Differenz zwischen dem viel deutlicheren englischen und dem weniger konkreten deutschen Protokoll.

<sup>70</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 563.

<sup>71</sup> ADAP, Serie D, II, Nr. 558.

solchen Aufgabe weitgehend untauglich geworden. Die Summe dieser wenig ermutigenden Erfahrungen bewog Hitler dann wohl auch, noch am Abend des 22. 9. den am Vortage gegebenen Befehl zur Besetzung der von den tschechischen Truppen geräumten Grenzgebiete durch das Freikorps zu widerrufen<sup>72</sup>.

Um so mehr versuchte die reichsdeutsche Presse, notfalls durch reine Erfindungen, die Vorstellung zu pflegen, als sei die Tätigkeit des Freikorps nur hilfreich-defensiv und allein darauf angelegt, die Flucht von Sudetendeutschen über die Grenze zu sichern, von den Tschechen zurückgehaltene deutsche Landsleute „in verwegenen Angriffen“ zu befreien und dergl. mehr. Einige der Meldungen, die beispielsweise der Völkische Beobachter in dieser Beziehung Ende September über Aktionen des Freikorps veröffentlichte, sind in ihren Einzelheiten unschwer als Fabeln und Phantasieprodukte zu erkennen<sup>73</sup>. Dies soll freilich nicht heißen, daß die Existenz und Tätigkeit des Freikorps nicht auch der Flucht von Sudetendeutschen zugute gekommen sei. Wenn gleich hiervon in den erhaltengebliebenen Dokumenten (im Gegensatz zu den eindeutig bezeugten Störaktionen des Freikorps) nirgends ausdrücklich die Rede ist, so begünstigten doch selbstverständlich die Unternehmungen des Freikorps allein schon durch die Einschüchterung der tschechischen Zoll- und Polizeiorgane an der Grenze auch indirekt die Flucht von Sudetendeutschen. Dies zeigte sich z. B., als infolge der tschechischen Allgemeinen Mobilmachung in der Nacht vom 23. zum 24. September Tausende wehrfähiger sudetendeutscher Männer in der Mehrzahl ohne Schwierigkeiten über die Grenze nach Deutschland gelangten und zum großen Teil dem Freikorps beitraten<sup>74</sup>, nachdem Henlein in einem Rundfunkauftritt dazu aufgefordert hatte, dem Mobilmachungsbefehl nicht Folge zu leisten<sup>75</sup>. Als am 25. September wiederum einer der in reichsdeutsches Territorium hineinragenden, von tschechischen Truppen aus strategischen Gründen geräumten sudetendeutschen Gebietszipfel, der Bezirk um Jauernig an der schlesischen Grenze, kampflos besetzt wurde, überließ man diese Besetzung jedoch nicht dem Freikorps allein, sondern unterstützte es durch bewaffnete Einheiten der SS-Totenkopfverbände. Am gleichen Tage rückten auch in das Gebiet von Asch zwei Totenkopfsturmbanne der SS ein, die hier das unzureichend bewaffnete Freikorps verstärken bzw. ablösen sollten<sup>76</sup>. Welche Gründe deutscherseits zu diesen beiden Aktionen führten, die von tschechischer Seite geduldet wurden, obwohl noch keinerlei Abkommen über die Abtretung der Sudetengebiete geschlossen war, geht aus den verfügbaren Dokumenten nicht klar hervor. Da in diesen von den tschechischen Staatsorganen geräumten

<sup>72</sup> Jodl-Tgb., Eintr. v. 22. 9., 18.50 Uhr.

<sup>73</sup> Vgl. z. B. VB v. 23. 9. 38, S. 4.

<sup>74</sup> Vgl. Ernst Frank: Sudetenland – Deutsches Land. Erzählte Geschichten des sudetend. Freiheitskampfes (Jungland-Verlag, Görlitz o. J.).

<sup>75</sup> A. I. Berndt, a. a. O., S. 170.

<sup>76</sup> Jodl notierte am 25. 9. in sein Tagebuch: „Auf Anordnung des Führers sind 2 Totenkopfsturmbanne hinter dem Freikorps in den Ascher Zipfel eingerückt.“ Möglicherweise wurde das Freikorps daraufhin aus dem Ascher Zipfel weitgehend zurückgezogen, jedenfalls ist einige Tage später im Zusammenhang mit Asch nur noch von SS-Verbänden die Rede (vgl. IMG, XXV, PS-388, S. 489).



Gebieten eine Dringlichkeit des Schutzes der Sudetendeutschen kaum bestand, ist eher anzunehmen, daß es sich hier um Vorausmaßnahmen zu dem von Hitler in diesen Tagen noch immer festgehaltenen Plan gewaltsamen militärischen Vorgehens gegen die Tschechoslowakei handelte, zumal nach Godesberg die Kriegsgefahr wieder in greifbare Nähe rückte<sup>77</sup>. Aber vermutlich ging es hierbei noch um andere vorbereitende Maßnahmen, die vor allem politisch-polizeilicher Art waren (Fahndung nach sog. Staatsfeinden u. a.) und bei denen man die Mithilfe des orts- und personenkundigen sudetendeutschen Freikorps gut gebrauchen konnte<sup>78</sup>. Es bahnte sich hier bereits jene Entwicklung an, die dann bei der Besetzung des Sudetengebietes zur Unterstellung des Freikorps unter die SS führte.

Solange jedoch offen blieb, ob es zu einer vertraglichen Besetzung des Sudetengebietes kommen würde, hatte das Freikorps bis in die letzten Septembertage hinein weiterhin dem von Hitler auch mit anderen Mitteln (z. B. den Versuchen, die Ungarn, Slowaken und Polen gegen Prag zu mobilisieren) verfolgten Ziel zu dienen, trotz der Nachgiebigkeit der Westmächte und Prags in der Sudetenfrage doch noch eine Auflösung resp. Zerschlagung der Gesamt-Tschechoslowakei zu erreichen. Hitlers Sportpalast-Rede am 26. 9.<sup>79</sup> sowie seine militärischen Anordnungen am 27. 9.<sup>80</sup> machen deutlich, daß er zumindest an diesen Tagen noch ernstlich zu einem Krieg entschlossen und bereit war, jede sich bietende Gelegenheit als Vorwand hierfür zu benutzen. Damit hängt gewiß auch sein am Abend des 26. 9. von Oberstleutnant Köchlin übermittelter Wunsch einer „Aktivierung der Tätigkeit des Freikorps“ zusammen<sup>81</sup>. Die daraufhin verstärkten Unternehmungen des Freikorps führten erneut zu Zwistigkeiten mit dem Heer, das seit dem Aufziehen der verstärkten Grenzschutz am 24. 9. die alleinige Befehlsführung im Grenzgebiet besaß. Am 28. 9. 38 erging deshalb „zur Klärung der Befehlsverhältnisse an der deutsch-tschechischen Grenze“ eine Weisung des OKW, welche bestimmte, daß alle an der Grenze eingesetzten Organe nunmehr dem Heer bzw. den zuständigen Generalkommandos unterstünden. Keine Verbände der Polizei, des Zolls, der Partei usw. dürften ohne Wissen der Befehlsstellen des Heeres in das unmittelbare Grenzgebiet verschoben werden oder die Grenze überschreiten. Bezüglich des Freikorps Henlein und seiner Verbände gelte allerdings weiter der Grundsatz, „daß sie unmittelbare Weisung vom Führer erhalten“, ihre Unternehmungen aber „nur im Einvernehmen mit den Generalkommandos durchführen dürfen“. Dazu gehöre, daß die betr. Freikorpseinheiten „vor dem Überschreiten der Grenze dieses dem örtlichen Führer der Grenzschutz zu melden“ und mit der Grenzschutz Verbindung zu halten hätten, wobei es jedoch der Grenzschutz untersagt sei, sich an den Unter-

<sup>77</sup> Boris Celovsky: Das Münchener Abkommen 1938. – Stuttgart 1958.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu ADAP, Serie D, II, Nr. 637 und Jodl-Tgb., Eintragung vom 27. 9. 38, ferner auch hinterlassene Aufzeichnungen eines bei der Abt. Abwehr (OKW) tätigen ehem. Offiziers (Institut f. Zeitgesch. – Zeugenschrifttum).

<sup>79</sup> VB v. 27. 9. 38.

<sup>80</sup> IMG, XXV, PS-388, S. 483 u. 485 f.

<sup>81</sup> Jodl-Tgb., Eintr. v. 26. 9. 38.

nehmungen jenseits der Grenze zu beteiligen. „Jede Unterstützung des Freikorps vorwärts der Grenze ist untersagt<sup>82</sup>.“ Noch einmal kommt in dieser Anweisung die klare Trennung zwischen den militärischen Aufgaben der Wehrmacht und den andersartigen des Freikorps zum Ausdruck.

Eine offene Frage war es jedoch, welche Verwendung das Freikorps finden sollte, wenn der bisherige Zweck seiner Tätigkeit durch einen entweder kriegerischen oder vertraglichen Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet hinfällig würde. Obige Anweisung des OKW sah vor: „Mit Beginn des Einmarsches des deutschen Heeres in die Tschechoslowakei wird das Freikorps Henlein dem OKH unterstellt<sup>83</sup>.“ Obwohl am gleichen Tage im OKW bekannt wurde, der Reichsführer-SS habe bereits am 26. 9. an den Stabschef des Freikorps einen Befehl erlassen, wonach das Freikorps im Falle des Einmarsches in sudetendeutsches Gebiet dem Reichsführer-SS unterstellt würde<sup>84</sup>, bekräftigte das OKW noch am 30. 9., d. h. unmittelbar vor Beginn des inzwischen auf der Münchener Konferenz vereinbarten Einmarsches deutscher Truppen, seinen bisherigen Standpunkt durch eine abermalige Anordnung. Sie hatte, soweit sie das Freikorps betraf, folgenden Wortlaut:

„Das Sudetendeutsche Freikorps wird OKH unterstellt. Die Abteilungen des Freikorps sind möglichst in Richtung ihrer Heimatgebiete einzusetzen. Sie behalten ihre bisherige Bewaffnung. Verpflegung ist durch die A.O.K. sicherzustellen. Die Angehörigen des Freikorps unterstehen nicht den Militärstrafgesetzen.“

Es gelang der SS jedoch, diesen Befehl umzustoßen. SS-Oberführer Berger, der spätere Leiter des SS-Hauptamtes, damals Verbindungsführer der SS beim Stabe Henleins, hatte, hierin sicher mit Himmler einer Meinung, in Henleins Freikorps und seinen Angehörigen von Anfang an ein mögliches Potential für die SS gesehen, wobei er sich darauf stützen mochte, daß die SS auf Grund ihrer Zuständigkeit für volksdeutsche Angelegenheiten (Volksdeutsche Mittelstelle) einen Prioritätsanspruch auch gegenüber dem Sudetendeutschen Freikorps besitze. Seit dem Bestehen des Freikorps bemühte sich die SS, einzelne Freikorpsführer und -angehörige für die SS-Verfügungstruppen anzuwerben<sup>85</sup>. Anlässlich der Besetzung des Jauerziger Zipfels und des Gebietes von Asch am 25. 8. kam es dann erstmalig auch zu praktischer Zusammenarbeit zwischen dem Freikorps und bewaffneten SS-Verbänden. Daneben spielte, wie bereits erwähnt, wohl auch der Gedanke eine Rolle, die Freikorpsangehörigen auf Grund ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse bei der Besetzung des Sudetenlandes für polizeiliche Aufgaben heranzuziehen. Möglicherweise hat letzteres bei Hitler den Ausschlag gegeben, als er am Nachmittag des 30. 9. die bereits vom OKW gegebene Weisung widerrief und befahl, „daß das Freikorps Henlein in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei unterstellt wird“<sup>86</sup>. Das Freikorps stand demnach

<sup>82</sup> IMG, XXV, PS-388, S. 486f.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 487.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 490.

<sup>85</sup> Eidesstattl. Erkl. Max Jüttners (Nürnberg. Dok. NO-5715).

<sup>86</sup> IMG, XXV, PS-380, S. 490.

ab 1. 10. dem OKH als Truppe bei der Besetzung des Sudetenlandes nicht unmittelbar zur Verfügung, sondern sollte „wie die übrigen Polizeikräfte für polizeiliche Aufgaben“ nachgezogen werden<sup>87</sup>. Tatsächlich scheint es jedoch zu einem nennenswerten Einsatz des Freikorps für polizeiliche Zwecke nicht gekommen zu sein. Zwar rückte das Freikorps nach der Wehrmacht in das Sudetengebiet ein, am 2. 10. fand auch zwischen dem Polizeigeneral Daluge und dem Stabschef des Freikorps eine Besprechung statt, doch über gewisse Augenblicksanweisungen seitens der Polizei kam es nicht hinaus. Da diese nicht instande war, sofort die Versorgung des Freikorps in die Hand zu nehmen, und das Heer sich nunmehr für nicht mehr zuständig hielt, löste sich der Zusammenhalt des Freikorps immer mehr auf. Während nicht wenige Freikorpsangehörige sich einfach in ihre Heimatorte begaben, setzte auf der anderen Seite eine verstärkte Werbung der SS ein, welche durch Verleihung z. T. hoher Ränge ehemalige Freikorpsführer für sich zu gewinnen trachtete, worüber es u. a. zu heftigen Zerwürfnissen zwischen SS und SA kam, da letztere ähnliche Ambitionen hatte und auf Grund ihrer Hilfe bei der Organisation des Freikorps die besseren Rechte zu haben glaubte<sup>88</sup>. Nachdem die faktische Auflösung des Freikorps schon im Gange war, verließ auch Oberstleutnant Köchlin als Verbindungsoffizier des OKW am 4. 10. das Freikorps, ehe dieses am 9. 10. 1938 durch einen Aufruf Henleins auch offiziell aufgelöst wurde. Der Wortlaut dieses Aufrufes ist insofern interessant, als er offener als dies vordem der Fall war, die Hintergründe bei der Entstehung des Freikorps durchscheinen läßt. „Ich danke Euch, Kameraden“, so schrieb Henlein, „die ihr auftragsgemäß [!] oder unter dem Druck eines gegen Euch erlassenen Haft- oder Einrückungsbefehls in das Sudetendeutsche Freikorps einrücktet“<sup>89</sup>.

Das ziemlich klägliche Ende des Freikorps, verglichen mit dem Pathos des Aufrufs zur Sudetendeutschen Notwehr an seinem Anfang (17. 9.), symbolisiert die an der Geschichte des Freikorps ablesbare Degradierung sudetendeutscher Interessen und Schicksale zu Stör- und Unruhemitteln der Krisenpolitik Hitlers. Selbst durch den sachlich-militärischen Abschlußbericht Köchlins an den GenStdH klingt diese Instrumentalisierung hindurch: Durch die „über 200 Kleinunternehmungen“ des Freikorps – so meldete Köchlin nicht sehr selbstgewiß – sei „die Aufgabe, die der Führer als Grundlage für seine außenpolitischen Verhandlungen gefordert hat, als erfüllt zu beurteilen“<sup>90</sup>.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 491.

<sup>88</sup> Vgl. hierzu den Abschlußbericht Köchlins (Nürnberg. Dok. EC-366-1).

<sup>89</sup> Abgedruckt bei Oertzen, a. a. O., S. 510f.

<sup>90</sup> Nürnberg. Dok. EC-366-1.

GÜNTER PLUM

## WIDERSTAND UND ANTIFASCHISMUS IN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GESCHICHTSAUFFASSUNG

### *Vorbemerkung des Herausgebers*

Niemand, der sich ernsthaft mit der deutschen Opposition gegen Hitler befaßt hat, wird bestreiten, daß an ihr kommunistische Gruppen einen nicht unerheblichen Anteil hatten, trotz der Gemeinsamkeiten im Bereich des Totalitären, die zeitweise auch eine Rolle gespielt haben. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die historische Forschung, wie sie u. a. in Leipzig und Ost-Berlin betrieben wird, in Studien zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung durch Materialdarbietungen unsere Kenntnis des kommunistischen Widerstands bereichert hat. Aber dem monopolistischen Anspruch, daß nur der Kommunismus, nur er überhaupt und nur er konsequent oder durchgängig, den Nationalsozialismus bekämpft habe, muß allerdings scharf widersprochen werden.

Das ist kürzlich auf dem Internationalen Historiker-Kongreß, wo diese These erneut und mit polemischer Zuspitzung vorgetragen wurde, am eindrucksvollsten in einem fast elementaren Ausbruch der Empörung geschehen, zu dem verletzter Wahheitssinn und leidvolle Lebenserfahrung Hans Kohn als Vorsitzenden einer Hauptsektion bewogen.

Im folgenden soll der Exklusivanspruch wie der Anspruch überhaupt mit einigen wesentlichen Erscheinungen der geschichtlichen Wirklichkeit konfrontiert und zugleich in seiner theoretischen Unterbauung als Teil einer dogmatisch festgelegten Geschichtsansicht untersucht werden.

H. R.

Ein erster Ausdruck der gegensätzlichen Auffassungen über die Opposition gegen den Nationalsozialismus in der „bürgerlichen“ und der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung ergibt sich bereits aus der bei der letzteren üblichen Terminologie. Schon im offiziell gebräuchlichen Terminus „Antifaschismus“ oder „antifaschistischer Widerstandskampf“ vollzieht sich eine Distanzierung vom westlichen Begriff Widerstand auch dann, wenn wir der vereinfachenden Gleichsetzung von antifaschistisch gleich kommunistisch, wie sie Margret Boveri vollzieht, nicht folgen wollen.

Seit das 15. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 den Klassencharakter des Faschismus endgültig formulierte als „offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>1</sup>, geriet jede Oppositionshandlung gegen ihn in die Zwangsjacke des Klassenkampfeschemas, wobei es freilich erheblicher Zurechnrückungen bedurfte.

<sup>1</sup> Zitiert nach Gerhard Nitzsche und Karl-Heinz Biernat, Beispiele des Kampfes der KPD gegen die faschistische Kriegsvorbereitung in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1. Jahrgang, 1959, H. 3, S. 495 ff.

In etwas abgewandelter Form auch im Bericht G. Dimitroffs vor dem VII. Weltkongreß der KI. Abgedruckt in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Berlin 1958.

Schon die Deutung des Faschismus als reinste Ausformung und unverhüllt terroristische Herrschaft des Imperialismus ist eine von den historischen Gegebenheiten erzwungene Ausweitung der Leninschen Imperialismustheorie. 1916 schrieb Lenin seine Abhandlung „Der Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus“<sup>2</sup>. Er sprach vom „parasitären oder in Fäulnis begriffenen“, in diesem Stadium „sterbenden Kapitalismus“. Mit der These „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“<sup>3</sup>, die sich anschloß an die These der Baseler Internationale von 1912, daß der kommende Krieg mit der proletarischen Revolution zusammenhänge<sup>4</sup>, mit der Ausweitung der materiellen Voraussetzungen auch auf koloniale und abhängige Länder, legte er die Geschichte fest. Der deutschen Linken vergällte das Scheitern der Novemberrevolution den Jubel über die russische Revolution und die daran geknüpften Hoffnungen, wenn auch die „rechten SPD-Führer“ und die „theoretischen Abweichler“ wie Kautsky, die Lenin als Opportunisten brandmarkte, die erneute Stabilisierung des Kapitalismus halbwegs zu erklären vermochten. Und Lenin tat ein übriges, indem er die Revolutionsvoraussetzungen im zweiten Vorwort zur obengenannten Schrift (1920) über eine größere Zeitspanne hin ausweitete:

„Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins erwächst somit die revolutionäre Weltkrise, ... die nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg“<sup>5</sup>.

Dann aber trat statt der erwarteten sozialistischen Revolution aus der Kulisse der Krise der Faschismus auf die Bühne. Zwar ließ sich Lenins Warnung vor der Manövrierfähigkeit der Bourgeoisie zur Not als eine Voraussage differenzierterer Herrschaftsformen des Kapitalismus bewerten<sup>6</sup>, wie sie schließlich der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1928 zusammenfassend darlegte:

<sup>2</sup> W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, 5. Auflage, Berlin 1960, Bd. I, S. 709.

<sup>3</sup> A. a. O., S. 716.

<sup>4</sup> Lenin (a. a. O., S. 714.) polemisiert allerdings gegen die Formulierungen von Basel als wenig präzise und sehr opportunistisch.

<sup>5</sup> A. a. O., S. 715.

<sup>6</sup> So Walter Bartel (*Probleme des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* H. 5/1958, S. 1003) nach Lenin, *Sämtliche Werke* Bd. 23, Moskau 1940, S. 247. „In Europa aber, wo ein kluger und umsichtiger Kapitalismus herrscht, der über eine mächtige und straffe Organisation verfügt, geht die Befreiung vom nationalistischen Taumel langsamer vor sich.“ Einerseits um diese These Lenins am Geschichtsablauf zu konkretisieren, andererseits zur Rehabilitierung der KPD vor der marxistisch-leninistischen Geschichte, schließlich als Beweis für die historische Schuld der „rechten SPD-Führer“ folgert Bartel weiter: „Die Ereignisse in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 brachten neue Beweise für diese richtige Leninsche Charakteristik. Bei den Antifaschisten herrschte die Vorstellung, Hitler würde nach dem Beispiel Mussolinis mit einem Marsch auf Berlin die Macht an sich reißen ...“ Aber „... die deutsche Bourgeoisie erinnerte sich allzu deutlich des 1920 durch die Arbeiterklasse niedergeschlagenen Kapp-Putsches und der 1923 durch einen Generalstreik verjagten Cuno-Regierung. Sie wußte offenbar, daß die deutsche Arbeiterklasse auf einen Marsch à la Mussolini und auf Verbotstafeln, Ausnahmezustand und Standrecht à la Kapp mit einer Gegenaktion antworten würde, die den Trommler Hitler samt seinen Terrororganisationen zum Teufel gejagt hätte.“

„Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt dieser Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an... Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist<sup>7</sup>.“

Erklärtes Ziel des Monopolkapitals bei der Unterstützung dieser Herrschaftsform sei es, „noch einmal die Maximalprofite sicherzustellen“. Daraus erkläre sich auch die blutige Unterdrückung der Arbeiterparteien.

Doch ließen diese Thesen das Dilemma offen, die Massenbasis des Nationalsozialismus wegdisputieren oder erklären zu müssen. Die Einordnung des Faschismus als Extremform des Imperialismus setzt, der Lehre von der Geschichte als Entwicklung der Produktionsverhältnisse folgend, eine so weitgehende Akkumulation des Kapitals voraus, daß jene Massenbasis als Seitensprung der Geschichte erscheinen muß. Mannigfaltig sind denn auch die Versuche, die unleugbare Tatsache einzuarbeiten oder zu umgehen<sup>8</sup>. So schreibt Wilhelm Pieck 1935:

„Es gelang (der Bourgeoisie), die Hitlerpartei, die ihre chauvinistische Ideologie mit einer hemmungslosen sozialen Demagogie und Betrügerei verband, zur Trägerin einer Massenbewegung zu machen... Der Faschismus versuchte den werktätigen Massen einzureden, daß ihre Interessen verbunden seien mit den Zielen des Finanzkapitals und den Eroberungsplänen der Imperialisten<sup>9</sup>.“

Daß es ihm gelang, daß „das deutsche Volk... in seiner Mehrheit Hitler bis zum bitteren Ende“ folgte<sup>10</sup>, muß jeder ernsthafte marxistisch-leninistische Historiker zugeben. Als eindruckliches Beispiel für dieses Dilemma bietet sich die Saarabstimmung im Jahre 1935 an. Mit allen Mitteln der Propaganda hatte sich die Kommunistische Partei bemüht, Hitler und dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten. Doch das Gefühl nationaler Zugehörigkeit in der Saarbevölkerung zerstörte die Hoffnungen der KPD so eindeutig, daß Wilhelm Pieck schon 1935 erklärte:

„Die faschistische Diktatur hat während ihres zweieinhalbjährigen Bestehens einige Erfolge aufzuweisen, sowohl in der Saarabstimmung als auch in der Durchsetzung der militärischen Aufrüstung und Kriegsbereitschaft des deutschen Imperialismus<sup>11</sup>.“

Darum Hitlers ‚parlamentarischer‘ Weg zur faschistischen Macht, ein Weg, der den rechten sozialdemokratischen Führern das Argument in die Hand spielte, Hitler sei von den Paragraphen der Weimarer Republik gefesselt und Gefangener seiner eigenen Koalitionspartner. Die Geschichte hat diese lächerliche Argumentation widerlegt, aber sie hielt genügend lange einen großen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter von gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten gegen den Faschismus ab, bis die faschistische Konterrevolution genügend gefestigt war, um auf den ‚demokratischen‘ Schein verzichten zu können.“

<sup>7</sup> Protokoll des VI. Kongresses der KI, Bd. 4, Berlin 1928, S. 57 f. – zitiert nach Walter Bartel a. a. O.

<sup>8</sup> Dazu u. a. Walter Bartels Darstellung der Machtergreifung, Anm. 6.

<sup>9</sup> Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Auswahlband, Berlin 1948, S. 8.

<sup>10</sup> Walter Bartel a. a. O., S. 1014.

<sup>11</sup> Wilhelm Pieck, Reden a. a. O., S. 8.

Dabei ist zu beachten, daß diese Bewertung durch den Wiederabdruck der Rede im Jahre 1948 erneut aufgenommen wurde. Aber die Schwierigkeit ist unverkennbar.

Darüber kann weder der von Otto Winzer erneut gemachte Versuch hinwegtäuschen, „Kleinbürger aus Stadt und Land, Teile des Bürgertums und lumpenproletarische Elemente“ für jene Massenbasis auszugeben und zugleich die „entscheidende Schwäche des faschistischen Regimes in dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Klassencharakter . . . und seiner Massenbasis“<sup>12</sup> zu sehen, noch die Flucht seines Rezensenten in eine Art gütiger Vorsehung, die dem Antifaschismus die Massenbasis im Anfang vorenthielt und dadurch ermöglichte, den objektiven Bedingungen gemäß in den einzelnen Perioden des Kampfes die Basis für eine gemeinsame antifaschistische Kampffront um so sicherer zu verbreitern<sup>13</sup>. Winzer rettet das Grunddogma, das eine faschistische Massenbasis verbietet, und bringt sich mit den eigenen Argumenten in Widerspruch, wenn er sich bemüht, den Zusammenbruch des Faschismus auch ohne das Dazutun der KP als eine nach marxistisch-leninistischem Geschichtsverständnis voraussehbare Notwendigkeit darzustellen. Lothar Berthold stößt sich an der Unvereinbarkeit vor allem der letzteren Konstruktion mit der Feststellung, daß die Einheitsfront geschichtlich notwendig sei. Sein Lösungsversuch übersieht den Mißerfolg des auf dem Klassenkampf beruhenden antifaschistischen Widerstands und scheidet an der unbotmäßigen Wirklichkeit.

Leo Stern weiß, wie es scheint, sehr wohl um die Engpässe des ökonomischen Begriffsapparates, durch die die Vielfalt der historischen Ereignisse hindurchgetrieben werden muß, – wenn er sie auch nicht ausdrücklich nennt. Sein Aufsatz „Der deutsche Revanchismus nach dem Zweiten Weltkrieg und die bürgerliche Geschichtsschreibung“<sup>14</sup> ist in seinem ersten Teil der offenbare Versuch, die ange deuteten Schwierigkeiten zu überwinden. Schon 1914 und 1918 verriet nach ihm die rechte SPD-Führung den prinzipientreuen, auf Marx aufbauenden Sozialismus durch ihren Pakt mit der imperialistischen Bourgeoisie. Sie dehnte diesen Pakt auch auf den Faschismus aus, spaltete die Arbeiterklasse, desorientierte sie über ihre wahren Ziele und verhalf so dem Faschismus zur Macht. Diese Darstellung kann L. Stern auf Lenins Theorie aufbauen, der bereits in seinem Aufsatz über den Imperialismus auf die Abspaltung eines opportunistischen, mit monopolistischen Extraprofiten bestochenen Teils der Arbeiterklasse (damals vor allem unter Leitung

<sup>12</sup> Otto Winzer, *Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg*, Berlin 1955, und Lothar Berthold, *Besprechung des Buches von Otto Winzer*, *ZfG* 1956, S. 1061.

<sup>13</sup> Lothar Berthold, *Besprechung*, a. a. O.: „Es wird nicht deutlich genug, daß sich auf Grund der Bedingungen des Kampfes in Deutschland neue Möglichkeiten ergaben, die Aktions-einheit der Arbeiter herzustellen und immer breitere Kräfte in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen, und daß es die KPD sehr gut verstand, in den einzelnen Perioden des Kampfes solche Forderungen zu stellen, die entsprechend den objektiven Bedingungen die Interessen dieser Kräfte zum Ausdruck brachten und sie für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf gewinnen konnten.“

<sup>14</sup> *ZfG*, VIII Jahrgang 1960, H. 3.

von Kautsky und Bauer) als im Imperialismus gesetzmäßig und charakteristisch verwies. Es sei daran erinnert, daß diese Linie bis zur SPD der Bundesrepublik durchgezogen wird, der man damit, vor allem seit Godesberg, die Hauptschuld auch am angeblichen Wiedererstehen des Faschismus in der Bundesrepublik aufbürden möchte.

Jenes immer erneute Ausbleiben der sozialistischen Revolution seit Lenins Thesen über den Imperialismus, der trotz Kriegen und Krisen, trotz unmittelbarer Nähe der allseitigen Vergesellschaftung des Kapitals und einer neuen Gesellschaftsordnung<sup>15</sup> in Deutschland erst sehr spät und dann auch nur in einem Teil des Landes umschlägt in die neue Qualität des Sozialismus – dazu nur unter dem militärischen Druck der Sowjetunion –, dieses Ausbleiben verwischt Stern dadurch, daß er die Krise des Kapitalismus ausdehnt und in Etappen zerlegt, deren zweite, gekennzeichnet durch die Bildung eines sozialistischen Lagers und den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, derzeit das Weltgeschehen bestimmt. Mit dem Problem des Ausbleibens der sozialistischen Revolution wird eine erste „unpassende“ historische Erscheinung berührt, die das Bild des antifaschistischen Kampfes erheblich trübt.

Die Auffassung vom Klassencharakter des Faschismus bezieht notwendig den Antifaschismus in das System der Klassenkämpfe ein. Antifaschismus kann für den marxistisch-leninistischen Historiker nicht nur Opposition gegen Hitler sein. Für ihn kämpfen Antifaschisten ebenso in den Volksfronten Frankreichs und Spaniens wie gegen das monarcho-faschistische System Bulgariens und Italiens, ebenso in den Fremdarbeiterlagern in Deutschland wie in der Resistance und den Partisanengruppen.

Antifaschismus wird zum weltumspannenden Verteidigungs-, besser noch Revolutionskampf des Proletariats und der ihm Gleichgesinnten gegen den Imperialismus<sup>16</sup>. Die deutschen Antifaschisten kämpften, so schreibt Walter Bartel, „im Lande, außerhalb des Landes, in den Betrieben, Orten und Städten, im Zuchthaus, Gefängnis und KZ, in den internationalen Brigaden, die auf Spaniens Boden für die Freiheit der Völker kämpften, in den Partisanenabteilungen vieler europäischer Städte, sie führten ihn auf sowjetischer Seite unmittelbar an der Front, sie führten ihn in Wort und Schrift, mit der Kraft der Idee und der Schärfe der Waffe<sup>17</sup>.“

Auch die von der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung vertretene zeitliche Begrenzung des Antifaschismus deckt sich daher nicht mit dem zeitlichen Ansatz, den die westliche Geschichtsschreibung für die Opposition gegen Hitler herausgearbeitet hat. Antifaschismus muß sich nach östlicher Geschichtsvorstellung

<sup>15</sup> Lenin a. a. O., S. 726.

<sup>16</sup> Nikifor Gornenski, Über die antifaschistische Widerstandsbewegung und den bewaffneten Kampf in Bulgarien, ZfG 5/1958; S. Anvaer, Material über den antifaschistischen Kampf der Sowjetbürger in der deutsch-faschistischen Gefangenschaft, ZfG 2/1960.

Internationale Konferenz über den antifaschistischen Widerstandskampf der Studenten Europas. ZfG 2/1960.

<sup>17</sup> Bartel a. a. O., S. 1004.



sofort und überall da regen, wo faschistische Staats- und Gesellschaftsformen aufkommen, wo sich durch nach rechts tendierende Regierungskoalitionen oder Präsidialkabinette Staatsumbildungen zum Faschismus hin anzeigen.

Die Deutung der Pariser Ereignisse im Februar 1934 ist ein Beispiel dafür, daß solche Vorannahmen ein gewaltsames Umbiegen der historischen Wirklichkeit nicht immer vermeiden können. Man wertet sie als einen erfolgreichen, von der PCF (Parti Communiste Français) geführten Abwehrkampf gegen einen faschistischen Putschversuch und als Wurzel der Volksfrontregierung Léon Blums, obgleich die PCF zuvor die Stimmungsmache gegen die Regierung Daladier eifrig mitbetrieben und die „Humanité“ zur Teilnahme an der Demonstration der rechtsorientierten antiparlamentarischen Ligen als „agents provocateurs“ aufgerufen hatte. Tatsächlich bestand der „Erfolg“ darin, daß dem während des Aufstandes zurückgetretenen Kabinett Daladier ein Kabinett der „Nationalen Einigung“ mit Doumergue, Barthou, Herriot und Tardieu folgte. Die Beteiligung der PCF an den Gegendemonstrationen der Gewerkschaften und Sozialisten nach dem Marsch auf das Palais Bourbon kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Initiative zu diesen gemeinsamen Aktionen von den „Militants“<sup>18</sup> ausging, daß die PCF ihnen nur im Sinne ihrer alten Taktik folgte („Zusammenschluß an der Basis bei gleichzeitiger Frontstellung gegen die sozialistischen Führer . . .“) und mit ihrem taktischen Wechsel weniger die zum Faschismus neigenden Kräfte als das parlamentarische System als solches treffen wollte.

Sicher haben sich Möglichkeiten zur Bildung der Volksfront, mehr noch der „Einheitsfront aller Werktätigen“, in diesen Ereignissen angezeigt. Die Erfahrungen der französischen Kommunistischen Partei haben gewiß auch die Analysen und Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zur Haltung und Taktik der kommunistischen Parteien gegenüber dem Faschismus beeinflusst. Doch sollte die grundsätzliche Kehrtwendung im Gefolge dieses Kongresses nicht übersehen werden. Autoren, die von der These eines ungebrochenen antifaschistischen Kampfes von 1922–1945 nicht abgehen wollen, sehen sich daher gezwungen, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf dem VII. Weltkongreß zu vernachlässigen oder erst 1935 mit der Materialdarbietung einzusetzen, wie Wilhelm Pieck in seinem Auswahlband.

Nicht weniger scharf bricht der Hitler-Stalin-Pakt mit der These von der Kontinuität des antifaschistischen Kampfes und zwingt so den marxistisch-leninistischen Historiker zu krampfhaften Umdeutungen des Intermezzos. Der Absprung vom kompromißlosen Antifaschismus, der damit geschah, ist nicht zu leugnen. Mag man auch die Rettung von Millionen von Menschen östlich der Curzon-Linie „vor dem faschistischen Joch“ als eine Art von Antifaschismus auf höchster Ebene preisen<sup>19</sup> und die sowjetische Friedensliebe herausstellen, Tatsache ist, daß die kommunistischen

<sup>18</sup> Dieser Darstellung liegt der Aufsatz von Rudolf von Albertini, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich, in dieser Zeitschrift VII (1959), S. 130, zugrunde.

<sup>19</sup> Stefan Dornberg, Die Antihitlerkoalition und die Beziehungen zwischen den Großmächten, in: Der Zweite Weltkrieg, Berlin 1959, S. 162.

Parteien Europas gleichwohl vor neuen Zielsetzungen und veränderten Abhängigkeiten standen. Über Nacht sahen sie sich aus der Rolle der Vorkämpfer einer ideologischen Offensive hinaus- und in die des Dieners fremder Staatsinteressen hineinlanciert. War bis dahin die Sowjetunion ihr ideologisches Vaterland gewesen, dessen Handeln durch das gleiche Fernziel der Weltrevolution mit dem ihren koordiniert war, so sahen sie dieses Fernziel nun überwölbt von der Staatsraison der Sowjetunion und sich selbst als sowjetische „Staatsbürger“ im Außendienst. Die Losung hieß nicht mehr: weltumspannender Antifaschismus; die neue außenpolitische Linie verlangte nach Stillhalten, nach destruktiver Agitation im eigenen Land, nach Unterordnung unter die neue sowjetische Linie. Stalin, der für den Fall eines Kriegseintritts auf der Seite der Westmächte fürchtete, daß sich der erste Stoß Hitlers gegen Rußland richten würde, während England und Frankreich hinter der Maginotlinie abwarteten, wollte die Sowjetunion unter allen Umständen aus dem Krieg heraushalten. Sicher spielte dabei auch die Idee eine Rolle, den Spieß umzudrehen und seinerseits der „Selbsterfleischung der Imperialisten“ zuzuschauen, wie auch das freundliche Verhältnis zum Nationalsozialismus dazu auszunützen, den Kommunisten in den von den Nationalsozialisten im Zuge der Kriegshandlungen besetzten Gebieten Startpositionen und Einflußmöglichkeiten zu sichern, ganz abgesehen von der Aussicht auf territoriale Gewinne in Polen.

Die Unterordnung des „Antifaschismus“ unter die so motivierte sowjetische Außenpolitik läßt sich an der Schwenkung der Propaganda der kommunistischen Parteien klar ablesen. Während die englische und französische Kommunistische Partei zu Beginn des Krieges die „faschistischen Mordbuben“ brandmarkten und den Krieg gerecht nannten, überhäufte sie nach einer kurzen Periode des Zuwartens, in der der vorläufige Sieger erkennbar wurde, und an deren Ende die Sowjetunion ihre polnische Beute überstürzt einholen mußte, die Regierungsparteien im eigenen Land mit Schmähungen. Nicht länger trugen nur die Faschisten die Schuld am Kriege, auch den herrschenden Klassen Englands und Frankreichs sagte man einen Anteil an seiner Entfesselung nach. Der Krieg wurde nicht mehr als Kampf der Demokratien gegen den faschistischen Aggressor interpretiert, sondern als Kampf der Arbeiterklasse in allen am Krieg beteiligten Ländern gegen die „ausbeuterischen Großkapitalisten“ Europas. Dabei richtete sich die Spitze weit deutlicher gegen die Regierungen und „Imperialisten“ der Westmächte als gegen den Nationalsozialismus. In diesen antikapitalistischen Chor konnten die deutschen Kommunisten einstimmen, während sie gegen den Nationalsozialismus Stillhaltetaktik übten.

Erst nach der offenbaren Wende im deutsch-russischen Verhältnis seit dem Molotow-Besuch in Berlin, mit dem langsamen Erstarren Englands und der wachsenden Angriffsdrohung gegen die Sowjetunion pendelte die Haltung der europäischen Kommunisten ins antifaschistische Fahrwasser zurück und erreichte mit dem Abschluß des Bündnisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die Linie der „Großen Allianz“. Dieser neue Antifaschismus entsprach wiederum völlig der sowjetischen Außenpolitik, von der er sich nie ganz zu lösen vermochte.

Die gleiche, jeder Umdeutung widerstrebende Sprengwirkung für das Schema

des kontinuierlich antifaschistischen Kampfes wohnt der Haltung der KPD zu Anfang der dreißiger Jahre inne. Sicher finden sich Tatsachen und Zitate, die bei entgegenkommender Deutung den Wunsch nach grundsätzlicher antifaschistischer Kampfstellung vor und in den ersten beiden Jahren nach der Machtergreifung belegen. Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und die Antikriegskampagne der KPD von 1930 werden im gleichen Atemzuge genannt wie Georgi Dimitroffs Brauurstücke vor dem Reichsgericht, Thälmanns Ausspruch: „Hitler, das ist der Krieg“, oder Zeitungsartikel wie der aus der „Jungen Garde“ vom November 1932:

„Die Kapitalshyänen greifen durch die Regierungsumbildung zu der blutbedelten Hungerpeitsche, um mit den Terrormethoden des Faschismus die kampfgewillte Proletarierjugend niederzuschlagen<sup>20</sup>.“

Mit der Berufung auf einzelne Tatsachen und Zitate, die den Blick auf die wahre Taktik der KPD vor 1933 jedoch nur schwer zu verstellen vermögen – der Hinweis auf den Berliner Verkehrstreik von 1932 und die parlamentarische Praxis mag genügen –, ging schon der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau ins Gericht. Die Machtergreifung des Faschismus sei nur möglich gewesen,

„weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie getrieben wurde, gespalten und gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen<sup>21</sup>.“

Der Kongreß rügte an der KPD, daß sie ihre Taktik nicht rechtzeitig geändert habe; sie hätte frühzeitiger ihre Stoßrichtung auf den Faschismus lenken, die Aktionseinheit der gesamten Arbeiterschaft suchen und ihre Frontstellung gegen die SPD aufgeben müssen. Die Forderung, so hieß es überdies, nach der sozialistischen Revolution hätte in diesem Stadium der politischen Reife der Arbeiterschaft nicht gestellt werden dürfen.

„Die KPD habe . . . lange Zeit das Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht in Rechnung gestellt, das Programm der nationalen und sozialen Befreiung zu spät herausgebracht und es dann nicht genügend unter den Massen popularisiert<sup>22</sup>.“

Damit machte der Kongreß das Zugeständnis, daß man, auf Grund einer verfehlten Einschätzung der faschistischen Tendenzen, den Hauptgegner erst zu spät und nur ungenügend bekämpft habe – eine Auffassung, die freilich der These von der Kontinuität des antifaschistischen Widerstandes der kommunistischen Parteien Europas strikt zuwiderläuft. Zugleich ergibt sich daraus, daß die Forderung

<sup>20</sup> Heinz Kühnrich, Zur Tätigkeit der kommunistischen Jugendverbände Deutschlands im antifaschistischen Widerstandskampf, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1959, Heft 3, S. 643.

<sup>21</sup> G. Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Berlin 1958, Bd. 2, S. 535f.

<sup>22</sup> Bartel a. a. O., S. 1006.

Stalins, den „Hauptschlag gegen die Paktiererparteien“ zu richten, schon in dieser Situation überholt war. Und auch die ursprüngliche und erst im letzten Moment preisgegebene Taktik der KPD, die Weimarer Republik zu zersetzen, wurde damit als prinzipiell falsch und für den Nationalsozialismus als geradezu fördernd ausgewiesen.

Bereiten schon diese Vorgänge den östlichen Historikern Schwierigkeiten, so werden sie noch größer angesichts der Richtlinien des VII. Weltkongresses in Moskau und ihrer Auswertung auf dem Parteikongreß in Brüssel. Die Zukunftsaufgabe aller kommunistischen Parteien sei es, so hieß es hier, eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse anzustreben und eine antifaschistische Volksfront aller Werktätigen, Bürger und Intellektuellen aufzubauen. Zwar versuchte Wilhelm Pieck auf der Parteikonferenz nochmals, die Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus und des Faschismus in der „Klassenzusammenarbeit der SPD mit der Bourgeoisie“ zu finden, an der Kritik jedoch änderte das ebensowenig wie an der Tatsache eines neuen Kurses.

Durch Moskau und Brüssel ist mit diesem neuen Kurs endgültig ein Bild vorgegeben, dem sich der Antifaschismus einzupassen hat. Zusammen mit den schematisierenden marxistisch-leninistischen Kategorien und ihrem Begriffsapparat bestimmt es, was Widerstand sein kann und was nicht. Die antifaschistische Einheitsfront der Werktätigen und die antifaschistische Volksfront aller bürgerlichen und intellektuellen Demokraten und Patrioten kämpften danach unter der Führung der „tapferen und im Antifaschismus einzig konsequenten“ Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen den Nazifaschismus. Das Berner Programm von 1939, unterzeichnet von Pieck und Ulbricht, von Breitscheid, von Heinrich Mann<sup>23</sup> und Arnold Zweig, umreißt das Ziel der angestrebten Volksfrontregierung:

„Das Zentralkomitee der KPD wiederholt ausdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der KPD fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen . . .“<sup>24</sup>.

In dieser Republik sei der Faschismus mit der Wurzel auszurotten, das Trustkapital zu enteignen; Armee, Polizei und Beamtenapparat hätten eine Existenzberechtigung nur als Stützen der Demokratie.

„In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht

<sup>23</sup> Nach Lothar Berthold, Der Kampf der KPD gegen den drohenden Krieg, ZfG 3/1960 schrieb Heinrich Mann: „Wenn die Arbeiter und die Bauern, mit den Intellektuellen, die Macht haben werden, nur dann wird die Kriegsdrohung, die jetzt den Geist der westlichen Nationen verwirrt und schwächt, von Europa entfernt sein: die Menschheit wird aufatmen . . .“

<sup>24</sup> Berthold a. a. O. Dazu auch Fritz Knittel, Die KPD – die einzig führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes. ZfG Sonderheft „Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution“, 1958, S. 190. Ludwig Einicke, Die antifaschistische Bewegung und der Freiheitskampf der Völker, in: Beiträge zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung. Sonderheft zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, 1960.

die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen<sup>25</sup>.“

Unter dem Pankow-Regime gilt dieses Programm, das Zielsetzung und Taktik aller antifaschistischen Zusammenschlüsse der Folgezeit bestimmte, als verwirklicht. Führt man sich die Stufen in der Konstituierung dieses Regimes vor Augen, so findet man der Form nach jede einzelne Forderung des Programms erfüllt. Die antifaschistische Bewegung kann somit in die Rolle des Stammvaters und Vorkämpfers einrücken; die „DDR“ versteht sich als Hüter ihres geistigen Erbes. Wenn die antifaschistische Widerstandsbewegung

„die Schande auch nicht abwenden konnte, daß es erst fremder Waffen bedurfte, um das Joch der Hitlerverbrecher los zu werden, so ist es doch gewiß, daß der Geist (der antifaschistischen Widerstandsbewegung) . . . des fortschrittlichen Teils des deutschen Volkes sich bemächtigt hat, und so darf (sie) das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, der jungen demokratisch-faschistischen Einheitsfront als Vorbild vorangegangen zu sein<sup>26</sup>.“

Dadurch geraten alle diejenigen Personen und Gruppen, die in einer Oppositionshaltung gegen Hitler standen, unter den doppelten Zwang, den allgemeinen Anforderungen des klassenkämpferischen Schemas ebenso genügen zu müssen wie dem spezifischen Idealbild des antifaschistischen Ahnherrn der „DDR“. Diesem doppelten Wägen fällt jeder Widerstand zum Opfer, dessen Motive und Zielvorstellungen unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes auf der bürgerlich-kapitalistischen Seite liegen, muß sich aber auch der Diffamierungen gefallen lassen, der den Weg des „Fortschritts“ nicht unter der Führung der KPD ging.

Unter dem Stichwort Goerdeler-Gruppe zusammengefaßt und unter dessen innen- und außenpolitisches Programm gestellt, werden alle die Männer und Frauen aus der Liste des Widerstandes gestrichen, die sich ein „anderes Deutschland“ erhofften, das weder nationalsozialistisch noch kommunistisch, das freiheitlich und nicht totalitär ist. Sie werden abgetan als unverbesserliche Imperialisten, die Hitler den Weg zur Macht bereiteten, aber, angesichts der drohenden Niederlage durch die sozialistischen Armeen, ihre kapitalistische Position durch einen Absprung aus der dem Abgrund zurasenden Staatskarosse retten wollten. Eine Reihe von Klischees, die als Todsünden wider den Geist des „historischen Fortschritts“ gelten, bieten sich zur Begründung dieses Verdammungsurteils an: die Absicht führender Nationalsozialisten, das eigene Leben aus dem Chaos des Unterganges zu retten, die an-

<sup>25</sup> Lothar Berthold a. a. O.

<sup>26</sup> Otto Korfes, Zur Geschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland, ZfG 6/1958, S. 1296.

Fritz Knittel a. a. O. „Sie haben es nicht vermocht, den Hitlerfaschismus aus eigener Kraft zu zerschlagen, aber ihr opfervoller Kampf rettete die Ehre der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung fand ihre Erfüllung mit dem Sieg der Sowjetunion und der Befreiung der Völker vom Joch des Hitlerfaschismus.“

fänglichen Sympathien einzelner Oppositioneller für den noch nicht durchschaute Nationalsozialismus, Verbindungen zur Industrie und Finanzwelt, nicht ins Grundsätzliche hinabreichender Ressortwiderstand, Kontaktversuche zu den „imperialistischen“ Westmächten. Durch Verallgemeinerungen und Vereinfachungen werden alle diejenigen zu Imperialisten gestempelt, die im eigenen Schema nicht unterzubringen sind. Trifft eines der Klischees zu, werden die übrigen mituntergeschoben. Das Blickfeld bleibt nur offen für das Schwarz-Weiß-Gemälde der Gruppierungen des Klassenkampfes. Der Gewissenskonflikt des einzelnen, der Sieg dieses Gewissens über traditionelle Loyalitäten, der Schritt vorwärts aus einem reaktionären Weltbild heraus – überhaupt die Persönlichkeit in ihrer Vielschichtigkeit, sie bleiben außerhalb jeder Erwägung. Alle antikommunistischen Widerstandskämpfer erscheinen gleichermaßen im farblos-theoretischen Gewande des „Imperialisten“ oder „rechten SPD-Führers“.

Zwei Grenzfälle sind geeignet, die Behandlung des Antifaschismus und Widerstands in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung zu beleuchten, einerseits die Gruppe um Stauffenberg (nach kommunistischer Vorstellung ist Antifaschismus nur in Gruppen möglich), andererseits die „Rote Kapelle“. Davon wird die eine diesseits, die andere jenseits des Eisernen Vorhangs nur bedingt anerkannt. Die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe, wie sie zumeist im Osten genannt wird, gilt dort als eine Volksfrontgruppe unter der Führung von Kommunisten, unterscheidet sich aber in nichts von den anderen anerkannten Gruppen rein kommunistischer Prägung. Farblos verschwimmen die Persönlichkeiten eines Harnack, eines Kuckhoff im gleichförmigen Heer der Antifaschisten. Etwas von fröstelnder Öde weht den Leser etwa der Quellensammlung „Damit Deutschland lebe“ an. Nicht die Größe oder Schwäche des Menschen in dieser oder jener Entscheidung fordernden Situation, nicht der Ton persönlicher Briefe und Gespräche zeichnen das Bild des Antifaschismus, sondern die kalte Norm der Streikstunden und verteilten Handzettel. Verbinden die einen mit dem Namen etwa von Adam Kuckhoff jene schlichten, erschütternden Zeilen an seinen kleinen Sohn<sup>27</sup>, zählen die anderen nur die für die Zwecke antifaschistischer Propaganda gefertigten Schablonen. Daß die Frage des Landesverrats oder der „beiden Kreise“ im Osten gar nicht aufgeworfen wird, versteht sich von daher, daß das nationale Moment zum Beweis der antinationalen Haltung der Goerdeler-Gruppe dienen muß. Daß umgekehrt der nicht „unpatriotisch“ gewesen sein kann, der mit den Sowjets kooperierte, erscheint als ebenso selbstverständlich.

Bezeichnender noch ist der Versuch, Klaus Schenck von Stauffenberg und eine ihm zugewiesene Gruppe in den Rahmen des Antifaschismus einzuspannen, ebenso wie man halbwegs auch die „Weiße Rose“ und Persönlichkeiten wie Probst Lichtenberg oder Bischof von Galen, die so sichtlich allen politischen und ökonomischen Fragen fern standen, als Antifaschisten anerkennt, um durch eine solche willkürliche Annexion die Volksfrontbewegung imposanter zu gestalten. Vor allem aber

<sup>27</sup> Margret Boveri, *Der Verrat im XX. Jahrhundert II*, Hamburg 1956, S. 62.

reklamiert man Stauffenberg, obwohl manche der schon genannten Klischees auf ihn und die Angehörigen „seiner Gruppe“ durchaus zutreffen würden und man sie deshalb, d. h. von dem vorgegebenen Klischee aus, ebenso wie Goerdeler und Beck, als „Friedens- und Volksfeinde“ betrachten könnte. Jedoch übersieht die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung, indem sie dem nationalen Motiv und der Bemühung um den Frieden nicht gerecht wird, offenbare Gemeinsamkeiten zwischen den leitenden Persönlichkeiten des Widerstandes. So heißt es in einer vom Institut für Militärgeschichte herausgegebenen Broschüre von der „Stauffenberg-Gruppe“:

„In ihr waren Menschen vereinigt, die sich in ihrem Handeln von wirklich patriotischen Zielen leiten ließen. Sie müssen deshalb von der . . . politischen Gesamtheurteilung der Verschwörung vom 20. Juli ausgenommen werden<sup>28</sup>.“

Diese Gruppe habe sich nach der Niederlage von Stalingrad unter dem Einfluß des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gebildet. Vom Kreisauer Kreis – er wird von einzelnen Autoren „fortschrittlicher“ genannt – seien Reichwein, Leber und Trott zu Solz zur Stauffenberg-Gruppe gestoßen. Ganz zweifellos stehen sie in vielen Fragen in klarem Gegensatz zu Goerdeler, aber dieser Gegensatz wird von der östlichen Geschichtsschreibung einseitig hervorgehoben und für das Ganze genommen. Insbesondere bildet die Bereitschaft, mit Kommunisten und Linksozialisten ins Gespräch zu kommen<sup>29</sup>, den Hintergrund für die „Herein-Interpretation“ Stauffenbergs in das Schema des Antifaschismus. Zudem sucht man mit Aussagen der Schwester Merz von Quirnheims und des Sohnes des Generals Lindemann die Zusammenarbeit Stauffenbergs mit dem Nationalkomitee und dem „Bund Deutscher Offiziere“ zu belegen<sup>30</sup>. Daß auch der „Völkische Beobachter“ als Beweis für diese Zusammenarbeit herangezogen wird, zeugt von einer „Gläubigkeit“, die selbst für überzeugte Nationalsozialisten beispielhaft gewesen wäre. Tatsächlich kann von einer solchen Zusammenarbeit nicht die Rede sein. Hingegen fällt es auf Grund der Quellen nicht so schwer, Stauffenberg und „seine Gruppe“ als „echte Patrioten“ zu bezeichnen, die der Masse der Werktätigen die Hand reichen wollten. Als Symbol dafür wird gerne Stauffenbergs angeblich letztes Wort zitiert, das gelautet habe: „Es lebe das freie Deutschland!“ Man kommentiert den Ruf:

„Er dokumentierte damit gleichsam ein letztes Mal, daß er sich in seinen politischen Ansichten prinzipiell von Goerdeler unterschied, der in seiner Todesstunde seine Anhänger aufrief, Hitler und seine Politik mit allen Kräften zu unterstützen<sup>31</sup>.“

<sup>28</sup> Zur Vorgeschichte der Verschwörung vom 20. Juli 1944, verfaßt von einem Autorenkollektiv des Instituts für deutsche Militärgeschichte in Leipzig, Berlin 1960, S. 88.

<sup>29</sup> Von der Verhaftung Lebers und Reichweins im Anschluß an ein solches Kontaktgespräch schweigt man gerne.

<sup>30</sup> Zur Vorgeschichte a. a. O., S. 92 ff.

Jene „Belege“ müssen schon in der dargebotenen Form als fragwürdig angesprochen werden. Nicht nur, daß sich die eidesstattlichen Erklärungen als solche nicht nachprüfen lassen, in keiner der zitierten Erklärungen ist eindeutig die Rede von einer Verbindung zum NKFD oder BDO. Lediglich durch geschickte Verbindung der Aussagen mit einer sehr „schlichten“ Konstruktion versucht man den Eindruck des Beweises zu erwecken.

<sup>31</sup> Zur Vorgeschichte a. a. O., S. 88.

Eine Broschüre der Ost-CDU gibt – bei ähnlicher, wenn auch weniger bestimmter Tendenz – das letzte Wort Stauffenbergs mit „Es lebe das ewige Deutschland!“ wieder<sup>32</sup>. An diese etwas gewaltsame Inanspruchnahme die Frage nach ihrem Motiv zu knüpfen, erscheint nicht unberechtigt. Zugleich stellt sich hier erneut das schon mehrfach berührte Problem, welche Rolle in dieser Interpretation des Widerstandes dem Element des Nationalen zugewiesen wird. Es zeichnet sich noch schärfer in einer Gegenüberstellung des Berner Programms mit den Plänen Goerdelers ab, die Lothar Berthold in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft vornimmt:

„Zwei Programme stehen sich gegenüber. Das eine, das nationale Programm der Berner Konferenz, arbeiteten die besten Patrioten unseres Volkes aus. Es wies den Weg zum wahrhaften Frieden und zur wirklichen Demokratie... Das andere, das antinationale Programm der imperialistischen Verschwörer, arbeiteten die Feinde unseres Volkes aus. Es konservierte den Krieg und wollte die Antidemokratie verewigen<sup>33</sup>.“

Ganz abgesehen von der offenbaren Verzerrung der Goerdelerschen Zielsetzungen fällt hier auf, wie viel Wert auf das patriotische Attribut gelegt wird. Man erinnert sich wohl noch der Vorwürfe von 1935, die KPD habe das Nationalgefühl nicht genügend in Rechnung gestellt. Tatsächlich hatte sich schon in den 20er Jahren in Kreisen der deutschen Kommunisten so etwas wie Unlust an der dogmatisch geforderten Vaterlandsfeindlichkeit geregt. So bestritt Tucholsky der politischen Rechten das Monopol auf Vaterlandsliebe und beklagte die Spaltung Deutschlands in nationale Verbände.

Schon damals konnten Stalinsche Thesen die Brücke dazu bieten, die Volksfront als eigentlich „national“ zu reklamieren. Entgegen der Auffassung, daß Klassenkampf und Nationalitätsprinzip sich ausschließende Kräfte seien, verstand dieser sie dialektisch als einen „Widerspruch der Übergangszeit“. 1930 schrieb er:

„Aufblühen der nationalen Kulturen (und Sprachen) in der Periode der Diktatur des Proletariats in einem Lande zwecks Vorbereitung der Bedingungen für ihr Absterben und ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen sozialistischen Kultur (und zu einer gemeinsamen Sprache) in der Periode des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt<sup>34</sup>.“

<sup>32</sup> Gertrud Illing, Der 20. Juli 1944, Hefte aus Burgscheidungen, hrsg. von der Zentralen Schulungsstätte der CDU „Otto Nuschke“, o. J., S. 35. Nach E. Zellers quellenaher Überlieferung lauteten die Worte: „Es lebe unser heiliges Deutschland“ (Geist der Freiheit, S. 259).

<sup>33</sup> Lothar Berthold, Der Kampf der KPD, a. a. O.

<sup>34</sup> Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin 1955, S. 350 f. Dort heißt es weiter: „In Wirklichkeit ist die Periode der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaues in der UdSSR eine Periode des Aufblühens der nationalen Kulturen, die ihrem Inhalt nach sozialistisch, ihrer Form nach national sind, denn die Nationen selbst sind in der Sowjetordnung ja keine gewöhnlichen ‚modernen‘ Nationen, sondern sozialistische Nationen, ebenso wie ihre nationalen Kulturen dem Inhalt nach keine gewöhnlichen, bürgerlichen Kulturen, sondern sozialistische Kulturen sind.“



Diese dialektische Verknüpfung von „national“ und „sozialistisch“ durch Stalin hat gewiß eine taktische Erleichterung für die Bildung einer Volksfrontbewegung in Mittel- und Westeuropa bedeutet, indem sie den Wechsel auf die demokratische Linie ermöglichte, die sich vom Berner Programm bis zum Nationalkomitee hin durchzieht. In Wahrheit bezogen sich Stalins Thesen auf innerrussische Verhältnisse und Probleme. Die antifaschistischen Volksfrontler erscheinen so fast als zufällige Nutznießer.

Wie dem auch sei, – indem man die Vaterlandsliebe Stauffenbergs in den „Patriotismus“ der Volksfront umdeutet, kann man ihn und das Attentat auf Hitler für den „Antifaschismus“ annekieren. Zwar kann dieser mit Recht auf die gewiß nicht unwirksame subversive Tätigkeit illegaler Gruppen verweisen<sup>35</sup>, aber ein irgendwie größerer Schlag konnte von der deutschen „antifaschistischen Volksfront“ nicht geführt werden. Hier befindet sich die östliche Geschichtsschreibung wiederum in ausgesprochener Verlegenheit. Sie kann als ihre „Täter“ eigentlich nur Pieck und Ulbricht anführen, die im Ausland waren. Das Gestrüpp der Dogmatik, die Widerstand außerhalb des Klassenkampfschemas nicht anzuerkennen erlaubt, zwingt, die Wirklichkeit zurechtzurücken. Auch der „Kunstgriff“, die gesamte bürgerliche Opposition unter Goerdeler zu subsumieren und den größten Teil derjenigen, die eigentlich in der geforderten Einheitsfront gestanden haben müßten, als „Opportunisten“ und „Lumpenproletariat“ im Lager der Imperialisten zu belassen, weil sie das Klassenkampfschema sprengen würden, soll nicht zuletzt das Scheitern der Volks- und Einheitsfront verschleiern und die Kontinuität zur „DDR“ wahren. Der VII. Weltkongreß konstatierte „den wachsenden Drang der Massen zur Einheitsfront“. Die große Zahl derer, die außerhalb der KPD gegen Hitler opponierten, als Antifaschisten anerkennen, hieße jenes Dogma widerlegen. So versucht man, die Einheitsfront in den kleinen Gruppen, die Volksfront im Nationalkomitee bestätigt zu sehen. Da der endliche „Sieg“ des „Antifaschismus“ in Wirklichkeit ja durchaus abhängig war von den Panzern der Roten Armee, muß der sowjetdeutsche Historiker eine Revolution erklären, die gesetzmäßig hätte von innen erfolgen müssen, in Ermanglung der Massenbasis jedoch von außen aufgezungen wurde. Der von vornherein erfolglose Versuch, Stauffenbergs Tat als aus der antifaschistischen Volksfront erwachsen auszugeben und damit die am meisten hervorstechende Widerstandshandlung zum Antifaschismus im strengen Sinne zu rechnen, kann doch die Tatsache nicht verdecken, daß in der Epoche des Faschismus als einer Extremform des Imperialismus von einem Klassenkampf im Sinne des Marxismus-Leninismus nicht die Rede war. Hier steht der marxistisch-leninistische Historiker vor der Tatsache, daß in einer Zeit, in der gemäß den „objektiven Bedingungen“ die Klassengegensätze ihre schärfste Ausformung erfahren

<sup>35</sup> Zu nennen wären hier etwa die Neubauer-Poser-Gruppe und die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, deren Bedeutung im Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht unterschätzt werden sollte. Vgl. dazu die Arbeiten von G. Glondajewski/H. Schumann und die von G. Nitzsche in der Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung“, Heft 16 und 18.

haben müßten, nationale Motive diese Gegensätze völlig überlagerten. Darüber hinaus raubt er durch die Abgrenzung des Antifaschismus im Sinne des Klassenkampfeschemas, die eine Anerkennung des größeren Teils der Gegner Hitlers als Antifaschisten nicht zuläßt, seiner Konstruktion „antifaschistische Einheits- und Volksfront unter der Führung der KPD“ die Basis und zwingt sich dadurch selbst, Menschen und Ereignisse zurechtzubiegen, um sie durch die Hintertür doch noch hineinziehen zu können. Die Verknüpfung des innerdeutschen Antifaschismus mit der siegreichen Roten Armee vermag in der Tat nur schwer zu verschleiern, daß der antifaschistischen proletarischen Revolution der „gesetzmäßig“ geforderte Sieg nicht beschieden war, daß der Antifaschismus keinen wesentlichen Anteil am endlichen Sturz Hitlers vorweisen kann, wie es der sowjetische Historiker D. I. Melnikow ohne Rücksichtnahme auf heutige Bundesgenossen oder Satelliten ausdrückt:

„Das Schicksal Hitlerdeutschlands war auf den Schlachtfeldern der UdSSR und Osteuropas unabwendbar entschieden worden<sup>36</sup>.“

In diesen Widersprüchen und Unstimmigkeiten zeigt sich, wohin eine Geschichtsauffassung geführt wird, die eine absolute „Funktionalisierung“ der Opposition gegen den Nationalsozialismus betreibt. Indem der marxistisch-leninistische Historiker dem Widerstand die Qualität einer bloß oder auch geistigen Bewegung, eines Umbruchs im menschlichen Denken abspricht, treibt er sich selbst zur krampfhaften Suche nach einer Tat, die geeignet ist, den Anteil des Antifaschismus am Sturze Hitlers und damit die proletarische Revolution „symbolisch“ zu demonstrieren.

Erweisen sich für den östlichen Historiker der Rahmen der Determiniertheit und der ökonomische Begriffsapparat schon in den großen geschichtlichen Bewegungen als der Wirklichkeit unterlegen, so noch mehr vor den Differenzierungen der Persönlichkeiten, vor der Vielfalt des Menschlichen. Ernst Engelberg schreibt in einem Aufsatz über die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung:

„Ihr Ausgangs- und Endpunkt ist der Mensch in seiner produktiven Tätigkeit und seinen gesellschaftlichen Beziehungen<sup>37</sup>.“

Die Geschichtsschreibung der „DDR“ überliefert in der Tat Zeugnisse, denen zufolge die Antifaschisten jener Maxime, die Engelberg, indem er Wertmaßstäbe völlig umkehrt, „zutiefst humanistisch“ nennt, zu entsprechen versuchten. Aus einer Orientierung der illegalen KPD über die Solidarität der Arbeiter mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus dem Jahre 1943 stammen die folgende Sätze:

„Wir machen niemals in Wohltätigkeit um der Wohltätigkeit willen. Wir sind keine Mitleidsapostel, sondern helfen den ausländischen Arbeitern aus unserem Klassenbewußtsein heraus, gemeinschaftlich mit ihnen unsere gemeinschaftlichen Feinde zu stürzen<sup>38</sup>.“

<sup>36</sup> D. I. Melnikow, Die welthistorische Bilanz des Sieges der freiheitsliebenden Völker über den deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg, ZfG 3/1960.

<sup>37</sup> Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung, ZfG 1958, S. 437.

<sup>38</sup> Aus einer Orientierung der Leitung der illegalen KPD aus dem Jahre 1943. Zitiert nach F. Knittel, Die KPD, a. a. O.

Gleichwohl möchte man getrost glauben, daß auch die klassenbewußten Arbeiter oft genug ein Butterbrot oder einen Teller Suppe hergeschenkt haben, weil sie den Kriegsgefangenen nicht hungern sehen konnten, daß sie aus Mitleid, nicht aus Zweckdenken dem Opfer der Unmenschlichkeit Menschliches erwiesen haben. Viele Deutsche, die als Kriegsgefangene in russischen Lagern lebten, erinnern sich gerne der kleinen Gaben, die sie von russischen Menschen entgegen allen Anordnungen erhielten. Wenn sich hier die Menschlichkeit über die Solidarität mit den Zielen des Proletariats hinaus bewährte, so waren die deutschen Proletarier in diesem Betracht gewiß nicht klassenbewußter als die sowjetischen. Aber die Theorie will das nicht wahrhaben.

So ist denn der Mensch, der erliden kann oder handeln kann, aus dem Antifaschismus herausgenommen, an seine Stelle sind Gruppen, gesellschaftliche Beziehungen gesetzt. Immer wieder stößt man in den Veröffentlichungen über den Antifaschismus auf Sätze und Aussprüche, die sich aus Bilanzen oder Produktionsberichten von Industriewerken verirrt haben könnten<sup>30</sup>. Der Begriffsapparat der Ökonomie, jener gesellschaftlichen Beziehungen, reicht aber nicht einmal aus, die Vielgestaltigkeit des Widerstandes in den Reihen der kommunistischen Gruppen selbst voll zu erfassen, für den bürgerlichen Widerstand fehlen im Begriff Antifaschismus alle Kategorien. Ulbricht schreibt anklagend in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“:

„Der Entwurf der Regierungserklärung (Goerdelers) beginnt mit der Erklärung über die „Majestät des Rechts“, aber nicht mit der sofortigen Einstellung der Kriegshandlungen . . .“

Recht und Unrecht, Loyalität gegenüber dem Vaterland, Bruch der Loyalität um der ethischen Unbedingtheit willen, Gewissenskampf und Gewissensentscheidung – diese Begriffe, die auf den Grund des Menschlichen im Protest gegen das Unmenschliche zurückgehen, braucht der Historiker der „DDR“ nicht, er kann sie nicht brauchen, weil ihre Anerkennung fatale Konsequenzen antitotalitärer Art haben könnte. So sehr Widerstand gegen den Nationalsozialismus und Antifaschismus auf den ersten Blick ähnliches zu bezeichnen scheinen, so radikal wird von Osten her die Grenze zwischen ihnen gezogen.

Tröstlich nur, daß in der historischen Wirklichkeit, wie sich etwa in den K.Z. gezeigt hat, die Vertreter der angeblich gegensätzlichen Begriffe einander näher waren, und daß diese theoretischen Verengungen bestenfalls eines beweisen: Es gab unter der Herrschaft des Nationalsozialismus mehr Vertreter des Widerstands im allgemeinen Sinn (der die Kommunisten einschließen würde) als „Antifaschisten“.

<sup>30</sup> So etwa in der Quellensammlung: Walter A. Schmidt, *Damit Deutschland lebe*, Berlin 1958.

Miszelle

HELMUT HEIBER

JOSEPH GOEBBELS UND SEINE REDAKTEURE

Einige Bemerkungen zu einer neuen Biographie

Die Verbreitung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in den weiten Landstrichen außerhalb der „elfenbeinernen Türme“ ist mit dem Entstehen der modernen Gesellschaft als Problem aufgeworfen worden. Was dabei die Historiographie anlangt, so hat noch der Ausgang des vorigen Jahrhunderts eine Aufgeschlossenheit der damaligen „Öffentlichkeit“ für die Belange der Fachhistorie gebracht, wie sie jedoch seit dem Aussterben der „Preußischen Schule“ nicht wieder zu verzeichnen gewesen ist. Gewiß hat dies auch objektive Gründe, die „Öffentlichkeit“ besteht nicht mehr lediglich aus einer Schicht gebildeten Besitzbürgertums, sie ist – wie der beliebte Ausdruck lautet – „breiter“ geworden, und der Graben zwischen ihr und der Gelehrtenrepublik entsprechend größer. Wenn daher schon ein Treitschke, einst Prototyp eines solchen Wirkens nach außen, als „Publizist“ diffamiert wurde, – was mußte dem beschieden sein, der im Zeitalter der weit mehr Konzessionen erfordernden Massendemokratie die gelehrte Forschung für den allgemeinen Konsum zumindest der Interessierten aufzubereiten wagte!

Da aber nun einmal im freien Spiel der Kräfte kein Vakuum denkbar ist, kamen die Brückenschläger vom anderen Ufer. Es blühte die Zeit der populär-historischen Belletristik, es schrieben und druckten die „Literaten“, die Emil Ludwig, Werner Hegemann und wie sie alle hießen. Und das Schlimme war, daß sie es völlig ernst meinten: So und so – behaupteten sie – sei es gewesen. Im Dritten Reich fanden sie ihre Nachfolger, – nur die Couleur war geändert. Nach dem Zusammenbruch hatte sich die Situation etwas gewandelt. Denn als man wieder über Topfränder hinauszusehen vermochte, waren bereits die „Illustrierten“ da mit ihren Enthüllungen, ihren Tatsachenberichten. In gewissem Sinne haben diese „Illustrierten“-Serien ihren legitimen Platz. Ganz abgesehen davon, daß sie manchmal gar nicht so liederlich sind wie ihr Ruf, und ganz abgesehen auch davon, daß sie ein recht aufschlußreiches Meßinstrument für Richtung und Ausmaß des öffentlichen Interesses darstellen, – vor allem kommen sie an ohne Präntention, das ist das Erfreulichste. Sie zwinkern uns zu: ganz so ernst ist es doch gar nicht gemeint. Und zumindest die Wissenden und die Wissen-Wollenden wissen es.

Doch die Zeit schreitet fort. Und die Saturiertheit und das Verlangen nach Seriosität mit ihr. Prototyp aber des Intellektuell-Ernsthafte bleibt nach wie vor das Buch. Und da ist sie denn auch wieder: die populäre, lesbare historische – und besonders zeithistorische – Biographie. Das Bedürfnis danach scheint unbestreitbar, was an sich nur Grund zur Freude sein kann. Besteht doch durchaus die Möglichkeit, die Ergebnisse der Forschung ihres wissenschaftlichen Gewandes zu entkleiden, den gleichen Inhalt in anderer Form zu bringen, gewissermaßen in einer Art von

„kleiner Form“. Es wird freilich nicht ausbleiben, daß selbst dann aus der redlich besorgten Schar der Glasperlenspieler erneut jenes „Pfu! Haltet ihn!“ ertönt.

Daneben jedoch gibt es wiederum die andere Möglichkeit, die der Journalisten. Und so kommen diese schließlich ebenfalls herbei, nun jedoch nicht mehr wie in den Illustrierten als Publizisten, sondern in Ganzleinen, mit Anspruch. In der Regel zwar inhaltlich noch „illustriert“, manchmal aber schon gewichtig, schwerer einerschreitend. Denn auch dieser Weg ist ja gangbar: man nimmt den Illustrierten-Inhalt und staffiert ihn wissenschaftlich aus. Mit Dokumenten, mit Fußnoten, mit Apparat, mit all dem äußerlichen Behang biederer Exaktheit, der den Talmiglanz verdeckt. Können die Autoren das Ganze gar noch in einem angesehenen, reputierlichen Verlag unterbringen, wo schläfrige Lektoren wenig um das ihnen anvertraute Renommee besorgt sind, so ist der Erfolg gesichert. Was kümmert es sie schon, daß sie mit solchen Machwerken die Forschung in toto diskreditieren, was ahnen sie schon davon, wie selbst ehrliches Wollen durch die Leichtfertigkeit historischer Ausschubarbeit gegenteilige Effekte erzielen wird.

Ein bedeutender Schritt auf dem Abstieg in die Niederungen pseudohistorischer Klitterung ist nunmehr Heinrich Fraenkel und Roger Manvell gelungen, deren Goebbels-Biographie soeben in deutscher Sprache und – gegenüber dem englischen Original – erheblich verschlimmbessertes Fassungs, aber mit gleich ehrfurchtgebietendem wissenschaftlichen Apparat und wiederum einer trefflichen Bibliographie erschienen ist<sup>1</sup>. Um nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten: das Buch hat seine Meriten, und wer sich künftig mit dem Leben von Joseph Goebbels beschäftigt, wird nicht darum herumkommen. Dafür sorgen schon die fleißigen, wenn auch nicht lückenlosen Befragungen des auch anderweitig verdienten Autors Fraenkel. Insofern bedeutet es freilich einen wesentlichen Schritt über die veraltete Rieß-Biographie hinaus, und man könnte es für ein durchaus akzeptables Unternehmen halten, wenn da nicht gewisse Eigenheiten wären, die allerdings bisher wohl beispiellos sind.

Im Klappentext rühmt der Verlag: „Der interessanteste Beitrag der Verfasser zur Biographie Joseph Goebbels' ist die Auswertung der handschriftlichen Tagebücher, die Goebbels in den Jahren 1925 und 1926 geführt hat. Diese Tagebücher sind von ihrem Autor niemals zur Veröffentlichung bestimmt gewesen, ihr Inhalt ist daher nicht redigiert und umfrisiert worden . . .“

Nun, – mag Joseph Goebbels es auch versäumt haben: noch sind ja Manvell und Fraenkel da! Großzügiger jedenfalls als diese beiden hätte auch der Schreiber persönlich mit seinem Werke nicht umgehen können. Mit jener Lust am Zitieren, die ihr ganzes Werk auszeichnet (was an sich kein Fehler ist, noch dazu der deutsche Verlag im Gegensatz zum englischen – meist – ein ehrliches Kursiv für angemessen hielt), füllen die beiden Autoren den Großteil eines Kapitels, nämlich die Seiten 80 bis 107, mit den Früchten ihres Dokumentenstudiums. Das Kapitel trägt die

<sup>1</sup> Heinrich Fraenkel und Roger Manvell: Goebbels. Eine Biographie. – Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1960.

in Gänsefüßchen gesetzte Überschrift „Kinder der Geschichte“, – wir werden noch sehen, auf welchem verschlungenem Wege es dazu gekommen ist.

Der Mensch kann irren, weshalb Fehler nie vermeidbar sind. Unter diese Rubrik gehören zweifellos Kleinigkeiten wie etwa das sich hartnäckig durch die Goebbels-Literatur ziehende angebliche Reichstagsmandat des preußischen Landtagsabgeordneten Wiegershaus oder auch die Erhebung des Berliner Gauleiters Schlange in den Adelsstand. Wir wollen uns nicht mit solchen Quisquilien befassen, sondern lediglich mit der Verarbeitung des Tagebuch-Textes. Mit welcher Gründlichkeit hier vorgegangen wurde, zeigt schon der angegebene Zeitraum: 3. August 1925 bis 16. Oktober 1926, statt richtig: 12. August 1925 bis 30. Oktober 1926. Daß die letzten Tage unter den Tisch gefallen sind, ist noch entschuldbar, sind die betreffenden Blätter doch sehr stark zerstört. Daß es sich aber bei den Eintragungen vom 3.–5. August (zwischen dem 31. August und dem 7. September befindlich) um irrtümliche Monatsangaben Goebbels' handelt, das haben die beiden Benutzer überhaupt nicht gemerkt.

Wie sollten sie auch, – bei der Sorgfalt, mit der sie an die Arbeit gegangen sind! Von nicht zu identifizierenden Wortsplittern abgesehen, bringen die Autoren 126 Zitate. Davon stimmen (Interpunktion und Orthographie bleiben unberücksichtigt) ganze zehn wörtlich mit dem Goebbels'schen Text überein! Weitere 16 mit kleinen, nebensächlichen Fehlern kann man bei großzügiger Beurteilung noch hinnehmen. Die restlichen 100 „Zitate“ sind schlechthin falsch.

Die meisten Unstimmigkeiten rühren daher, daß ins Englische übersetzte Stellen einfach rückübersetzt worden sind, – und dies, obwohl den Verfassern vor Erscheinen der deutschen Auflage die Kopie des Instituts für Zeitgeschichte zur Verfügung stand und von ihnen auch benutzt wurde (S. 359). Was dabei herauskommt, dafür einige wenige Beispiele:

FRAENKEL/MANVELL'SCHE „ZITATE“

Der Jude ist der Teufel der Weltpolitik. (S. 82)

. . . eigentlich ist sie ja doch eine kleine Bürgerin. (S. 83)

Ich sehe völlig ausgemergelt aus. Schrecklich! (S. 85)

Schon lange nichts von daheim gehört. Die Familie ist böse mit mir; ich bin ein Abtrünniger. (S. 86)

Daheim habe ich wohl immer noch die besten Freunde. Was habe ich verloren? Was habe ich dafür gewonnen? (S. 86)

Strasser ist ganz und gar nicht der Bürger, für den ich ihn hielt; (S. 87)

ORIGINAL\*

Der Jude ist wohl der Antichrist der Weltgeschichte. (26. 6. 26)

Sie ist eine kleine Spießlerin. (28. 7. 26)

Ich sehe aus wie das arme Leben. Grauensvoll! (19. 6. 26)

Von Hause lange kein Wort. Man grollt mir. Ich bin ein Apostata. (20. 1. 26)

Zu Hause meint man's doch mit mir am besten. Wieviel habe ich verloren, – und was habe ich dagegen eingetauscht?! (21. 8. 26)

Straßer ist lange nicht so bourgeois, wie ich anfangs dachte. (2. 10. 25)

\* Nach dem handschriftlichen Original; vgl. dazu Nr. 1 der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“.

... weil ihn die Kapitalisten wollten, die einzigen, die heutzutage Einfluß haben. (S. 90)

Hitler kommt nicht. Er hat sich über mich beklagt. Wenn er mir weiter Vorwürfe macht, schmeiß ich den Krempel hin. Ich halte das nicht länger aus. Man gibt alles was man hat, und dann nichts als Vorwürfe, auch von Hitler selbst! (S. 92)

Ich hatte Blumen für ihn, und er schien sich sehr zu freuen. (S. 101)

Er spricht zwei Stunden und lobt mich dabei in den Himmel und in aller Öffentlichkeit. Dann läßt er mich in seinem Auto heimfahren. Er scheint mich sehr gern zu haben. (S. 103)

Weil das Kapital das will. Das Kapital allein hat heute zu sagen. (21. 10. 25)

Hitler traut mir nicht. Er hat über mich geschimpft. Wie weh mir das tut. Wenn er am 25. X. in Hamm mir Vorwürfe macht, dann gehe ich. Ich kann das nicht auch noch ertragen. Alles opfern, und dann noch Vorwürfe von Hitler selbst. (12. 10. 25)

Ich brachte ihm Blumen mit, worüber er sich sehr freute. (16. 4. 26)

Hitler gibt Rechenschaft. 2 Stunden lang. Nicht ganz auf der Höhe. Mich lobt er vor der Öffentlichkeit über den grünen Klee. Im Auto fährt er mich heim. Er mag mich wohl. (24. 5. 26)

Das soll genügen. Derart zuverlässig sind die wörtlichen, sämtlich in Anführungszeichen gebrachten Zitate Manvell/Fraenkels. Immerhin ist in den angeführten Fällen wenigstens der Sinn erhalten geblieben. Das wird schon dann anders, wenn Lesefehler hinzukommen. Nun ist die Goebbels'sche Handschrift gewiß schwierig. Es kostet einige Zeit, sich hineinzulesen, und selbst dann kann es Fehler geben, schon weil einige Wörter (etwa „vor“ und „zu“) einfach nicht zu unterscheiden sind. Dies alles vorausgesetzt, gibt es jedoch keine Entschuldigung dafür, daß die Autoren streckenweise schlicht geraten haben. Werden dabei nur aus „Biergläsern“ „Bierkrüge“, wird aus einer „entscheidenden“ eine „wehtuende“ Unterhaltung, wird aus „seelenwund“ „Schwermut“, so mag es noch angehen. Wenn Goebbels dem „Schöpfer“ statt dem „Schicksal“ für Hitler dankt (S. 105), ist es schon bedenklicher. Meist ist es aber noch übler. Auch dafür einige Beispiele:

2000 Kommunisten. Laute Pfuirufe . . . Am Ende der Versammlung eine wilde Prügelei. (S. 91)

Wir suchen ja den Kampf, die werden uns noch kennenlernen. (S. 92)

In München scheint niemand mehr an irgend etwas zu glauben. Das Mekka des deutschen Sozialismus heißt Elberfeld. (S. 95)

Du guter, ehrlicher Strasser; ach Gott, Du bist diesem Menschen nicht mehr gewachsen. (S. 97)

Das ist das Furchtbarste. Mir ist eine Welt genommen. (S. 98)

Er ist so gut zu mir. Er stellt mir für den Nachmittag sein Auto zur Verfügung. (S. 100)

Sehnsucht? Na und ob! (S. 102)

Vor 2000 Kommunisten. Ruhiger, sachlicher Verlauf. Am Ende der Versammlung eine wüste Prügelei. (23. 11. 25)

Wir wollen ja nichts anderes als den Kampf! Man wird in München schon lernen. (1. 4. 26)

Kein Mensch glaubt mehr an München. Elberfeld soll das Mekka des deutschen Sozialismus werden. (11. 2. 26)

... der gute, ehrliche Strasser, ach Gott, wie wenig sind wir diesen Schweinen da unten gewachsen! (15. 2. 26)

Das ist das Furchtbare: mir ist der innere Halt genommen. (15. 2. 26)

Er ist beschämend gut zu uns. Trotz Bauschen. Er stellt uns für den Nachmittag sein Auto. (13. 4. 26)

Sehnsucht nach dem Weibe! (8. 5. 26)

Welch elementare Kraft steckt in diesem Kerl [Dostojewskij], verglichen mit den angekränkelten Intellektuellen. (S. 102)  
 Der Gau ist durch die Schlappeheit Kaufmanns in große Schwierigkeiten geraten. (S. 104)  
 . . . und Welch ein wunderbarer Redner! Der geborene Anführer! (S. 104)

Tief und mystisch . . . und an den Abgründen der Seele vorbei. (S. 105)

Nach München wegen Berlin. Erneute Absage. Ich will mich nicht in dem Dreck dort festfahren. (S. 106)

Die Russen bleiben doch immer dieselben. Die Intellektuellen: kranke, gebrochene Urkraft. (24. 4. 26)

Der Gau ist durch die Schlappeheit Kaufmanns ein großer Sauhaufen geworden. (12. 6. 26)

Als Redner ein wundervoller Dreiklang zwischen Geste, Mimik und Wort. Der geborene Aufpeitscher! (16. 6. 26)

Tief und mystisch. Fast wie ein Evangelium. Schauernd geht man mit ihm an den Abgründen des Seins vorbei. (6. 7. 26)

Nach München wegen Berlin halbe Absage. Ich will mich nicht in Dreck hineinknien. (28. 8. 26)

Auf diese Weise wird fröhlich „zitiert“ und dabei unverdrossen der Sinn verändert, manchmal ins Gegenteil verkehrt. S. 104 etwa wird eine Begegnung mit Hitler gebracht, über die Goebbels am 16. Juli (richtig: 16. Juni) berichtet hatte. Dann heißt es weiter: „Ein paar Zeilen später meldet sich das schlechte Gewissen: . . . Freitag kommt Strasser. Ich muß mich vorher noch mit Strasser aussprechen.“ Nun war aber das Goebbels'sche Gewissen völlig unbeteiligt, denn nicht nur ist in den Zwischenzeilen von etwas ganz anderem die Rede, sondern der wahre Text lautet vielmehr: „Freitag kommt Straßer. Ich muß mich vorher noch mit Kaufmann bereden.“

Als Kaufmann eine Schwägerin von Dr. Elbrechter, einem Gegner Goebbels', heiratet, vermerkt Goebbels: „O Karl!“ (18. 9. 26), – Manvell/Fraenkel machen daraus: „dieses Schwein“ (S. 107). Auf S. 92 notieren die Autoren als Beweis für die feindselige Einstellung Goebbels' zur Münchener Parteizentrale folgendes Zitat (v. 12. 10. 25): „Telegramm aus München. Ich soll da wohl sprechen; die können mich am Arsch lecken!“ Abgesehen davon, daß Goebbels das berühmte Goetz-Zitat in Originalfassung und mit vornehmen Pünktchen brachte, war das Telegramm auch gar nicht aus München gekommen, sondern aus Mannheim, wo Goebbels nicht „wohl“, sondern vielmehr „zur Wahl“ sprechen sollte. Was macht das schon!

Als Nachweis für Goebbels' „Streicher-Stil“ erwähnen Manvell/Fraenkel auf S. 102 die Notiz von seinem Ausflug in das Hamburger Hafenviertel (30. 4. 26), weil er nämlich darin schildere, wie blonde Mädchen jüdische Hausierer umarmt hätten. Hier freilich ist „Julius der Streißtrommler“ (wie Goebbels gern sagte) einmal wirklich unschuldig, denn wo die beiden Autoren „jüdische Hausierer“ herausbuchstabiert haben, steht in Wirklichkeit „feixende Chinesen“.

Noch schöner auf S. 90. Hier führen Manvell/Fraenkel einen allerdings schlagenden Beweis dafür an, wie Goebbels' Tagebuch „vor Eigenlob strotzt“. Soll er doch (am 12. 12. 25 war es, allerdings sind beide Verfasser aus begreiflichen Gründen in der Regel recht zurückhaltend in der Mitteilung von Daten) wahrhaftig geschrieben haben: „Gestern Ortsgruppenabend; ich sprach ihnen von meinem



wachsendem Ruhm und ich hatte ein andächtiges Publikum.“ Solchen Blödsinn hat freilich nicht einmal Joseph Goebbels seinem Tagebuch anvertraut. Er sprach nämlich keineswegs von seinem „Ruhm“, sondern ganz schlicht von seinen „Reisen“, wobei das „Wachsen“ von den zwei fixen Autoren schnell noch hinzuerfunden wurde.

Dies letzte Beispiel zeigt schon die Grenze an, wo die Fahrlässigkeit in Schlimmeres übergeht. Das Harmloseste auf diesem Gebiet ist noch die unkenntliche Mischung von nicht zueinandergehörigen Zitaten. Oft wird hierbei natürlich ein schiefer, übersteigerter Eindruck erweckt. Ein Beispiel mag für mehrere stehen. Es heißt auf S. 90 als Zitat: „... nach drei Stunden Bamberg. Sofort in die Versammlung. Man empfängt mich mit tosendem Beifall. Und als ich spreche, hören sie so andächtig zu, als wären sie in der Kirche. Und dann predigte ich zwei Stunden lang. Im Publikum atemlose Stille, aber am Schluß jubelten sie und wollten mich fast auf Händen tragen. Ich bin todmüde.“ Niemand erkennt hier die Montage, die Flickstelle hinter dem Wort „Kirche“. Die Verfasser haben nämlich dort zwei Eintragungen vom 15. 2. 26 und vom 31. 1. 26 zusammengefügt und zu allem Überfluß noch das „Auf-den-Händen-Tragen“ hinzugemischt, das bei ganz anderer Gelegenheit tatsächlich vorgekommen war.

Jedoch, nicht nur im Mischen zeigt sich der Meister, sondern er erweist sich auch dort, wo es Fehlendes nachzutragen gilt. So lesen wir etwa auf S. 81 über den Besuch der Freundin: „Macht Butterbrote mit dem Nagelreiniger, Messer nicht zu finden. Ach, Du herrliche Bohème.“ Das war von Goebbels auch tatsächlich am 23. 9. 25 geschrieben worden, – nur hatte er den Nebensatz mit dem Messer offenbar vergessen. Hier helfen Manvell und Fraenkel nach und ersparen dem Leser lästiges Nachdenken. Auch sonst verführt die Freundin sie zu frohem Fabulieren. Am 3. 9. 25 etwa hatte Goebbels geschrieben: „Sie ist gut zu mir und macht mir Freude. Den ganzen Tag sitzt sie um mich herum und erzählt und schwärmt von der Schweiz.“ In der verbesserten Fassung Manvell/Fraenkels schwärmt sie auch, allerdings viel reichhaltiger und von etwas ganz anderem (S. 80): „Sie schwärmt für mich wie ein Backfisch und sie ist so glücklich dabei und ich gönne es ihr von Herzen und ich liebe sie von ganzer Seele. Sie ist so gut zu mir.“

Benno ist Goebbels' Hund. Von ihm schreibt er am 25. 8. 26: „Benno liegt unterm Bett und schläft. Ich will auch etwas faulenz. Nächsten Monat beginnt wieder die Jagerei. Eigentlich freue ich mich darauf. Kampf ist für mich was für den Fisch das Wasser.“ Unsere beiden Autoren führen die Parallele großzügig weiter, sie „zitieren“ auf S. 84: „Benno liegt unter meinem Bett und schnarcht. Er ist wie ich, abwechselnd vollkommen faul oder von wildem Jagdfieber ergriffen. Genauso will ich es ja eigentlich auch. Etwas Kampf ist für mich so wichtig, wie das Wasser für den Fisch.“ Auch sonst passieren mit Benno die erstaunlichsten Dinge. Goebbels schreibt am 21. 8. 26: „Gestern abend redete ich in Düsseldorf, da stand er mit spitzen Ohren am Fenster und lauschte.“ Das ist gewiß viel für einen Hund, bei weitem aber nicht genug für Manvell und Fraenkel. Sie „zitieren“ vielmehr auf S. 91: „Gestern abend sprach ich in Düsseldorf. Ich hatte Benno mit und er

saß dabei mit seiner spitzen Schnauze, mucksmäuschenstill und scheinbar mit großem Interesse zuhörend.“

Oder am 10. 6. 26: „Abends rede ich in Neukölln. Kein trockener Faden ist mehr an mir.“ Woraus geworden ist (S. 90): „... eine unerhört aufregende Versammlung. Ich bin wie aus dem Wasser gezogen.“ Fragt sich Goebbels am 14. 11. 25 hinsichtlich des Gaus in Elberfeld: „Bin ich hier entbehrlich?“, so antworten Manvell/Fraenkel auf S. 99: „Das Schlimmste ist, daß ich hier in Elberfeld geradezu unentbehrlich bin.“ Als Hitler den jungen Mann aus Rheydt massiv bearbeitet hatte, schrieb dieser am 13. 4. 26 über das Gehörte: „Darüber läßt sich reden. Er hat das alles durchgedacht. Ich bin bei ihm in allem beruhigt. Er ist ein Mann, nehmt alles nur in allem. So ein Brausekopf kann mein Führer sein. Ich beuge mich dem Größeren, dem politischen Genie!“ Erst in der Manvell/Fraenkel'schen Neuschöpfung aber vermögen wir die psychologischen Feinheiten dieses Sinneswandels nachzuempfinden (S. 100): „Vielleicht hat er mit seinen Argumenten über Außenpolitik doch recht. Schließlich hat er ja sehr lange und gründlich darüber nachgedacht. Ich habe gar nicht mehr so viel dagegen einzuwenden. Ich erkenne ihn bedingungslos als Führer an. Ich beuge mich dem größeren Mann! Dem politischen Genie!“

Wenig später ist Goebbels bei Gregor Strasser in Landshut. Er schreibt darüber am gleichen Tage: „Abends im lauen Frühlingswind durch Strassers Heimatstadt. Welch ein Friede! O, du Gregor Strasser, wie schwer muß Dir die Revolution sein.“ Manvell/Fraenkel vertiefen den lyrischen Akzent (S. 101): „Wie schön, in der weichen Frühlingsluft durch die Heimatstadt der Strassers zu wandern. Wie friedlich! Ach Du Gregor!“ Der etwas abrupte Schluß erklärt sich daraus, daß mit „Gregor“ die handschriftliche Seite endete, – wer sollte schon auf den Gedanken kommen, daß der Satz noch weitergehen könnte? Auch die Goebbels'sche Stipvisite in der Hamburger Bordellstraße fällt unter Manvell/Fraenkels Zensur. Goebbels hatte seine Eindrücke (30. 4. 26) rein moralisch verwertet und sich jedes Urteils über die körperlichen Vorzüge oder Nachteile der Damen enthalten, welches Manko Manvell/Fraenkel auf S. 101 durch die Einschlebung des Satzes „Die meisten ganz abscheulich anzusehen“ beheben.

Und so weiter und so fort. Im Juli 1926 erzählt Hitler Goebbels auf einem Spaziergang „vom Felde“ (26. 7. 26), bei Manvell/Fraenkel (S. 106) hingegen spricht er „über Deutschland“, was ja immerhin nicht ganz dasselbe ist. Aber auch mit Auslassungen läßt sich einiges machen. Am 4. 9. 25 klagt Goebbels über den „nervus rerum“, ist aber gleich wieder bei einem anderen Thema: „Auch wieder Geldsorgen. Wie komme ich da heraus. Viel Pläne. Niemand hilft. Ich muß alles allein machen. Grauenhafte Verlassenheit!“ Manvell und Fraenkel streichen (S. 86) die „vielen Pläne“, machen aus „Verlassenheit“ „Kalamität“ – und schon paßt alles nahtlos aneinander. Ebenfalls auf S. 86 benötigen sei einen weiteren Beweis für die Entfremdung mit dem Elternhaus und „zitieren“: „Am liebsten möchte ich gleich wieder abfahren, aber ich tue es nicht, um Mutter nicht weh zu tun.“ In Wahrheit freilich hatte Goebbels am 11. 8. 26 geschrieben: „Ich komme in den größten Hausdreck hinein, sodaß ich am liebsten Lust hätte, gleich wieder umzu-

fahren. Aber es tut mir zu leid um Mutter.“ Der „Hausdreck“ stört, – also hinweg mit ihm.

Zum Ausgleich setzt man Akzente. Spricht Goebbels (12. 6. 26) von einem „sachlichen Abschiedsbrief“, wird daraus (S. 82) ein „furchtbar sachlicher Abschiedsbrief“, lachen die Hamburger Polizisten (30. 4. 26), lachen sie bei Manvell/Fraenkel (S. 102) schon zynisch, berichtet Goebbels von Hitler (19. 4. 26) „Er sagt mir viel Lob“, so hat er ihn laut Manvell und Fraenkel (S. 101) „in den Himmel“ gelobt, meint Goebbels (15. 4. 26): „Alles ist begeistert. Ein paar junge Frauen aufgeputscht. Sie haben mich gern“, so wird nun daraus (S. 90/91): „Alles rast vor Begeisterung. Ein paar sehr junge Frauen schienen ganz verrückt nach mir.“

Was dann noch fehlt, wird frei erfunden, z. B.: „ich wünschte, ich könnte ein Jahr lang schlafen“ (S. 84), „Manchmal wirkt schon die bloße Tatsache des Reisens als Erlösung“ (S. 85), „Niemand kümmert sich hier um mich“ (S. 103). Auf S. 87 heißt es: „Strassers Entwurf ist ungenügend“, schreibt er ins Tagebuch und unterstreicht es.“ Goebbels schrieb (18. 12. 25) „mangelhaft“ und von Unterstreichen keine Spur. Auf S. 100: „Später darf er mit Hitler zu Abend essen und ist wieder einmal ‚glücklicher als je‘ in seinem Leben.“ Goebbels aß zwar, von Glück jedoch keine Rede (13. 4. 26). Über den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ heißt es auf S. 105: „Goebbels schreibt... und macht aus seiner Begeisterung keinen Hehl.“ Was schrieb Goebbels? „Kaufmann fand ihn glänzend. Mal sehen.“ (15. 5. 26) – und kein Wort mehr. Auf S. 104 ist von einer angeblichen Einladung Hitlers nach Oberbayern die Rede und von der „Seligkeit“, die diese verursacht hätte und die in den Eintragungen vom 19. und 20. Juli „gebührend hervorgehoben“ worden sei. Davon im Tagebuch weder damals noch früher oder später ein Wort, – ganz abgesehen davon, daß Goebbels zu dieser Zeit schon in Oberbayern war und es gar keine Eintragung vom 19. 7. gibt. Oder S. 107, wo die Autoren schreiben: „Immerhin läßt er sich Mitte September nach Berlin schicken, um dort ein paar Reden zu halten, vor allem aber, um sich ‚den Laden noch einmal anzusehen‘.“ Goebbels fuhr privat (11. 9. 26), redete in Berlin nicht und von „Laden ansehen“ schrieb er auch nichts. Auf der gleichen Seite heißt es über einen Potsdam-Besuch, Goebbels habe „unter dem Eindruck der preußischen Glorie“ seine Entscheidung gefällt, nach Berlin zu gehen, gelockt u. a. durch den Titel „Gauleiter“. Das erste ist eine bloße Vermutung, und zum letzten ist zu sagen, daß Goebbels den Gauleiter-Titel schon einige Zeit führte. Wie überhaupt die Autoren die Rolle, die Goebbels in Elberfeld spielte, völlig verkannt haben, da sie kritiklos Fehlzeichnungen von interessierter Seite übernommen haben, obwohl ein paar Blicke in den VB der damaligen Zeit deren Haltlosigkeit erwiesen hätten.

Erfunden zu sein scheint auch jenes Zitat, das für den Titel dieses Zitat-Salats erhalten muß. Manvell/Fraenkel schreiben auf S. 99: „Im Tagebuch nennt er die Münchner Gruppe herablassend ‚politische Kinder‘. ‚Wir dagegen‘, fügt er stolz hinzu, ‚wir haben das Gefühl für Geschichte. Kinder der Geschichte... Das sind wir!“ Nun ist in dem Tagebuch weder von „politischen Kindern“ noch von „Kindern der Geschichte“ jemals die Rede. Dieses „Zitat“ vermittelt jedoch auf

dem Umweg über die englische Ausgabe einen recht interessanten Einblick in die Werkstatt der beiden Goebbels-Autoren. Dort findet sich dieser Text nämlich noch nicht frei im Raume schwebend, sondern hier erfährt man noch, wann Goebbels das geschrieben haben soll: unmittelbar nach Bamberg, im Anschluß an ein bestimmtes Zitat vom 15. 2. 26. Und in der Tat gibt es in der darauffolgenden Eintragung vom 22. 2. folgende Goebbels'sche Meditation anlässlich eines Besuchs in der Marienburg: „Geschichte ist um mich. Wie klein sind wir“, und im gleichen Text über eine Berliner Freundin: „Liebes, gutes, unverdorbenes Kind!“ Daraus „las“ man sich offenbar obiges „Zitat“ zurecht. Als dies dann nach der deutschen Übersetzung begrifflicherweise nicht wiederzufinden war, was tat man? Strich man das Zitat als dubios? Aber mitnichten, – man strich zwar, jedoch nicht das Zitat, sondern den zeitlichen Bezug und versteckte es so in der sicheren Erwartung, daß es unter dem übrigen Kohl schon keiner finden würde. Auf diese Weise schreibt man eine Biographie.

Grotesk wird das Spiel besonders da, wo die Autoren ihre eigenen Zitate nicht mehr wiedererkennen. Da schrieb Goebbels etwa am 12. 10. 25: „In München sind Lumpen am Werke. Dummköpfe, die keinen Kopf neben sich dulden . . . Deshalb der Kampf gegen Straßer und mich. Auch Rosenberg ist verzweifelt.“ Auf dem Umweg über die englische Ausgabe (S. 57) entsteht daraus bei Manvell und Fraenkel auf S. 92 folgende, gewiß prägnantere Neuschöpfung: „In München sind wieder die Arschkriecher und die Intriganten am Werk . . . Und alle wollen sie Strasser und mir am Zeuge flicken.“ Wer vermag es den Autoren zu verdenken, daß sie sich hier keiner Identität mehr bewußt waren, als ihnen jene Tagebuchstelle bei der Bearbeitung der deutschen Ausgabe erneut unter die Finger kam? Also flugs auf der gleichen Seite einige Zeilen höher noch einmal dasselbe Zitat, – nun halbwegs richtig, wenn man davon absehen will, daß aus „Rosenberg“ „Kaufmann“ geworden ist.

Die gleiche Panne auf S. 100. Goebbels hatte am 13. 4. 26 notiert: „Tobende Begrüßung . . . Am Schluß umarmt mich Hitler. Die Tränen stehen mir [ihm?] in den Augen. Ich bin so etwas wie glücklich. Durch die gestauten Massen zum Auto. Rufe, Heil, ab.“ Via London (S. 61/62) wird aus der tobenden eine tosende Begrüßung, und dann heißt es weiter: „Hitler umarmt mich. Meine Augen sind voll Tränen. Ich bin glücklicher als je in meinem Leben. Durch die Menschenmenge zu dem wartenden Wagen. Donnernde Heilrufe.“ Gewiß nicht böswillig, sondern in gläubigem Vertrauen auf ihre Zitierkünste, zersägen Manvell und Fraenkel nun aber die eine Münchener Versammlung in zwei! Und so schreiben sie: „Am meisten besticht ihn, daß er zweimal in großen und wohlorganisierten Versammlungen sprechen darf.“ Es folgt die oben angegebene, nachempfundene Version, dann fahren sie fort: „Kurz darauf darf er schon wieder auftreten.“ Und nun bieten sie des gleichen Textes zweiten Aufguß, dieses Mal im wesentlichen richtig.

So sieht es aus, das grundlegende Goebbels-Buch von Manvell und Fraenkel, wenigstens streckenweise. Denn wo aus *gedruckten* Werken abgeschrieben wird, zitiert es sich natürlich einfacher und fällt es einigermassen schwer, in größerem

Umfange Fehler zu machen. Wird es aber komplizierter, handelt es sich einmal um eine wirkliche Quelle, dann soll journalistische Technik mühselige Arbeit ersetzen. Gewiß muß für den free-lance die Zeit besonders kostbar, teuer sein, – wieso aber war überhaupt ein solch wertloses Sammelsurium zweifelhafter Zitate erforderlich? Etwas mehr Verarbeitung des Materials, ja bereits schon die Umsetzung in die indirekte Rede, hätte manches verhütet. Denn was geschieht nun? Wer über Goebbels arbeitet, wird dieses Buch benutzen müssen – und wird daraus die „Zitate“ weiterzitieren. Und so wird man noch nach vielen Jahren Texte lesen, von denen man glaubt, Goebbels habe sie geschrieben, während es sich in Wahrheit nur um das handelt, was Goebbels nach Meinung der Herren Fraenkel und Manvell hätte schreiben sollen.

In einem angesehenen Sonntagsblatt hat kürzlich einer den Kopf geschüttelt und es unverständlich gefunden, daß das Institut für Zeitgeschichte solche Texte aus der Feder verflüsselter Größen veröffentlicht. Das obige Beispiel dürfte zeigen, was an Unfug herauskommt, wenn das Feld auch nur den gutwilligen Dilettanten überlassen bleibt, – von den anderen ganz zu schweigen. Heinrich Fraenkel etwa, Verfasser manch kluger und wertvoller Schrift, setzt in solchem historiographischen Roulette immerhin seinen Ruf. Und das ist nicht wenig. Was aber wird man von denen erwarten müssen, die nicht mehr zu verlieren haben als ein klingvolles Pseudonym!

Emil Ludwig redivivus? Ach, wenn es nur das wäre! Das gibt es auch, – in Hegners „Reichskanzlei“ haben wir das jüngste Beispiel dafür. Manvell/Fraenkel aber sind beinahe noch gefährlicher, weil sie sich seriöser geben und nicht nur Lieschen Müller zu ihren Opfern zählen dürften. Hegner ist – was auch der Dummste merken wird – nichts weiter als gebundene „Illustrierte“. Das Manvell/Fraenkel-Manuskript hingegen käme für keine Illustrierte in Betracht, es macht sich auf als Quelle, aus der geschöpft werden kann. Wenn aber schon die Quellen trübe fließen, wie sollen dann erst die breiten Ströme publizistischer Pseudo-Historie aussehen.

Die beiden Goebbels-Autoren haben jetzt Göring in Bearbeitung genommen. Auf der Stirn der Stieftochter Klios, die für die Zeitgeschichte zuständig sein soll, könnte man gewiß so etwas wie Angstschweiß wahrnehmen.

---

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Waldemar Besson, Dozent für neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Mörikestraße 14

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Staatsrat Dr. Theodor Eschenburg, Professor für wissenschaftliche Politik an der

Universität Tübingen, Tübingen, Brunnenstraße 30

Dr. Helmut Heiber, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Günter Plum, cand. phil., Jülich, Adolf-Fischer-Straße 4

## Dokumentation

### ZUR GESCHICHTE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN FÜHRUNGS- OFFIZIERS (NSFO)

#### *Vorbemerkung*

Das Verhältnis von Wehrmacht und NSDAP ist mit gutem Grunde eines der am intensivsten erforschten und erörterten Themen in der Geschichte des Nationalsozialismus. Seit Hitlers Eintritt in die Politik als Agitator der Reichswehr<sup>1</sup> bricht die Linie der Ereignisse nicht ab, in denen sich die Absichten und Wünsche der beiden Seiten verbinden oder entgegenstehen. Niemals sind diese Beziehungen ohne Spannungen und ohne Problematik gewesen, da die Motive des Planens und Handelns prinzipiell verschiedene waren. Hitlers allmählich hervortretende totalitäre Ansprüche zielten auf anderes, als es die militärische Tradition, das Nationalbewußtsein oder aber das Ressortdenken der Generäle taten. Täuschten sie sich wohl anfänglich über die Andersartigkeit des Partners, wenn sie in ihm zuweilen für die eigenen Zwecke einen potentiellen Verbündeten zu sehen vermeinten, so verstärkten sich nach 1933 die Anlässe, bei denen die militärischen Führer in die Abwehr gedrängt wurden, als der Nationalsozialismus sich Zug um Zug auch ihrer Machtposition zu bemächtigen suchte. Die zeitgeschichtliche Forschung, sofern sie sich frei entfalten konnte und nicht wie in der Sowjetzone propagandistischen Zielen zu dienen hatte, hat eindeutig festgestellt, daß von einem gemeinsamen Komplott gegen den Frieden nicht die Rede sein konnte. Hitlers bekanntes Wort über den Generalstab als dem Fleischerhund, den er immer habe antreiben müssen, ist bezeichnend genug. Die Rolle der Wehrmacht in der Geschichte des Nationalsozialismus wird man deshalb gewiß nicht gering einschätzen wollen. Es hat an Schwäche und Anfälligkeit im Offizierkorps nicht gefehlt. Aber die Komplexität des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Wehrmacht entzieht sich jeder eilfertigen und einseitigen Legendenbildung.

Die hier vorgelegten Dokumente führen in den letzten Zeitraum der Geschichte der Beziehungen zwischen militärischer und politischer Gewalt während des Dritten Reiches hinein. Das Frühjahr 1938 hatte mit der Fritsch-Krise eine deutliche Verschärfung der Spannungen gebracht, was zugleich mit Hitlers Kriegsvorbereitungen und der Beschleunigung des totalitären Kurses zusammenhing. Das neu errichtete Oberkommando der Wehrmacht, das Hitler direkt unterstand, schuf die institutionellen Voraussetzungen, um, wie Hitler von dem neuen Oberbefehlshaber des Heeres forderte, „das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranzuführen“. Der „Völkische Beobachter“ kommentierte die Entscheidungen des 4. Februar 1938 mit der Bemerkung, sie seien „aus dem stets gleichbleibenden Geiste der Partei geboren“.

<sup>1</sup> Vgl. die entsprechende Dokumentation in dieser Zeitschrift VII (1959), S. 177–227.

Es genügt hier, einige der weiteren Schritte dieses „gleichbleibenden Geistes“ kurz zu skizzieren, um den Zusammenhang mit der Institution des NSFO herzustellen<sup>2</sup>. Am 17. 8. 1938 trat die Waffen-SS auch formell als eigener Waffenträger neben das Heer. Im Frühjahr 1939 warf Göring dem Heer seine traditionsgebundene Einstellung vor, die nicht in das nationalsozialistische System passe. Für Alfred Rosenberg rückte der Zeitpunkt näher, wo die Offiziere die Schulungsburgen der Partei besuchen mußten, damit auch die Wehrmacht ein Instrument der nationalsozialistischen Weltanschauung werde.

Die ersten beiden Kriegsjahre haben an dem bestehenden Zustand der Beziehungen äußerlich zunächst kaum etwas verändert, wenngleich die sich abzeichnenden Methoden und Ziele nationalsozialistischer Besatzungspolitik, vor allem in Polen, die bestehenden Diskrepanzen durch den permanenten Dualismus von Militär- und Zivilverwaltung verstärkten. Hitler war als Feldherr nur vereinzelt in Erscheinung getreten, obwohl er sich als solcher im Lorbeer des Siegers fühlte. Der militärische Apparat hatte seine Funktionsfähigkeit im rein Fachlichen glänzend demonstriert, seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus war freilich zwiespältiger denn je. Untergründiger Widerstand in seinen mannigfachen Formen mischte sich mit Hörigkeit gegenüber dem erfolgreichen „Genie“ Hitler und einem Opportunismus, der sich Marschallstäbe und schnelle Karriere errechnete. Es scheint, daß Hitler diese Ambivalenz in der Haltung des Offizierskorps auch instinktmäßig begriff, was Mißtrauen und Verachtung gleichermaßen wachhielt.

Erst der Beginn des Rußlandfeldzuges hat dann auch im Verhältnis von Wehrmacht und Partei einen neuen Akzent gesetzt. Nun war der ideologische Charakter des Krieges vollends offenbar geworden und Hitler von der Notwendigkeit befreit, seine ungeheuerlichen Eroberungspläne zu verschleiern. Wenn er den Einsatzgruppen des SD Handlungsfreiheit zur Ausrottung hunderttausender jüdischer Menschen gab, wenn er befahl, die sowjetischen politischen Kommissare zu erschießen, die Kriegsgerichtsbarkeit bei Vergehen deutscher Soldaten gegen russische Zivilisten aufhob, mußte es für traditionsgebundene Offiziere immer schwieriger werden, Dienst für den Staat mit dem Gehorsam gegenüber der nationalsozialistischen Führung zu verbinden. Wir wissen aus vielen Einzelzeugnissen, zu welchen Gewissenskonflikten das geführt hat und wie aus ihnen heraus eine Minderheit endgültig den Weg in den entschlossenen aktiven Widerstand fand. Eine Mehrheit diente Hitler weiterhin teils aus Schwäche oder moralischer Indifferenz, teils aus der Unfähigkeit, die immer deutlichere Pervertierung des Nations- wie des Staatsbegriffes durch Hitler zu erkennen. Man wird dabei auch nicht übersehen, daß die Ausweitung des Krieges das Offizierskorps endgültig seiner früheren Homogenität beraubte, indem die Zahl nationalsozialistischer Offiziere vor allem in der jungen Generation weiter steil anstieg.

<sup>2</sup> Bei der Vorbereitung dieser Dokumentation ist ein ungedrucktes Vortragsmanuskript von Helmut Krausnick „Stationen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems“ von großer Hilfe gewesen.

Trotz aller anscheinenden Geschlossenheit des militärischen Apparats und des Ausbleibens äußerlich sichtbarer Widerstände hat sich Hitlers immer waches Mißtrauen gegen die vom Nationalsozialismus grundverschiedene Haltung des Offizierskorps krankhaft gesteigert, als die Periode der Blitzsiege zu Ende ging. Für ihn war der Rückschlag vor Moskau in erster Linie die Konsequenz eines noch immer nicht vollzogenen Zusammenklangs von Soldatentum und Nationalsozialismus. Als Hitler am 19. Dezember 1941 Brauchitsch entließ und selbst den Oberbefehl über das Heer übernahm, sollte gerade damit ein entscheidender Schritt auf dem Wege zu einem nationalsozialistischen Heer getan werden. Zu Halder sagte er damals: „Das bißchen Operationsführung kann jeder machen. Die Aufgabe des Oberbefehlshabers des Heeres ist es, das Heer nationalsozialistisch zu erziehen. Ich kenne keinen General des Heeres, der diese Aufgabe in meinem Sinne erfüllen könnte<sup>3</sup>.“ Wenn der Krieg noch auf unabsehbare Zeit fortgesetzt werden müßte, dann würden die militärischen Fähigkeiten allein den Sieg nicht garantieren. Dem ideologischen Charakter des Kampfes mußte ein Höchstmaß an nationalsozialistischer Erziehung und Festigkeit gerade beim Offizier entsprechen.

Es liegt in der Linie der immer stärker werdenden Ideologisierung des Krieges, die seiner Ausweitung und Intensivierung zum totalen Krieg parallel lief, daß Keitel im Juni 1942 den Kommandeuren mit einem besonderen Erlaß bekanntgab, daß es zu den Schicksalsfragen des deutschen Volkes gehöre, ob es gelinge, „eine bedingungslose Übereinstimmung zwischen den Grundauffassungen der Staatsführung und denen des Offizierskorps“ herbeizuführen (Dokument Nr. 1). Sechs Wochen später befahl das OKH die Einsetzung von „Sachbearbeitern für wehrgeistige Führung“ bei allen Kommandobehörden (Dokument Nr. 2).

Die Niederlage von Stalingrad mußte solche Tendenzen einer nationalsozialistischen Durchdringung auch des inneren Gefüges der Wehrmacht verstärken. Daß sie nicht nur von oben befohlen werden mußten, sondern sich bei einzelnen Kommandeuren auch mit eigener, wohl aus nationalsozialistischer Gesinnung stammender Initiative paarten, bezeugt ein Befehl des damaligen Kommandierenden Generals des XIX. Armeekorps, General Schörner, der nicht zufällig am 1. Februar 1943 hinausging (Dokument Nr. 3). Das OKH hat diesen Befehl als ein hervorstechendes Beispiel für gute wehrgeistige Führung im Sinne des Nationalsozialismus im Mai 1943 bis zu den Divisionsbetreuungsoffizieren verteilen lassen. Schörners Befehl hatte sich empfohlen, weil er lapidar feststellte: „Eine Teilung in militärische und geistige Führung gibt es nicht. Der Soldat des Heeres von heute siegt mit der Waffe und mit der Weltanschauung.“

Der verstärkte nationalsozialistische Kurs im Heer war zweifellos eine Funktion der Krise im Kriegsverlauf, auch wenn die deutsche Führung eine andere Deutung gab. So verwahrte sich ein Befehl des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres vom 14. 5. 1943 (Dokument Nr. 4) entschieden dagegen, wehr-

<sup>3</sup> Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 214.



geistige Führung als „ein von der Not erzwungenes Programm“ anzusehen. Es handele sich dabei vielmehr um eine „aus der revolutionären Umgestaltung unseres Zeitalters erwachsene politische Führungsaufgabe“.

Zu ihrem Träger wurde dann durch Hitlers Befehl vom 22. 12. 1943 der nationalsozialistische Führungsoffizier geschaffen (Dokument Nr. 5). Das OKW erhielt einen eigenen NS-Führungsstab<sup>4</sup> (Dokument Nr. 6, Vorläufige Gliederung des NS-Führungsstabes des OKW). General der Infanterie Reinecke, der Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes, wurde als der für die NSFO-Arbeit zuständige militärische Führer eingesetzt. Keitels Durchführungsbestimmungen vom 6. 2. 1944 (Dokument Nr. 7), die auch bei den einzelnen Wehrmachtteilen NS-Führungsstäbe einzurichten befahlen, bestanden freilich darauf, durch den NSFO die Verantwortlichkeit des Truppenführers auch für den Bereich der nationalsozialistischen Erziehung der Truppe nicht zu mindern. Erst recht betonten die „Vorläufigen Richtlinien für die nationalsozialistische Führung in der Wehrmacht“ (Dokument Nr. 8) abschirmend, daß der NSFO nur der Sachbearbeiter des Kommandeurs für die weltanschauliche Ausrichtung der Truppe sei und also immer nur im Auftrag und nach den Weisungen des Truppenführers zu handeln hätte. Eine Interpretation bietet sich geradezu an, nach der bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit Hitlers Willen, die man im OKW durchaus voraussetzen darf, eben doch das militärische Ressortdenken sich dagegen wehrte, die Bildung eines Fremdkörpers in der militärischen Hierarchie oder gar einen eigenen NSFO-Dienstweg zuzulassen. Es zeigt sich hier eine Defensivposition, die, wenn sie auch fachlich motiviert war, doch erkennen läßt, daß die Wehrmacht ein Faktor war, der selbst zu so später Stunde und nach so vielen Anläufen nationalsozialistischer Durchdringung durchaus noch sein eigenes geistiges Gesicht zu bewahren suchte.

Die Partei ihrerseits sah mit dem NSFO das Zeichen zum letzten entscheidenden Sturmangriff auf eine Machtstellung gegeben, die, wie auch immer institutionell eingefügt, sich zumindest im Haltungsmäßigen andersartig behauptet hatte. Martin

<sup>4</sup> Hitlers Befehl bezieht sich dem Wortlaut nach nur auf den neu zu schaffenden NS-Führungsstab im OKW, während der NS-Führungsoffizier selbst vorausgesetzt zu werden scheint. Es läßt sich vermuten, daß für die seitherigen Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung sich schon vor dem 22. 12. 43 im internen Dienstbetrieb die Bezeichnung NS-Führungsoffizier eingebürgert hatte. Die Bekanntgabe 5/44 der Parteikanzlei vom 7. 1. 44, mit der der Führerbefehl den Reichs- und Gauleitern mitgeteilt wurde, bezeichnet allerdings als Zweck des Befehls neben der Einsetzung des Führungsstabes auch ausdrücklich die Schaffung des NSFO. Man wird diese Interpretation Bormanns vielleicht so deuten können, daß die seitherigen Offiziere für wehrgeistige Führung erst durch eine institutionelle Spitze voll funktionsfähig werden würden und also erst jetzt eine wirkliche Aktivierung der NS-Führungsarbeit geschehe. Unsicherer ist eine andere Überlegung, ob nicht Bormann, indem er von der Einsetzung von NS-Führungsoffizieren sprach, der Sache, um die es dabei ging, ein stärkeres Gewicht als etwa Hitler selbst geben wollte. Daß mit dem Befehl vom 22. 12. 43 tatsächlich eine neue Institution geschaffen werden sollte, ergibt sich dann ganz klar aus dem Wortlaut des Dokuments Nr. 7. Der entscheidende Unterschied gegenüber der bisherigen Regelung folgt u. a. aus der Bestimmung, daß der NSFO nicht mehr wie noch der Offizier für wehrgeistige Führung der Abteilung I c, sondern dem Kommandeur direkt unterstellt war.

Bormann selbst scheint auf der Seite der Partei die treibende Kraft in der Aktivierung des NSFO gewesen zu sein. Eine weitere Anweisung Hitlers vom 19. Juni 1944 hat ihn dann auch ausdrücklich als höchste Parteinstanz in Sachen NSFO bestätigt (Dokument Nr. 9). Man wird aus ihrem Wortlaut den Schluß ziehen dürfen, daß es an Diskussion und Streit über die Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Partei gerade hier nicht gefehlt hat. Weltanschauliche Schulung war ohnehin ein Arbeitsfeld, das nicht wenige Ämter der Partei beackerten<sup>5</sup>. So läßt sich vermuten, daß der NSFO auch ein Instrument im Macht- und Ressortkampf innerhalb der NSDAP war, in dem sich Bormann schließlich durchsetzte.

Schon wenige Tage nach Hitlers Befehl, der den NSFO schuf, begann man in der Parteikanzlei die institutionellen und ideologischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die nun neu eröffnet waren. Vom 30. Dezember 1943 datiert die Aufzeichnung des Hauptbereichsleiters Ruder<sup>6</sup>, den Bormann als Leiter des geplanten Arbeitsstabes NSFO in der Parteikanzlei in Aussicht genommen hatte (Dokument Nr. 10). Aus den Akten dieses Arbeitsstabes stammen auch, soweit ersichtlich, die hier abgedruckten Dokumente. Als Photokopien befinden sie sich im Institut für Zeitgeschichte. Die Originale liegen im Berliner Document Center, Abtlg. Schuhmacher-Material, Fasz. 366 u. 367.

Ruder ging geradezu davon aus, daß dieser letzte Anlauf zur nationalsozialistischen Durchdringung der Wehrmacht auf erheblichen Widerstand stoßen würde. Die Erfahrungen mit den Sachbearbeitern für wehrgeistige Führung waren für die NSDAP nicht gerade ermutigend. Ruders Sorge mag wohl begründet gewesen sein, daß mancher Kommandeur jetzt einfach ein Etikett durch ein anderes überklebte, ohne daß sich inhaltlich irgend etwas änderte. Es finden sich auch sonst in den Akten des Arbeitsstabes Hinweise, daß die nationalsozialistische Führungsarbeit vielfach als Bildungsvermittlung und gehobene Freizeitgestaltung aufgefaßt und so ihr Sinn nicht verstanden wurde oder nicht verstanden werden wollte. Es wird von Fällen berichtet, bei denen Theologen die Aufgaben eines nationalsozialistischen Betreuungsoffiziers zugewiesen erhalten hätten. Kein Wunder, daß die Parteikanzlei von nun an strikt darauf achtete, daß der Anteil der „Gottgläubigen“ an der Zahl der NSFO sich vermehrte.

Ruder sah deutlich, daß der neue Anlauf nur dann erfolgreich sein würde, wenn die Partei zur entscheidenden Trägerin der NSFO-Arbeit werden würde. Dem Defensiven der militärischen Ressorts trat so das aggressiv Fordernde und Drängende der Parteikanzlei gegenüber. An dieser Grundsituation hat sich bis zum Ende des Krieges nichts geändert. Immer deutlicher verschob sich der Schwerpunkt der NSFO-Arbeit vom OKW zur Parteikanzlei. Über die Ergebnisse wird schwer etwas auszumachen sein. Nur im Heer scheint nach dem vorliegenden Material überhaupt

<sup>5</sup> Siehe dazu Wolfgang Schäfer, NSDAP Entwicklung und Struktur der Staatspartei des 3. Reiches. Schriftenreihe des Instituts f. Wiss. Pol. in Marburg Nr. 3, 1957, S. 56.

<sup>6</sup> Willy Ruder, geb. 1910, zuletzt Amtsleiter (Dienststrang: Hauptbereichsleiter) in der Parteikanzlei. P.g. seit 1951. 1933 HJ-Gebietsschulungsleiter, 1934–1943 Gaustabsamtsleiter und Gauschulungsleiter im Gau Hessen-Nassau.

von einer nennenswerten NSFO-Arbeit gesprochen werden zu können. Marine und Luftwaffe blieben weitgehend passiv, bei der letzteren nicht zuletzt wegen der mehrmals beklagten Lethargie Görings. Im übrigen ist es auf Grund der vorliegenden Aktenunterlagen ohnehin nicht möglich, über die praktischen Auswirkungen der NSFO Angaben zu machen. Es kann nur bezeugt werden, was mit der Institution von der Partei beabsichtigt war. Es finden sich zwar Angaben über die zahlenmäßige Verbreitung<sup>7</sup> und auch einige wenige Erfahrungsberichte von solchen NSFO, die einen persönlichen Draht zur Parteikanzlei besaßen oder ihr selbst einmal angehört hatten. Aber man wird Berichte dieser Art nur bedingt für glaubwürdig halten können. Die eigene Leistung wird von solchen Aktivisten naturgemäß stark übertrieben. Die tatsächlichen Wirkungen der NSFO sind aus verständlichen Gründen nicht aktenkundig geworden, da die Hauptzeugen in Gestalt der Kommandeure nicht befragt wurden und es auch ihrerseits wohl vorzogen zu schweigen. Es wäre eine nicht unerwünschte Nebenfrucht dieser Dokumentation, wenn sie Anlaß zur Niederschrift solcher Erfahrungsberichte geben würde, die dann nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis des NSFO darzulegen geeignet wären.

<sup>7</sup> Dazu einen Entwurf Ruders „1 Jahr nationalsozialistische Führungsarbeit in der Wehrmacht“ mit genauen Angaben der Zahl der eingesetzten NSFO. Den NS-Führungsstäben gehörten an: im OKW: 96 Offiziere (davon 14 Aktive, 82 Reservisten, 74 Parteigenossen, 57 Gottgläubige); im Heer: 20 Offiziere (9 Aktive, 11 Reservisten, 9 Parteigenossen, 12 Gottgläubige); in der Luftwaffe: 38 Offiziere (Personalunterlagen lagen beim Arbeitsstab nicht vor); in der Marine: 32 Offiziere (6 Aktive, 26 Reservisten, 19 Parteigenossen, 19 Gottgläubige). Die Sollstärke der hauptamtlichen NSFO betrug am 20. 12. 44: 1251 und die Iststärke: 1074. Von den beim Heer 623 hauptamtlich eingesetzten NSFO waren nach einer Statistik vom gleichen Stichtag 37 Aktive, 586 Reservisten, 556 Parteigenossen und 389 Gottgläubige. Nebenamtlich waren nach dem Stand vom 20. 12. 44 als NSFO eingesetzt: beim Heer etwa 43 000 Offiziere, bei der Luftwaffe 3452 Offiziere und bei der Marine etwa 900 Offiziere.

Besonders aufschlußreich ist in dem Entwurf Ruders der Abschnitt „Widerstände“. Dabei kommt wieder zum Ausdruck, wie sehr die Hemmungen der NSFO-Arbeit sowie eine „sehr verbreitete Verständnislosigkeit“ ihr gegenüber ihre Ursache nach Auffassung Ruders in der „altpreußischen Soldatentradition“ haben. Die aus ihrer Erziehung sich ergebende politische Uninteressiertheit im Offizierkorps sei zwar nach dem 20. Juli 1944 zurückgegangen. „Trotzdem kann die Aktivierung des Offizierkorps noch nicht befriedigen.“

Ruder nahm besonders die Generalstabsoffiziere und ihre Haltung gegenüber den NSFO aufs Korn. „Den Generalstabsoffizieren war aus Gründen des persönlichen Ehrgeizes die Sonderstellung der NS-Führung recht unangenehm. Nachdem die Unterstellung des NSFO unter den Chef des Stabes zu Gunsten einer direkten Unterstellung unter den Kommandeur geändert worden war, wurden Bestrebungen laut, die darauf hinausliefen, die NS-Führung ebenfalls in den unmittelbaren Aufgabenkreis des Generalstabes einzubeziehen, um die Aufgaben des NSFO jeweils durch einen Generalstabsoffizier übernehmen zu können. Die Generalstäbler halten sich auf Grund ihres Bildungsniveaus und der Auffassung, daß sie eine Auslese unter den Offizieren darstellen, hierzu besonders geeignet.“ Ruder wies sodann in einer Aufstellung nach, daß selbst bei der geringen Zahl von 61 Generalstabsoffizieren, die an NSFO-Lehrgängen teilnahmen, kein einziger als hauptamtlich geeignet sich erwiesen habe. 33 seien als nebenamtlich geeignet und 28 als nicht geeignet beurteilt worden. Danach bestand für Ruder kein Zweifel mehr, daß die Generalstäbler politisch keine Auslese darstellten.

Vierteljahrshefte 6/1

Es war naheliegend, daß der Arbeitsstab Ruder sein besonderes Augenmerk auf die Personalauslese richtete. Am liebsten hätte er gesehen, wenn die in der Truppe dienenden, zahlreichen aktiven Parteifunktionäre als NSFO eingereiht worden wären. Man erkannte daneben die Notwendigkeit, auf aktive Offiziere zurückzugreifen, obwohl gerade bei ihnen wenig Bereitschaft zu bestehen schien. Es sollte dadurch dem Eindruck vorgebeugt werden, als handle es sich bei den NSFO um „von außen kommende Kräfte“. Die Sorge war wohl nicht unbegründet, der NSFO könnte von vornherein als Spitzel diskreditiert werden. Man wollte deshalb vermeiden, ihn als Kopie des roten Kommissars erscheinen zu lassen. Die strukturelle Ähnlichkeit ist freilich deutlich genug, auch wenn der scharfe Dualismus von Wehrmacht und Partei aus geschichtlich andersartigen Voraussetzungen nur für den Nationalsozialismus charakteristisch ist.

Der Schlußabschnitt von Ruders Aufzeichnung macht die Zielvorstellung ganz klar, welche die nationalsozialistische Führung mit dem NSFO verband: Die nationalsozialistische Revolutionsarmee sollte nun endlich Gestalt gewinnen. Am 23. Februar 1944 berichtete Ruder vor den Gau- und Reichsleitern der NSDAP in München über die von der Parteikanzlei anvisierten Aufgaben des NSFO (Dokument Nr. 11). Dabei wurde gewissermaßen die parteioffizielle Auslegung des Hitler-Befehls vom 25. Dezember 1943 gegeben. Unmißverständlich erläuterte Ruder ihm als entscheidenden Schritt auf dem Weg zur politischen Fanatisierung des deutschen Offiziers und damit zur revolutionären Umgestaltung der deutschen militärischen Tradition.

Es lag in der Konsequenz solcher Absichten, wenn in der internen Diskussion über den NSFO jetzt Gedanken auftauchten, die eine gewisse Ähnlichkeit mit denen aufweisen, die einst Röhm in seinem Drängen auf Weiterführung der nationalsozialistischen Revolution geäußert hatte. Man könnte fast sagen, der ermordete SA-Führer habe in den Plänen des Arbeitsstabes Ruder seine geheime Wiederauferstehung erlebt. Hitlers frühere Ansicht, wie er sie etwa am 17. August 1943 geäußert hatte, daß die Staatsführung von zwei Säulen getragen werde, politisch von der NSDAP, militärisch von der Wehrmacht, habe wohl den damaligen, nicht aber den jetzigen Verhältnissen entsprochen, so bemerkt eine Aufzeichnung in den Akten des Arbeitsstabes Ruder aus dem Dezember 1944. Inzwischen sei die Revolution weitermarschiert, und was 1934 als Parole noch unverstanden geblieben wäre, sei heute Endziel der Entwicklung: die Wehrmacht müsse zum „Schwertarm“ der Partei werden. Sie stehe nicht mehr als Säule neben der Partei, sondern sei als eine mit ihr verbundene Funktionsträgerin anzusehen.

Es ist bekannt, daß mit dem 20. Juli 1944 die letzten Hemmungen der Partei gegenüber der Wehrmacht fielen<sup>8</sup>. Auch im Bereich der NSFO-Arbeit verschärfen sich jetzt die Gegensätze merklich. Schon am 21. 5. 1944 hatte Bormann verfügt, daß die nationalsozialistische Überprüfung der vorgeschlagenen und eingesetzten NSFO straffer gehandhabt werde. Die Beurteilung der Partei sollte nun entschei-

<sup>8</sup> Vgl. nur dazu die in dieser Zeitschrift I (1953), S. 363-394 abgedruckte Rede Himmlers vor den Gauleitern in Posen am 3. August 1944.

dendes Kriterium der Verwendung als NSFO werden (Dokument Nr. 12). Die eigentliche Absicht der Parteikanzlei, mit dem NSFO das innere Gefüge der Wehrmacht zu sprengen, trat jetzt auch nach außen deutlich hervor. Der 20. Juli 1944 beseitigte schließlich, wie es in General Reineckes Befehl vom 3. August 1944 hieß, die „letzten Widersacher einer entscheidenden Politisierung der Wehrmacht“ (Dokument Nr. 13).

Die Deutung der letzten Phase in der Geschichte des Verhältnisses von Partei und Wehrmacht kann gewiß nicht allein auf den Schicksalen der Institution des NSFO aufgebaut werden. Sie bezeichnet nicht einmal allein den Bereich, in dem Bormanns Aktivität spürbar geworden ist, und neben diese müßte ohnehin die Himmlers und der SS gestellt werden. Aber am NSFO ist doch gleichwohl der Stand der Beziehungen von militärischer und politischer Gewalt abzulesen. Hitlers letzte Äußerung über den NSFO im Führerbefehl vom 13. März 1945 (Dokument Nr. 14) wiederholt die Ansicht von der kriegsentscheidenden Funktion der politischen Aktivierung und Fanatisierung der Truppe. Die frühere These vom NSFO als dem bloßen Gehilfen und Berater des Einheitsführers wird zwar aufrechterhalten und ein eigener NSFO-Dienstweg weiterhin verneint, aber gleichzeitig befohlen, daß Berichte von NSFOs nicht nur den Kommandeuren, sondern auch den NSFO der vorgesetzten Dienststelle zugehen sollten. Jeder Soldat solle überdies wissen, daß er im NSFO das Instrument besitze, um Meldungen außerhalb des normalen Dienstwegs den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Dieser Führerbefehl verrät deutlich, daß nun der NSFO vollends zum Spitzel werden sollte, um dem drohenden Zusammenbruch durch Terror zu wehren. Eine eigenartige Ironie des Schicksals hat es gefügt, daß nun der einstige Reichswehrgagent sich der Offiziere als Spitzel zu bedienen suchte. Es ist freilich kaum anzunehmen, daß das noch stärkere Wirkungen gehabt hat. Bormann ließ zwar an den am meisten bedrohten Frontabschnitten ganze Gruppen von NSFO einsetzen, und er riß so auch im Bereich ihrer Verwendung die Initiative an sich. Dem Fanatismus dieser kleinen Gruppen mag es wohl hier und da gelungen sein, die Rückwärtsbewegung zu verzögern. Aber am Gesamtverlauf des Krieges änderte das nichts mehr.

Anfang 1945 muß im Führerhauptquartier noch der Versuch gemacht worden sein, den nationalsozialistischen Führungsstab auch institutionell aus dem OKW zu lösen und der Parteikanzlei zu unterstellen. Aber selbst wenn dieser Versuch gelungen wäre, von dessen Fehlschlag eine Aufzeichnung vom 4. April 1945 berichtet (Dokument Nr. 15), er hätte gewiß nichts mehr zu bedeuten gehabt. Dieser Kompetenzstreit zwischen Parteikanzlei und OKW geschah in einer Atmosphäre der Unwirklichkeit und Illusion, wie sie auch sonst für Hitlers letzte Monate genugsam bezeugt ist. Aber noch einmal tritt eindringlich das alte Mißtrauen gegen die „Berufssoldaten“ hervor, das die kurze Geschichte des NSFO bestimmt hat. Sie ist als Quelle für die letzten Absichten des Nationalsozialismus zur Gestaltung der militärischen Streitmacht ebenso bedeutsam wie für den bis zum Ende des Dritten Reichs hin zu beobachtenden Dualismus von Wehrmacht und Partei.

*Waldemar Besson*

Dokument Nr. 1<sup>1</sup>

Oberkommando des Heeres  
PA (2) Ia Az. 21 Nr. 6290/42g  
Generalfeldmarschall Keitel

H Qu, den 1. Juni 1942

*Geheim!*

Bei der Übernahme des unmittelbaren Oberbefehls über das Heer hat der Führer zum Ausdruck gebracht, es gehöre zu den entscheidenden Schicksalsfragen des Deutschen Volkes, daß es gelingt, eine bedingungslose Übereinstimmung zwischen den Grundauffassungen der Staatsführung und denen des Offizierskorps – nicht nur auf allen Gebieten des militärischen Daseins, sondern vor allem in weltanschaulicher Hinsicht – herbeizuführen.

Im Rahmen der mir vom Führer übertragenen Aufgaben sehe ich daher meine vornehmste Pflicht darin, das Offizierskorps des Heeres seinem Oberbefehlshaber noch näher zu bringen und das Verständnis für sein Wirken zu vertiefen. Bei der engen Verflechtung des Heeres mit dem ganzen Volke steht außer Zweifel, daß hierdurch zugleich der Wille zum Durchhalten und der Glaube an den Endsieg an der Front wie in der Heimat eine entscheidende Stärkung erfahren werden.

Da ich wenig Gelegenheit zu persönlicher Fühlungnahme mit den Herren Truppenbefehlshabern habe, werde ich die Gedankengänge des Führers, wie sie sich aus seinen persönlichen Äußerungen ergeben, in der Form von Verfügungen und Richtlinien an die Kommandostellen gelangen lassen. Sie werden sich in erster Linie auf die Gebiete des inneren Gefüges der Truppe, ihrer geistig-weltanschaulichen Führung, der Disziplin und der Gerichtsbarkeit erstrecken.

Ich bitte die Herren Oberbefehlshaber und Truppenkommandeure, sich mit dem Inhalt dieser Verfügungen persönlich zu befassen und sich für deren Auswirkung mit ihrer ganzen Autorität einzusetzen.

Ich werde jede Gelegenheit wahrnehmen, den Herren Oberbefehlshabern und Truppenkommandeuren vorstehende Ausführungen mündlich zu ergänzen und die inneren Zusammenhänge persönlich aufzuzeigen und zu erläutern.

gez. Keitel  
Generalfeldmarschall

## Dokument Nr. 2

Oberkommando des Heeres  
Gen z b V/H Wes Abt  
Az. II Nr. 250/7. 42 geh.

15. Juli 1942

*Geheim!*

Betr.: Bearbeiter für wehrgeistige Führung.  
– 1 – Anlage

In den im Sammelheft zusammengefaßten Richtlinien für die weltanschauliche Erziehung und geistige Betreuung im Heere (O.K.H., GenSt/KH Wes Abt (II) Nr. 3600/41 vom 1. 10. 1941) und durch Verfügung O.K.H., Nr. 6660/42g, Az. 14 P.A. 2 (Ia) vom 11. 6. 1942 (in der Anlage beigelegt) ist auf die Notwendigkeit und Bedeutung der wehrgeistigen Führung der Truppe auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung besonders hingewiesen worden.

Bei allen Kommandobehörden liegt die Bearbeitung aller grundlegenden Richtlinien für die wehrgeistige Führung bei Abt. Ic. Entsprechend der Wichtigkeit dieses Aufgabengebietes ist, zur Unterstützung des Ic, ein Offizier seines Arbeitsgebietes als Sachbearbeiter hierfür ausdrücklich zu bestimmen, soweit nicht eine besondere Planstelle durch die Kriegsstärkenachweisung bereits vorgesehen ist. Hierdurch wird das

<sup>1</sup> Soweit nichts anders vermerkt, handelt es sich bei den vorliegenden Dokumenten um maschinenschriftliche Abschriften. Unterstreichungen in den Dokumenten sind kursiv gesetzt.

besondere Aufgabengebiet des IIa und sein Verantwortungsbereich (vgl. obige Verfügung vom 11. 6. 42) nicht eingeschränkt.

Bei der Auswahl dieser Offiziere sind geistige Regebarkeit, Selbsttätigkeit, Urteilsfähigkeit, Verständnis für dieses Gebiet und eine feste Haltung in allen politisch-weltanschaulichen Fragen Vorbedingung erfolgreicher Arbeit.

Die Aufgaben sind im wesentlichen folgende:

1. Bearbeitung aller Richtlinien, Anregung und Fragen der weltanschaulichen Erziehung und geistigen Betreuung der Truppe.
2. Versorgung der Truppe mit den für die Durchführung der weltanschaulichen Erziehung und geistigen Betreuung erforderlichen Mitteln, insbesondere Weiterleitung und Ausnutzung des Materials zum nationalpolitischen Unterricht und zur Besprechung von Tagesfragen.
3. Vorschläge und Anregungen auf dem Gebiet der Fürsorge und materiellen Versorgung der Truppe als Voraussetzung für den Erfolg jeglicher geistigen Betreuung.
4. Enge Zusammenarbeit mit dem IIa (Adjutant). Nur so wird dieser als 1. Berater des Kommandeurs in Fragen der Erziehung, Stellenbesetzung usw. des Offizierkorps seiner Aufgabe gerecht werden können, innerhalb des Offizierkorps einheitliche Auffassungen in allen politisch-weltanschaulichen Fragen, namentlich eine bedingungslose Übereinstimmung mit den Grundauffassungen der Staatsführung, sicherzustellen.

Im einzelnen ergeben sich die Grundlagen und Mittel für dieses Arbeitsgebiet aus dem vom Oberkommando des Heeres herausgegebenen Sammelheft „Weltanschauliche Erziehung und geistige Betreuung im Heere“ und den vom O.K.W. laufend herausgegebenen Schriften.

Alle Truppenführer haben sich für die weltanschauliche Erziehung und geistige Betreuung persönlich verantwortlich zu fühlen aus der Erkenntnis, daß sie eine grundlegende Voraussetzung für die Führung der Truppe ist.

gez. Keitel  
Generalfeldmarschall  
für die Richtigkeit der  
Abschrift  
gez. Dr. Schumacher  
Hauptmann

Dokument Nr. 3<sup>2</sup>

XIX. (Geb.) A. K.  
Der Kommandierende General

K.H. Qu., den 1. 2. 43.

*Sonderbefehl Kommandierender General Nr. 10*

(Auszug)

„Forderung des Tages“

Dieser Befehl wird erstmals *nicht* zur üblichen Kanzleistunde durchgelesen, sondern in ruhiger Konzentration abseits des Betriebes studiert. Dabei überlegen, in welcher Form und in welchen zeitlichen Abschnitten der Inhalt möglichst eindrucklich unseren Soldaten beigebracht werden soll.

<sup>2</sup> Umdruck.

## I.

Seit Monaten stehen unsere Kameraden an der Ostfront in harten und wechselvollen Kämpfen. Der ernster gewordene Stil unserer Wehrmachtsberichte kennzeichnet den Höhepunkt des Winterkrieges 1942/43.

Ich wende mich in dieser Stunde an jeden Offizier meines Befehlsbereichs und verpflichte ihn, sich mit hohem Mut und Überzeugungskraft führend einzuschalten und in Erziehung und Aufklärung auf die ihm anvertrauten deutschen Männer verstärkt einzuwirken.

## II.

Jeder Soldat muß wissen, daß es in einem derart gewaltigen Ringen nicht nur leuchtende Siege gibt, sondern auch Rückschläge eintreten können. Kein Soldat läßt sich aber durch die Launen des Schlachtenglücks in seiner geistigen Haltung irremachen, sondern sieht mit ruhiger Zuversicht der weiteren Entwicklung des Krieges und den Aufgaben entgegen, die auch uns eines Tages gestellt sind.

Das Wort des Offiziers kann nur von einem felsenfesten Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache und von einer durch nichts zu erschütternden Siegesgewißheit getragen sein, wie es dem gesunden Optimismus unserer Soldaten und den einmaligen Leistungen und Erfolgen unseres Heeres entspricht.

Der Offizier muß seine Soldaten gefeit machen gegen eine unsoldatische seelische Belastung. Er muß sie scharf machen gegen Gerüchte und Gerede; denn niemand läuft so schnell wie ein Gerücht, besonders wenn es schlecht ist. Die feindliche Propaganda wird mehr oder weniger gewandt einsetzen. Es ist deshalb notwendig, daß auch *der* Soldat vom Offizier geistig geführt wird und irgendwie wissend den Krieg besteht, der den Dingen immer noch teilnahmslos oder stumpfsinnig gegenübersteht.

Jeder unserer Soldaten muß einen Begriff von den Schicksalskampf unseres Volkes und für die Größe seiner Aufgaben haben. Urlauber und Briefe gehen in die Heimat; der Erfolg dieser Erziehung durch den Offizier muß sich dabei im Volksherr auswirken zur Verankerung der Idee und der Lehre unseres Führers. Der Soldat muß klar die nationalsozialistische Idee erkennen und mit leidenschaftlicher Überzeugung in Wort und Tat für sie kämpfen.

Der *Glaube* ist die stärkste Lebensmacht. Der Erfolg im Leben ist immer bei denen, die froh und unentwegt an ihn glauben, und das Schicksal liebt diese Gläubigen, die Frohgemuten und die Tapferen.

Entscheidend ist die *Treue*, die wir unserem Führer und unserem Volke erhalten. Aus ihr wächst der Sieg.

## III.

Diesen Begriff für unser Land und unseren Entscheidungskampf zu wecken, ist in unserer Lage leicht; denn:

1. Haben wir es z. Zt. gut, sehr gut.
2. Die abgeschlossene Schicksalsgemeinschaft unserer Front gibt uns für die Erziehung unserer Soldaten die stärksten Möglichkeiten. Es fehlt jede unerwünschte Ablenkung oder Beeinflussung. Dafür besteht ein stärkeres Anlehnungsbedürfnis an jeden wirklichen Führer, um die kleineren und größeren Probleme des Tages zu lösen, den großen inneren Umbruch unserer Zeit zu erfassen.
3. Eindringlich kann unseren Leuten klargemacht werden, daß wir im Kampf mit der Sowjet-Union um unsere allerelementarste Existenz kämpfen, nicht nur im nationalen, sondern auch im individuellen Sinn. Selbstverständlich müssen dem einfachen Mann diese Begriffe übersetzt und geläufig gemacht werden; ihm muß



gesagt werden, daß wir um den Bestand von Haus, Hof und Familie kämpfen. In diesem großen Ringen prallen zwei Gegensätze aufeinander, die unversöhnlich sind. Hier wird um *Weltanschauungen* gerungen, um zwei Arten das Leben zu sehen und auch zu leben.

#### IV.

*Der Offizier muß sich und seine Soldaten auf die letzte Entscheidung ausrichten.*

Wir müssen unseren Soldaten immer wieder vor Augen halten, daß es sich bei der Sowjet-Union nicht um einen Feldzug wie den gegen Polen, gegen Norwegen, gegen Frankreich oder auf dem Balkan handelt, sondern daß dieser Krieg in Wirklichkeit etwas ganz anderes ist. Wir müssen ihnen gleichzeitig immer wieder sagen, was es heißt, gegen einen solch hochgerüsteten, fanatisch geführten und bestialisch kämpfenden Feind Erfolge erzielt zu haben, wie sie die deutsche Wehrmacht aufweisen kann. Wir müssen ihnen erklären, was die besetzten Gebiete für die Zukunft Deutschlands und für das Leben unseres Volkes bedeuten, dann wird auch der Kleingläubige oder Laue erkennen, daß die scharfe Zusammenfassung aller Kräfte auf den Endsieg niemals nötiger, aber auch niemals lohnender gewesen ist als jetzt in der Stunde der letzten Entscheidung.

Neuzeitliche Kriege dauern nicht Jahrzehnte, es muß der Schwächere unter der Wucht der besseren Waffen des Stärkeren zerbrechen. Es kommt aber darauf an, daß diese Waffen von Männern geführt werden, deren Tapferkeit, Einsatzfreudigkeit und Wille zum Durchhalten sich von keinem Feind übertreffen lassen.

*Im übrigen lehrt die Geschichte, daß in einem Krieg stets demjenigen der Sieg zufällt, der neben der größeren militärischen Tüchtigkeit den festeren Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache in sich trägt und gewillt ist, für diesen Glauben sich rücksichtslos einzusetzen.*

In diesem gewaltigsten Ringen um Sein oder Nichtsein gibt es keine Zwischenlösung. Es gibt nur eine Steigerung des Pflichtgefühls und den kalten Willen, zu siegen oder zu sterben. Jeder muß verstehen: Das Schicksal ist hart und unerbittlich; es neigt sich dem an innerer Kraft und Zuversicht Stärkeren zu. Wir können und wir werden siegen, es bedarf aber in diesem gewaltigen Ringen einer gewaltigen Kraftanstrengung. Keiner darf sich ausnehmen; es geht jeden an. Keiner kann „daneben“ leben.

#### V.

*Voran steht das persönliche Vorbild des Offiziers.*

Der inhaltlich und methodisch beste Unterricht oder die bestgeführte Aussprache bleiben gegenstandslos, wenn hinter dem überzeugend gesprochenen Wort nicht die *Tat* folgt und diese *Tat* heißt: *Vorleben*. Das Vorsterben soll schon nach einem Wort des vorherigen Weltkrieges dann ein *Teil* davon sein. Ein Offizier, der eine nationalsozialistische Losung lehrt und in der Praxis davon abweicht, hat seine Berechtigung in meinem Korps ebenso verwirkt wie derjenige, der heute noch im Nationalsozialismus eine aufgezwungene Form der geistig-seelischen Haltung sieht.

*Der Offizier ist für seine Soldaten da; täglich, stündlich.* Ich verlange, daß ich bei meinen Truppenbesuchen von jedem Kompanie-, Zug- und Gruppenführer auch die letzte Frage hinsichtlich der geistig-seelischen Haltung, Führung, Familienverhältnisse, gaumäßigen Herkunft u. dgl. irgend eines Soldaten seiner Einheit restlos beantwortet erhalte. Die langen Nächte und die öde Einsamkeit in Bunkern bieten die beste Gelegenheit, sich damit pflichtgemäß zu befassen.

Der Offizier gehört auch abends immer wieder in den Kreis seiner Soldaten, wo er sich mit ihnen zwanglos ausspricht. Von solchen Aussprachen erwarte ich mir

erheblich mehr Erfolg, als von solchen Kameradschaftsabenden, wobei echte Kameradschaft zu kurz kommt. Die echte Kameradschaft hat mit der flachen Geselligkeit der Masse gar nichts gemein, sie beweist sich in der inneren Verbundenheit auf Leben und Tod.

Der Soldat hat für diese Dinge und dafür, ob sein Vorgesetzter Führerwerte besitzt oder nicht, ein ausgeprägtes Feingefühl. Er will geführt werden, klar und gerecht; er verträgt auch Härte, deren Notwendigkeit er gerade in diesem Krieg schon oftmals wohlthuend erkannte. Er hat aber auch ein gutes Recht darauf, daß man sich seiner Sorgen und Nöte annimmt. Ich möchte den deutschen Soldaten kennen, der richtig erzogen und geführt die Treue bricht.

Eine Selbstverständlichkeit ist, daß man von Soldaten nicht mehr zu leisten und zu opfern verlangt, wie man als Führer selbst zu geben bereit ist. Wenn ein Leutnant oder Unteroffizier allerdings später aufsteht als der Mann, sich Freiheiten herausnimmt, die der einfache Mann nicht hat, und diesen nicht übertrifft an Pflichtgefühl und Dienstauffassung, dann ist die Sache faul. Hierin liegt vor allem das Problem des Unteroffizier-Korps, dem wir jetzt Herr werden.

Die besondere Sorge gilt dem jungen Ersatz, der zum Großteil aus Volksdeutschen besteht. Diese Leute sind erziehungsfähig und müssen gute Deutsche werden. Eine besondere Erziehung und Ausbildung scheint erforderlich, die neben der Rückführung zum Deutschtum die absolute Zuverlässigkeit in soldatischer Hinsicht bezwecken.

Truppen und Trupps („*Splinter-Kommandos*“), die abseits des Fronteinsatzes oder einer festgefühten Zugehörigkeit zu einem Verband stehen, brauchen eine erheblich stärkere Berücksichtigung. „Hier tätige Offiziere müssen erst recht ihr ganzes Leben und ihre ganze Arbeit darauf einstellen, unter bewußter Hintansetzung aller sich bietenden persönlichen Bequemlichkeiten und Vorteile, einzig und allein dem anvertrauten Soldaten und der kämpfenden Front zu dienen und zu helfen“ (O.K.H. Befehl vom Sommer 1942).

## VI.

### *Durchführung der nationalsozialistischen Erziehung.*

1. „Der Offizier als Führer seiner Mannschaft im Kampf ist auch der Träger der nationalsozialistischen Erziehung. Diese bildet die Grundlage und Voraussetzung für seine Ausbildungsarbeit, die sich unter dem scharfen Schuß und im längeren Einsatz bewährt . . . *Eine Teilung in militärische und geistige Führung gibt es nicht.*

Je härter und länger der Krieg ist, um so unerbittlicher taucht die Frage nach dem Sinn des Krieges auf. Umso klarer wird es aber auch, daß der Krieg nicht allein mit der unabdingbaren eisernen Manneszucht des alten Heeres gewonnen wird. „*Der Soldat des Heeres von heute siegt mit der Waffe und mit der Weltanschauung*“ (Aus meinem Sonderbefehl Nr. 3 vom 6. März 1942).

2. Die zahlreichen politischen Leiter sind zur Mitarbeit an der Erhaltung des inneren Gefüges der Truppe verschiedentlich stärker einzuschalten; *wesentlich ist dabei ihr eigenes festgegründetes Soldatentum.* Die Maßnahmen einzelner Divisionen und Verbände haben durch die klug organisierte, aktivistische Mitarbeit der Politischen Leiter schon entscheidende Erfolge erzielt. Wesentlich ist dabei deren unauffällige, stille Arbeit als Block- und Zellenleiter in Bunkern und Stützpunkten, bei Gruppen und Kommandos. Es handelt sich hier um die gleiche Zellenarbeit wie in den Gründungs- und Aufbauzeiten der nationalsozialistischen Partei. Deshalb werden hierzu „nicht nur Politische Leiter vom Sturmführer aufwärts, sondern gerade auch die nach Rang und Alter Jüngeren im Sinne einer individuellen Erziehung zum nationalsozialistischen Denken und Handeln eingesetzt“ (aus einem Divisionsbefehl).

Keinesfalls handelt es sich dabei um eine Bespitzelung unserer Soldaten. Wo aber etwas faul ist, klar und offen mit der Sprache heraus!

Der Einsatz der Politischen Leiter bei den zahlreichen Volksdeutschen der neuen Feldersatz-Bataillone ist gleichfalls sehr zweckmäßig erfolgt. Diese Volksdeutschen müssen zunächst zu guten Deutschen erzogen werden.

Der Führer an die jungen Offiziere im Frühjahr 1941: „Es ist ihre vornehmste Pflicht, bei den Soldaten die Liebe zu Deutschland zu wecken und zu erhalten; denn kämpfen kann man nur für etwas, das man liebt“.

3. Die nationalsozialistische Erziehung der Truppe ist *zeitlich unbegrenzt*. Keinesfalls beginnt und endet sie künftighin mit einem wöchentlichen Kompanieunterricht; sie ist vielmehr das *tägliche Gebot* jedes Einheitsführers.

Es kommt darauf an, daß der Offizier seine Unterführer geistig ausrichtet, ebenso die Politischen Leiter und diejenigen der Mannschaften, denen nach ihrem Charakter, nach ihrer Einstellung zur Ideenwelt des Nationalsozialismus und nach ihrer Stellung im Kameradenkreis die ehrenvolle Berufung zukommt, Gehilfen des Offiziers bei seiner verantwortungsreichen Aufgabe zu sein.

Eine gründliche wissenmäßige und methodische Vorbereitung ist notwendig. Ein guter, allgemeinverständlich gehaltener Unterricht, mit einfachen Anschauungsmitteln (Skizzen, Verhältniszahlen u. dgl.) plastisch gestaltet, ist wesentlich; dabei stellt der Offizier die nationalsoz. Lebensauffassung grundsätzlich und kompromißlos heraus. Nur der Offizier hält seinen Unterricht zur wehrgeistigen Erziehung auf nationalsozialistischer Grundlage richtig, der den Soldatenhirnen Erkenntnisse vermittelt, die sie *herzhaft* begreifen. Aus solchen Erkenntnissen entsteht die Achtung vor den Leistungen des großen deutschen Volkes und vor sich selbst, der tiefe Glaube an die Unüberwindlichkeit der deutschen Wehrmacht. Aus solchen Erkenntnissen wird der letzte Soldat befähigt, Größeres zu leisten und in ernster Stunde auch *Krisenmomente* zu bestehen.

Ich *verbiete* in Zukunft die billige Art eines Unterrichts, wo wesentliche problematische Themen den geduldigen Soldaten im Gebetsmühlenton verlesen werden und der Vorlesende am Schluß feststellt, das Thema passe eigentlich ganz gut auf unsere jetzige Lage. Ich *verbiete* geistig hochtrabende Vorträge, bei denen der eine Soldat einem gesunden Schlaf verfällt, der andere ein verständnisloses Gesicht zur Schau trägt.

4. Die Kommandeure sind mir für die nationalsozialistische Erziehung der Truppe und entsprechend geistige Ausrichtung des Offizierkorps auf diesem Gebiet verantwortlich.

Die Kenntnis des Appells des Reichsmarschalls zur Lage, dieser mein Sonderbefehl zur Durchführung der nationalsozialistischen Erziehung sind Richtlinien, die in irgend einer Form künftighin bei jedem Truppenbesuch durch die Kommandeure und Führer selbständiger Einheiten verantwortlich bei der Truppe zur Sprache kommen. Die höchst realen Tatsachen dieses größten Schicksalskrieges unserer Geschichte müssen eindringlicher *propagiert* werden. Hier werden sich besonders die Kommandeure vom Stand und Erfolg der nationalsozialistischen Ideeneinwirkung sehr genau überzeugen können.

5. Soweit noch nicht geschehen, haben die Divisionen bis zum 10. 2. 43 bei der Abt. Ic ein besonderes Referat „geistige Betreuung“ (g. B.) zu errichten und mir die personelle Besetzung dieses Referats (Kommandierung) vorzuschlagen. *Der beste und fähigste Offizier, von jugendlichem Schwung, ist hierfür gerade gut genug.*

Diese Offiziere haben durch laufende Überprüfungen (mindestens 20 Einheiten im Monat) die notwendigen Erfahrungen zur Hebung der nationalsozialistischen Erziehung zu sammeln und in Gemeinschaftsarbeit mit dem Ic des Generalkom-

mandos jeweils zum 30. für den kommenden Monat die Wochenthemen zu erstellen.

Regiments-Kommandeure haben ihre Bataillons-(Abteilungs-)Kommandeure, diese jeden Offizier ihres Befehlsbereichs monatlich einmal in der Durchführung der nationalsozialistischen Erziehung der Truppe zu unterweisen.

gez. Schörner

*Verteiler:*

pp  
sowie sämtliche selbständige Züge  
und Kommandos.

*Vermerk:* In vorderster Linie eingesetzte Einheiten geben diesen Befehl nach entsprechender Unterschriftsleistung an die Kompanie zurück.

#### Dokument Nr. 4<sup>3</sup>

Der Chef der Heeresrüstung  
und  
Befehlshaber des Ersatzheeres  
Stba/Ic. Nr. 3714/43 geh.

Berlin, den 14. Mai 1943

*Geheim!*

*Betr.:* Wehrgeistige Führung im Ersatzheer.

*Bezug:* Chef H Rüst und B d E Stab/Ic Nr. 3714/42 g v. 10. 8. 42.

Die Arbeitsbesprechung der durch o.a. Verfügung befohlenen Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung bei Chef H Rüst und B d E Stab/Ic am 15./16. 4. 43 hat ergeben, daß die stellv. Generalkommandos Maßnahmen der wehrgeistigen Führung bei ihren unterstellten Truppenteilen und Dienststellen getroffen haben, die der zunehmenden Bedeutung dieser Aufgabe entsprechen.

Die große Aufgabe der wehrgeistigen Kriegsführung, die in Verfügungen, Tornisterschriften, Merkblättern, Zeitschriften und Mitteilungsblättern ständig der jeweiligen Lage entsprechen[d] behandelt wird, muß Wiederhall bei jedem Offizier des Ersatzheeres finden. Wehrgeistige Führung ist kein von der Not erzwungenes Programm, sondern eine aus der revolutionären Umgestaltung unseres Zeitalters erwachsene politische Führungsaufgabe, wie sie in dieser Bedeutung noch niemals einem Offizierkorps gestellt worden ist. Ziel aller Maßnahmen der wehrgeistigen Führung ist deshalb die *Mobilisation des Offizierkorps* zur unablässigen Arbeit an sich selbst und an der ihr anvertrauten Truppe. Nur durch eine solche tatkräftige politische Führung der Soldaten, die in den kommenden Schlachten kämpfen und siegen sollen, wird das Offizierkorps des Ersatzheeres seiner hohen Verantwortung vor Führer und Volk gerecht.

Für die einheitliche wehrgeistige Führung im Ersatzheere gebe ich deshalb die nachstehende Anordnung<sup>4</sup>.

gez. Unterschrift<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Bei dem folgenden Dokument handelt es sich um eine Abschrift, die dem Rundschreiben Nr. 25/43 g der Parteikanzlei an die Reichs- und Gauleiter beigelegt war. Martin Bormann hob darin als wesentlichste Merkmale des Befehls hervor, daß jetzt bis zu den Bataillonen Offiziere für politisch-weltanschauliche Führung eingesetzt werden sollten und eindeutig klar gestellt sei, daß diese nur politische, nicht aber Betreuungsaufgaben hätten. Der umfangreiche Verteiler des Dokuments ist aus Platzgründen weggelassen worden.

<sup>4</sup> Die Ziffer 3e der Anordnung ist weggelassen worden. In ihr werden lediglich die nächsten Schulungstagungen bei den stellv. Generalkommandos detailliert aufgeführt.

<sup>5</sup> Die vorliegende Abschrift enthält keine Unterschrift. Nach dem Kopf und nach dem

1. Die bei den stellv. Generalkommandos bestimmten Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung der Gruppe Ic sind künftig bei den stellv. Generalkommandos, den Generalkommandos der Reservekorps, dem Befehlshaber im Gen.Gouv., dem Wehrmachtbevollmächtigten Prag und dem Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark als

*„Offizier für wehrgeistige Führung“*

ausschließlich mit dieser Aufgabe zu befassen.

Eine neue Planstelle hierfür kann vorerst nicht bewilligt werden. Die Planstellen der K.St.N. Nr. 5005 Gruppe IC S. b. Nr. 24 27 sind auszunutzen.

Der „Offizier f. wehrgeistige Führung“ untersteht dem Gruppenleiter Ic, ist aber nicht mit ihm personengleich.

2. Die Auswahl einer für diese Aufgaben geeigneten Persönlichkeit ist für den Erfolg entscheidend. Gesichtspunkte für die Auswahl sind:

bewährter Frontoffizier  
aktivistischer Nationalsozialist  
schwungvolle Persönlichkeit  
Eignung, seine Gedanken in Wort und Schrift auf andere zu übertragen,  
Begeisterung für seine Aufgabe  
Dienstgrad nebensächlich.

Die Herren Komm.Generale werden gebeten, sich über die Auswahl des „Offiziers für wehrgeistige Führung“ Vortrag halten zu lassen und dem „Offizier für wehrgeistige Führung“ im Laufe seiner Arbeit häufig die Möglichkeit zu unmittelbarem Vortrag zu geben.

Die Personalien der Offiziere für wehrgeistige Führung sind Chef H Rüst und B d E bis zum 1. 7. 1943 folgt zu melden:

- a) Dienstgrad
  - b) Name
  - c) Lebensalter
  - d) bei Reserveoffizieren  
Zivilberuf
  - e) letzte Feldverwendung  
als ..... bis .....
3. Aufgaben des Offiziers für wehrgeistige Führung der stellv. Generalkommandos und der Generalkommandos der Reservekorps sind:
    - a) *Unterstützung* des Komm.Generals in der wehrgeistigen Führung der ihm unterstellten Truppenteile und Dienststellen im Sinne des o. a. Befehls, dessen Anlage in Abschrift beigelegt ist.  
Begleitung des Komm.Generals bei Besichtigungen als Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung.
    - b) *Lenkung* der Arbeit der Offiziere für wehrgeistige Führung der Btl. (Abt.) – siehe Ziffer 4 dieses Befehls.  
Diese Lenkung darf nicht zu einem neuen Schriftverkehr oder zu umfänglichen Formularmeldungen führen. Sie soll vielmehr durch regen persönlichen Verkehr und regelmäßige Schulungstagungen verwirklicht werden.
    - c) Wehrgeistige Führung in Verbindung mit den Lehrgangleitern der Lehrgänge für genesende Offiziere gem. Chef H Rüst und B d E Chef Ausbildungswesen im Ersatzheer Stab/Ia (2) Nr. 1674/42 v. 22. 12. 42 Ziff. II.

Wortlaut des Begleitschreibens müßte sie lauten: Fromm. Generaloberst Fromm war bis zum 20. Juli 1944 Befehlshaber des Ersatzheeres.

- d) Schulungstagungen für wehrgeistige Führung bei den stellv. Generalkommandos und den Generalkommandos der Reservekorps:

**Leiter:** Gruppenleiter Ic, zu seiner Unterstützung der Offizier für wehrgeistige Führung der stellv. Generalkommandos und der Generalkommandos der Reservekorps.

**Teilnehmer:** Die Offiziere für wehrgeistige Führung der Btl. (Abt.), die Fähnrichsväter, je ein Kp-Chef des BtIs (Abt.) im Wechsel, dazu der Kommandeur oder ein sonstiger Offizier des BtIs. oder Regiments nach Bestimmung des Generalskommandos.

**Zeitfolge:** Alle 4–6 Wochen.

**Programm:** Zweiteilig:

Teil 1 (zweckmäßig vormittags)

Vorträge von Rednern aus Wehrmacht, Partei, Universität, Presse, Wirtschaft, von denen eine lebendige politische Auswirkung erwartet werden kann. Kein nur belehrender Vortrag, keine bloße Unterhaltung.

Teil 2 (zweckmäßig nachmittags)

Schulung der Offiziere für wehrgeistige Führung in der Unterrichtsmethode, Mustervorträge der Offiziere für wehrgeistige Führung der Btl. (Abt.) vor Lehrtruppe. Hinweis auf Vortragsthemen, politische Schwerpunkte.

e)...

- f) Chef H Rüst und B d E ist über die wehrgeistige Führung in den Generalkommandos durch die Offiziere für wehrgeistige Führung mündlich auf Arbeitsbesprechungen bei Chef H Rüst und B d E Stab Ic zu berichten. Nächste Arbeitsbesprechung findet im Juli 1943 statt. Vorschläge für die Tagesordnung sind zeitgerecht vorzulegen.

4. Bei jedem Batl. (Abtlg.) ist ein „Offizier für wehrgeistige Führung“ zu bestimmen. Hierfür kann und soll keine besondere Planstelle geschaffen werden. Die abschließliche Befassung mit der wehrgeistigen Führung durch den Offizier für wehrgeistige Führung des Batl. (Abtl.) ist anzustreben, wird aber nicht immer möglich sein.

Es empfiehlt sich die Beauftragung eines versehrten Offiziers mit längerer Genesungszeit.

Die Beauftragung der Adjutanten mit dieser Aufgabe ist zu untersagen.

Für die Auswahl sind dieselben Gesichtspunkte wie zu Ziffer 2 maßgebend.

**Aufgaben** des Offiziers für wehrgeistige Führung der Batl. (Abt.) sind folgende:

- a) Unterstützung des Kommandeurs bei der wehrgeistigen Führung seines Batls. (Abt.).
- b) Unterstützung des Chefarztes bei der wehrgeistigen Führung in den Lazaretten. Dafür sind die Reservelazarette auf die Batl. (Abt.) durch die stellv. Generalkommandos aufzuteilen.

Anhalt: 3 Lazarette für jeden Offizier für wehrgeistige Führung der Btle (Abt.). Es empfiehlt sich, bei der Aufteilung der Reservelazarette auf schon bestehende Einrichtungen von „Paten- oder Betreuungstruppenteilen“ Rücksicht zu nehmen. Der Offizier für wehrgeistige Führung hat in jeder Dekade je einen Lazarettbesuch in jedem Lazarett mit Vortrag und Aussprache durchzuführen.

Anhalt: 20–30 Min. Vortrag vor den verwundeten und kranken Unteroffizieren und Mannschaften. Die Teilnahme der verwundeten und kranken Offiziere ist freigestellt. Anschließend Aussprache; *Aussprache unerlässlich.*

5. Die Aufgabe des Offiziers für wehrgeistige Führung der stellv. Generalkommandos und Btl. (Abt.) ist *ausschließlich* politisch-weltanschaulich-nationalsozialistisch.

Daher gehört nicht zu ihrem Aufgabenkreis:

- (1) KdF-Betreuung
- (2) Berufsförderung
- (3) das militärische Vortragswesen (BmV)
- (4) Wehrmachtpropaganda des W Pr Offiziers
- (5) Wehrmachtfürsorge und Versorgung
- (6) Die Aufgabe des Wehrwirtschaftsoffiziers bei den Wehrkreiskommandos gem. OKW/AWA/Ag E (Va) Nr. 799/43 v. 14. 4. 43.
- (7) die Aufgabe der Hilfsoffiziere bei Reservelazaretten gemäß Chef H Rüst u B d E Nr. 4404/43 geh. AHA/S In Org Ib v. 26. 4. 43.
- (8) Die Aufgabe der Offiziere für die Ausbildung und Unterrichtung der in den Lazaretten befindlichen und genesenden Offiziere gem. Chef H Rüst u B d E. Chef des Ausbildungswesens im Ersatzheer Stab/Ia (2) Nr. 1674/42 v. 22. 12. 42.

Es bestehen keine Bedenken, mit den Aufgaben der wehrgeistigen Führung in der Truppe und in den Reservelazaretten einerseits und der Ausbildung und Unterrichtung der Offiziere in den Reservelazaretten andererseits *einen und denselben* Offizier zu beauftragen, wenn hierfür eine Persönlichkeit gefunden werden kann, die den beiden *grundsätzlich verschiedenen* Aufgaben gerecht wird. Das wird jedoch nur in Ausnahmefällen erreicht werden können.

Keinesfalls darf der für die Ausbildung und Unterrichtung der Offiziere bestimmte Offizier nebenamtlich die wehrgeistige Führung in den Lazaretten mit dem Schwerpunkt der wehrgeistigen Führung der Unteroffiziere und Mannschaften mit übernehmen. Diese politische Aufgabe darf nicht von dem Aufgabenkreis des Offiziers für die wehrgeistige Führung bei den Btl. (Abt.) getrennt werden.

6. Die wehrgeistige Führung ist ausschließlich Aufgabe von *Offizieren*. Die *unterstützende* Heranziehung von Soldaten aller Dienstgrade, die durch ihre Persönlichkeit hierfür besonders geeignet erscheinen, kann zweckmäßig sein. Verwendung soll jedoch nur für Einzelvorträge unter Leitung eines Offiziers erfolgen.
7. Die Verantwortung der Kommandeure und Komp.-(usw.)Chefs für die wehrgeistige Haltung ihrer Truppe wird durch die besondere Beauftragung der Offiziere für wehrgeistige Führung in keiner Weise eingeschränkt.
8. Für die Generalkommandos der Reservekorps und für Wehrkreisbefehlshaber im Gen.Gouv., Befehlshaber der dtsh. Tr. in Dänemark und Wehrmachtbefehlshaber Prag gilt der Befehl als *Anhalt*. Es wird um Bericht bis 1. 7. 43 gebeten, inwieweit der Befehl in seiner Gesamtheit wegen der besonderen Verhältnisse nicht durchgeführt worden ist.
9. Diese Anordnungen bilden die *Grundlage* für die wehrgeistige Führung im Ersatzheer. Es bleibt den stellv. Generalkommandos überlassen, *darüber hinaus* je nach den örtlichen Verhältnissen weitere Maßnahmen zu treffen.

Für die Richtigkeit  
gez. Dr. Schumacher  
Hauptmann

Dokument Nr. 5

Führerhauptquartier, den 22. 12. 43

DER FÜHRER

*Für die nationalsozialistische Führung in der Wehrmacht befehle ich:*

Im 5. Kriegsjahr ist die politisch-weltanschauliche Führung und Erziehung der Truppe in verstärktem Maße durchzuführen. Das Oberkommando der Wehrmacht hat alle hierzu erforderlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit der Partei-Kanzlei zu treffen und für eine einheitliche Handhabung innerhalb der Wehrmacht zu sorgen.

II.

1. im OKW ist ein NS-Führungsstab zu bilden.
2. Der Chef des NS-Führungsstabes des OKW handelt in Durchführung seiner Aufgaben in meinem unmittelbaren Auftrage. Er hat hierbei das Einvernehmen mit der NSDAP, als der Trägerin des politischen Willens herzustellen. Er ist verpflichtet, den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile unmittelbar Vortrag zu halten.

III.

Der Chef des NS-Führungsstabes des OKW hat folgende Aufgaben:

1. Er hat dafür zu sorgen, daß die für die Truppe notwendige politische Willensbildung und Aktivierung sichergestellt wird. Hierzu vermittelt er das grundlegende politisch-weltanschauliche Gedankengut und die erforderlichen Hilfsmittel.
2. Er ist berechtigt, zur einheitlichen politisch-weltanschaulichen Ausrichtung der NS-Führungsstäbe der Oberkommandos, der NS-Führungsoffiziere und der Offiziere und Wehrmachtbeamten in leitenden Stellen Hinweise zu geben, sowie Lehrgänge durchzuführen oder durchführen zu lassen.
3. Er ist bei der Besetzung der Stellen leitender Offiziere und Wehrmachtbeamter der NS-Führungsstäbe der Oberkommandos zu hören. Ihm steht für die Auswahl der NS-Führungsoffiziere in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Partei-Kanzlei ein Vorschlags- und Einspruchsrecht zu.
4. Er stellt Richtlinien für die politisch-weltanschaulichen Voraussetzungen auf, die Offiziere und Wehrmachtbeamte erfüllen müssen, wenn sie in Stellen für die Ausbildung und Förderung von Offizieren und Wehrmachtbeamten sowie des Führer- und Unterführernachwuchses verwendet werden sollen.
5. Die Dienstanweisungen für die NS-Führungsoffiziere der Wehrmachtteile sind mit ihm abzustimmen.

IV.

1. Zum Chef des NS-Führungsstabes des OKW wird der Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes ernannt. Er ist in seinen sonstigen Aufgaben durch einen ständigen Vertreter weitgehend zu entlasten.
2. Die Wehrmachtteile haben den personellen Anforderungen des OKW zur Besetzung der Planstellen des NS-Führungsstabes des OKW zu entsprechen.

gez. Adolf Hitler



## Dokument Nr. 6

Chef NSF/OKW

Anlage 1 zu Verfg. vom 9. 2. 44\*

Vorläufige Gliederung  
des NS-Führungsstabes des OKW  
und  
Aufgabenverteilung  
Chef  
mit Chefgruppe

1. *NS-Führungsabteilung 1 (NSF 1)*  
Zusammenarbeit Wehrmacht – Partei  
Grundsätzliche Planung der politischen Führung und politische Richtlinien mit Partei-Kanzlei  
Mitprüfung aller Gesetze und Verordnungen usw. von politisch-weltanschaulicher Bedeutung  
Mitwirkung bei Auswahl der NSF-Offiziere usw.
2. *NS-Führungsabteilung 2 (NSF 2)*  
Planung, Organisation, Durchführung von Lehrgängen in Zusammenarbeit mit den Wehrmachtteilen und Partei.  
Planung und Erstellung des grundsätzlichen und aktuellen politisch-weltanschaulichen Schrifttums für die Wehrmacht mit Partei und mit den Wehrmachtteilen.  
Politisch-weltanschauliches Vortrags- und Rednerwesen in der Wehrmacht.
3. *Arbeitsgruppe Inland (Ag Inland)*
  - a) *Abteilung Inland 1 (J 1)*  
Politische Einzelfälle, besondere Vorkommnisse  
Verfolgung politischer Straftaten (mit WR)  
DAF-Fragen  
Politisches Handbuch  
Volkstumsangelegenheiten  
Bevölkerungspolitische Maßnahmen  
Heiraten von Wehrmachtangehörigen  
Konfessionelle Fragen  
Militärische Zensur von Buch, Broschüre und Bildwerk  
Druckgenehmigung für alle Druckerzeugnisse der Wehrmacht
  - b) *Abteilung Inland (J 2)*  
Truppenbetreuung  
Verteilung des politisch-weltanschaulichen und unterhaltenden Schrifttums  
Soldatenbücherei, Frontbuchhandlungen
4. a) *Vertreter der Wehrmacht beim Stabschef der SA und Verbindungsoffizier zur Korpsführung des NSKK*  
b) *Vertreter der Wehrmacht beim Reichsjugendführer zugleich*  
c) *NSF/Gruppe z. b. V.*  
Auftreten der Wehrmacht in der Öffentlichkeit  
Winterhilfsmaßnahmen  
d) *Hauptbetriebsobmann des OKW*

\* Die Verfügung des Chefs des NS-Führungsstabes des OKW vom 9. 2. 1944, deren Anlagen 1 und 2 als Dokumente Nr. 6 und Nr. 8 abgedruckt werden, bestimmte unter anderem, daß der NSF/OKW ab 14. 2. 44 arbeitsfähig sein sollte.

## Dokument Nr. 7

Der Chef  
des Oberkommandos der Wehrmacht

F.H.Qu., den 6. 2. 1944

Bezug: Führerbefehl vom 22. 12. 1943 für  
NS-Führung in der Wehrmacht

1. Für die einheitliche Handhabung der NS-Führung innerhalb der Wehrmacht wurde im OKW der NS-Führungsstab gebildet.  
*Chef des NS-Führungsstabes des OKW (NSF/OKW) ist der Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes, General d. J. Reinecke.*
2. Durch die Oberkommandos der Wehrmachtteile ist für ihren Bereich je ein NS-Führungsstab aufzustellen.  
 Bei den Kommandobehörden bis zu den Divisionen und gleichgeordneten Dienststellen einschl. sind NS-Führungsoffiziere (NSFO) hauptamtlich einzusetzen. Bei den nachgeordneten Stäben bis zum Bataillonsstab einschl. ist ein Offizier des Stabes nebenamtlich mit den Aufgaben des NSFO zu betrauen.  
 Einheitlichkeit der Organisation und der Dienstanzweisungen stellt Chef NSF/OKW unmittelbar mit den Wehrmachtteilen sicher.
3. Träger der NS-Führung in der Wehrmacht bleibt der *Truppenführer*. Er trägt die alleinige Verantwortung für die politisch-weltanschauliche Führung und Erziehung der Truppe.  
 Zur Durchführung dieser Aufgaben sind den Befehlshabern und Truppenkommandeuren die „Nationalsozialistischen Führungsoffiziere“ als Sachbearbeiter unterstellt.
4. Entscheidend für das Gelingen der vom Führer befohlenen politischen Aktivierung der Wehrmacht ist die richtige Auswahl der in den NS-Führungsstäben und als NSFO verwendeten Offiziere. Sie hat unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß die politisch-weltanschauliche Führung kriegsentscheidende Bedeutung hat. Es sind Offiziere ohne Rücksicht auf den Dienstgrad einzusetzen, die folgende Voraussetzungen erfüllen:
  - a) Bedingungsloser Nationalsozialist.
  - b) Besonderer Persönlichkeitswert.
  - c) Hervorragende Frontbewährung.
  - d) Erfahrungen und praktische Fähigkeiten in der politisch-weltanschaulichen Führung und Erziehung. Zugehörigkeit zur Partei und aktive politische Tätigkeit als politischer Leiter sind erwünscht.
5. Durchführungsbestimmungen für die NS-Führung erläßt der Chef des NSF/OKW entsprechend den im Abschnitt III des Führerbefehls festgelegten Aufgaben.

gez. Keitel

## Dokument Nr. 8

Anlage 2 zur Verfügung  
Chef NSF/OKW vom 9. 2. 1944

*Vorläufige Richtlinien für die nationalsozialistische Führung in der Wehrmacht*

A.

*Die nationalsozialistische Führung*

1. Die politisch-weltanschauliche Erziehung und Führung der Truppe – d. h. die nationalsozialistische Führung – ist für die Truppenführung von entscheidender Bedeutung.

2. Ihr Ziel ist die Sicherstellung der politischen Willensbildung und Aktivierung in der Wehrmacht nach nationalsozialistischen Grundsätzen.

## B.

*Der Truppenführer*

3. Der Truppenführer ist der Träger der nationalsozialistischen Führung in der Wehrmacht.  
Er trägt für sie die alleinige Verantwortung.
4. Voraussetzung für den Erfolg der Truppenführung ist die politisch-weltanschauliche Erziehung und Führung der Truppe durch die Befehlshaber, Kommandeure und Einheitsführer.  
Das Schwergewicht liegt bei dem Einheitsführer.

## C.

*Der nationalsozialistische Führungsoffizier*

5. Der NSFO untersteht für die Durchführung seiner Aufgabe dem Befehlshaber bzw. dem Truppenführer unmittelbar. Er ist sein Sachbearbeiter für die weltanschauliche Ausrichtung und ihm für die politische Aktivierung der Truppe verantwortlich. Er muß über die militärische Lage laufend unterrichtet sein, damit er seine Maßnahmen entsprechend vorschlagen kann.
6. Von der Division an aufwärts darf dem NSFO keine Aufgabe zugewiesen werden, die nicht im Rahmen des politisch-weltanschaulichen Führungsauftrages liegt. Den NS-Führungsoffizieren bei den Regimentern und Bataillonen, für die diese Richtlinien sinngemäß gelten, ist Zeit und Gelegenheit zu geben, sich der nationalsozialistischen Führung zu widmen.
7. Der NSFO handelt immer im Auftrage und nach den Weisungen des Truppenführers.
8. Zur Sicherstellung der einheitlichen Beratung des Truppenführers haben die Bearbeiter für Personalfragen und für militärpolitische und Propagandafragen eng mit dem NSFO zusammenzuarbeiten. Sie haben ihm für die praktische Auswertung auf dem Gebiete der politisch-weltanschaulichen Erziehung alles ihnen zugängliche Material zuzuleiten. Umgekehrt sind sie gehalten, die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse des NSFO für ihre Sachgebiete nutzbar zu machen.
9. Der NS-Führungsoffizier einer Kommandobehörde ist seinem Truppenführer für die Ausbildung der nachgeordneten NSFO und für den Gleichlauf der politisch-weltanschaulichen Erziehungs- und Führungsarbeit in den unterstellten Verbänden verantwortlich. Ihm steht das Recht zur Leistung eines Beitrages zur Beurteilung dieser NSFO zu.
10. Der NSFO hat das nationalsozialistische Gedankengut zu vermitteln und unter Auswertung der ihm von dem NSFO bzw. NSF-Stab der übergeordneten Kommandobehörde erteilten fachlichen Weisungen und übersandten Hilfsmittel eine eingehende Planung für die nationalsozialistische Führung vorzuschlagen und im Auftrage des Truppenführers zur Wirkung zu bringen.
11. Der NSFO hat kein Besichtigungsrecht. Vorträge und Lehrgänge führt er nach Anordnung des Truppenführers durch. Für Truppenbesuche der NSFO ist jede sich bietende Gelegenheit – z. B. Fahrt des Kommandeurs usw. zur Truppe – auszunutzen; sie dienen der Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Truppe und deren geistiger Ausrichtung. Dem gleichen Ziele dienen die Maßnahmen zur Erfassung der Urlauber, Besucher von Soldatenheimen und insbesondere auch der Kranken sowie der Verwundeten in den Lazaretten.

12. In Durchführung seiner Aufgabe wendet sich der NSFO an die seinem Truppenführer unterstellten Befehlshaber, Kommandeure und Einheitsführer. Auf besondere Anforderung kann der NSFO in Anwesenheit des Einheitsführers unmittelbar auf die Truppe selbst einwirken.
13. Im einzelnen hat der NSFO darüberhinaus folgende Aufgaben:
- a) Beschaffung, Verarbeitung und Aufteilung des Materials zur politisch-weltanschaulichen Erziehung und Führung der Truppe.
  - b) Überwachung des gesamten in die Truppe gelangenden politisch-weltanschaulichen Schulungsmaterials sowie der Truppenbetreuung innerhalb des Befehls- und Verantwortungsbereiches des Truppenführers.
  - c) Mitarbeit an Lehr-, Stoff- und Dienstplänen, insbesondere an Schulen für die Ausbildung und Förderung von Offizieren und Wehrmachtbeamten sowie des Führer- und Unterführernachwuchses.
  - d) Schnelle Aufklärung über aktuelle Fragen und über Maßnahmen der Partei- und Staatsführung.
  - e) Aufklärende Behandlung besonderer Befehle mit politischem Inhalt.
  - f) Behandlung politischer Vorkommnisse und Beratung in besonderen Fällen.
  - g) Nutzbarmachung der von den Kommandobehörden herausgegebenen Zeitungen im Sinne der nationalsozialistischen Führung der Truppe.
  - h) Vermittlung von Rednern über politisch-weltanschauliche Fragen.
  - i) Eigene Vorträge.
  - j) Laufende Feststellung des Standes der nationalsozialistischen Führung im Auftrage des Truppenführers.
  - k) Einrichtung, laufende Verbesserung sowie Ergänzung einer Handbücherei für die nationalsozialistische Führung.
  - l) Hilfeleistung bei der Freizeit- und Feiargestaltung der Truppe.
  - m) Gestaltung nationaler Gedenktage insbesondere des nationalsozialistischen Zeitalters. Herausgabe von Richtlinien für Gemeinschaftsempfänge.

## Dokument Nr. 9

## Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Führer

Führerhauptquartier, den 19. 6. 1944

## Verfügung 9/44

- I. In meinem Befehl vom 22. 12. 1943 an die Wehrmacht habe ich angeordnet, daß der Chef des NS-Führungsstabes des OKW. in Durchführung seiner Aufgaben in meinem unmittelbaren Auftrag handelt und hierbei das Einvernehmen mit der NSDAP. als Trägerin des politischen Willens herzustellen hat.
- II. Der Leiter meiner Partei-Kanzlei ist für die aus diesem Befehl entstehenden Aufgaben der NSDAP. der Wehrmacht gegenüber allein zuständig und verantwortlich.
- III. Insbesondere hat der Leiter meiner Partei-Kanzlei alle an der politisch-weltanschaulichen Führung und Erziehung der Truppe auf Grund meines Befehls vom 22. 12. 1943 mitwirkenden Dienststellen der NSDAP. zu gemeinsamer Arbeit in einem Arbeitsstab zusammenzufassen und die Aufgaben auf die entsprechenden Reichsdienststellen zu verteilen.  
Er prüft das von den Dienststellen der Partei erstellte Schrifttum auf seine praktische und politische Brauchbarkeit und gibt es zur Verwendung in der Wehrmacht frei. Die Entscheidungen des Leiters meiner Partei-Kanzlei, zu denen erforderlichenfalls meine Zustimmung einzuholen ist, sind der Wehrmacht gegenüber verbindlich.

- IV. Um nur eine verbindliche Auffassung der NSDAP. auch in diesem Aufgabengebiet wirksam werden zu lassen, sind Auffassungen der Reichsdienststellen der NSDAP. der Wehrmacht gegenüber nur mit Zustimmung des Leiters meiner Partei-Kanzlei zu vertreten.
- V. Abmachungen, die die nationalsozialistische Führungsarbeit betreffen, sind seitens der Reichsdienststellen der NSDAP. nur im Einvernehmen mit dem Leiter meiner Partei-Kanzlei und dem Chef des NS-Führungsstabes des OKW. zu treffen.

gez. Adolf Hitler

#### Dokument Nr. 10

Vermerk für Pg. Friedrichs<sup>7</sup>.

*Betrifft: NS.-Führungsoffiziere.*

##### *I. Arbeitsstab der Partei-Kanzlei.*

Der Arbeitsstab in der Partei-Kanzlei hat die Aufgabe, den NS.-Führungsstab im OKW. laufend mit Anregungen und Erfahrungen auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Führung, der Erziehungs- und Schulungsarbeit zu versorgen und geeignetes Material und Redner zur Durchführung der gestellten Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Durch enge Zusammenarbeit mit dem NS.-Führungsstab des OKW. muß der Arbeitsstab der Partei-Kanzlei in der Lage sein, immer neue politische Impulse in die Führung und Erziehung der Wehrmacht hineinzutragen und ihre nationalsozialistische Ausrichtung zu aktivieren.

Zur Durchführung dieses Auftrages bedient der Arbeitsstab sich der betreffenden Reichsleitungsdienststellen, die einen Vertreter in den Arbeitsstab entsenden. Einzelheiten sind in dem Entwurf des Rundschreibens des Reichsleiters näher ausgeführt.

Der Leiter des Arbeitsstabes ist berechtigt, in allen Fragen, die den NS.-Führungsoffizier betreffen, sich mit dem NS.-Führungsstab des OKW. und den NS.-Führungsstäben der Wehrmachtsteile direkt in Verbindung zu setzen. Der Leiter der Gruppe II W ist laufend darüber zu unterrichten. Als Mitarbeiter sind Bearbeiter für folgende Sachgebiete vorgesehen:

1. Auslese- und Ausbildung der NS.-Führungsoffiziere
2. Lehrpläne, Lehrmaterial, Schulungsthemen
3. Schulungslager, Tagungen, Kommandierungen
4. Geschäftsführende Arbeiten.

Außer den ständigen Mitarbeitern, die noch zu benennen sind, werden sämtliche Amtsleiter von II B zur ständigen Mitarbeit verpflichtet.

##### *II. Personelle Fragen.*

Entscheidender als die Herausgabe von Material ist im Augenblick die personelle Seite. Erfolg wird nur dann zu verspüren sein, wenn es gelingt, als NS.-Führungsoffiziere soldatische und politische Persönlichkeiten zu finden, die sich aus Liebe zu dieser Aufgabe mit innerer Begeisterung und mit Schwung einsetzen. Keinesfalls dürfen, wie sonst üblich, irgendwelche an anderer Stelle unbrauchbare Leute zu

<sup>7</sup> Helmuth Friedrichs, geb. 1899, zuletzt Leiter eines Oberamtes (Dienststrang: Oberbefehlsleiter) in der Parteikanzlei. 1930 — 1934 Gaugeschäftsführer der NSDAP, Gau Kurhessen (Kassel), zugleich Gaupropagandaleiter. Seit 1934 Hauptamtsleiter in der Parteikanzlei. 1956 Eintritt in die SS, 1944 SS-Gruppenführer beim Stab Reichsführer SS.

dieser Aufgabe „befohlen“ werden oder es den einzelnen Kommandeuren überlassen bleiben, irgendjemanden zu bestimmen, nur damit dem Befehl „nach oben“ Genüge getan ist. An der Personenauswahl muß die Partei-Kanzlei entscheidend beteiligt sein.

Der Führerbefehl wird nicht bei allen Stellen reine Freude auslösen. Es ist bekannt, daß ein großer Teil, besonders älterer Offiziere auf dem Standpunkt steht, daß eine politische Erziehung der Soldaten überflüssig sei und jeden Versuch einer systematischen nationalsozialistischen Erziehung unterbunden haben. In jeder Division stecken heute Politische Leiter und Führer der Gliederungen, die durchaus in der Lage sind, die Aufgaben des NS.-Führungsoffiziers zu übernehmen. Auch politisches Aufklärungs- und Schulungsmaterial steht zur Verfügung. Wenn trotzdem auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Führung und Erziehung in sehr vielen Truppenteilen fast nichts getan wurde, so lag das ausschließlich an dem Nicht-Wollen und Nicht-Begreifen der betreffenden Kommandeure. Es besteht die Gefahr, daß diese Kommandeure, die seither eine nationalsozialistische Schulung abgelehnt haben, von sich aus nicht bereit sind, Politische Leiter oder Führer von Gliederungen aus ihrer Truppe, die als Aktivisten bekannt sind, in Vorschlag zu bringen. Sie werden dafür einen lauen Mann empfehlen, der ihrer Gesinnung näher steht, aber niemals den Forderungen des NS.-Führungsoffiziers gerecht wird. Die von den Kommandeuren selbst kommenden Vorschläge der NS.-Führungsoffiziere müssen daher schärfstens auf ihre politischen und weltanschaulichen Fähigkeiten durch den NS.-Führungsstab des OKW. in Verbindung mit der Partei-Kanzlei überprüft werden.

Ein erneutes Anschreiben der Gauleitungen, weitere Parteigenossen, die als NS.-Führungsoffiziere in Frage kommen, zu melden, wird sicher von Erfolg sein. Ich halte eine Überprüfung der Vorschläge durch II P für notwendig.

### *I. NS.-Führungsstab im OKW.*

Entscheidend für die Arbeit ist die Besetzung der beiden Hauptabteilungen 1 und 2. Hierfür müssen besonders geeignete nationalsozialistische Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht werden. Ebenso entscheidend ist die Beigabe einer jungen energischen Persönlichkeit zu General Reinecke (Persönlicher Referent oder Stabsleiter).

Auch für die übrigen Mitarbeiter des NS.-Führungsstabes im OKW. müssen Aktivisten unter den Parteigenossen gesucht werden, die genügend Schwungkraft besitzen, sich durchzusetzen.

### *II. NS.-Führungsstab in den Wehrmachtsteilen.*

Von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der vom NS.-Führungsstab gegebenen Anregungen und Anweisungen ist die Besetzung der NS.-Führungsstäbe in den Wehrmachtsteilen. Hierzu müssen ebenfalls beschleunigt von der Partei Vorschläge gemacht werden. Es muß sich um nationalsozialistische Persönlichkeiten handeln, die von vornherein das bedingungslose Vertrauen ihrer Oberbefehlshaber haben und auch soldatisch im betreffenden Wehrmachtsteil als Vorbild gelten können.

### *III. NS.-Führungsoffiziere.*

Hier ist es wichtig, auf dem schnellsten Wege genügend Offiziere benannt zu bekommen, die als Soldaten wie als Nationalsozialisten für diese Aufgabe geeignet sind. Bei der Wehrmacht wird zweifellos die Neigung bestehen, die seitherigen Betreuungsoffiziere als NS.-Führungsoffiziere umzutaufen.

Nach allen Erfahrungen besitzen aber diese Offiziere nicht die Qualitäten, die von den NS.-Führungsoffizieren verlangt werden müssen. Bisher hat man diese Tätigkeit häufig Offizieren zugeteilt, die für andere Aufgaben nicht geeignet waren, im übrigen meistens aus dem Lehrerberuf kamen. Die NS.-Führungsoffiziere müssen dem Typ

des Hoheitsträgers entsprechen. Da es sich zumeist um Reserveoffiziere handelt, müßte die Partei darauf bestehen, nur Hoheitsträger, Führer von Gliederungen und Inhaber politischer Ämter zu NS.-Führungsoffizieren zu machen.

Es ist bei der Auswahl von NS.-Führungsoffizieren anzustreben, nach und nach immer mehr aktive Offiziere zu gewinnen, damit in der Truppe nicht der Eindruck entsteht, daß es sich bei den NS.-Führungsoffizieren um „von außen kommende Kräfte“ (Kommissare!) handelt, sondern diese zur nationalsozialistischen Wehrmacht gehören. Außerdem bleibt damit auch nach Ausscheiden der Reserveoffiziere bei Kriegsende der personelle Bestand der NS.-Führungsstäbe und NS.-Führungsoffiziere erhalten. Bei aktiven Offizieren muß der Nachweis ihrer politischen und weltanschaulichen Befähigung erbracht sein.

Die Partei hat zu Beginn des Krieges viele Politische Leiter in die Propagandakompanien abgegeben, in der Meinung, daß sie hier politisch tätig werden könnten. Diese Erwartung ist nur zum geringen Teil erfüllt; es wäre an der Zeit, diese in den Propagandakompanien nicht mehr voll zum politischen Einsatz kommenden Parteigenossen jetzt für die Aufgaben als NS.-Führungsoffiziere herauszuziehen.

Die ersten Einrichtungen, die mit NS.-Führungsoffizieren besetzt werden müssen, sind alle Kriegsschulen und Kurse der gesamten Wehrmacht. Hierfür dürften auch geeignete Offiziere aus dem Reichsgebiet und den besetzten Gebieten sofort verfügbar sein. Auch in den Stalag und größeren Lazaretten ist die Aufgabe des NS.-Führungsoffizieres ausbaufähig.

### III. Planung für den Arbeitsstab.

Die nachstehend angeführten Arbeitsplanungen sind Aufgabengebiete, die nicht allein vom Arbeitsstab der Partei-Kanzlei mit seinen Mitarbeitern erarbeitet werden können. Der Arbeitsstab bedient sich hierzu weitgehendst der bestehenden Dienststellen (Amt Rosenberg, RPA., Hauptschulungsamt, Rassenpolitisches Amt, Hauptkulturamt, KDF., etc.), hat jedoch diesen Dienststellen unter dem Blickwinkel der vom Führer befohlenen Aktivierung der nationalsozialistischen Führungs- und Erziehungsarbeit in der Wehrmacht stets schöpferische Anregungen zu geben und die Initiative in der Hand zu behalten.

#### A. Sofortmaßnahmen

Als Sofortmaßnahmen sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Aufbau des Arbeitsstabs und Berufung der Vertreter der Reichsleitungsdienststellen.
2. Abstimmung der Abkommen Parteidienststellen (Amt Rosenberg, RPA., KDF., usw.) – OKW. mit Aufgaben des Arbeitsstabes und sinnvoller Einbau dieser Abmachungen in die Vorhaben des Arbeitsstabes.
3. Sichtung und Auswertung des vorhandenen Schulungs- und Führungsmaterials der Partei für die Führung und Erziehung in der Wehrmacht.
4. Sichtung des seither von der Wehrmacht an Offiziere und Truppe herausgegebenen Materials.
5. Überprüfung und Ergänzung der von den Gauen eingereichten Vorschläge der NS.-Führungsoffiziere.
6. Vorbereitung einer Tagung des Arbeitsstabes der Partei-Kanzlei mit dem NS.-Führungsstab des OKW. und den NS.-Führungsstäben der Wehrmachtsteile, Aufstellung des Lehrplanes mit Aussprache des Führers als Abschluß.

#### B. Laufende Maßnahmen

1. Ausrichtung der NS.-Führungsoffiziere.
  - a) Lehrgänge mit abschließender Führerrede.

- b) Laufende politische und weltanschauliche Ausrichtung durch Tagungen und Schrifttum.
  - c) Abkommandierung zur befristeten Dienstleistung in der Partei und den Gliederungen.
2. Lehrpläne und Schulungsmaterial.
- a) Aktuelle politische Fragen  
(in Zusammenarbeit mit RPL und Hauptschulungsamt)
  - b) Was muß der Soldat von der Partei wissen?
  - c) Schulungsmaterial für NS.-Führungsoffiziere  
(in Zusammenarbeit mit Amt Rosenberg und Hauptschulungsamt)
  - d) Schulungsthemen für laufende Wehrmachtsschulung (Truppe) (in Zusammenarbeit mit Amt Rosenberg und Hauptschulungsamt)
  - e) Langfristige Lehrpläne für Offiziersschulen, Wehrmachtsschulung, Rekrutenausbildung (Jahrespläne) (in Zusammenarbeit mit Amt Rosenberg und Hauptschulungsamt)
3. Rednerwesen.
- a) Einsatz für laufende Schulung bei Kursen und Tagungen
  - b) Einsatz für Schulung in den Einheiten
  - c) Einsatz von Propagandarednern
  - d) Rednerschulungen für Wehrmachtseinsatz.
4. Schulungsschrifttum
- a) Mitarbeit und Materiallieferung für Wehrmachtsschrifttum
  - b) Auswertung des Parteischrifttums für die Wehrmacht
- Zur Zeit bestehen folgende politische weltanschauliche Schriften für die Wehrmacht:
1. Richtighefte für die Wehrmacht, Herausgeber OKW. bis Kompanien
  2. Soldatenblätter für Feier und Freizeit, Herausgeber OKW., bis Kompanien
  3. „Was uns bewegt“ Fragen der Weltanschauung, Politik, Geschichte und Kultur, Tornisterschrift des OKW. für Offiziere, bis Btl.Kdr.
  4. Mitteilungen für das Offizierskorps, Herausgeber OKW., bis Kompanien
  5. Mitteilungen für die Truppe, Herausgeber OKW., bis Kompanien
  6. Rednerdienst, Reichslehrgemeinschaft, Partei- und Wehrmachtsschulung, Herausgabe Amt Rosenberg, nur für Redner.
- Aus dem Schulungsschrifttum der Partei kann für NS.-Führungsoffiziere unbedenklich übernommen werden:
1. „Politische Auslese aus Buch und Zeitschrift“ Ausgabe C, Herausgeber: Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Hauptschulungsamt, für die als Soldaten im Felde stehenden Hoheitsträger, politischen Leiter und Schulungsredner.
  2. „Idee und Tat“, Lehrstoff für die gesamte weltanschauliche Erziehung der NSDAP., Herausgeber Amt Rosenberg, nur für Schulungsredner.
  3. „Der Reichsschulungsbrief“, Frontausgabe, Herausgeber der Reichsorganisationsleiter.
  4. Sonderdrucke des Reichsschulungsbriefs  
(z. B.: „Unser Reich“, „Der Führer – sein Leben – sein Werk“, „Das Gesicht der Partei“, „Mensch und Gemeinschaft“) Herausgeber der Reichsorganisationsleiter, Hauptschulungsamt.
5. Feier- und Freizeitgestaltung.
- a) Material für Freizeitgestaltung
  - b) Feierstunden für Soldaten
  - c) Liedgut
  - d) Schrifttum.



## C. Weitere Anregungen

Der NS.-Führungsstab des OKW. muß durch den Arbeitsstab der Partei-Kanzlei dauernd angeregt werden, nicht nur auf dem Gebiet der NS.-Schulung, sondern vor allem – dem weitgehenden Befehl des Führers zufolge – auch auf dem Gebiet der Menschenführung, nationalsozialistischen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen. Hier kann im Laufe der Zeit eine Menge von Mißständen über die NS.-Führungsoffiziere beseitigt werden. Als Beispiel sei nur die Art erwähnt, wie man sofort versucht, jede Begeisterung durch das sogenannte „Kleinkriegen“ zu zerschlagen. Die Jugend des nationalsozialistischen Reiches ist nach ihrer Erziehung in Hitlerjugend, Partei und Gliederungen soldatisch, ihr Wehrwille muß in der Wehrmacht weiter gestärkt werden, nicht aber durch falsches Anfassen und einen widerlichen Kasernenhofen abgestumpft werden. Wenn dafür häufig der Unteroffizier verantwortlich gemacht wird, so ist dem entgegen zu halten, daß in der Unteroffiziersausbildung auch nur Wert auf militärischen Drill gelegt wurde und fast nichts für die Persönlichkeitsbildung, die geistige, politische und weltanschauliche Erziehung getan worden ist. Auch der Unteroffizier braucht einen „Fähnrichsvater“, der sich um ihn kümmert und ihm zeigt, daß es außer Drill und Kantine noch andere wertvolle Dinge gibt.

Die Einrichtung von Feierstunden, die gesamte Freizeitgestaltung, sind weitere Mittel der Menschenführung, die bei der Wehrmacht noch fast ungenutzt sind.

Auch das Verhältnis Offizier – Mann bedarf noch mancher Verbesserungen. Der Kasinogeist alten Stils ist auch heute noch nicht ausgestorben, leider fallen ihm auch häufig noch junge, selbst aus der HJ. kommende Offiziere zum Opfer.

Der NS.-Führungsoffizier wird bei Durchführung seiner Aufgaben zwangsläufig auch Einfluß auf die Personalpolitik nehmen müssen. Wenn er sieht, daß bei bestimmten Offizieren trotz aller Erziehung kein Hauch von nationalsozialistischer Gesinnung zu spüren ist, ihre Maßnahmen allen nationalsozialistischen Grundsätzen ins Gesicht schlagen, muß er das treibende Gewissen seines Kommandeurs sein und die Entfernung dieser unerfreulichen Typen durchsetzen.

Zwangsläufig werden die NS.-Führungsoffiziere auch mit den Wehrmachtsgelichten zusammenstoßen, die außer ihrer Konfessionsarbeit häufig noch bis jetzt „Betreuungsarbeit“ in der Truppe leisten.

Um eine Auswirkung der NS.-Führungsoffiziere bis in die untersten Einheiten zu gewährleisten, müssen bis zu den Kompanien geeignete Offiziere oder Unteroffiziere ausgewählt werden, die für die Schulung der unteren Einheiten, die richtige Verteilung des Materials und die Weitergabe von Anregungen aus der Truppe an den NS.-Führungsoffizier verantwortlich sind. Es ist anzustreben, daß der Kompaniechef selbst sich für die nationalsozialistische Führung und Schulung seiner Kompanie verantwortlich einsetzt, wo er zur Schulung jedoch ungeeignet ist, ist nichts gegen den Einsatz eines geeigneten Kompanieangehörigen, gleich welchen Dienstgrades, einzuwenden.

Der Arbeitsstab der Partei-Kanzlei muß in den Gauen laufend Anregungen von Soldaten für die Gestaltung der nationalsozialistischen Führung und Erziehung in der Wehrmacht erhalten. Erfahrungsgemäß schreiben viele Soldaten über diese Fragen an die Politischen Leiter ihrer Heimat. Dieses Material muß laufend dem Arbeitsstab zur Verfügung gestellt werden, damit er nach Auswertung dieser Briefe mit immer neuen Vorschlägen und Anregungen an die betreffenden Wehrmachtstellen herantreten kann.

Der Arbeitsstab wird einen wesentlichen Beitrag zur positiven Ausgestaltung des Verhältnisses Partei – Wehrmacht leisten können. Auf dem Wege über die NS.-Führungsstäbe und NS.-Führungsoffiziere wird die Partei die Grundsätze nationalsozialistischer Führung und Erziehung in die Wehrmacht hineinragen, durch Aufklärung, Besuche von Hoheitsträgern, Abstellung von Rednern, Kommandierungen

von Wehrmachtsangehörigen zu Dienststellen der Partei und zu Schulungseinrichtungen der Partei wird in der Wehrmacht das Verständnis für die Partei, ihre Aufgabe in Krieg und Frieden geweckt und ein festes Vertrauensverhältnis aufgebaut.

Dies alles aber muß dazu beitragen, den Willen des Führers durchzusetzen, eine nationalsozialistische Revolutionsarmee zu schaffen, die allen Kämpfen gewachsen ist, gefestigt in der inneren nationalsozialistischen Haltung ihrer Offiziere und Mannschaften und den unbeugsamen Willen aller für Führer und Reich den Sieg zu erringen.

München, den 30. Dezember 1943

gez. Ruder

Dokument Nr. 11<sup>8</sup>

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Partei-Kanzlei

München, den 6. April 1944

Rede

*des Hauptbereichsleiters Ruder auf der Tagung der Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer am 23. 2. 1944 in München.*

*Betrifft: Aufgaben des nationalsozialistischen Führungsoffiziers – Maßnahmen zur Aktivierung der politischen Führung und Erziehung der Wehrmacht.*

*Reichsleiter, Gauleiter!*

Ich habe den Auftrag, über die Aufgaben des nationalsozialistischen Führungsoffiziers und die Maßnahmen zur Aktivierung der politischen Führung und Erziehung in der Wehrmacht zu sprechen.

*Der Führerbefehl vom 22. 12. 43 an die Wehrmacht.*

Die Grundlage bildet der Führerbefehl vom 22. 12. 43, der Ihnen durch den Leiter der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Bormann, übermittelt wurde. Einige Grundmerkmale dieses Führerbefehls sind:

1. Der Führerbefehl sieht die Schaffung einer politischen und weltanschaulichen Führungsstelle in der Wehrmacht selbst vor. Das ist neu.
2. Durch die Feststellung, daß der Chef des NS.-Führungstabes des OKW. im unmittelbaren Auftrag des Führers handelt, ist die Bedeutung dieser Aufgabe besonders herausgestellt.
3. Bei allen Maßnahmen personeller wie sachlicher Art ist das Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei herzustellen. Dadurch wird sichergestellt, daß die nationalsozialistische Führungs- und Erziehungsarbeit in der Wehrmacht nach den von der Partei herausgegebenen, für das gesamte Volk gültigen politischen und weltanschaulichen Grundsätzen erfolgt.
4. Dieser Führerbefehl fordert nicht nur die Verstärkung der in der Wehrmacht seither durchgeführten nationalsozialistischen Schulungsarbeit, sondern er spricht von einer nationalsozialistischen Führung in der Wehrmacht. Die Erziehung, die Schulung sind nur ein Bestandteil dieses Gesamtauftrages der nationalsozialistischen Führung. Die Forderung einer nationalsozialistischen Führung in der Wehrmacht wird auch durch die Bezeichnung „Nationalsozialistischer Führungstab“ im OKW. und in den drei Wehrmachtsteilen und durch die Bezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Führung“ noch einmal besonders unterstrichen.

<sup>8</sup> Umdruck.

5. Der Chef des Führungsstabes des OKW hat auch auf die personelle Gestaltung Einfluß. Bei der Besetzung der Stellen leitender Offiziere und Wehrmachtsbeamter der NS.-Führungsstäbe der Oberkommandos ist er zu hören. Bei der Auswahl der NS.-Führungsoffiziere steht ihm in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Partei-Kanzlei ein Vorschlags- und Einspruchsrecht zu. Außerdem stellt er Richtlinien für die politisch-weltanschaulichen Voraussetzungen auf, die die Offiziere und Wehrmachtsbeamten erfüllen müssen, wenn sie in Stellen für die Ausbildung und Förderung von Offizieren und Wehrmachtsbeamten sowie des Führer- und Unterführernachwuchses verwendet werden sollen.

*Die Forderung des Führers: Der politische Soldat!*

Der Führer selbst sprach mehrmals vor Kommandeuren über die Bedeutung dieses Befehls und die Maßnahmen in der Wehrmacht. Diese Aufgabe der nationalsozialistischen Führung in der Wehrmacht bezeichnete der Führer einmal als *kriegsentscheidend*. Die Tatsache, daß wir jetzt in dieser Zeit daran gehen, mit aller Tatkraft und mit Unterstützung der Partei diese Aufgabe der Wehrmacht durchzuführen, sagt genug über ihre Bedeutung. Es wird vielfach die Frage gestellt: Warum gerade jetzt? Ist der Zeitpunkt richtig, diese Arbeit durchzuführen? Wäre es nicht besser gewesen, wir hätten schon früher mit dieser Arbeit begonnen, damit wir heute bei der gewaltigen Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Feind im Osten schon ihre Auswirkung spüren könnten?

Der Führer hat nach dem Frankreich-Feldzug einmal von der nationalsozialistischen Revolutionsarmee gesprochen. Wir Nationalsozialisten, die wir das Glück hatten, als Soldaten nach dem siegreichen Feldzug in Frankreich einzumarschieren, empfanden diesen Einmarsch in Frankreich, das Zusammenbrechen der französischen Macht, nicht zuletzt als einen Sieg der stärkeren nationalsozialistischen Idee über die alte zusammenbrechende Welt des Liberalismus im Westen. Wir wissen aber, daß damals die Masse unserer Kameraden, die mit uns marschierte, noch nicht ganz die tiefe Bedeutung dieses weltanschaulichen Kampfes begriff oder bewußt erlebte. Ich glaube, die eigentliche Belehrung haben wir alle erst nachher im Kampf mit dem bolschewistischen Weltfeind im Osten bekommen. Das war die deutlichste Unterstreichung der Notwendigkeit, daß eine Armee, die siegreich bestehen will, auch politisch fanatisiert sein muß, daß jeder Soldat wissen muß, wofür er kämpft. So mancher Kommandeur und mancher Einheitführer, der früher davon sprach, daß die Wehrmacht mit Politik nichts zu tun habe, und der sich auch früher mit politischen Dingen nicht beschäftigte, wurde durch die Fragen seiner Landser, die sie aus dem Erlebnis des Ostens und der bolschewistischen Macht stellten, gezwungen, sich selbst mit politischen Problemen zu befassen, um dem Soldaten auch auf seine politischen und weltanschaulichen Fragen eine Antwort geben zu können.

Die Parole vom „unpolitischen Soldaten“ ist heute im großen und ganzen begraben. Der Führer hat es mehrmals in seinen Ansprachen vor den Kommandeuren als unwahr hingestellt, daß der Soldat unpolitisch gewesen sei. Der Soldat war immer der Vollstrecker eines politischen Auftrags. Er kämpft mit der Waffe unter Einsatz seines Lebens für ein politisches Ziel und heute für die nationalsozialistische Idee und ihre Führung in Europa. Er ist ein Instrument der politischen Führung. Der Führer sagte, die Wehrmacht sei nichts anderes als der Schwertarm des Politischen Leiters. Er sprach davon, daß der Nationalsozialismus das ganze deutsche Volk in eine einzige politische und weltanschauliche Erziehung genommen habe. Es sei daher unvorstellbar, daß diese Erziehung, die bereits von den Eltern im Elternhaus begonnen, sich fortsetze über Schule und Hitler-Jugend, über die Gliederungen der Partei und in

der Partei selbst, nun auf einmal aufhören solle, wenn der junge Mann als Soldat zur Wehrmacht kommt. Der Führer sagte, wer hierauf verzichte, beraube sich selbst der stärksten Kraft, die auch dann noch wirksam ist, wenn Drill und Gehorsam längst nicht mehr ausreichen. Der Führer betonte weiter, er verlange vom Offizier nicht, daß er „loyal“ der Partei und ihren Zielen gegenüberstehe, sondern gerade der Offizier müsse der fanatischste Repräsentant des nationalsozialistischen Staates sein.

Dadurch hat der Führer deutlich die Notwendigkeit und auch die Zielsetzung dieser Arbeit der politischen Aktivierung der Wehrmacht und – man könnte sagen – ihrer politischen Fanatisierung umrissen.

#### *Der seitherige Zustand.*

Wir wissen, daß die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen für eine solche planmäßig gelenkte Arbeit seither in der Wehrmacht nicht ausreichend gegeben waren. Wenn man sich mit Offizieren, besonders mit Kommandeuren, unterhielt, so waren sie in der letzten Zeit wohl auch der Auffassung, daß in der politischen Erziehung der Soldaten mehr getan werden müsse. Politisch aufgeschlossene Kommandeure ließen häufig politische Vorträge vor dem Offizierskorps oder den Truppen halten und, wo die Voraussetzungen gegeben waren, forderten sie Redner der Partei an. Vielfach glaubte man der Forderung der nationalsozialistischen Erziehung der Truppe damit Genüge getan zu haben. Bei der Anforderung solcher Redner wurde oft sehr großer Wert auf einen besonders hoch klingenden Titel gelegt. Hochschulprofessoren und Studienräte waren besonders bevorzugt, und wenn man bei uns solche Männer anforderte, dann meist mit dem Zusatz, es müsse aber eine Persönlichkeit sein, die irgend einen Namen mitbrächte. Dabei kommt es bei dieser Erziehung aber doch ausschließlich darauf an, daß Männer sprechen, die das Herz des Soldaten gewinnen können und die Sprache des Nationalsozialisten zu diesen Soldaten ebenso sprechen, wie sie früher in der Kampfzeit als Träger der Idee des Führers draußen die Menschen ansprachen und sie fanatisierten.

Die Beauftragung des Ic mit der Aufgabe der politischen Erziehung war ebenfalls nicht ausreichend, weil der Ic nicht ausschließlich hierfür zur Verfügung stand und nicht genügend nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt war. Diese Maßnahmen waren also keineswegs ausreichend.

#### *NS.-Führungsstäbe und NS.-Führungsoffiziere.*

Zur Durchführung der neuen Aufgaben, die der Führer gestellt hat, wurden im OKW. und den drei Wehrmachtsteilen „Nationalsozialistische Führungsstäbe“ gebildet, die den Auftrag haben, die nationalsozialistische Aktivierung und Willensbildung in der Wehrmacht durchzuführen.

In der Truppe ist der „NS.-Führungsoffizier“ geschaffen worden. Er wird bis zu den Divisionen und den gleichgestellten Kommandostellen in allen Wehrmachtsteilen hauptamtlich eingesetzt. Dafür sind Planstellen eingerichtet, die so ausgebaut werden, daß die NS.-Führungsoffiziere auch ausreichende Arbeitsmöglichkeiten haben.

Sie werden mit Recht sagen, daß ein hauptamtlicher Mann in der Division diese Arbeit nicht schaffen kann. Es ist weiter vorgesehen, daß innerhalb der Regimenter und Bataillone ein Offizier mit der Aufgabe der politischen und weltanschaulichen Aktivierung nebenamtlich beauftragt wird. In der letzten Einheit, der Kompanie, ist der Einheitsführer selbst für diese Aufgabe verantwortlich. Es kommt dabei entscheidend darauf an, daß der Kompaniechef selbst das richtige Wort findet und jede Möglichkeit wahrnimmt, seine Männer politisch und weltanschaulich anzusprechen, sie mitzureißen und ihnen in den entscheidenden Stunden das zu sagen, was für die innere Haltung der Truppe notwendig ist. Wo er das noch nicht kann, muß er dazu

erzogen werden, und wenn zukünftig Offiziere ausgewählt werden, müssen sie in erster Linie auch nach der Fähigkeit, politisch führen zu können, ausgesucht werden.

#### *Die Stellung des NS.-Führungsoffiziers.*

Grundsätzlich sind Kommandeur und Einheitsführer selbst für die nationalsozialistische Führung und Erziehung der Truppe verantwortlich. Diese Verantwortung kann vom Kommandeur nicht weggenommen werden. Zur Unterstützung dieser Arbeit erhält er seinen NS.-Führungsoffizier, der der politische Berater, das politische Gewissen seines Kommandeurs sein soll. Der NS.-Führungsoffizier untersteht nicht dem Ic oder dem Ia, sondern unmittelbar dem Kommandeur und erhält auch von diesem selbst seine Weisungen. Der NS.-Führungsoffizier ist dem Kommandeur verantwortlich. Wie der Ia der taktische Berater des Kommandeurs ist, so ist er der Berater für die politischen und weltanschaulichen Aufgaben und Ziele. Der NS.-Führungsoffizier muß eine ausgesprochen politische Persönlichkeit sein. Er muß nicht nur die nötigen politisch-weltanschaulichen Erfahrungen aus seiner früheren Arbeit mitbringen, sondern zugleich auch Persönlichkeit genug sein, um als Mann zu Mann zu seinem Kommandeur ein offenes und klares Wort zu sprechen und ein festes Vertrauensverhältnis zu ihm zu gewinnen.

#### *Aktive Offiziere als NS.-Führungsoffiziere.*

Zur Frage, ob auch aktive Offiziere für diese Stellung als NS.-Führungsoffizier vorgesehen werden können, möchte ich sagen, daß wir großen Wert darauf legen müssen, nach und nach für diese Arbeit immer mehr aktive Offiziere zu gewinnen. Wir müssen allerdings anfangs im wesentlichen auf die Parteigenossen zurückgreifen, die als Politische Leiter und Gliederungsführer, d. h. als alte nationalsozialistische Aktivistinnen in der Wehrmacht stehen. Es ist aber notwendig, daß wir auch aktive Offiziere heranziehen und sie in die Lage versetzen, diese Aufgabe der politischen Führung auch dann fortzuführen, wenn die Reservisten einmal ausgeschieden sind. Genau so gut, wie es eine Entwicklung zum Truppenführer oder zum Generalstabsoffizier gibt, wird es auch eine Entwicklung zum NS.-Führungsoffizier geben müssen. Hierfür müssen wir die politisch fähigsten Persönlichkeiten aus dem aktiven Offizierskorps herausfinden.

Damit diese Offiziere den nötigen Kontakt und auch das notwendige Verständnis für die politische Arbeit der Partei haben, ist geplant, sie einige Zeit zur Partei zu möglichst tüchtigen und aktiven Kreisleitern von Landkreisen, Stadtkreisen, von Bombengebieten, von Aufnahmegebieten usw. zu kommandieren, damit sie dort einmal die Parteiarbeit von Grund auf kennen lernen und praktische Erfahrungen sammeln. Dadurch wird sich ein besonders enges Verhältnis zwischen dem aktiven Offizierskorps und der Partei anbahnen, dessen Vorteile beiden Teilen in gleicher Weise zugute kommen.

Es ist klar, daß nicht nur die NS.-Führungsoffiziere, sondern vor allen Dingen die Kommandeure für die politische und weltanschauliche Führungsaufgabe und die politische Aktivierung das erforderliche Verständnis mitbringen müssen. Aus diesem Grunde finden laufend Tagungen für Kommandeure statt, bei denen der Führer selbst Gelegenheit nimmt, über den politischen Auftrag zu sprechen und damit die Bedeutung dieser Arbeit ganz besonders zu unterstreichen. Ich glaube, daß damit auch die Letzten, die diese Aufgabe noch nicht ganz verstanden haben, überzeugt werden und dann zumindest ihre politischen Aktivistinnen in den Einheiten zur Arbeit kommen lassen.

*Die Maßnahmen der Partei.*

Was kann die Partei tun und was hat die Partei mit diesem Auftrag zu tun?

Der Leiter der Partei-Kanzlei hat Sie in persönlichen Schreiben gebeten, Persönlichkeiten aus ihren Ämtern zu benennen, die wir als NS.-Führungsoffiziere der Wehrmacht vorschlagen können.

Hier bitte ich gleich bei der Beurteilung zu unterscheiden, daß die Führungsoffiziere hauptamtlich nur bis zur Division angesetzt werden, d. h. also, daß es sich hierbei um besonders geeignete politische Persönlichkeiten handeln muß. Wir können selbstverständlich auch noch die Meldungen solcher Parteigenossen auswerten, die für diese Stellung noch nicht ganz geeignet sind, die aber in den unteren Stellen, etwa innerhalb des Bataillons, diese politische Aufgabe durchführen können. Es wäre sehr wertvoll, wenn diese Unterscheidung schon in den Meldungen enthalten wäre.

*Der Arbeitsstab der Partei.*

Als zweite Maßnahme der Partei hat der Leiter der Partei-Kanzlei die Bildung eines Arbeitsstabes angeordnet. Der Arbeitsstab hat nach der Anordnung den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen der Partei und dem NS.-Führungsstab im OKW. im Sinne des Führerbefehls sicherzustellen und in Verbindung mit den zuständigen Reichsleitungs-Dienststellen der Wehrmacht grundsätzliches und aktuelles, politisches und weltanschauliches Führungs- und Schulungsmaterial bereitzustellen und erarbeiten zu lassen.

Es ist mit der Bildung dieses Arbeitsstabes nicht beabsichtigt, innerhalb der Partei-Kanzlei eine neue große Dienststelle zu bilden. Der Arbeitsstab hat vielmehr die Aufgabe, das in der Partei schon vorhandene Material der Propaganda, der Schulung, der Erziehung, der Menschenführung, der Feiergusaltung, der Presse und der einzelnen Fachämter zu sichten und auf die besondere Brauchbarkeit für die nationalsozialistische Führung und Erziehung in der Wehrmacht zu untersuchen, alle Maßnahmen einheitlich zu planen und auf Seiten der Partei eine einheitliche Spitze zu bilden. Auch die Wehrmacht legt besonderen Wert darauf, daß die Partei nicht in möglichst vielen Sparten der Wehrmacht gegenüber tritt, sondern nur durch eine Stelle, den Arbeitsstab, vertreten wird. Er soll mit den Beauftragten der Reichsleiter, die im Arbeitsstab vertreten sind, alle Planungen durchsprechen, sie mit der Wehrmacht abstimmen und vor allem die einheitlichen Parolen festlegen, unter denen die gesamte Arbeit in der Wehrmacht durchzuführen ist.

Wir müssen hier das bewährte Rezept der Partei anwenden. Wenn wir eine große Aufgabe erkannt haben, dann werden alle Mittel der Menschenführung, der Propaganda, der Erziehung und der Schulung auf dieses eine Gebiet hingelenkt. So müssen wir auch der Wehrmacht ganz bestimmte, klare, knapp formulierte und dem einfachen Mann faßbare Parolen geben und die gesamte Arbeit danach ausrichten. Es ist notwendig, daß diese Planung auf Seiten der Partei in gemeinsamer Arbeit vorgenommen wird, damit nicht die Wehrmacht mit einer Unsumme von Material überflutet wird und der Einheitsführer draußen im Graben sagt „ich kann dieses viele Material nicht verwerten“, es nicht mehr beachtet und zur Seite legt. Wir müssen das Material dosieren und uns darüber klar sein, daß wir dem Mann nicht mehr geben, als notwendig ist, aber das was er braucht, muß auf jeden Fall zur Stelle sein.

*Die Aufgabe des Gaubeauftragten für Wehrmachtsfragen.*

In den Gauen wird durch den Beauftragten für Wehrmachtsfragen die Verbindung zum NS.-Führungsoffizier im Stellv. Generalkommando hergestellt.

In einigen Gauen sind bereits unter Leitung der Beauftragten für Wehrmachts-

fragen – in den meisten Fällen sind es die Stellv. Gauleiter oder die Gaustabsamtsleiter – Arbeitsgemeinschaften gebildet worden, denen die einzelnen Dienststellen der Partei angehören. In Verbindung mit dem NS-Führungsoffizier des Stellv. Generalkommandos werden gemeinsam die Maßnahmen besprochen, die zur Aktivierung der Truppe in der Heimat durchgeführt werden.

#### *Die Aktivierung der Parteigenossen.*

Eine weitere große Aufgabe der Partei im Rahmen der politischen Aktivierung besteht darin, die vielen Tausende von Parteigenossen und Gliederungsangehörigen, die von uns bereits politisch erzogen sind und nun seit Jahren in der Wehrmacht stehen, diese politischen Aktivisten in der Wehrmacht so anzusprechen, daß sie sich innerhalb der Wehrmacht als Parteigenossen genau so verantwortlich fühlen, wie sonst in der Volksgemeinschaft und in der Heimat.

Hier ist ein großes Versäumnis nachzuholen. Die Wehrmacht hat es seither nicht verstanden, diesen politischen Aktivismus in ihren Reihen wirksam werden zu lassen. Der Einheitsführer hat es meist versäumt, zu dem Parteigenossen, dem SA.-Mann und HJ.-Mann in seiner Truppe zu sagen: „Du, lieber Freund, bist mir mit verantwortlich für die Haltung der Kameraden, Du bist Parteigenosse, von Dir verlangt der Führer mehr. Du mußt in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu mir, Deinem Einheitsführer stehen, wir müssen es gemeinsam schaffen“.

Man hat diesen Aktivismus nicht geweckt, sondern oft noch zurückgedämmt. Wenn es uns gelingt, hier eine entscheidende Wendung herbeizuführen und unsere Parteigenossen in ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Einheitsführer zu bringen, dann verspreche ich mir davon eine ebenso starke Wirkung wie von der Einsetzung der NS-Führungsoffiziere in den höheren Stäben. Denn unten in der Einheit, in der Gruppe und im Zug, wo der Mann sich allein im Graben und im kleinen Abschnitt zu bewähren hat und bis zur letzten Patrone kämpfen muß, da muß der Nationalsozialist stecken, da muß der Kerl sein, der in der schwierigsten Lage noch die Männer mitreißt, und das wird eben nur ein Nationalsozialist sein! Das sind Maßnahmen, die Sie alle dadurch unterstützen können, daß Sie mithelfen, die Verbindung zwischen unserer Partei in der Heimat und den Parteigenossen im grauen Rock noch besser und stärker als seither zu gestalten. Es darf nicht so sein, daß der Parteigenosse draußen im Graben etwas von neuen Maßnahmen hört, durch die die Wehrmacht politisch aktiviert werden soll, sondern er muß merken, auch von der Heimat, von seinem Ortsgruppenleiter, von seinen Parteigenossen zuhause wird er jetzt darauf angesprochen. Er weiß um diesen Auftrag und mit ihm wollen wir alle gemeinsam, Partei und Wehrmacht, nun an diesen Auftrag des Führers zur Schaffung einer nationalsozialistischen Revolutionsarmee herangehen. Wir müssen also unsere Parteigenossen von der Heimat aus durch persönliche Briefe und auf jede geeignete Weise so ansprechen und beleben, daß sie zu einem festen Kern in jeder Einheit und in der Truppe werden.

#### *Die Propaganda in der Truppe.*

Als Maßnahmen der Partei sind weiterhin vorgesehen:

Auf dem Gebiete der Propaganda müssen wir die Voraussetzungen schaffen, daß die Männer, die seit Jahren – manche vier, fünf und sechs Jahre – bei der Wehrmacht sind, nun von uns genau so unmittelbar angesprochen werden, wie der Volksgenosse in der Heimat, damit auch bei ihm die Verbindung mit den aktuellen Ereignissen, mit den Vorgängen in der ganzen Welt und an allen Frontabschnitten, nicht verloren geht. Er soll diesen Dingen nicht entfremdet werden, sondern immer wieder von uns, d. h. von der Propaganda her, die neuen und aktuellen politischen Parolen bekommen.

Eine besondere Aufgabe wird es sein, die Reden des Führers, seine Aufrufe, immer auf dem kürzesten Weg an den Mann zu bringen. Hier muß ein Eildienst geschaffen werden; die Vorbereitungen hierzu sind bereits im Gange. Besprechungen mit dem OKW. haben stattgefunden mit dem Ziel, daß der Mann dieses Material auf dem schnellsten Weg bekommt. Genau so schnell wie sich der Anruf durch den Führer in der Heimat auswirkt, muß er sich auf die ganze Front übertragen. Dann sind Front und Heimat wirklich eine große politische und kämpfende Einheit. Eine dauernde politische Aufklärung und schlagkräftige Parolen müssen den Mann immun machen gegen das immer stärker verbreitete Gift des Feindes, der mit allen Mitteln versucht, den deutschen Soldaten von seiner geraden politischen Haltung abzubringen und ihn besonders bearbeitet, wenn er in schwieriger Lage kämpft.

#### *Schulungsmaßnahmen.*

Auf dem Gebiete der Schulung sind wir zunächst darangegangen, das Zeitschriftenwesen der Wehrmacht einmal zu sichten. Es muß in seiner Gesamtheit umgestaltet werden, und zwar von der schöngeistigen Ebene weg zur politischen Aufgabe. Es kommt nicht darauf an, daß der Mann draußen im Graben einen vielleicht sehr interessanten und betont objektiven Artikel liest, sondern daß sein Herz und sein politisches Gewissen angesprochen werden. Die Liebe zum Reich, zum Nationalsozialismus und zum Führer, aber auch den Haß gegen den Feind, den wir ihm so zeigen müssen, daß er ihn auch hassen kann, gilt es zu wecken. Es ist unsere Aufgabe, das Politische stärker zu betonen und es auch mehr in einer Sprache zu bringen, die der einfache Mann draußen versteht. Wir werden das Material, das auf den Mann zugeschnitten wird, vielfach in die einfache Frage- und Antwortform bringen. Wir müssen die Fragen so fassen, wie sie der Landser uns stellt: „Warum ist das so, was sagt der Führer dazu?“ Und darauf müssen wir ihm in der Landersprache klare Antworten geben.

Wir müssen es weiterhin als eine besondere Aufgabe sehen, der Wehrmacht politische Erfahrungen zu geben und ihr die Methode zu zeigen, mit der man Menschen anspricht. Ich kann eine politische und weltanschauliche Schulung in der Truppe nicht so durchführen, wie einen Unterricht über das Gewehr 98. Ich kann nationalsozialistische Weltanschauung nicht abhören in ein paar Fragen und Antworten, die dann eingehämmert werden. Ich kann auch nicht die Truppe, wenn ich sie geistig und seelisch mobilisieren will, erst antreten und ausrichten lassen und sie dann erstarrt und unbeweglich hinsetzen lassen. Das tötet jede Begeisterung und jedes Mitgehen mit dem Redner. Wir alle, die wir zur Wehrmacht schon gesprochen haben, wissen, wie schwer es ist, sich da durchzukämpfen, wenn in den ersten drei bis vier Reihen vorne Offiziere mit toternstem Gesicht sitzen, die sich aber auch durch nichts mehr erschüttern lassen und dahinter sitzen die Mannschaften, rechts und links von Unteroffizieren flankiert, die schärfstens aufpassen, daß ja keiner klatscht oder sonst etwas unternimmt, wozu der Vorgesetzte noch nicht das Zeichen gegeben hat.

So kann man Menschen nicht politisch fanatisieren und aktivieren. Es ist unsere Aufgabe, hier andere Methoden in der Wehrmacht zu entwickeln und zu sagen, wie man eine Kompanie anspricht, wie man eine politische Aussprache führt, wie man vor einer großen Versammlung spricht und wie man eine Feierstunde durchführt.

Das alles sind Dinge, die wir der Wehrmacht geben müssen, denn in ihr sollen sich ja nicht die Kinderkrankheiten, die wir erst durchmachen mußten, noch einmal wiederholen; sie soll vielmehr auf unseren Erfahrungen aufbauen, um möglichst schnell zu einer gesteigerten Wirksamkeit zu kommen.



*Menschenführung.*

Das dritte, das wesentlichste Gebiet, das ich zum Abschluß streifen darf, ist das Gebiet der Menschenführung. Ich glaube wohl ohne Übertreibung sagen zu können, daß auf keinem Gebiet so schwer gesündigt wurde wie auf diesem. Der Reichsführer-SS hat kürzlich einmal in einer Rede in Posen vor den Kommandeuren sehr treffend ausgeführt, daß es zwei Typen gäbe, die leicht zu Überheblichkeit und Eingebildetheit neigen, den Lehrer und den Offizier. Beiden würden ja die Kinder, bzw. die Rekruten, zugewiesen, und weder das Kind in der Schule noch der Rekrut in der Kaserne hätten die Möglichkeit, sich den Lehrer oder den Offizier auszusuchen. Ich bin davon überzeugt, daß mancher Lehrer, wenn er auf Kinder, die freiwillig zu ihm kommen, angewiesen wäre, arbeitslos bleiben müßte und mancher Offizier keinen einzigen Soldaten hätte.

Hier gilt es also, Vieles aus den Grundsätzen und Erfahrungen nationalsozialistischer Menschenführung zu lernen.

Eine weitere grundsätzliche Frage ist die der Kriegsfreiwilligen. Im nationalsozialistischen Staat haben wir nicht nur die Pflicht zur Wehr betont, sondern wir haben schon in der Kampfzeit vom Wehrrecht des deutschen Mannes gesprochen. Wenn der nationalsozialistische Staat dem jungen deutschen Mann das Wehrrecht gegeben hat und die Hitlerjugend bereits anfängt, die jungen Männer zur Wehrfreudigkeit zu erziehen, dann dürfte es eigentlich im nationalsozialistischen Staat nicht notwendig sein, daß die Jugend zum Wehrdienst gezogen wird, auf die Kasernenhöfe kommt und dann als Rekruten zunächst einmal „weich“ und „fertig“ gemacht wird. Dann muß die Wehrmacht die von uns zum Wehrdienst begeisterte Jugend auch demgemäß ansprechen und diese Wehrbegeisterung zum Fanatismus steigern. Ich glaube, wenn wir von der Partei aus über die Hitlerjugend an die Jugend die Parole geben: „Der deutsche Junge meldet sich freiwillig“, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht der überwiegende Teil unserer deutschen Jugend sich auch noch im fünften oder sechsten Kriegsjahr freiwillig zum Waffendienst melden würde. Dann könnten wir dem Offizier auch sagen: „Die Männer, die jetzt zu Dir kommen auf den Kasernenhof, das sind keine, die Du fertigmachen mußt, sondern das sind Kerle, die aus freiwilliger Begeisterung zu Dir kommen, die im Wehrtüchtigungslager der Hitlerjugend bereits erzogen sind, mit denen Du etwas anfangen kannst. Zeige, ob Du führen kannst! Steigere diesen Fanatismus, steigere diese Begeisterung für das Soldatentum und behandle sie nicht als „dumme Rekruten“!“

Solche Grundgedanken der Menschenführung lassen sich nicht von heute auf morgen in die Praxis übertragen. Ich weiß aber aus unzähligen Gesprächen, die ich selbst als Offizier draußen mit jungen Kameraden aus dem aktiven Offizierskorps hatte, daß auch der junge aktive Offizier aufgeschlossen für diese Fragen ist. Er hat im Osten bei den harten Kämpfen erlebt, daß es mit Drill und Gehorsam allein nicht geht, sondern daß man die ganze Persönlichkeit braucht und dazu auch eine einwandfreie politische und weltanschauliche Haltung.

Ich möchte sagen, daß fast 90% der Haltung der Männer bestimmt wird durch die Haltung und das Beispiel der Offiziere. Daher muß der Offizier auch in der politischen Haltung und weltanschaulichen Überzeugung bedingungsloser Nationalsozialist sein und auch hierin seinen Männern Vorbild werden.

In diesem Zusammenhang verlangt auch das Verhältnis zwischen Offizier und Mann eine Umgestaltung von der Ebene des Vorgesetzten und Untergebenen zum Verhältnis Führer und Gefolgsmann im Sinne der nationalsozialistischen Gemeinschaft.

Erstarrte Gesellschaftsformen der Vergangenheit müssen der nationalsozialistischen Form der Gemeinschaft weichen, der „Kasinogeist“ und das „standesgemäße Leben“ als überholt abgetan werden, damit der junge heranwachsende Offizier nicht in einer

äußeren starren Form erstickt, sondern seiner Aufgabe, Erzieher und Vorbild der Jugend zu sein, gerecht werden kann. Wir haben in der Partei die Menschen nicht nur politisch erzogen und ausgerichtet, sondern ihnen auch Erlebnisse vermittelt; wir haben in Feierstunden die Kräfte des Gemüts und des Charakters geweckt und unser Volk die großen Ziele nicht nur erkennen, sondern auch erleben lassen.

Auch diese Mittel der Menschenführung sind in der Wehrmacht bis jetzt noch nicht so ausgeschöpft worden, wie das möglich und notwendig ist. Es ist Aufgabe einer lebendigen Feier- und Freizeitgestaltung in der Wehrmacht, durch unsere Anregung auch hier Beispiele zu geben und dadurch mehr an das Herz, das Gemüt und die Charakterwerte zu appellieren und alle seelischen Kräfte für den Kampf zu mobilisieren.

Wenn wir diese Maßnahmen, die ich nur kurz andeuten konnte, konsequent durchführen und alle in den Dienst dieser Arbeit treten, dann wird das deutsche Volk eine Einheit des Willens und eine fanatisch kämpfende Nation.

Die Partei hat in der Heimat dafür gesorgt, daß das Volk heute eine Einheit ist und allen Stürmen widerstehen kann. Wenn der gleiche nationalsozialistische Geist, den die Partei dem Volk eingepflegt hat, nun immer und immer wieder auch von den besten und bewährtesten Parteigenossen in der Truppe und von unseren jungen, dazu erzogenen Offizieren auf die Männer draußen einwirkt, dann wird hier eine Kraft entstehen, die in der Lage ist, auch die größten Belastungen zu meistern und schließlich den Sieg zu erringen.

Dann wird die nationalsozialistische Revolutionsarmee einst nichts anderes sein als die Vollstreckerin des nationalsozialistischen Willens und des Wollens unseres Führers.

#### Dokument Nr. 12<sup>9</sup>

#### Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

#### Partei-Kanzlei

Der Leiter der Partei-Kanzlei

Führerhauptquartier, den 21. 5. 1944

#### Rundschreiben 116/44.

Betrifft: Auslese der NS.-Führungsoffiziere. – Abgabe von Beurteilungen.

Die nationalsozialistischen Führungsoffiziere sind für die Durchführung der vom Führer befohlenen nationalsozialistischen Führungs- und Erziehungsarbeit in der Truppe verantwortlich. Bei der Auswahl der NS.-Führungsoffiziere muß daher, der hohen Bedeutung dieser Aufgabe entsprechend, ein besonders strenger Maßstab angelegt werden. Nur solche Offiziere sollen vorgeschlagen werden, die sich in gleichem Maße soldatisch und politisch bewährt haben.

Die mir durch die Dienststellen der Partei vorgeschlagenen und die in der Truppe bereits eingesetzten NS.-Führungsoffiziere werden in 10-tägigen Lehrgängen auf ihre Eignung überprüft. Bei Beginn jedes Lehrganges fordert die Partei-Kanzlei von den Gauleitungen über alle Teilnehmer ausführliche Beurteilungen an, die von den Gaupersonalamtsleitern in Zusammenarbeit mit den Gaubeauftragten für Wehrmachtsfragen zu erstellen sind. Diese Beurteilungen sollen insbesondere die Fähigkeiten der Offiziere für diese Aufgabe aufzeigen und dazu beitragen, die Entscheidung der zuständigen Stellen der Partei und der Wehrmacht über den Grad der Eignung (z. B.

<sup>9</sup> Hektographierte Abschrift.

NS.-Führungsoffizier beim Bataillon, beim Regiment oder in höheren Stäben) zu erleichtern.

Jedem als NSFO. vorgeschlagenen Offizier soll bei Lehrgangsabschluß unter Berücksichtigung der Beurteilung der Gauleitung die endgültige Bestätigung oder die Nichteignung als NSFO. bekanntgegeben werden.

Ich bitte daher, dafür Sorge zu tragen, daß solche Beurteilungen *beschleunigt* der Partei-Kanzlei fernschriftlich übermittelt werden.

gez. M. Bormann.

Verteiler: Gauleiter.

Dokument Nr. 13<sup>10</sup>

Stellv. Generalkommando XIII. A.K.  
NS-Führung

Nürnberg, den 3. August 1944.  
Fernruf: 2941/795

Verteiler: A I (ohne Nr. 6, 40 bis 47), C I Nr. 1, 4, D Nr. 1 a, 3, 4, 5, 6,  
E - A, B, C (ohne Luftwaffe), F I.

Im Hause: Ia, Ib, Ic/AO, II, IIb, Ic, III, IVb, IVc, IVe, St. Qu., WuL., W.-Büch.

Betr.: NS-Führung; hier Schnelldienst zur beschleunigten Weitergabe.

Bezug: FS. Chef H Rüst u. BdE Stab/NSF Nr. 6395/44 v. 2. 8. 44.

Abschrift.

HOKW 458257 2/8 1911

An Stellv. Gen.Kdo. XIII. A.K. zur beschleunigten Weitergabe bis zu NSFO der Div. und gleichgestellten Verbänden.

*Ich habe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es in Anbetracht der gegenwärtigen Lage nicht Aufgabe der NSFO ist, Bildung zu vermitteln. Vielmehr haben sie ihre ganze Kraft für äußerste Aktivierung und Fanatisierung der Truppe einzusetzen. Keine lehrhaften Vorträge und Schulungen auf längere Sicht, sondern Aufruf zu höchster Leistung.*

Rücksichtsloser Kampf gegen Schlafmützigkeit oder bewußtes Abseitsstehen.

Mit dem Ausmerzen der Verräter sind die letzten Widersacher einer entscheidenden Politisierung der Wehrmacht beseitigt. Es darf nunmehr für die NS-Führungsarbeit keine Hindernisse mehr geben.

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die NSFO, die als F.S. Schnelldienst gegebenen Informationen und Sprachregelungen schnellstens und auf breiter Grundlage auszuwerten haben.

gez. Reinecke  
OKW/NSF

Chef H Rüst u. BdE Stab/NSF Nr. 6395/44 v. 2. 8. 44

I. A. gez. Unterschrift

Zusatz Stellv. Gen.Kdo. XIII. A.K.-NS-Führung:

Beschleunigte Durchgabe bis zu den Kompanien usw. zur Auswertung im Rahmen der nationalsozialistischen Führung.

Für das Stellv. Generalkommando  
Der Chef des Generalstabes:

i. V.  
?  
(Oberst)

<sup>10</sup> Mit dem Vermerk: Eilt. Unterschrift unleserlich.

Dokument Nr. 14<sup>11</sup>

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
Partei-Kanzlei

Der Leiter der Partei-Kanzlei Führerhauptquartier, den 14. 3. 1945  
Rundschreiben 148/45.

*Betrifft: NS-Führung der Wehrmacht.*

Zur Aktivierung der NS-Führungsarbeit in der Wehrmacht gab der Führer am gestrigen Tage den nachstehenden Befehl.

gez. M. Bormann.

1 Anlage!

Verteiler: Reichsleiter,  
Gauleiter,  
Verbandsführer.

*Anlage zum Rundschreiben 148/45 vom 14. 3. 1945.*

*Abschrift!*

DER FÜHRER Führerhauptquartier, den 13. 3. 1945

Die zunehmende Härte und das Ausmaß des Krieges zwingen zum Einsatz aller Kräfte für den Sieg. In diesem Ringen müssen die nationalsozialistische Weltanschauung und die politische Haltung als stärkste Kampfmittel eingesetzt werden.

Diese Erkenntnis und die Ereignisse der jüngsten Zeit verpflichten zu einer durchgreifenden Verstärkung der von mir am 22. 12. 1943 befohlenen Aktivierung der nationalsozialistischen Führung in der Wehrmacht. Sie allein stärkt das Bewußtsein jedes Wehrmachtangehörigen in seiner persönlichen Mitverantwortung an dem glücklichen Ausgang unseres Ringens zum Endsieg.

Ich befehle daher:

1. Die vordringlichste Aufgabe des Truppenführers ist die politische Aktivierung und Fanatisierung seiner Truppe, für deren nationalsozialistische Haltung er mir voll verantwortlich ist.
2. Der NS-Führungsoffizier als sein Gehilfe und Berater ist bei der Durchführung der dem Truppenführer gestellten politischen Führungsaufgabe mitverantwortlich. Nur kämpferische, fanatische Nationalsozialisten, gleich welchen Dienstgrades, können als NS-Führungsoffiziere erfolgreich wirken. Persönlichkeiten, die diese Bedingungen nicht erfüllen, sind zu ersetzen. Politische Führungsfähigkeit und soldatische Frontbewahrung sind weitere Voraussetzungen für die Verwendung als NS-Führungsoffizier. Je höher die Kommandobehörde, desto größer sind auch die Anforderungen an die politische Führungsfähigkeit.
3. Der NS-Führungsoffizier ist dem taktischen Gehilfen des Truppenführers gleichgeordnet. Eine ständige gegenseitige Unterrichtung ist selbstverständliche Pflicht. Der NSFO ist wie alle übrigen Angehörigen des Stabes dem Truppenführer voll unterstellt. Einen besonderen nationalsozialistischen Führungs-Dienstweg gibt es nicht. (Ausnahme siehe Ziffer 5.)
4. Bei der Aufstellung von Beurteilungen hat der hauptamtliche NS-Führungsoffizier über die politisch-weltanschauliche Haltung und Führung des zu Beurteilenden seinem Truppenführer einen Beitrag zu liefern, der in der Beurteilung zu berücksichtigen ist.

<sup>11</sup> Hektographierte Abschrift mit Anlage.

5. Grundsätzlich meldet der NSFO die Ergebnisse seiner Arbeit und die im Zuge seines Auftrages gemachten Feststellungen seinem Truppenführer. Er erstattet ihm monatlich einen Tätigkeitsbericht, den er schriftlich niederlegt und in Abschrift dem NSFO der vorgesetzten Dienststelle und dem Chef des NS-Führungsstabes seines Wehrmachtteils vorlegt.
6. Bei den NSFO-Zusammenziehungen, die in regelmäßigen Abständen abzuhalten sind, haben die NSFO über ihre Arbeit und über die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten zu berichten.
7. Als Mitträger an den Folgen ist jeder Soldat verpflichtet, besondere Vorfälle und Mißstände, die sich als Schädigung für die Kriegsführung allgemein auswirken, zu melden. Erkennt er, daß auf dem normalen Dienstwege seiner Meldung nicht die gebührende Achtung zuteil wird, so hat er sich der Hilfe des NS-Führungsstabes seines Verbandes zu bedienen. Wer notwendige Meldungen unterläßt, sie verhindert, ihre Weitergabe unmöglich macht, oder wer bewußt Falschmeldungen erstattet, hat mit schweren Strafen, gegebenenfalls mit der Todesstrafe, zu rechnen. Diese Ziffer ist monatlich allen Wehrmachtangehörigen bekanntzugeben.
8. Für die Durchführung dieses Befehls sind die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile verantwortlich, im Heer der Chef des NS-Führungsstabes des Heeres.

gez. Adolf Hitler.

#### Dokument Nr. 15

#### Vermerk für Pg. Walkenhorst<sup>12</sup>

*Betrifft: NS.-Führung in Heer, Luftwaffe und Marine.*

Pg. Pumb von II F war anlässlich seiner Übersiedlung von Berlin nach München bei mir und erzählte, daß die geplante Übernahme des NS.-Führungsstabes zur Parteikanzlei nicht erfolgen konnte, da verschiedene Gegenströmungen im FHQ. stärker waren als die Partei-Kanzlei. Als ich von meinem Sondereinsatz aus Oberschlesien und dem Ostsudetenland nach Berlin kam, erzählte mir Pg. Ruder von dieser geplanten Veränderung im NS.-Führungsstab. Auf diese Unterredung mit Pg. Ruder hin habe ich die Bedenken, die mir während meines Einsatzes gekommen waren, zurückgestellt und wirklich die Hoffnung gehabt, daß durch die geplante Maßnahme noch eine Aktivierung unserer Soldaten möglich gemacht werde. Ich hätte sonst damals schon von meinen schweren Sorgen über den seelischen Zustand unserer Truppen einen ausführlichen Bericht gemacht. Durch diese veränderte Situation aber fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, Pg. Walkenhorst, nochmals die Bedeutung der Übernahme der NS.-Führungsarbeit innerhalb der gesamten Wehrmacht durch die Partei darzulegen, und ich bitte Sie, unter allen Umständen eine Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen beim Reichsleiter durchzusetzen. Aus genauester Kenntnis der Stimmung innerhalb der Wehrmacht kann ich noch einmal kurz als Begründung zusammenfassen:

Unsere Soldaten sind nicht schlecht und über all dort, wo sie richtig angesprochen werden, jederzeit bereit, ihr Leben im Einsatz herzugeben. Entscheidend aber ist, daß sie geführt werden, und zwar politisch geführt werden. Wenn der Soldat 5 Jahre in einer Truppe stand und seine Vorgesetzten, die ja nicht immer gut waren, genau kennen gelernt hat, so weiß er auch über die politische Einstellung seines Einheits-

<sup>12</sup> Heinrich Walkenhorst, geb. 1906, zuletzt Hauptamtsleiter (Dienststrang: Oberdienstleiter) in der Parteikanzlei. Pg. seit 1930. 1931 — 1933 Kreispropagandaleiter und Kreisorganisationsleiter. 1935-1942 Gaustabsamtsleiter und Leiter des Gauorganisationsamtes Gau Weser-Ems.

führers genauestens Bescheid. Es ist also unmöglich, dort den Einheitsführer zum politisch verantwortlichen Führer hinzustellen, wo in der Einheit seine politische Unzuverlässigkeit oder Unzulänglichkeit bekannt ist. Es wird auch ein Soldat oder Offizier, der innerlich von der politischen Aufgabe nicht ganz durchdrungen ist, niemals die Worte finden können, um Männer auch in der schwierigsten Situation und im Zustand seelischer und körperlicher Erschöpfung noch aufmuntern zu können. Am allerwenigsten aber ist ein NS.-Führungsstab, der sich vorwiegend aus Berufssoldaten zusammensetzt, in der Lage, dem fein verästelten Instrument der NS.-Führungsoffiziere innerhalb der Wehrmacht den Impuls und Auftrieb zu geben, den diese Männer für die tägliche Arbeit innerhalb der Truppe benötigen. Ich habe die Arbeit der NS.-Führungsoffiziere in der Dienststelle eines AOK., eines AK., einer Division, eines Regiments und eines Bataillons genauestens beobachten können. Es ist erschütternd, wie wenig Macht und Mittel diesen NSFO. zur Verfügung stehen, um ihre Arbeit durchführen zu können. Erschütternd ist es, zu sehen, wenn der NSFO. einer Armee stundenlang im Vorzimmer eines dem Stab angehörenden Offiziers warten muß, um bei seinem Kommandeur die Durchsetzung der kleinsten Dinge zu erreichen. Hinzukommt, daß kein NSFO. in der Lage ist, nach dem bestehenden Reglement eine Meldung abzugeben, die über den Bereich seines Kommandeurs hinausgeht. Wohin die ewige Rücksichtnahme auf die Eigenart irgendwelcher Menschen oder Kompetenzen führt, zeigt uns der Ablauf der militärischen Ereignisse seit Stalingrad. Wenn wir nicht umgehend eine ganz andere Form für die Aktivierung der politischen Arbeit in der Wehrmacht finden, sind schmäligste Auswirkungen auch für die weitere Zukunft zu erwarten. Es kann nach meinem Empfinden kein Mensch mehr den Mut haben, wegen lächerlicher Zuständigkeiten sich diesen Erkenntnissen zu widersetzen. Noch niemals wie gerade jetzt kam es so sehr darauf an, die fanatischsten Nationalsozialisten in die Truppe hineinzubringen, sie mit Vollmachten auszustatten, mit denen es ihnen möglich ist, gegen alle Widerstände die Truppe hochzureißen und wieder zu nach vorn schauenden Kämpfern zu machen. Die Belastungen im Westen und Osten werden mit jedem Tag größer. Mit jedem Tag müßte aber auch unsere Einflußnahme auf den Geist und die Haltung der gesamten Wehrmacht<sup>18</sup> werden. Jeder Tag bringt neue Beispiele, wo einzelne Männer, die diese Voraussetzungen erfüllen und sich das Recht zum Führen einfach nehmen, mit ihren so geführten Menschen Erfolge erringen, die normalerweise kein Mensch für möglich hält. So lag heute wieder ein Bericht vor, den ich der Abteilung II F weitergegeben habe, von einer Marine-Oberführerin Emmy Poggensee aus dem NS.-Führungsstab OKM., der sich mit ähnlichen Fragen und Zuständen innerhalb der bisher immerhin noch ordentlichen Marine befaßt. Ich habe das Gefühl, daß jeder Rückschlag bei uns nur auf völlig unangebrachte Weichheit und Rücksichtnahme zurückzuführen ist.

In dem sturen München war am Ostersonntag ein Appell der Politischen Leiter angesetzt, bei dem sich von 500 kommandierten Männern nach den aufrüttelnden Worten des Kreisleiters Schulte alle 500 Anwesenden freiwillig zum Freikorps A. H. meldeten. Man mag über den Wert des Freikorps A. H. denken, wie man will, als Beweis für die Tatsache, daß das zur richtigen Zeit richtig gesprochene Wort auch den Schwächsten aufmuntern kann, mag dieses Beispiel gelten.

Ich bitte Sie, Pg. Walkenhorst, bei nächster Gelegenheit den Reichsleiter darauf hinzuweisen und mit allen Mitteln zu versuchen, den NS.-Führungsstab der Partei zu unterstellen. Nur die Partei selbst kann hier noch Entscheidendes tun.

München, den 4. April 1945.

II P – Bü./Ec. –

Unterschrift (Bürgel)

<sup>18</sup> So das Original. Es muß wohl „größer“ ergänzt werden.